Kursbuch 81

Die andere Hälfte Europas

György Dalos, Befreit die UdSSR von ihren Satelliten
István Eörsi, Abgesang auf den »Sowjetmensch«
Miklós Haraszti, Kopfnoten eines Menschenrechtlers
Václav Havel, Euer Frieden und unsrer
Kazimierz Brandys, Ironia polonica
Martin Pollack, Die letzte Bastion der Romantik
Richard Swartz, Organisierte Bequemlichkeit
Richard Wagner, Unter Brüdern: ein Haßregister
János Kis, Das Jalta-Dilemma in den 80er Jahren
Hans Mommsen, Ostpolitik als Deutschlandpolitik?
György Konrád, Mein Traum von Europa

Kursbuch / Rotbuch Verlag
September 1985 9 Mark A 20281 F

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

85-428
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: 05
Kur

81 Die andere Hälfte Europas September 1985

György Dalos, Die Befreiung der Sowjetunion von ihren Satelliten. Entwurf einer mitteleuropäischen Konföderation 1
István Eörsi, Der Sowjetmensch: ein verlorenes Vorbild 12
Miklós Haraszti, Zum Verrücktwerden. Kopfnoten eines Menschenrechtlers 25
Václav Havel, Euer Frieden und unsrer – Anatomie einer Zurückhaltung 35
Kazimierz Brandys, Ironia polonica. Aus den Tagebüchern 1982 55
Timothy Garton Ash, Polnisches Als-ob 73
Martin Pollack, Die letzte Bastion der Romantik. Ein historischer Streifzug 87
Anonymus, Aufzeichnungen aus einer Schlange 94
Richard Swartz, Organisierte Bequemlichkeit: Leben in der Repression. Eine provokante Skizze 105
Richard Wagner, Unter Brüdern. Ein osteuropäisches Haßregister 123
Kazimierz Wóycicki, Haß auf die Deutschen? 131
Michal Reiman, Die »Sowjetisierung« Mittel- und Südosteuropas 137
János Kis, Das Jalta-Dilemma in den achtziger Jahren 153
Hans Mommsen, Ostpolitik als Deutschlandpolitik? 165
György Konrád, Mein Traum von Europa 175
Exkurs: Wer waren Marx und Engels? 195

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 7, im Einzelverkauf DM 9. Verlag: Kursbuch Verlag GmbH / Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag, Niebuhrstraße 77, 1000 Berlin 12, Telefon 8 81 50 59. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. Anzeigenverwaltung: Runze & Casper, Jungfernstieg 20, 1000 Berlin 45, Tel. 0 30/7 72 24 43.
© 1985 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Druckerei Wagner GmbH, Nördlingen.
Beilagen: C. Hanser Verlag, »Kirschkern-Buchversand« (Teilbeilage), Rotbuch Verlag

György Dalos
Die Befreiung der Sowjetunion von ihren Satelliten

Entwurf einer mitteleuropäischen Konföderation

12. Stellen wir uns das Unwahrscheinliche vor: ein verjüngtes Zentralkomitee in Moskau entscheidet sich für die Befreiung der Sowjetunion von ihren immer lästiger werdenden Verbündeten. »Sehen Sie doch ein, Genossen«, sagt der erst dreiunddreißigjährige Erste Sekretär, »daß diese kleinen osteuropäischen Staaten mit ihrer chaotischen ökonomischen Situation, mit ihren unbegreiflichen inneren Widersprüchen und schädlichen Ideologien nur unseren kommunistischen Aufbau erschweren. Viel richtiger wäre es meines Erachtens, diese Gesellschaften – unter Garantierung unserer militärischen Interessen – ihrer eigenen Entwicklungsdynamik zu überlassen. Vom propagandistischen Standpunkt aus würde uns das nur Vorteile bringen, einerseits, weil wir dann wieder als Befreier dieser Länder gefeiert werden könnten, andererseits, weil unsere Ideale, wie die Erfahrung zeigt, stets sehr viel erfolgreicher sind in Gesellschaften, in denen nichts oder nur sehr wenig von ihnen verwirklicht worden ist.«
Fantasieren wir weiter: die Worte des Ersten Sekretärs werden einstimmig zum Gesetz erhoben, der Warschauer Vertrag wird gekündigt, die in der osteuropäischen Region stationierten sowjetischen Truppen werden mit Militärmusik und Blumen verabschiedet, und die Länder des ehemaligen Ostblocks beginnen mit der Regelung ihrer eigenen Probleme. Durch freie Wahlen, an denen mehrere Parteien teilnehmen dürfen, schaffen sie ihre parlamentarischen Institutionen, sie öffnen die Grenzen und garantieren die Freiheitsrechte, einschließlich eines vernünftig beschränkten Privatbesitzes. Alles andere: das McDonald-Netz, die Arbeitslosigkeit, die Peep-Show kommen von selbst.

11. Verzichten wir auf eine Analyse der dramatischen Auswirkungen, die ein solcher Schritt für die Lage Westeuropas, für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und die Stabilität in Afghanistan und Nicaragua im besonderen hätte. Bleiben wir bei der Problematik der osteuropäischen Region, die davon herrühren würde, daß ein Bruch in der jahrzehntelangen historischen Entwicklung entstünde, daß die beruhigende Eintönigkeit der Diktatur vom mühevollen und risikoreichen Funktionieren einer Demokratie abgelöst würde. Jedenfalls müssen wir voraussetzen, daß eine solche

Veränderung die betroffenen Länder völlig unvorbereitet fände. Paradoxerweise ist nämlich nicht nur das System sowjetischen Typs in diesen Gesellschaften dermaßen unorganisch geblieben, daß es bei Völkern mit schwächeren Nerven nur mit Waffengewalt aufrechterhalten werden konnte, sondern auch die demokratisch-pluralistischen Institutionen sind in diesen Ländern kaum verwurzelt. Die erste und größte Sorge eines seinem Schicksal überlassenen Osteuropa wäre die Frage: welchem Modell sollte es folgen, welche staatlichen und sozialen Formationen sollte es übernehmen; welches sind die guten Traditionen und welches die schlechten, die zu vermeiden wären.
Ohne Zweifel sind die sowjetischen Strukturen, die der Tradition des Zarenreichs entsprechen, der Gesinnung der Bevölkerung von Plauen bis Plovdiv völlig fremd geblieben. Um nur einen Unterschied zu erwähnen: die hierarchische Straffheit der Verwaltung war in Mittel- und Osteuropa durch die allgemein anerkannte Unfähigkeit des Apparats vorteilhaft gelokkert. Karl Kraus nannte das »Tyrannei durch Schlamperei gemildert«. Während die zaristisch-russische Bürokratie durch das Pathos der Regel aufrechterhalten blieb, wurde die Monarchie eher vom Zynismus der Ausnahmen verwaltet. Demokratie und Pressefreiheit haben in diesen Ländern die Tendenz, entweder auszubrechen oder eingeführt werden zu müssen.

10. Das Kádársche Ungarn, das wir vielleicht nicht nur aus nationalistischer Überheblichkeit als Eldorado der osteuropäischen bürokratischen Zivilisation bezeichnen, weist zahlreiche Beispiele für diese Verflechtung von Regel und Ausnahmen auf. Die Pressefreiheit etwa ist bei uns nichts anderes als ein Extremfall der staatlichen Kontrolle über die Presse, die Großzügigkeit einer von ihrem eigenen Liberalismus beflügelten Zensur. Die Zensur ihrerseits ist eine nüchterne Selbstbeschränkung derselben von niemandem bezweifelten Freiheit, und zwar in ihrem eigenen Interesse.
Symbolisch für den ökonomischen Bereich war die Tatsache, daß die neue Wirtschaftsreform im Frühjahr 1982 mit der Verpachtung der städtischen Toiletten an kapitalstarke Privatpersonen eingeleitet wurde. Dogmatische Marxisten mögen in dieser Maßnahme die nahe Restauration des Kapitalismus geahnt haben (siehe Marx: »Die ganze alte Scheiße kommt zurück«). Tatsächlich aber handelt es sich um die Stärkung des Sozialismus. Es ist offensichtlich, daß ein von der Betreuung des anal-fäkalen Bereichs entlasteter Staat den Schlüsselindustrien viel größere Energie und Aufmerksamkeit widmen kann.
Was nun die Politik betrifft: ob die Behörden die Opposition verfolgen oder nicht, hängt in Ungarn überhaupt nicht von irgendeiner gesetzlichen Regelung ab. Die diesbezüglichen Passagen jeder sozialistischen Verfassung

sind so weit formuliert, daß aus ihnen sowohl ein viktorianischer Liberalismus als auch ein lateinamerikanischer Autoritatismus abzuleiten wäre. Hier macht sich eher eine Art Zweckrationalität geltend: wird die Opposition *nicht* verfolgt, so dient dies nur zum Ruhme des Systems. In diesem Fall liefert jede Aktion der Andersdenkenden den Behörden einen Anlaß, *keine* repressiven Maßnahmen zu ergreifen. Kommt es aber doch zu Haussuchungen oder Verhören, so geschieht dies nur zum Schutz der Stabilität, im Namen des oft erwähnten »nationalen Konsens«, desselben, der gewissermaßen auch die Existenz einer Opposition stillschweigend toleriert.
Eine Art Konsens waltete selbst in den stürmischen Tagen des Oktober 1956. Der Politiker István Bibó veröffentlichte damals eine Denkschrift, in der er für den Fall einer demokratischen Systemveränderung der machtverlustigen kommunistischen Elite bestimmte Garantien einräumen wollte. Ein Teil des überflüssig gewordenen Apparats sollte mit hohen Renten abgefunden, ein anderer Teil in einem langfristigen Programm zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft umgebildet werden. Dieser Vorschlag eines »zweiten Bildungsweges« für die Funktionäre zeugte von Bibós tiefer Einsicht in die osteuropäischen Verhältnisse. Sicher würde eine konsequente Demokratie im Fall eines Machtwechsels keine solchen Schonungsmaßnahmen anerkennen. Selbst die Betroffenen waren von Bibós großzügigem Projekt wenig begeistert: der Minister der Imre Nagy-Regierung wurde nach der Niederwerfung des Aufstands zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

9. Aus alledem folgt, daß eine neue demokratische Staatlichkeit in Mittel- und Osteuropa weder das westliche noch das östliche Modell nachahmen kann. Vielmehr sollten diese Länder *sich selbst* ähnlich werden, ihrer historischen Identität näherkommen.
Eigentlich tun sie das auch. Es ist geradezu verblüffend, wie nach der Lockerung von Stalins eisernem Ring die historische Vergangenheit in diesen Ländern sich zu regen begann. Jahrhundertealte Situationen wiederholen sich mit gespenstisch ähnlicher Dramaturgie. Im November 1956 wird die zu Verhandlungen eingeladene ungarische Regierungsdelegation im Hauptquartier der sowjetischen Armee festgenommen. Es gibt in Ungarn kein Schulkind, dem dazu nicht eine Episode aus der Türkenherrschaft einfallen würde: ähnlich verhaftete der Sultan einen damaligen ungarischen Heerführer, nachdem er seinem Gast am Ende eines üppigen Mittagessens »schwarze Suppe« (Kaffee) angeboten hatte. Das häufige Nach-Moskau-Zitieren der Führer des Prager Frühlings 1968 entbehrt ebenfalls nicht der Parallele zur Geschichte der hussitischen Ketzer-Bewegung.
Aber die Vergleiche hinken: Dubček war kein Jan Hus, Chruschtschow kein Suleiman der Zweite, und der Warschauer Vertrag läßt sich auch

schwerlich mit dem Konzil von Konstanz gleichsetzen. Und doch leben solche Vergleiche als Hinkebeine im Nationalbewußtsein weiter, sie stützen sich dabei auf ein Manko an Phantasie. Und wir wissen ja, daß die Idee, auch die noch so ungenau formulierte, wenn sie in die Masse eindringt, rettungslos in materielle Gewalt übergeht. Wenn zum Beispiel ein Volk es sich in den Kopf setzt, die Legitimität freier Gewerkschaften direkt aus dem Neuen Testament abzuleiten, dann fühlt sich die benachbarte Supermacht leicht dazu gezwungen, an ihren Grenzen zu mobilisieren.

Diese kleinen mittel- und osteuropäischen Nationen weichen jedoch nicht nur von den beiden oben genannten Modellen ab, sondern sie weisen auch in ihrem eigenen Charakter beträchtliche Unterschiede auf. Unterschiedlich ist ihr religiöser Hintergrund: katholische, evangelische, russisch-orthodoxe und islamische Traditionen leben nebeneinander, und die historischen Erfahrungen sind nicht weniger divergent. Es gibt Länder, wo sich im 19. Jahrhundert mächtige Revolutionen abgespielt haben (Ungarn, Polen), und es gibt solche, wo keine stattgefunden haben (Rumänien, Tschechoslowakei). Einige Staaten der Region sind Vielvölkerstaaten (Rumänien, ČSSR), in anderen sind die nationalen Minderheiten unbedeutend (DDR, Ungarn). Politisch differenziert sich das Bild auch danach, ob die einzelnen Länder am Zweiten Weltkrieg als Verbündete von Nazideutschland oder als Mitglieder der antifaschistischen Koalition teilgenommen haben. Zu diesen vergangenen oder auf die Vergangenheit zurückzuführenden Unterschieden kommen noch diejenigen, die aus der heutigen Lage der einzelnen Länder resultieren. Es sind solche der Größe, der ökonomischen Stärke, des Konsumniveaus, der Rolle der Öffentlichkeit, der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung usw.

Diese intraregionalen Differenzen sind keine Fakten, die von rein wissenschaftlichem Interesse wären, sondern Fakten, die das Leben unserer Länder und ihr nationales Bewußtsein tagtäglich beeinflussen. Die zum Leben erwachten alten Nationalismen wüten in als literarische Diskussion getarnten Kneipenprügeleien und werden zunehmend zum Bestandteil der Politik der einzelnen Regierungen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Ungarnfeindlichkeit in Rumänien, aber teilweise auch die antirumänische Stimmung in Ungarn. Beide Leidenschaften haben historisch gut bestimmbare Ursachen, die von der jetzigen Minderheitenpolitik Rumäniens nur aktualisiert werden.

Die Sowjetunion steht der nationalen Renaissance in Osteuropa teils ohnmächtig gegenüber, teils versucht sie, sie für ihre eigenen Zwecke einzuspannen. Diese sozialistische Supermacht, die einmal aus der Idee der Verbrüderung der Nationen entstanden ist, hat die spezifischen nationalen Interessen der ihrer Einflußsphäre angehörenden Völker jahrzehntelang nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Der höchste Preis, den sie dafür

bezahlen mußte, war der Bruch mit China. Jetzt geht es ihr vor allem darum, die Gefahr zu vermindern, daß die miteinander in Streit liegenden kleinen Verbündeten sich plötzlich auf eine gemeinsame Plattform gegenüber der Großmacht einigen.

8. Zu Beginn der sechziger Jahre gab es Anzeichen für einen Entwicklungsprozeß in Richtung auf eine Art von osteuropäischer Integration. Innerhalb der sozialistischen Länder wurde das Reisen mehr oder weniger frei, ausgenommen nach Jugoslawien, dessen sozialistischer Charakter damals noch in Frage gestellt wurde. Es begann eine regelrechte Völkerwanderung: in einem einzigen Sommer kamen Hunderttausende teschechoslowakischer Touristen nach Ungarn und ebensoviele Ungarn besuchten den nördlichen Nachbarn. In diesem babylonischen Chaos von Studentenheimen und Campingplätzen begann sich die junge Generation der Volksdemokratien wohlzufühlen. Auch der Schwarzmarkt erlebte seine Konjunktur: tschechische Schuhe, ungarische Salami, polnisches Bettzeug, ostdeutsche Haartrockner wurden ausgetauscht, und es schien, daß diese nicht ganz interessenfreien massenhaften Bekanntschaften der Auflösung des alten Argwohns und der traditionellen Haßgefühle dienten. Die handfesten Gespräche in den vernachlässigten osteuropäischen Zügen waren getragen von Regionalbewußtsein: hier trafen sich Menschen, die über ihre Regierungen ganz bestimmter Meinung waren und die wußten, was von dem großen Verbündeten zu halten sei. In dem plötzlich ausbrechenden Konsumentenbewußtsein schimmerte die Hoffnung auf Verbesserung einer *gemeinsamen* Lage.
Dieser ermunternde Prozeß wurde aus verschiedenen ökonomischen und politischen Erwägungen gestoppt. Der Tauschhandel, dessen wahre Künstler die Polen waren, wurde durch rigorose Zoll- und Reisebeschränkungen eingeengt. Die teschechoslowakische Reform, die polnische soziale Bewegung, ja sogar die gemäßigte ungarische Liberalisierung bewogen die konservative Machtelite anderer osteuropäischer Staaten dazu, die Bevölkerung in die alte Quarantäne zurückzutreiben. Besonders stark war die Isolierung der DDR-Bürger. Sie dürfen inzwischen jährlich zwei Wochen in Ungarn verbringen, Polen ist praktisch Sperrzone für sie; Bulgarien liegt zu weit weg, und Rumänien ist als Reiseziel wegen der fehlenden Infrastruktur wenig attraktiv.
In welch tiefe Krise der innersozialistische Tourismus geraten war, zeigte die Entscheidung der Bukarester Regierung vom Sommer 1979, daß auch für Osttouristen Benzingutscheine nur gegen Westwährung ausgegeben werden dürften. Diese Maßnahme, die sogar in der an absurden Entscheidungen reichen rumänischen Politik ihresgleichen sucht, war jedoch nur eine Konsequenz der allgemeinen osteuropäischen Fremdenverkehrsmisere. Heute leidet die Bewegung zwischen den Volksdemokratien unter anderem

auch am Devisenhunger der einzelnen sozialistischen Staaten. Die Westbürger sind überall willkommen, aber die in der Prager Altstadt, am Balaton-Ufer oder im Varnaer Hafen nach DM jagenden Osttouristen sind zweitklassige Bürger aus zweitklassigen Ländern. Sie stehen vor Intershop-, Tuzex-, Corecom- und Konsumtourist-Läden und sind dabei auf einen anderen Wohlstand fixiert als den, der von den Bedingungen dieser Länder her möglich und notwendig wäre. Das erniedrigte Nationalgefühl schürt wiederum chauvinistische Leidenschaften.

7. Interessant ist, daß die neue nationalistische Welle immer mehr auf die bürokratischen Oligarchien übergreift. Unseres Erachtens hat dieses Phänomen unter anderem einen psychosozialen Hintergrund. Bedenken wir: der Führer oder die führende Körperschaft eines sozialistischen Landes hat im eigenen Haus nahezu unbegrenzte politische Kompetenzen und ist gleichzeitig einer äußeren Macht bis zur Lächerlichkeit ausgeliefert. Derjenige, der es gewöhnt ist, Befehle zu erteilen, kann nach einer Weile Befehle immer schwerer ertragen. Aber auch die sowjetische Politik hat sich verändert: von der ökonomischen Hilfe bis zur militärischen Intervention setzt sie die verschiedenen Mittel ein, um das, was sie euphemistisch die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft nennt, aufrechtzuerhalten. Auf das Mittel des Drucks verzichten jedoch auch die kleinen Verbündeten untereinander nicht. In welch ätzendem, erniedrigendem Ton, besonders in verschärften Situationen, die brüderlichen Verhandlungen vor sich gehen, darüber lesen wir dramatische Berichte bei Autoren von so unterschiedlicher Auffassung wie dem Tschechen Josef Smrkovsky oder dem verstorbenen Albaner Enver Hodscha.
Nach Helsinki kam es regelmäßig zu Kontakten kleiner osteuropäischer Staaten mit westeuropäischen oder amerikanischen Partnern. Die US-Führung macht kein Hehl daraus, daß sie durch solche Beziehungen die einseitige Bindung der Mittel- und Osteuropäer an die Sowjetunion zu lockern sucht. Der nationalstaatlichen Eitelkeit wird durch spektakuläre Gesten geschmeichelt, etwa die Rückgabe der Krone des ersten ungarischen Königs, Stephan des Heiligen, aus amerikanischer Hand an Ungarn. Jedenfalls verfehlen die verschiedenen westeuropäischen »Ostpolitiken« ihre Wirkung auf die Würdenträger der kleinen sozialistischen Staaten nicht. Hier denken wir nicht nur an die Dollarmilliarden, die der natürliche Dünger der guten Beziehungen sind, sondern auch daran, daß die Ostfunktionäre bei solchen Westreisen ein langersehntes Prestigeerlebnis genießen. Es muß für sie ein höchst angenehmes Gefühl sein, sich zum Ehrendoktor ernennen zu lassen oder dem Papst die Hand zu schütteln. Auch damit erklärt sich die heftige Sehnsucht nach Reisen, die die politischen Größen unserer Region im letzten Jahrzehnt befallen hat.

In dieser Hinsicht beginnen die Staatsmänner sogar den gewöhnlichen Bürgern zu ähneln. Sie schmieden Westreisepläne, stellen rechtzeitig Ausreiseanträge, die dann von höheren Stellen entweder genehmigt oder abgelehnt werden. Manchmal kommt es zu bitteren Enttäuschungen: statt einer angenehmen Bonner Reise müssen sie sich mit der Enthüllung eines Karl-Marx-Denkmals in Addis-Abeba oder mit einer Jagdtour in Finnland zufriedengeben. Es bleibt nur zu hoffen, daß unsere Führer ihren Kampf um Menschenrechte nicht aufgeben. Schließlich müssen die Erleichterungen von Helsinki auch für Erste Sekretäre und Staatsratsvorsitzende etwas bringen.

6. Wenn die osteuropäischen Länder plötzlich in die Situation geraten würden, frei handeln zu können, wie wir es am Anfang bereits geschildert haben, dann würden die großen nationalen Unterschiede und Gegensätze, der gesteigerten Staatsraison entsprechend, zunächst aller Wahrscheinlichkeit nach zu heftigen Konflikten führen. Gleichzeitig ist aber offensichtlich, daß diese Länder nicht aufhören würden, gemeinsame Interessen zu haben; mehr noch: gerade durch die neue Lage würden zahlreiche solcher Interessen entstehen. Hier meinen wir nicht nur, daß sie ein Gegengewicht gegen den einheitlichen politischen, militärischen und ökonomischen Block der Sowjetunion bilden müßten, sondern auch, daß sie, wenn sie den Gedanken der Unabhängigkeit ernst nehmen, sich ebenso gegenüber dem vorwiegend ökonomischen Druck des Westens würden behaupten müssen. Denn es ist keineswegs natürlich, daß zivilisierte Gesellschaften dauernd auf die Unterstützung ihrer reichen Nachbarn angewiesen sind, daß sie sich das alltägliche Funktionieren ihrer Wirtschaft ohne regelmäßige Dollar-Injektionen gar nicht vorstellen können – als ob diese Kräfte je auch nur ein Minimum an Stabilität gesichert hätten.
Es ist klar, daß heute kein sozialistischer Kleinstaat der Weltmarktkonkurrenz gewachsen wäre ohne westliche bzw. sowjetische ökonomische Unterstützung. Es ist aber nicht so sicher, daß sie auch mit gemeinsamen Anstrengungen nicht in der Lage wären, einen lebensfähigen ökonomischen Organismus zu schaffen. Den politischen Rahmen für eine solche ökonomische Zusammenarbeit könnte eine ostmitteleuropäische Konföderation bilden.

5. Es gab schon bestimmte theoretische Ansätze in dieser Richtung, von denen wir das Kossuth- und das Dimitrow-Projekt hervorheben wollen. Ludwig Kossuth, Führer des revolutionären Ungarn, war im Laufe der Niederlage dieser Revolution allmählich zu der Erkenntnis gekommen, daß die Ursache ihres Fiaskos unter anderem in der verfehlten Nationalitätenpolitik der ungarischen Revolutionsregierung zu suchen sei. Dadurch war

es nämlich der Habsburger Reaktion gelungen, beinahe alle nationalen Minderheiten – Rumänen, Slowaken, Tschechen, Serben und Kroaten – gegen die ungarische Unabhängigkeit zu mobilisieren. Später, als Kossuth im Exil mit rumänischen Politikern den Kontakt aufgenommen hatte, versuchte er mit ihnen, eine gemeinsame Front gegen die österreichische Monarchie aufzubauen. Dieser Versuch scheiterte damals aus internationalen Gründen, es blieb jedoch ein kleiner Programmentwurf des Führers der ungarischen Revolution erhalten.

4. Daraus zitieren wir:

»1. Vergessen aller alten Zerwürfnisse und vollständige Aussöhnung zwischen Serben, Walachen und Ungarn.

2. Gleiches Recht und gleiche Freiheit für alle Bürger Ungarns ohne Unterschied des Stammes und der Konfession.

3. Autonomie der Gemeinde und des Komitates. Die Bevölkerung der von Bürgern gemischter Zunge bewohnten Gegenden wird die Administrations-Sprache im freundschaftlichen Wege feststellen.

4. In den Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten volle Unabhängigkeit für die verschiedenen Konfessionen und Nationalitäten.

5. Die serbischen und walachischen Truppen werden besonders organisiert und in serbischer resp. walachischer Sprache kommandiert werden. Zur Erlangung der verschiedenen Aemter wird Jedermann in der Armee gleiches Anrecht haben.

6. Nach Beendigung des Krieges hätte eine in Siebenbürgen einzuberufende Versammlung über die administrative Einheit dieses Landes mit Ungarn zu bestimmen, und falls die Majorität beschließen sollte, daß Siebenbürgen in administrativer Hinsicht seine frühere selbständige Position wieder erhalten soll, so wird dies nicht angefochten werden.

7. Das Prinzip der Brüderlichkeit muß uns Alle leiten. Nur dies kann uns zu dem Ziele führen, das wir anzustreben haben. Und dieses Ziel ist die Konföderation der drei Donaustaaten: Ungarn, Serbien und die Moldau-Walachei.«

Diese verspätete Empathie Kossuths gegenüber den Träumen der Rumänen, Serben und anderen Nationalitäten rührt paradoxerweise gerade von seinem Nationalismus her: er befähigte ihn, sich vorzustellen, was einer anderen Nation fehlen könnte. Für einen ungarischen Provinzadligen war das gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts eine große intellektuelle Leistung, besonders wenn wir bedenken, daß der viel weitsichtigere Weltmann Marx zur gleichen Zeit die Existenzberechtigung der tschechischen Nation recht grob in Frage gestellt hat.

Das Bemerkenswerteste an Kossuths Projekt aber ist seine traurige Aktualität. In einem großen Teil der von der geplanten Konföderation betroffenen Gebiete, so in Rumänien und in der ČSSR, sind bis heute weder kulturelle Rechte noch gleiche Chancen für »Bürger gemischter Zunge« garantiert. (Wir denken hier nicht nur an die ungarischen Minderheiten, sondern auch an Deutsche und Juden in Rumänien, an die Ruthenen in der Slowakei und natürlich an die als Nationalität nie anerkannte mächtige Volksgruppe der Zigeuner in Ungarn, über die sich wohl auch Kossuth keine Gedanken

machte.) Was nun »das Prinzip der Brüderlichkeit« betrifft, so können wir dem 19. Jahrhundert versichern: es ist bis heute eine hymnische Begeisterung à la Lamennais geblieben.

3. Dimitrows Konföderationsvorstellungen kennen wir nur in einer etwas apokryphen Form. Der Führer der bulgarischen KP hat in einem ziemlich unklaren Interview vom Januar 1948 auf das Thema hingewiesen, das er in diplomatischen Verhandlungen mit jugoslawischen Führern vielleicht eingehender erörtert hatte. Nach dem Text der sowjetischen Zeitung *Prawda* hatte man Dimitrow die folgende Frage gestellt:

»›Es gehen Gerüchte, daß eine Föderation der Balkanstaaten und eine andere in Ost- und Südosteuropa – Ungarn, Tschechoslowakei und Polen umfassend – unmittelbar bevorstehen sollen. Ist es möglich, daß gegebenenfalls auch andere Läner in diesen Gebieten einer solchen Föderation beitreten?‹
Dimitrow erwiderte: ›Die Frage einer Föderation oder Konföderation erscheint uns verfrüht. Sie ist zur Zeit nicht an der Tagesordnung und daher auch noch kein Diskussionsthema bei unseren Konferenzen. Wenn die Frage reif geworden ist – was unweigerlich einmal der Fall sein wird –, werden unsere Völker sie lösen, und zwar die volksdemokratischen Nationen: Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Griechenland – merken Sie sich das, auch Griechenland! Sie werden dann entscheiden, was es einmal sein soll – ob eine Föderation oder Konföderation, und ebenfalls wann und wie sie abgeschlossen werden soll. Ich kann nur sagen, daß bereits heute unsere Völker alles dafür tun, die Lösung dieser Frage für die Zukunft außerordentlich zu erleichtern. Ich darf noch besonders betonen, daß unsere Völker, wenn es einmal zu einer solchen Föderation oder Konföderation kommen sollte, die Imperialisten vorher nicht um Rat fragen und auf ihre Opposition nicht hören, sondern die Frage selbständig lösen werden, so wie es ihr eigenes Interesse und das Interesse der internationalen Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Nationen verlangt.‹«

Wir wissen nicht, wie die Imperialisten auf die provozierende Erklärung Dimitrows reagierten, derzufolge, ohne sie zu fragen, auch Griechenland in diese »Föderation oder Konföderation« aufgenommen werden sollte, obwohl Griechenland im Sinne der Jalta-Vereinbarung eindeutig der britischen Einflußsphäre angehörte. Eine wütend ablehnende Reaktion kam jedoch aus unerwarteter Richtung. Eine Woche später fand es die *Prawda* angebracht, die von ihr veröffentlichte Dimitrow-Erklärung zu desavouieren:

»Zahlreiche Leser der Sowjetunion haben sich an die Redaktion der *Prawda* mit Anfragen gewandt, die sich etwa so zusammenfassen lassen: Darf unterstellt werden, daß die *Prawda* sich durch die Veröffentlichung von Dimitrows Interview mit dessen Ansicht einverstanden erklärt, daß eine Föderation der Balkan- und Donaustaaten, die auch Polen, Tschechoslowakei und Griechenland einschließen, zweckmäßig sei, wobei der Abschluß einer Zollunion zwischen ihnen ebenfalls für erforderlich angesehen wird? In diesem Zusammenhang halten es die Herausgeber der *Prawda* für notwendig, die folgende Erklärung abzugeben:
Erstens, *Prawda* konnte nichts anderes tun, als das Interview des Genossen Dimitrow so abzudrucken, wie es in der Presse anderer Länder bereits erschienen war, und selbstverständlich keine Änderung daran vornehmen.

Zweitens, dies bedeutet indessen nicht, daß die Redaktion der *Prawda* mit dem Genossen Dimitrow in der Frage einer Föderation und Zollunion zwischen den genannten Ländern übereinstimmt. Im Gegenteil, die Redaktion der *Prawda* ist der Meinung, daß diese Länder keine derart fragwürdige und künstlich erzeugte Föderation oder Konföderation oder etwa eine Zollunion nötig haben; was sie brauchen, ist die Konsolidierung und Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Staatshoheit durch die Mobilisierung und Organisierung der demokratischen Kräfte ihrer Völker im eigenen Innern, wie dies in der bekannten Deklaration der neun Kommunistischen Parteien unmißverständlich festgestellt wurde.«

Die wahrscheinlich von Stalin persönlich inspirierte sowjetische Ablehnung ist der Form nach ganz konventionell. Zwischen der Übernahme des Dimitrow-Interviews und seiner Verurteilung hat sich etwas in der sowjetischen Politik verändert; nach der Meinung des Tito-Biographen Vladimir Dedijer war es der neue Plan, gegen Jugoslawien aufzutreten und die Volksdemokratien enger um die Sowjetunion zusammenzuschließen. Plötzlich fühlten sich deshalb die einfachen sowjetischen Leser bestürzt wegen einer »fehlerhaften« Mitteilung in ihrer eigenen Zeitung. Die Redaktion entschuldigte sich mit der Pflicht, die Leser zu informieren, der die sowjetische Presse, wie bekannt, immer peinlichst nachgekommen ist.
Interessanter ist jedoch die Argumentationsweise der *Prawda*. Wenn nämlich der sowjetische Autor über eine »fragwürdige und künstlich erzeugte Föderation« spricht, scheint er zu vergessen, daß selbst die Sowjetunion nicht auf »natürlichem Wege«, sondern in der Folge eines sechsjährigen Krieges mit inneren und äußeren Gegnern entstanden ist. So erscheint Dimitrow, der ehemalige Führer der Komintern, als Schmied von fragwürdigen Plänen in recht zweifelhaftem Licht.
Solch ein Kopfschütteln in der *Prawda* im Vorfeld des sowjetisch-jugoslawischen Konflikts und der darauffolgenden Serie von Schauprozessen in Osteuropa sollte keineswegs als Scherz abgetan werden. Dimitrow war sich darüber im klaren. Kurz darauf zog er seine übereilte Erklärung in Sachen Konföderation zurück. Anderthalb Jahre später ist er während eines Moskaubesuchs gestorben – wie die offizielle Mitteilung behauptet, infolge von »Leberleiden und Diabetes«. In den Jahrzehnten danach hat keine sich an der Macht befindende kommunistische Partei die Frage nach einer Konföderation je wieder gestellt.

2. Offen gesagt finden wir von den beiden geschilderten Konföderationsvorstellungen die Kossuthsche sympathischer. Nicht, weil wir derselben Nation angehören, auch nicht, weil wir in dem sowjetischen Veto gegenüber Dimitrow etwas zu Beherzigendes fänden. Es handelt sich einfach darum, daß Kossuths Standpunkt menschlicher ist. In den Vorstellungen von Dimitrow, zumindest in dem, was er der Veröffentlichung wert fand, geht es um Staaten, um die Koalition von acht Staaten. Im Projekt Kossuth tritt der Staat nur als Randerscheinung hervor, wir lesen dort mehr über

zusammenlebende Gesellschaften, über Rechte und Chancen der Bürger. Den Revolutionär des 19. Jahrhunderts trennt von dem Apparatschick des 20. Jahrhunderts eine ganze Welt. Kossuth war noch zutiefst davon überzeugt, daß der Staat mit der Gesamtheit seiner Bürger identisch sein solle; für Dimitrow sollte die Konföderation durch einen zwischenstaatlichen Akt auf die »Tagesordnung« gesetzt werden. Bei aller Kühnheit des Dimitrowschen Projekts steht fest, daß Stalin eine solche Föderation mit einem einzigen Argument abtun konnte, nämlich daß Dimitrow die Stirn hatte, aus dem neuen Staatenbund die Sowjetunion auszusparen.

1. Jetzt wagen wir uns mit unserem eigenen Konföderationsprojekt hervor.
a) Die Ostmitteleuropäische Konföderation ist ein Bund freier und demokratischer Staaten auf der Basis der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und der nationalen Selbstbestimmung.
b) Die Länder mit sozialistischer oder gemischter Wirtschaft heben sämtliche Zollgrenzen zwischen einander auf und gewähren ihren Bürgern unbeschränkte Reisefreiheit für alle Mitgliedsstaaten der Konföderation.
c) Über das politische System der einzelnen Länder entscheiden frei gewählte gesetzgebende Körperschaften unter Einbeziehung sämtlicher politischer Interessengruppen und sozialer Institutionen. (In Polen und der DDR könnte man die formal existierenden Koalitionsparteien reaktivieren, in Jugoslawien die Selbstverwaltung, usw.)
d) Die Konföderation schließt sich keinerlei militärischem Block oder politischer Machtkoalition an; ihre Armeen dienen Verteidigungszwecken und sind konventionell ausgerüstet.
e) Die Streitfragen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten werden vor die Öffentlichkeit gebracht, die Länder verzichten in ihren Beziehungen auf jegliche Geheimdiplomatie.
f) Ziel der internationalen Tätigkeit der Konföderation ist es, bei den unseren Kontinent betreffenden Gegensätzen der Großmächte zu vermitteln.

Natürlich kann man gegen die obigen Ausführungen einwenden, sie seien unverantwortliches, unrealistisches Gerede. Tatsache ist, daß es in der nächsten Zukunft in Mittel- und Osteuropa kaum zu irgendeiner Form der Konföderation kommen wird. Mehr noch: die traurige Rolle des östlichen Subkontinents ist weiterhin die Gespaltenheit, das ökonomische, politische und militärische Ausgeliefertsein zwischen den beiden Machtblöcken. Und doch muß man sich darüber Gedanken machen, ob es nicht auch anders sein könnte. Die Folgen solch unverantwortlicher und unrealistischer Gedanken kennen wir noch nicht. Wozu aber die jahrzehntelange Tätigkeit der Verantwortlichen und Realisten geführt hat, das wissen wir.

István Eörsi
Der Sowjetmensch: ein verlorenes Vorbild

Die Gusew-Gasse liegt in der Innenstadt von Budapest. Benannt wurde sie nach Kapitän Gusew, dem Helden eines Romans aus der Feder des Stalinisten Béla Illés. Der Held, ein russischer Offizier, wird 1849, nach dem Scheitern des ungarischen Freiheitskampfes, hingerichtet, weil er sich, von revolutionärer Gesinnung geleitet, auf die Seite der Aufständischen geschlagen hat. Da der Autor die Form des Dokumentarromans gewählt hat und weil er selbst als ein Sowjetmensch galt – er kehrte nach fünfundzwanzigjähriger Emigration als Major der Sowjetarmee nach Ungarn zurück –, wurde seine Story für bare Münze genommen und Kapitän Gusew von der dankbaren Nation mit einer Straße bedacht. Einer meiner literarisch feinfühligen Freunde schöpfte indes schon 1955 Verdacht. Das Institut für Sowjetische Militärgeschichte antwortete auf seine Anfrage, in der russischen Armee habe es zwischen 1830 und 1870 keinen Offizier namens Gusew gegeben. Doch die Gusew-Gasse konnte nicht umgetauft werden. Hätte man den fraglichen russischen Helden, der nicht nur als Straßenschild, sondern auch in den Schulbüchern für Geschichte sein Wesen trieb, seiner Nichtexistenz beraubt, hätte das für eine antisowjetische Aktion gehalten werden können. Gusew war nämlich das Prachtexemplar eines in die Vergangenheit projizierten SOWJETMENSCHEN. Heute steht die Gasse, die seinen Namen trägt, für eine geheime, allgemeine Übereinkunft. Wir wissen, es ist nicht wahr, und die Macht weiß es auch, und wir wissen ebenfalls, daß sie wissen, daß wir es wissen, doch wir tun so, als wäre nichts geschehen. Dieses »so tun als ob« ist heutzutage in den Ländern Mittel- und Osteuropas die allgemeine ideologische Haltung, und das nicht nur im Zusammenhang mit Gusew und dem importierten Ideal des Sowjetmenschen.

Bei Gusew fällt mir ein anderer russischer Soldat ein, der sich tatsächlich auf die Seite der ungarischen Revolution geschlagen hat. Es geschah am dritten Tag des Aufstands, am 25. Oktober 1956. Ein Teil der sowjetischen Truppen in Budapest demonstrierte seine Sympathie für die Aufständischen. Auf Dutzenden von Tanks wurde die ungarische Flagge aufgesteckt. Ich stehe zusammen mit dem erwähnten Freund neben einem dieser Tanks.

Der Panzerkommandant ist ein fröhlich aussehender Bursche um die zwanzig. Mein Freund klettert zu ihm hinauf und beginnt ihm zu erklären: »Mü nje faschistü. Stalin – faschist. Chruschtschow – faschist. Rákosi – faschist. Gerö – faschist. Mü nje faschistü.« Der Russe lacht schallend und antwortet: »Chruschtschow, Gerö, Rákosi – da! Stalin – njet!« Wir lachen auch, doch nicht so unbeschwert. Die Situation ist im Grunde aussichtslos. Chruschtschow ist in seinen Augen offenbar deshalb ein Faschist, weil er sich gegen Stalin gewandt hat. Zur Partei, deren Führer Chruschtschow ist, hat der junge Russe kein Vertrauen; er steckt die Fahne derer auf, die durch ihren Haß auf den Stalinismus in die Revolution getrieben wurden.
Ich kenne den Namen dieses Burschen nicht, weiß auch nicht, ob ihm wegen des heiteren Tages nicht das Schicksal Gusews zuteil wurde, doch so viel ist sicher: nach ihm wird in Budapest keine Straße benannt.

Noch ein kurzes Erinnerungsbild: im Januar 1945 – es war früher Nachmittag und dämmrig – tauchten bei uns zu Hause zwei Sowjetsoldaten mit Maschinengewehren auf, um Lebensmittel zu requirieren. Nur eines unserer Zimmer war mit einem Eisenofen geheizt, der auch als Herd diente. Im kalten Zimmer daneben lagerten unsere knappen Vorräte. Dort führten die Soldaten ihre Suchaktion durch, und meine Mutter, ich weiß nicht mit welchen Hintergedanken, schickte mich hinüber zu ihnen. Ich war vierzehn, wirkte aber kindlicher. Die beiden beachteten mich gar nicht, sie unterhielten sich während der Suche, ich erinnere mich an das Wort »Burschuj« – es mochte sich auf die Möbel oder die Bücher bezogen haben. Sie nahmen die Lebensmittel an sich, der Zucker freute sie besonders – wir hatten zwei Tüten davon! Als sie fertig waren und schon im Gehen, winkte mich einer der Soldaten zu sich. »Maltschik!« rief er mit befehlender Gebärde, »Junge!« Ich schlenderte zu ihm hin, er fischte aus seinem Mantelsack eine der Zuckertüten und überreichte sie mir mit der Geste des Schenkens. »Maltschik!« sagte er noch einmal aufmunternd. Als ich mit der unerwarteten Beute siegreich in das warme Zimmer einzog, lobte meine Mutter: »Siehst du, sie mögen Kinder.« Wenn ich später in der Schule oder durch Propagandabücher belehrt wurde, daß der Sowjetmensch kinderlieb sei, fiel mir jedesmal die Zuckertüte ein.

Die Völker Mittel- und Osteuropas, die unter einem Regime leben, das sich mit dem Etikett des »existierenden Sozialismus« schmückt – welch ratlose Bezeichnung, entschuldigend und zugleich verzeihend; östlich von Eden heißt es: »das können wir an Sozialismus bieten«, westlich von Eden: »das können sie an Sozialismus bieten« –, diese mit dem Prä-Postkapitalismus belohnten Völker also haben ihre ersten historischen Erfahrungen mit dem Sowjetmenschen vor vierzig Jahren gemacht. Die waren nicht immer so

idyllisch wie meine Erfahrung mit dem Zucker. Es ist wahr: der Sowjetmensch hat der wahnwitzigen Herrschaft der deutschen und ungarischen Nationalsozialisten ein Ende gesetzt, er verteilte in dem ausgehungerten Ghetto phantastisch gut schmeckendes Schwarzbrot und auf den Bahnhöfen aus riesigen Kesseln Kohlsuppe; andererseits wurde sein Triumphzug von Raub, Mord, Vergewaltigung begleitet, vom legalisierten Schrecken, weil er in den frisch eroberten Städten in den ersten achtundvierzig Stunden tun konnte, was ihm beliebte. (Wenn er diese Zeitspanne überschritt, konnte es ihm übel ergehen: ein sowjetischer Offizier hat vor meinen Augen einen Soldaten niedergeschossen, der auf offener Straße – in unserer Straße – eine Frau überfallen hatte.) Eine Freundin – sie war damals sechzehn, vor der Befreiung Sympathisantin der illegalen kommunistischen Partei, ihre Eltern, Juden, sind im Konzentrationslager umgekommen – erzählte mir, daß sie in einem Keller von mehreren russischen Soldaten vergewaltigt wurde, am Tag der Befreiung, vor den Augen ihres sich in weiser Feigheit duckenden Freundes. Diese erste Erfahrung konnte sie nur im großen welthistorischen Zusammenhang aufarbeiten, doch mit der Aufgabe wurde sie verhältnismäßig schnell fertig, weil sie damals noch um jeden Preis ihre Weltanschauung bewahren wollte.

Die Generation, die 1945 in Ungarn mit dem Wunschtraum von einer klassenlosen, freien Gesellschaft den Wiederaufbau – den des Landes und ihrer selbst – begann, hat ihre störenden Erfahrungen in sich vergraben. Mehr oder weniger war das auch in den anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs so, selbst in Polen, obwohl dieser Prozeß hier erschwert wurde durch den jahrhundertelangen Freiheitskampf gegen das russische Imperium und die schrecklichen neuen Erfahrungen: der Nazi-Sowjet-Überfall und die Wiederaufteilung Polens, das Im-Stich-gelassen-Werden beim Warschauer Aufstand usw. Wir hatten das elementare Bedürfnis, im SOWJETMENSCHEN ein höheres Wesen zu sehen, den Botschafter des Kommunismus, der erhabene Ideen ausstrahlt, der mit eigenen Händen die faschistische Bestie erwürgte. Der SOWJETMENSCH war Matrosow, der sich vor die Maschinengewehrstellung warf, um seine Kameraden vor den tödlichen Geschossen zu schützen; es waren Oleg Kosewoj und Zoja Kosmodenskaja, die zu brechen sogar den faschistischen Henkersknechten nicht gelang. Und in unerreichbarer Höhe über dem SOWJETMENSCHEN thronte seine perfekteste Realisierung, der homo sovieticissimus Stalin. Der SOWJETMENSCH, der in uns lebte, war mit dem Ideal identisch, das die zumeist hohlköpfigen Ideologen des sozialistischen Realismus von der Literatur forderten. Gemäß dieser Lehre, wir wissen es, soll die Wirklichkeit in ihrer Bewegung erfaßt werden: nicht das Sein, sondern das Sollen muß im Mittelpunkt der Darstellung stehen. Das Sein ohne Sollen ist

statisch, die sich auf das Sein gründende Kunst ist undialektisch und naturalistisch, da sie an der Oberfläche der Wirklichkeit kleben bleibt. Das Sollen aber, falls es kein subjektives Wollen ist und mit der objektiven Tendenz der Entwicklung harmoniert (also mit den gerade geltenden Parteibeschlüssen), ist seiender als das Seiende. Auf diese Weise entfaltet sich der Held des sozialistischen Realismus, ein abstrakt-allgemeines Wunderwesen, das zum Zweck der Individualisierung mit einigen zufälligen Attributen (Sommersprossen, Pfeife, kernige Aussprüche) ausgestattet ist.

Auch in uns lebte ein SOWJETMENSCH von ähnlicher Inspiration. Unsere Entwicklung hing nicht wenig davon ab, wann, mit welcher Geschwindigkeit, in welch dramatischer Form das Wunschbild in uns mit der Wirklichkeit konfrontiert wurde. Die Zeit für eine schöne, organische Entwicklung war uns nicht vergönnt. Zwischen 1945 und 1949 haben die Kommunisten die anderen Koalitionsparteien eliminiert und im Besitz des Machtmonopols ihre Schauprozesse inszeniert. Statt Gratisbrot Gratis-Zirkus für das ganze Land. Die Führer der demokratischen Parteien, soweit sie nicht emigriert waren, landeten ebenso hinter Gittern wie die höchsten Würdenträger der katholischen Kirche und die meisten nicht-moskautreuen Funktionäre der illegalen kommunistischen Partei. Die populärsten unter ihnen, mitsamt den besten Offizieren der neuen Armee, wurden hingerichtet. All das war 1949/1950 noch vom Applaus der fortschrittlichen Intelligenz begleitet. Überhaupt klatschte das ganze Land Beifall, aufrechtstehend und rhythmisch; viele taten es, wie ich heute meine, aus Furcht, viele aber, und das nicht nur in den Reihen der jungen Generation, aus ehrlicher Begeisterung. Die antifaschistischen Emotionen, die Freude über die Bodenreform und über die Verstaatlichung der Fabriken haben uns für eine Weile völlig kritikunfähig gemacht – wir wollten weder unseren Augen noch unserem Verstand glauben, wir hörten nur auf die täglichen Losungen. So haben am Anfang nur wenige gemerkt, wie das Pathos des großen Sollens allmählich zum Kommandoton von Krähwinklern verkam.

Zuerst hat die Wirtschaft des Landes die Rechnung präsentiert. Die auf das Sollen gebauten ehrgeizigen Drei- und Fünfjahrespläne waren ein Fiasko, die Erde war unter unseren klimatischen Verhältnissen nicht bereit, Reis und Baumwolle zu tragen, weil es ihr an revolutionärer Romantik mangelte, das Wetter hat sich nicht nach den zentralen Erntedaten gerichtet, mangels Kapital und der notwendigen Technologien und Rohstoffe für die Großindustrie haben wir die Vereinigten Staaten nicht überflügelt, und obwohl das Lohnsystem mit Hilfe polizeilicher Ordnungskräfte nach dem Sollen ausgerichtet werden konnte, hat das Preissystem mit Aufruhr gedroht. Wegen des immer katastrophaler werdenden Warenmangels hat sich der überwiegende Teil der Bevölkerung gegen die herrschende Clique gewendet. Hinzu kam noch, daß nach dem Tod Stalins die Revision der Lügenprozesse

begann. Die Verurteilten, die das große Abenteuer überlebt hatten, kamen allmählich aus den Gefängnissen frei, durch ihre Schreckensberichte bekam die Unzufriedenheit ihr moralisches Pathos.
Die Hauptursache der Revolution von 1956 war der schimpfliche Zusammenbruch des wirtschaftlichen, politischen und moralischen Sollens des Stalinismus. Unter den Trümmern wurde auch der sozialistisch-realistische Begriff des SOWJETMENSCHEN begraben, und die Kádár-Restauration hat nur halbherzig versucht, ihn erneut hervorzukramen – nur gerade so weit, wie die abhängige Lage des Landes es erforderte. An die Stelle des abgewirtschafteten Ideals ist ein Vorbild getreten, über das sich niemand mehr Illusionen macht. Heute trägt bei uns der Kommunist nicht mehr den Heiligenschein des SOWJETMENSCHEN – er ist ein Bürger, der sich anzupassen weiß, ein Kämpfer für das kleinere Übel, ein entpolitisiertes Wesen mit symbolischen politischen Gesten. Unter den dünn gesäten Möglichkeiten sucht er schlau und beharrlich nach dem am wenigsten Unannehmbaren für sich und bestenfalls noch für eine Gemeinschaft – für eine Fabrik, eine Stadt oder das Land.

Als eines schönen Morgens im Radio verkündet wurde, Stalin sei gestorben, lag ich mit meiner schwangeren Frau im Bett – wir haben beide geheult. So geschehen im März 1953. Schon im Juni 1953 lauschte ich glücklich der Regierungserklärung Imre Nagys, in der er dem Stalinismus den Kampf ansagte. Und im Winter 1954 wollte ich in die Partei eintreten. Doch im März 1955 stürzten die Stalinisten Imre Nagy, und mein Antrag verschwand in irgendeiner tiefen Schublade. Damals schämte ich mich für das Geschehene und wollte helfen, es wiedergutzumachen. Wegen eines im Herbst 1954 geschriebenen Gedichts, das die neuen Herren des Landes mit den alten verglich, verlor ich meine Stelle. Dabei hatte ich noch 1952, wie viele meiner Dichterkollegen auch, den besten ungarischen Schüler Stalins, den sechzigjährigen Mátyás Rákosi mit einem huldigenden Gedicht gefeiert. Um mein Seelenheil und den guten Ruf des wahren Sozialismus zu retten, habe ich 1956 an der Revolution teilgenommen. Als man mich nach der Festnahme aufforderte, meine Schuld zu bekennen, war ich – zum größten Erstaunen des Offiziers, der mich verhörte – dazu bereit: »Ja, ich bin schuldig, ich verdiene mein Schicksal, ihr habt mich für das Gedicht über Rákosi zu Recht eingesperrt.«
Wenn ein Kind zu schnell wächst, ist es besonders anfällig für Krankheiten. Durch das Tempo, das uns in den Jahren zwischen 1949 und 1956 diktiert wurde, sind viele aus den damals antretenden Generationen zu Krüppeln geworden. Einige hat der Kompensationsmechanismus nicht nur ins Gefängnis, sondern an den Galgen gebracht. Andere emigrierten oder zogen sich in die innere Emigration zurück – in diesen Kreisen findet man alle

Varianten von Resignation und Heimatlosigkeit. Andere wiederum, doppelt gebrochen, sind zynische Diener der Macht geworden, kleinkarierte Karrieristen oder Verräter und Berufsspitzel. Selbst denen erging es meistens nicht besser, deren Schicksal unter Rákosi das Schweigen oder die Verfolgung war. Die Angst fraß sich tief in ihre Eingeweide, sie dienen heute still und resigniert dem, was sie verachten. »Es kann alles nur schlimmer werden«, sagen sie mit einem Achselzucken, wenn sie dem Wunsch nach Veränderung begegnen. Die Grundlage jener allgemeinen Vereinbarung, die der Kádár-Staat stillschweigend mit seinen Bürgern getroffen hat, ist die Erinnerung: die Erinnerung an Rákosi, an die sowjetische Intervention, an die Galgen. Diese Erinnerungen werden durch die Geschichte Ost-Mitteleuropas von Zeit zu Zeit wachgerufen: 1968 in der Tschechoslowakei, 1981 in Polen. Wo könnte es unter diesen Umständen für den SOWJETMENSCHEN noch einen Platz geben?

Die Medizinstudentin Ilona Tóth und vier ihrer Mitangeklagten wurden 1957 hingerichtet, weil sie einen Agenten der Geheimpolizei, der in ihre illegale Gruppe eingeschleust worden war, getötet hatten. Einer der Beschuldigten, ein ehemaliger Politoffizier namens Ferenc Göczy, bekannte sich für nicht schuldig. »Ich bin mit Fadejews Buch *Die Junge Garde* groß geworden«, sagte er. »Ich habe gelernt, daß wir den Verräter töten müssen. Das lehrte ich auch die mir anvertrauten jungen Soldaten. Ich konnte doch mein bisheriges Leben nicht verleugnen. Dieser Mensch hat unter den Bedingungen der Illegalität die Sicherheit von mindestens hundert Leuten gefährdet. Als er uns verdächtig wurde, durchsuchten wir seine Taschen und fanden ein Foto von ihm in Geheimdienstuniform. Ich tat nichts anderes, als was Sie mich gelehrt haben.« – »Und wenn es sich herausstellen wird, daß Ihr Opfer kein Geheimdienstler war«, fragte der Staatsanwalt, »sondern nur die Uniform seines Bruders anzog, um sich darin photographieren zu lassen?« – »Dann bin ich schuldig«, sagte Gönczy, »und verdiene den Tod.« – »Und wenn die Uniform ihm gehörte?« – »Dann habe ich richtig gehandelt.«
Im Dezember 1956 besuchte ich meinen Freund István Angyal. Der ehemalige Führer einer aufständischen Gruppe arbeitete in einem Krankenhaus und war gerade dabei, illegale Flugblätter herzustellen. Ich wollte ihn zur Flucht überreden, da ich Beweise hatte, daß man ihm auf der Spur war. Wir beide wußten, daß ihm die Todesstrafe drohte. Er hatte mit seiner Gruppe viel zu viele russische Tanks außer Gefecht gesetzt und hatte außerdem noch, um seine kommunistische Überzeugung zu demonstrieren, ausgerechnet János Kádár aufgefordert, die Führung der Gruppe symbolisch zu übernehmen. Kádár hatte es ihm auch versprochen, aber am verabredeten Tag stattete er nicht Angyal, sondern lieber den sowjetischen Streitkräften

einen Besuch ab. Angyal hörte mich an und sagte dann: »Ich tauche nirgendwo unter. Ich habe keine Lust, all die kleinen schmutzigen Kompromisse einzugehen, die euch noch erwarten. Ich bin auf dem Gipfel meines Lebens angelangt.« Er war damals siebenundzwanzig Jahre alt. Eine Woche darauf wurde er festgenommen, anderthalb Jahre später hing er am Galgen.
Ich glaube, daß das erhabene Bild des SOWJETMENSCHEN, wie es uns 1945 zum Geschenk gemacht wurde, in diesen 56er Gesichtern und Verhaltensweisen weiterlebt. Selbstzerstörerische und heroische Folgerichtigkeit. Die schönen Losungen der Gemeinschaft, die unter dem Galgen ein letztes Mal herausgeschrien werden. Und sogar heute, wenn ich Berichte über die Prozesse gegen die Führer der Charta 77 oder der Solidarność lese und sehe, wie sie die Anklagebank in der Art Dimitrows und der einstigen Kommunisten in ein Tribunal verwandeln, denke ich jedesmal, daß sie es sind, in denen das Ideal des SOWJETMENSCHEN weiterlebt.

In Ungarn kam es in den siebziger Jahren am 15. März ein paar mal zu Demonstrationen rund um die Petöfi-Statue. Der Dichter, der sich 1848 an besagtem Tag an die Spitze der antihabsburgischen Bewegung gestellt hatte, blickte von seinem Sockel geduldig auf die paar hundert Studenten herab, die an ihrem Jackenaufschlag die Kokarde trugen, und ebenso auf die paar hundert jungen Polizisten, die mit Gummiknüppeln bewaffnet schließlich auf ihre Weise das Leben wieder in normale Bahnen lenkten. Einmal wollten einige kommunistische Studenten die Scharte, die das Regime durch die »nationalistische« Demonstration bekommen hatte, auswetzen, indem sie vier Tage später, am Jahrestag der proletarischen Diktatur von 1919 eine Gegendemonstration machten. Aber das Regime hat diesen ihren Herzensdrang nicht zu würdigen gewußt. Auch sie stießen auf Polizeiwiderstand, gegen die Organisatoren wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, einer wurde sogar zeitweilig von der Universität relegiert.
Der SOWJETMENSCH, der selbst für die kommunistische Partei nur mit Erlaubnis demonstrieren darf, qualifiziert sich zum »Sowjetmenschen«. Auch das ist ein ideologischer Begriff. Er bedeutet: die Repräsentanten der Besatzungsmacht, die »provisorisch« in unserem Land stationierten Soldaten und jene Mentalität, welche die in jedem Dorf und jeder Stadt aufgestellten geschmacklosen Denkmäler ausstrahlen. Dieser Mensch in Anführungszeichen unterscheidet sich deutlich von dem russischen Menschen, ungefähr so, wie heute in der BRD der Amerikaner vom »Ami« unterschieden wird. Die Entwicklung nach 1945 hat die russische Kultur popularisiert und das Bild des Russen positiv beeinflußt. Früher orientierte sich Ungarn an der französischen und deutschen Kultur; jetzt machten hervorragende Schriftsteller und Übersetzer die klassische russische Literatur populär.

Heutzutage eifern sogar Oppositionelle einem Schriftsteller wie Bulgakow nach.

Im Gefängnis erhielten wir zuweilen die Vergünstigung, die Bibliothek der Institution zu benutzen. So geschah es, daß ich 1958 einen der Kolchosen-Romane des sowjetischen Schriftstellers Kerbabajew las. Das Werk spielt in irgendeiner der asiatischen Republiken. Drei Schäfer diskutieren auf einer üsbekischen oder tatschikischen Weide darüber, ob Stalin, wenn er aus dem Fenster des Kreml schaut, sie sieht, wie sie ihre Herden weiden. Die zwei älteren Schäfer – der eine 155, der andere 140 Jahre alt – zweifeln keinen Augenblick daran, der dritte dagegen – ein 115 Jahre alter Grünschnabel – vertritt den Standpunkt, daß Stalin von ihnen zwar wisse, auch von ihrem Leben und ihrer Arbeit, samt ihren Herden, doch sehen könne er sie mit seinen leiblichen Augen nicht, weil das Fenster im Kreml, aus dem er schaut, sehr weit entfernt sei. Der Jüngling ist offenbar vom dekadenten Geist des Zweifels befallen, und da ihn seine beiden Kollegen trotz ihrer größeren Erfahrung nicht überzeugen können, kommt die Angelegenheit vor den Richterstuhl der Kolchose. Hier bricht das Argumentationssystem des Irregeleiteten zusammen; also übt er Selbstkritik, woraufhin das Kollektiv ihn wieder aufnimmt.
Kerbabajew begegnete mir ein zweites Mal, als er anläßlich der *Krebsstation*-Debatte des Schriftstellerverbandes an Solschenizyn folgenden Appell richtete: »Schwören sie allen Ihren Werken ab, dann werde ich sie wie einen Freund an die Brust drücken.«
Der »Sowjetmensch« bedeutet eben nicht nur den Unterdrücker, sondern auch den gleichgeschalteten Untertan. Der »Sowjetmensch« ist überzeugt, daß der, der höher steht, auch weiter sieht, und deshalb müssen die von oben kommenden Behauptungen unten als bewiesen betrachtet werden. Der aber aus dem Fenster des Kremls schaut, sieht alles, wie Gott. Der Zweifel ist eine Todsünde, er zieht die Exkommunikation nach sich. Kerbabajews jüngster Schäfer entging diesem Schicksal dank seiner Selbstkritik. Solschenizyn dagegen hatte nicht den Wunsch, völlig rein, das heißt aller seiner Werke entledigt, an die Brust Kerbabajews zu sinken, weshalb er dann auch exkommuniziert wurde.

Der Untertan richtet sich auch innerlich nach den Vorschriften und Normen. Sein gutes Gewissen wird gewährleistet durch das Bewußtsein der Pflichterfüllung, ohne Ansehen des Inhalts der Pflicht. Der perfekte Untertan vereinigt ein Maximum an Pflichterfüllung mit einem Minimum an Verantwortungsbewußtsein. In dieser Hinsicht gibt es zwischen dem bürokratisch-militärischen preußischen Untertan und dem enthusiastischen oder sogar fanatischen sowjetischen Untertan keinen Unterschied. Beide fühlen

sich als Rad oder Schraube im fetischisierten Staat. Zum reibungslosen Funktionieren der gesamten Maschinerie gehört, daß alle Bestandteile ihre Aufgabe perfekt erfüllen.
Der »Sowjetmensch« muß sich dieses Untertanen-Verhalten ausgerechnet auf der Basis einer kritischen Philosophie aneignen, zu der auch Marxens Devise »in omnibus dubitandum« gehört, die ebenfalls nicht in Zweifel gezogen werden darf, denn dem »Sowjetmenschen« sind alle Sätze von Marx heilig, doch unbedingt erweiterungsbedürftig: »Alles muß bezweifelt werden, ausgenommen der Leitartikel vom Tage und die jeweiligen Vorgesetzten.« Der »Sowjetmensch« kann diesen Zaubertrick – die Verbindung von Untertanengeist und revolutionärer Theorie – nur in maximaler Isolation vollführen. Deshalb lasten auf den Besuchern in der Sowjetunion so viele Beschränkungen, deshalb darf der Sowjetbürger im Ausland, wenn er kein Funktinär ist, meistens nur in Uniform Touristik betreiben.
Aber auch die Besatzungsoldaten müssen jeglichen Kontakt mit den Brudervölkern vermeiden, deren Freiheit sie bewachen. Die Vorsicht nimmt gelegentlich groteske Züge an. Einer meiner Söhne hat als Soldat an gemeinsamen Manövern mit sowjetischen Soldaten teilgenommen. Vorher – offensichtlich auf sowjetischen Wunsch hin – hat ihr Vorgesetzter ihnen strengstens verboten, mit ihren fortschrittlichen Brüdern auch nur ein Wort zu wechseln. So haben in einer der kleinen Manöver-Einheiten zwei Dutzend junge Männer tagelang im Unterholz herumgeraschelt und sich nicht getraut, miteinander zu reden.

Ich gehe mit einem verbitterten sowjetischen Schriftsteller in den Straßen von Budapest spazieren. Seine Spezialität sind Reiseberichte; wenn man innerhalb des Rahmens dieser Gattung bleibt, kann das geschätzte Privileg des Reisens mit verhältnismäßig wenig Lüge erkauft werden.
Gelegentlich darf er sogar in den Westen, und dann nimmt er zu den obligaten Sehenswürdigkeiten – übrigens mit vollem Recht – noch ein Elendsviertel, ein Arbeitsvermittlungsbüro oder ein Freudenhaus hinzu, um die erniedrigende Verwandlung des Menschen in Ware mit ein paar kräftigen Worten verurteilen zu können. So darf er dann auf die nächste Reise hoffen. Über die Sowjetunion schreibt er kein einziges Wort. Er schimpft auf die westlichen Kremlologen – noch ist Breschnew an der Macht –, die fortwährend die Frage der Nachfolge erörtern. »Als wäre sie nicht völlig gleichgültig!« sagt er. »Der Nachfolger senkt den Preis für Milch oder Wodka um ein paar Kopeken, natürlich nur vorübergehend, und die Bevölkerung wird überzeugt sein, er ist unser Mann. Diese Bevölkerung lebt seit sechzig Jahren in der Isolation, seit sechzig Jahren wird sie durch Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen mit denselben Fragen bombardiert, ihre Phantasie ist verkümmert, ihre Neugierde läßt nach. Weil mit

keiner anderen Erfahrung konfrontiert, glaubt sie einfach alles, was man ihr sagt – ein überwiegender Teil der einfachen Sowjetbürger glaubt wirklich, daß die Menschen in den westeuropäischen Staaten hungern, daß sie nichts zum Anziehen haben, unter den Brücken schlafen und es kaum erwarten können, sich zu faschistischen Horden zusammenzurotten, um die Sowjetunion erneut zu überfallen. Der Sowjetmensch hat keine Alternative und braucht auch keine. Der westliche Kremlologe begreift nichts. Er wägt die Chancen gegeneinander ab, als wären sie wirkliche Chancen. Die Überlegung, ob nach Breschnew dieser oder jener der bessere wäre, erinnert mich immer an jene mittelalterlichen Theologen, die sich darüber stritten, ob der gelbe oder der grüne Teufel das kleinere Übel sei.«
Dem Kollegen entströmen die Worte, als hätte er in seinem Innern einen seit Jahren zugedrehten Hahn geöffnet. Doch inmitten eines Satzes verstummt er jäh, blickt mich forschend an und fragt: »Sagen Sie, ist es wirklich wahr?« – »Was denn?« – »Daß es bei Ihnen Tabakläden in privater Hand gibt?« – »Das gibt es.« – »Auch Restaurants?« – »Das auch, bloß für den Bedarf viel zu wenige.« – »Führen Sie mich sofort zu einem dieser Tabakläden.« – »Wir stehen doch gerade vor einem.« Er stiert ins Schaufenster, sieht westliche Zigarren, Zigaretten. »Und er ist vollkommen privat?« – »Was soll daran so merkwürdig sein?« Er sieht mich mit glasigen Augen an: »Wie können dann die Kommunisten an der Macht bleiben?« Ich zucke nur mit den Schultern. »Die Großindustrie«, sage ich, »ist in staatlicher Hand, in staatlicher Hand ist außerdem...« Er unterbricht mich: »Ich weiß, ich weiß. Aber wenn irgendetwas nicht in staatlicher Hand ist, müßte doch alles zusammenbrechen, oder?« – »Warum sollte es?« Da steht er neben mir, seufzt, wischt sich den Schweiß von den Schläfen, versteht nichts. »Wenn es private Tabakläden, private Restaurants gibt, wird damit auch eine andere Moral, eine andere Denkweise legalisiert. Und gerade das kann unser System nicht ertragen.« Er zerbricht sich den Kopf, ist verzweifelt. »Ungarn kann sich das vielleicht deshalb leisten, weil wir es besetzt halten und die Stabilität von außen gewährleisten. Aber worauf sollen wir hoffen, uns besetzt doch keiner!« Er ist völlig ratlos. Er verabschiedet sich rasch, ich gebe ihm die Adresse eines privaten Restaurants, dort wird er zu Abend essen. Vielleicht ist dieser verzweifelte Feind des Regimes der sowjetischste Sowjetmensch, den ich je im Leben gesehen habe: felsenfest glaubt er an die Unveränderbarkeit des Regimes, an seine totale, mit der Kraft von Naturgesetzen wirkende monolithische Geschlossenheit.

Die hervorstechendste Eigenschaft eines »Sowjetmenschen« ist die großrussische Vaterlandsliebe. Das hat historische Wurzeln. Die gegenüber dem heiligen russischen Vaterland, dem Mütterlichen Rußland empfundene Andacht haben die jeweils Herrschenden schon immer zum eigenen Vorteil

nutzen können. Es war eine beispiellose Leistung Lenins und seiner Mitarbeiter, daß sie die Niederlage der russischen Waffen zum Vehikel ihres revolutionären Programms gemacht haben. Doch der Internationalismus, den sie in das mythische Nationalbewußtsein einführten, hat innerhalb kurzer Zeit eine bedeutende Wandlung erfahren. Der russische Bolschewismus wurde zum Bannerträger der Weltrevolution, und so nährte der Internationalismus wiederum den Nationalstolz. Die revolutionäre Armee hat das heilige Vaterland vor der imperialistischen Intervention gerettet. Ich vermute, daß der Wunsch nach revolutionärer Expansion in dem Bewußtsein der Massen vom traditionellen imperialen Gedanken nicht scharf getrennt war. Später, als offenbar wurde, daß die Weltrevolution ausblieb, erhob das absurde Programm vom Aufbau des Sozialismus in einem Land die großrussischen Interessen zu den allein legitimen Interessen der Weltrevolution. Und während des Aufbaus dessen, was aufgebaut wurde, hat der durch revolutionäre Phrasen nunmehr kaum noch bemäntelte traditionelle Nationalismus den Internationalismus Schritt für Schritt verdrängt. Immer offener vertrat die III. Internationale die Interessen der großrussischen Politik, gelegentlich sogar gegen die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Kampfes.

Stalin ließ die russische Geschichte 1934 neu schreiben. Die reaktionären Patriarchen und Generäle wurden wieder zu großrussischen Patrioten, unter ihnen Suworow, der Heerführer, der die Französische Revolution niederzuwerfen wünschte. Die Flamme des Nationalstolzes schlug hoch und hat die Geschichte der Wissenschaften und der technischen Zivilisation in neues Licht gerückt. Ganz allmählich hat sich herausgestellt, daß alle bedeutenden Erfindungen der letzten hundert Jahre, das Radio, das Telefon, das elektrische Licht, mit dem Namen russischer Wissenschaftler verknüpft sind. Neuerdings gibt es sogar schon einen russischen Initiator des Farbfernsehens, den großen Gelehrten des 18. Jahrhunderts, Michail Lomonossow.

Wie konnten selbst aufgeklärte Intellektuelle immer wieder der großrussischen Verblendung erliegen? Die russische Intelligenz tendierte von jeher in zwei Richtungen, in die der prawoslaw-mystischen Nationalisten (wie Dostojewski oder Scholschenizyn) und in die Richtung derer, die mit der französischen oder deutschen Philosophie aufgewachsen sind (ich denke hier an Puschkin und Tschernyschewski oder unter den heutigen an Sacharow). Und siehe, sogar Puschkin, der Gegner der zaristischen Willkürherrschaft, der unerbittliche Kritiker der russischen Lebensweise und Rückständigkeit, selbst er ist ein Vorläufer des heutigen »Sowjetmenschen«, wenn auch nur darin, daß er die Niederwerfung des polnischen Aufstands von 1830, den Sieg der zaristischen Waffen mit einem siegestrunkenen Gedicht gefeiert hat. – Muß man sich dann noch wundern, daß Jewtuschenko im

richtigen Augenblick ein großes antichinesisches Gedicht lieferte? Oppositionelle Haltung hat ihren Preis.
Mit dem großrussischen Pathos können auch bedeutende Sünden wiedergutgemacht werden. Der großrussische Nationalstolz ist überdies der einzige Hebel, mit dessen Hilfe der sowjetische Soldat auch heute noch zu jedwedem Krieg verführt werden kann, und zwar nicht als Söldner, wie seine amerikanischen oder westeuropäischen Kollegen, sondern in seiner Eigenschaft als Patriot. Durch diese patriotische Spritze bekommt seine Untertanen-Einstellung die für ihn so bezeichnende enthusiastische Färbung. Wenn die Spritze guten Zwecken dient, wie im Zweiten Weltkrieg, erhebt sie das ganze Volk zum hehren Helden; wenn sie schlechten Zwecken dient, wie heute in Afghanistan, dann wird der sowjetische Soldat von seinen westlichen, in Vietnam oder anderswo mordenden Kollegen kaum zu unterscheiden sein. Dieser Tatbestand ist deshalb so bedrohlich, weil der Untertan – dieses Rad oder diese Schraube – zwischen guten und schlechten Zielen keinen Unterschied machen kann oder will.

Als Anfang der siebziger Jahre die gesammelten Gedichte Puschkins auf Ungarisch erschienen, habe ich mit Bestürzung entdeckt, daß der Herausgeber des Bandes das erwähnte antipolnische Gedicht in den Anmerkungen als eine große patriotische Tat feierte. Als ich ihn einmal zufällig in der Gusew-Gasse traf, fragte ich ihn, ob er denn seinen Verstand verloren habe. Die polnischen Aufstände würden doch in jedem Geschichtsbuch als fortschrittliche Tat bewertet, ihre Niederwerfung als Greueltat der zaristischen Unterdrückung. Er lachte und versicherte mir, daß er alles nachgeprüft habe und den offiziellen sowjetischen Standpunkt vertrete. Ein paar Monate später erschien in unserer zentralen Parteizeitung ein großer Artikel über die Sitzung der sowjetischen Historiker, auf der die nationalistische Abweichung der sowjetischen Geschichtsschreibung verurteilt wurde. Suworow zum Beispiel wurde wieder zum reaktionären General degradiert, und auch einige Patriarchen von Bauernschindern hat es getroffen.
Es fügte sich, daß ich wieder einmal in die Gusew-Gasse kam, und selbstverständlich traf ich den Herausgeber des Puschkin-Bandes, der dort ständig auf- und abspaziert; er verläßt die Gusew-Gasse überhaupt nicht. »Armer Mann«, sagte ich, »jetzt kannst du die ganzen Anmerkungen neu schreiben, für die zweite Auflage.« Er aber lachte nur und schüttelte den Kopf: »Nichts schreibe ich neu. Ich habe mich erkundigt: in der Puschkin-Frage gibt es keine Revision. Soll ich etwa über einen Puschkin stolpern!«

Der »Sowjetmensch« – davon bin ich ausgegangen – ist eine ideologische Abstraktion, die Frucht des Sollens. In den Ländern des »existierenden Sozialismus« hat er seine Glaubwürdigkeit verloren, er wird nur durch eine

allgemeine Übereinkunft schlecht und recht am Leben erhalten. Was in der Sowjetunion selbst mit diesem Begriff geschehen ist, kann man von außen nur erahnen. Daß die Sowjetmacht dort schon seit fast siebzig Jahren ihre menschenformende Arbeit betreibt, kann auf keinen Fall ohne Wirkung geblieben sein.
Damit will ich natürlich nicht behaupten, das sei die alleinige Deformation, die die Menschheit unserer Epoche zu erleiden hat. In den kapitalistischen Ländern ist der Mensch Gefangener der antidemokratischen Eigentumsverhältnisse, er beugt sich freiwillig der durch Recht und Gesetz gesicherten Herrschaft des Geldes, überantwortet sich nicht der politischen Macht, sondern dem Gott Ware, gleichfalls als hingebungsvoller Untertan. Doch während diese Deformation dem kapitalistischen Alltag förderlich ist, geriet der Prozeß der Sowjetisierung des Menschen in immer größeren Widerspruch zu den Anforderungen des Lebens. Die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sind mit der Isolation, die zur Herstellung des »Sowjetmenschen« in seiner chemisch reinen Form notwendig ist, unvereinbar. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit verlangt kritisches Denken. Die Organisation der Industrie mit ihrer komplizierten Technologie entzieht sich immer mehr dem Wirkungskreis der politischen Kompetenz. Die Entwicklung der Nachrichtentechnik bedroht das Monopol der sowjetischen Medien. Die Windungen der sowjetischen Politik seit 1953, die De- und Restalinisierungsphasen, die dahinsiechenden Führer haben die Atmosphäre des unbegrenzten Vertrauens vermutlich sogar bei den Schichten gestört, wo dieses Vertrauen tatsächlich vorhanden war. Die Frage ist nur, ob die »Sowjetisierung« des russischen Volkes in dieser aus dem Tritt geratenen Welt, mit den neuerdings in Aussicht gestellten Mitteln des aufgeklärten Absolutismus weiterhin betrieben werden kann.

Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz. Ich suche Material für einen Artikel. Die Mitarbeiter der bibliographischen Auskunft runzeln die Stirn, denken nach. »Sowjetmensch«, sagen sie, »wo sollen wir ihn denn suchen?« In der Abteilung Osteuropa ist er nicht zu finden. Einer der Bibliothekare empfiehlt mir den Sachkatalog für Soziologie, ein anderer den für Ästhetik. Nirgends eine Spur. Auch die Sparte Politik wird in Erwägung gezogen. Oder sollte man ihn unter dem Stichwort Geographie oder Psychologie suchen? Und wie wäre es mit der Reiseliteratur? Auch diese Vorschläge führen nicht zum Erfolg. »Ich versuche es mit dem Sachkatalog für Paläontologie«, sage ich zum jüngsten der Bibliothekare; er lächelt zurückhaltend. Ratlos blättere ich in der Kartei. Ich weiß wohl, daß auch das, wofür kein Begriff existiert, ein Sein haben kann.

Aus dem Ungarischen von Anne Nass

Miklós Haraszti
Zum Verrücktwerden

Kopfnoten eines Menschenrechtlers

Nicht ihr allein, werte Leser, haltet die heutigen Kämpfe für die Menschenrechte womöglich für einen Anachronismus. Warum sollte es unbedingt nur Solidaritätsgefühle wecken, wenn die Idee, die jenen Herren mit der Allongeperücke so am Herzen lag, derartig taufrische Emotionen zu mobilisieren vermag; man kann ebensogut Mitleid empfinden: dauert das neunzehnte Jahrhundert in Osteuropa nicht ein wenig zu lang? Dafür sprächen sowohl der obligate Handkuß als auch die Dichtkunst in dieser Gegend. Oder zeugt die Fahrt im Rückwärtsgang, von der fortschrittlichen Theorie weg zu einem so banal gewordenen Ideal, doch eher vom Widerwillen gegen die im Namen des Sozialismus begangenen Untaten?

Wir Menschenrechtler sind uns selbst ein Quell der Verlegenheit. Wir wissen, daß wir heillos verspätet sind und auch schlecht informiert und obendrein bloß ein Wässerchen erfunden haben, von dem heute niemand mehr glauben wird, es sei ein Glückselixier. Wir wissen wohl, daß wir mit demokratischer Solidarität à la neunzehntes Jahrhundert nicht rechnen können (womit ihr euch selbstverständlich nicht abfinden solltet). Der Glaube, ohne den früher schwerlich eine Bewegung ausgekommen wäre – daß unser Sieg unaufhaltsam sei, weil eine historische Notwendigkeit –, auch er ist uns abhandengekommen. Was die einfachen Bürger angeht, so haben sie – mit Ausnahme der Polen – die Überzeugung gewonnen, daß die Menschenrechte ein unerreichbarer Wunschtraum sind und in Wahrheit nur stören.

Um die Grundstimmung jener *idées fixes* der Menschenrechtler anzudeuten, möchte ich hier auf die in Osteuropa gängigsten strategischen Vorstellungen kurz eingehen: in der Sache der Menschenrechte könne man nur auf einen weltgeschichtlichen Zufall hoffen, nichtsdestoweniger müsse der Kampf weitergeführt werden, damit der Zufall, komme er einst, für all jene, denen er begegnet, einen Sinn bekomme. Dieser Quasi-Strategie liegt eine ebenfalls paradoxe, doch allgemein akzeptierte Analyse zugrunde: Evolution, und insbesondere die der Menschenrechte, sei innerhalb des kommunistischen Systems nicht möglich; andererseits habe auch der revolutionäre Umschwung keine Chance, denn der Gegner sei kein Geringerer als das größte und stupideste Imperium der Weltgeschichte.

Die Menschenrechte haben also so oder so keine Chance. Das ist natürlich noch kein Grund, ihnen untreu zu werden und uns in etwas anderes zu verlieben. Allein, manche der Aktivisten, die die Behörden vorläufig noch nicht ins Irrenhaus gesteckt haben, neigen zur Ungeduld.

Idée fixe Nr. 1: Osteuropa – Nabel der Welt

Läßt der osteuropäische Menschenrechtler (der in Wirklichkeit ein mitteleuropäischer ist) vor seinem geistigen Auge seine Vorgänger und heutigen Kollegen Revue passieren, so scheint ihm, daß es bis dato noch niemals notwendig war, für die Menschenrechte in all ihren Erscheinungsformen auf einmal eintreten zu müssen. Ihm dünkt, als seien diese Rechte eben erst erfunden worden, woraus er folgert: die wirkliche Menschenrechtsbewegung sei erst heute entstanden und eine osteuropäische Spezialität.
Ein Hauptverdienst gebührt dabei dem Gegner: er ist nicht nur mächtig, sondern auch resoluter als die naiven und unvorbereiteten Monarchien von dermaleinst. Er begreift das Ideal der Menschenrechte nicht etwa als Unbotmäßigkeit oder als bloße Marotte, es stellt sich ihm dar als der Urfeind selbst. Er hat seine Pseudo-Republiken mit dem ausgesprochenen Ziel errichtet, die Gesellschaft von jedwedem Pluralismus und Individualismus zu befreien. Der Hauptgesichtspunkt dabei war, die Entstehung von politischer Opposition und jede unabhängige Bestrebung zu unterbinden. Und obwohl diese Reiche seit mehreren Generationen bestehen und der unmittelbare Terror längst durch Erziehung und Konformismus abgelöst wurde, ist nicht vergessen worden, welche Gefahren von den Menschenrechten ausgehen. An der Machtfülle, die nicht mehr von Gott, sondern von der historischen Notwendigkeit kommt und unterstützt wird durch eine nach byzantinischem Muster aus europäischem Stoff geschneiderte Religion, wird uneingeschränkt festgehalten. Schließlich ist die Sowjetzivilisation heutzutage die einzige wirklich vollkommen abgeschirmte Zivilisation. Sie braucht sich in all den Ländern, wo die Mauer intakt ist, mit keinem Unruhestifter von Menschenrechtler herumzuschlagen. Und dort, wo Löcher, wenn auch nur schmale, in die Mauer geschlagen worden sind, läßt sich das Gros der Bewegung durch Expatriierung oder durch Entzug des Reisepasses bequem neutralisieren.
Was ist das Affentheater südamerikanischer Generäle im Vergleich mit diesem tadellos neuen Mittelalter? Ihr planloser Putschismus, ihre defensive, immer nur Post-factum-Zensur? Durch ihren primitiven Antikommunismus entgeht ihnen die mächtigste Waffe gegen die menschliche Autonomie: die alles umfassende Verstaatlichung. Vom Morden verstehen sie schon etwas, aber ihre begrenzte und nichtgeheiligte Macht kann ihnen jederzeit entrissen werden: durch andere Generäle, durch Aufständische oder durch die nie

gründlich genug ausgemerzten parlamentarischen Parteien. Auf der Skala des Osteuropäers erreichen die lateinamerikanischen Diktaturen oder die Kommunismus-Parodien der Dritten Welt nur eine Null: sie entbehren ja jedes Systems; vertreten keine »Sache«, es sind einfache Mörderbanden, und es wäre Energieverschwendung, mit Menschenrechtsargumenten beweisen zu wollen, daß sie auf dem falschen Weg sind.
Was die Apartheid angeht, so ist sie zwar wegen ihrer klaren Prinzipien und ihrer unverhüllten Diktatur einer Minderheit dem Kommunismus vergleichbar, aber die Grenzlinie zwischen Recht und Rechtlosigkeit ist viel zu deutlich gezogen, um unangefochten zu bleiben. Im Lande stehen zwei feindliche Nationen einander gegenüber – ein andernorts bereits erfolgreich realisiertes Drehbuch, heiße der Regisseur nun Martin Luther King oder Robert Mugabe. Wenn erst jemand, wie Frau Rosa Parks damals in Atlanta, es wagt, sich im Bus auf einen für Weiße reservierten Platz zu setzen, ist das der Anfang vom happy end.
Aus alledem geht wohl klar hervor, wie schwierig es wäre, den osteuropäischen Freund der Menschenrechte davon zu überzeugen, daß er auf der Welt doch nicht ganz so allein ist.

Idée fixe Nr. 2: Liberaler Fundamentalismus (wenn »rechts« und »links« verschwinden)

In Osteuropa kann man erstmals erleben, wie eine fundamentalistische Menschenrechtsbewegung entsteht, eine Bewegung, die – indem sie die politische Aktivität überhaupt mit der permanenten Neuformulierung und Verteidigung der Menschenrechte gleichsetzt – betrebt ist, das politische Leben insgesamt auf die Grundlage der Menschenrechte zu stellen. Diese Konzeption ist denn auch die einzige und in zunehmendem Maße ausschießliche Ideologie, die der an sich heterogenen Opposition gemeinsam ist. Zunächst bedeutet sie nur Legalitätsprinzip, anstatt Willkür die Geltung der Gesetze, also den Rechtsstaat. Darüber hinaus aber auch noch alle seit dem Mittelalter ersonnenen Rechte: Rechte der Mehrheiten, der Minderheiten und des Individuums. Und weiter: die politischen Rechte wie die Rede-, die Versammlungs- und die Gewissensfreiheit. Und schließlich noch alle Träume der Menschheit im Namen der Demokratie, die da heißen Parlamentarismus, Selbstverwaltung, Volksentscheid.
Ich habe beobachten müssen, daß diese großzügige – wenn man will kollektivistische, wenn man will individualistische – Auslegung der Menschenrechte des öfteren auf Unverständnis stößt. Wirklich befremdend wirkt aber erst die Vorstellung, daß der Kampf für die Menschenrechte sich nicht nur auf die Rechte des Citoyen, sondern auch auf die des Bourgeois erstrecken soll: das Recht auf Privateigentum, auf die freie, individuelle,

kollektive und korporative Wirtschaftstätigkeit. Und als wären die Erfahrungen der beiden letzten Jahrhunderte spurlos ausgelöscht, verbindet der osteuropäische Menschenrechtler die Forderung nach diesen Rechten auf die selbstverständlichste Art mit der Forderung nach freien Gewerkschaften, nach Garantien gegen Ausbeutung. Die Menschenrechtsbewegung begreift sich als Avantgarde der Verbürgerlichung und zugleich der Arbeiterbewegung.

Die Frage ist nun, ob ein ehrlich gemeintes Bündnis möglich ist zwischen Rechten und Linken, zwischen Klerikal-Royalisten und Anarchisten, zwischen Profitjägern und Levellern, zwischen Umweltschützern und Marktverteidigern, zwischen Nationalisten und Kosmopoliten. In Osteuropa ist man bereit, für die Presse- und Versammlungsfreiheit und für die Bewegungsfreiheit überhaupt gegenseitig einzutreten; man entwickelt hier eine andernorts unvorstellbare Bereitschaft, die eigenen Voreingenommenheiten als zweitrangig zu betrachten; diese Bereitschaft soll keinen Moment als Parteinahme, sondern einfach als Subkultur erscheinen: die eigentliche Parteinahme heißt hier, daß man offen spricht, als stünde es einem frei, als wäre es möglich, ein Menschenrechtler zu sein.

Vielleicht vermutet der erfahrene westliche Beobachter in dieser merkwürdigen Einheitsfront das taktische Bündnis der »Kleinen« gegen die Übermacht, etwas Vorpolitisches, das, wenn der Zank der politischen Parteien erst beginnt, sofort in seine Bestandteile zerfallen wird. Derartige Prophezeiungen sind uns nicht gänzlich fremd. Wir haben die Argumente gegen die Menschenrechte als Ideologie nicht vergessen: daß sie mit der Zeit zwangsläufig zur einfältigen Philanthropie verkommt oder zur bloßen Apologie als Bemäntelung von Klassenegoismen.

Doch wir waren auch dabei, als in Mittel- und Osteuropa »rechts« und »links« abhanden kamen. Eine großartig entwickelte, prachtvolle Rechte und eine tiefverwurzelte Linke sind spurlos verschwunden. Sie hinterließen in den Köpfen kein Vakuum: an die Stelle von »rechts – links« ist eine neue gesellschaftliche Raumvorstellung getreten: »außen – innen«. Für einen Linken wie mich war die wirklich erschütternde Entdeckung aber nicht, daß es auf einmal keine Seiten mehr gab, sondern daß alle außer den gläubigen Linken es schon immer gewußt haben.

»Rechte und Linke kann es nur in einer Demokratie geben; wichtiger ist, was Rechte und Linke verbindet, als was sie trennt.« Die Menschenrechtsbewegung in Osteuropa hegt und pflegt diese platte Wahrheit, sie will nicht, daß sie ihr erneut abhanden kommt. Ärgerlich ist nur, daß dies in der westlichen Hälfte Europas viele einfach nicht verstehen wollen.

Ich durfte dabei sein, als der russische Dissident Amalrik selig anläßlich einer Pressekonferenz einmal die Geduld verlor: »Sie fragen unentwegt, ob wir Hilfe von den Rechten oder von den Linken erwarten. Und weil ich

Ihnen immer nur antworte: von den Demokraten, meinen Sie, ich hätte Sie falsch verstanden. Aber Sie verstehen meine Antwort falsch, und solange Sie sie falsch verstehen, muß ich glauben, daß die Sache der Demokratie hoffnungslos ist.«

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, haben die meisten Menschenrechtler als begeisterte Marxisten zu opponieren begonnen, deshalb möchte ich ein wenig bei der linken Gefühlswelt verweilen. Die Kehrtwendung zu den alten, zahnlosen liberalen Werten war nämlich nicht restlos begeisternd.

Tief unten, unter dem heldenhaften Aktivismus eines jeden Menschenrechtlers liegt schizophrene Trauer als Bodensatz. Der Anfang glich sehr einem Wechsel in den Ruhestand, der aber nicht zu umgehen war: wir brauchten die Redefreiheit. Zunächst – noch als linke Abweichler – versuchten wir, für die eigene Redefreiheit so zu argumentieren, daß daraus doch nicht zwangsläufig die Redefreiheit für die anderen, für alle folgen sollte. Danach kam unser Flirt mit dem Anarchismus, bloß um die Bürger ins Unrecht zu setzen. Schließlich ergaben wir uns in unser Schicksal – ein Renegat schämt sich nicht. Die Parole war: vorwärts zur völligen Freiheit für alle Ideen; wir machten uns all die unsäglichen Plattitüden von Freiheit zu eigen, gegen die intelligente Vorurteile zu hegen jedes Marxisten Stolz ist. Die dunkle Ahnung von einem solchen Ausgang der Dinge hatte uns vom ersten Moment an schaudern lassen, schon damals, als wir noch als Super-Kommunisten gegen die Schulmeister rebellierten. Es war auch diese Schande, die uns der Schulmeister ersparen wollte, als er die kleinste Abweichung von der Lehre mit größter Strenge ahndete.

All das bedeutet natürlich nicht, daß es in unserer Demokratie in spe keine Linke mehr geben wird. In Osteuropa ist der Prozentsatz der Lohnabhängigen und der Armen größer als im Westen. Die Monate der freien Solidarność haben eine große Vielfalt an linken Haltungen zum Vorschein gebracht, von Ansätzen künftiger Massenparteien bis hin zu Splitterbewegungen. Eins scheint allerdings sicher: jene Art Linke, die im Namen einer besseren Welt für die »Überwindung« der demokratischen politischen Institutionen und der Menschenrechtsgarantien plädierte, ist in Osteuropa gestorben und keine Posaune wird sie je auferwecken.

In Gegenden westlich, wenn auch nicht allzu weit westlich von Albanien wächst ein neues, kurzsichtiges Menschengeschlecht heran, das in jener Ferne, die Marx aus England noch erblicken konnte, nichts mehr sehen kann und auch gar nichts mehr sehen will. Es will zunächst bloß bis England sehen können. »Nobody's perfect« heißt unsere wohldurchdachte neue Losung. Wir wollen nie mehr die *wahre,* auch nicht die *wirkliche* Demokratie. Wir wollen eine mit Ach und Krach funktionierende, eine korrupte, heuchlerische, repressive, ausbeuterische, militaristische, langweilige Demokratie: *eine real existierende Demokratie.*

Betrübt zu sein, werte Leser, brauchen wir trotzdem nicht, denn die *gesamte* Menschenrechtsbewegung ist zumindest in zweierlei Hinsicht eine in höchst traditionellem Sinne linke Bewegung geblieben. Wir sind allesamt Revolutionäre, wenn auch von der zahmen Sorte; was wir wollen, kann nur das Resultat einer mächtigen Krise sein, nur durch eine qualvolle Neugeburt entstehen. Und dann noch das linksextrem Vergnügliche an der Sache der Menschenrechte: ihre Hoffnungslosigkeit. Anders hätten wir sie gar nicht erst zu unserer Sache gemacht. Sicher ist das nicht mehr dieselbe Unerreichbarkeit der Utopie, die uns als marxistischen Linken das unvergleichliche Hochgefühl gab. Wir müssen uns mit einer einfachen historischen Hoffnungslosigkeit begnügen: Rußland plus Totalitarismus sind ein starkes Gespann.

Idée fixe Nr. 3: Professionalität und innere Emigration

»Menschenrechtler« klingt auch im Ungarischen wie eine altehrwürdige Berufsbezeichnung, angesiedelt irgendwo zwischen »Menschenfresser« und »Tierschützer«. Und das, obwohl die Tätigkeit desjenigen in Osteuropa, den wir Menschenrechtler nennen – das ist der, der für die Menschenrechte kämpft, in Wirklichkeit aber nichts anderes tut, als die nichtzugestandenen Rechte eines Bürgers wahrzunehmen –, erst in den siebziger Jahren zu einer hauptberuflichen Beschäftigung geworden ist.

Der Menschenrechtler ist etwas anderes als der professionelle Vertreter von Amnesty International, der eine freie und sich ihrer Rechte sichere Öffentlichkeit darüber unterrichtet, was sie für die Opfer von Rechtsverletzungen tun kann. Natürlich protestieren auch wir gegen jede schwerwiegende repressive Maßnahme – doch wen können wir *schützen?* Im günstigsten Fall erreichen wir, daß sich die Lage des Opfers nicht ständig verschlechtert, was ohne Öffentlichkeit immer der Fall ist. Wir wollen die Opfer aber nicht nur schützen, sondern auch ermuntern: Das Ziel unserer Bewegung ist, jede Art von rechtsbewußter, freier Tätigkeit zu unterstützen. Obwohl es nicht die erklärte Absicht der Bewegung ist, wächst doch mit ihrem Wachsen zugleich die Zahl der »Opfer« und zeigt an, daß immer mehr Menschen es wagen, ihre Rechte wahrzunehmen.

Der Unterschied zwischen einem Berufsrevolutionär und dem professionellen Menschenrechtler besteht also darin, daß letzterer ohne jedes politische Kalkül, um der Straffälligkeit willen straffällig wird, sich also so benimmt, als gäbe es keine rechtsverletzenden Restriktionen. Mit der wirklichen Politik soll erst angefangen werden, wenn diese Haltung zur Massengewohnheit geworden ist. Dann wird das Spiel natürlich nicht mehr so spannend sein.

Der professionelle Menschenrechtler ist kein Politiker, er ist vielmehr ein

Priester, ein Künstler. Der Aktivist folgt keiner Strategie, er zelebriert einen Kult. Er ist ein *Irrealpolitiker.* Sein Stolz: der erste zu sein, der eine schändliche, freiheitsbeschränkende Gesetzesmaßnahme übertritt; die Erfindung neuer Freiheiten. Er ist ein Künstler der Gesetzesübertretung, ein Handwerker des Präzedenzfalls – der freiwillige Prügelknabe einer Gesellschaft, die die Demokratie erlernt.

Ins Visier des hauptberuflichen Menschenrechtlers geriet als erstes – wie hätte es auch anders sein können – die Zensur. Der Samisdat wurde übrigens *wirklich* in Rußland erfunden. Lenin und Genossen konnten zur Zarenzeit eigene Druckereien betreiben. Heute dagegen wird zum Beispiel in Rumänien jede einzelne Schreibmaschine polizeilich registriert, der Besitzer hat der Polizei eine Schriftprobe abzuliefern, das Ausleihen von Schreibmaschinen ist verboten. Die Menschen in den Sowjetgesellschaften leben noch in der Zeit vor Gutenberg. Für unerlaubte Gedanken gibt es ein einziges Kommunikationsmittel: das Ohrengeflüster. Druckgewerbe, Fernsehen, High-tech – das alles existiert, doch es gibt keinen Zugang dazu, es sei denn durch die Selbstzensur.

Wen wundert's, wenn sich die Menschenrechtsbewegung unter diesen Umständen zu einer Kultgemeinschaft der Gutenberg-Religion formiert. Das erste Gebot der neuen Religion heißt: do it yourself. Gefragt wird nicht, was du zu sagen hast, du mußt es nur vervielfältigen. Bis heute hat der Gutenberg-Kult, ausgenommen in Polen, vor allem Bekenner und Märtyrer produziert – die gläubigen Massen halten sich noch zurück. In Ungarn hat sich immerhin schon die geniale polnische *ramka* sehr verbreitet. Es gibt aber auch einen selbständigen ungarischen Beitrag zum Gutenberg-Kult, die Entdeckung, daß Arbeiter in staatlichen Betrieben für gutes Geld bereit sind, auch die Wahrheit zu drucken. Die *ramka* im Osten entspricht dem Kopiergerät im Westen. Der Menschenrechtler kann kein Gerät benutzen, das kompliziert und teuer ist – und alles, was an einer Steckdose angeschlossen werden muß, ist kompliziert und teuer. Das Rezept für die *ramka* heißt: Sowjetmacht minus Elektrifizierung. Übrigens, diese Kreuzung von Siebdruck- und Abzugsgerät kann man in zwei Stunden Heimarbeit basteln – sie bringt es auf mehrere Tausend Abzüge. Es gibt Zeiten, wo die Polizei wie ein sorgsamer Gärtner den üppig wuchernden Samisdat bis auf die Wurzeln abmäht. Doch die *ramka* ist unausrottbar. *Ramka* ist virtuelle Pressefreiheit; der mit Druckerschwärze beschmierte Finger des professionellen Menschenrechtlers zeigt in die freie, elektronische Zukunft.

Aber Spaß beiseite. Ob man ihn bestraft oder laufen läßt, in jedem Fall lebt der hauptberufliche Menschenrechtler in einer beträchtlichen Entfernung vom normalen Untertan. Die beiden trennt eine Zivilisation. Er muß den anderen unverständlich und fremd erscheinen. Die wirkliche Strafe für seinen Professionalismus ist die *innere Emigration.* Auch sie ist etwas, das

man in voll entwickelter Form nur in Osteuropa vorfindet. Und hier auch nicht immer und überall: es gab in der Stalinzeit keine innere Emigration, und es gibt sie heute in Polen nicht, wo ein Oppositioneller nicht ohne weiteres verhaftet, ja nicht einmal entlassen wird. Innere Emigration gibt es nur dort, wo die Gesellschaft *normalisiert* wurde, das heißt, wo sich die offizielle Kultur ohne besondere Terrormaßnahmen selbst reproduziert. Da kann die innere Emigration sich zu einem wahnähnlichen Zustand entwikkeln.

Der innere Emigrant ist ein Individuum, das in der Gesellschaft keinen Platz hat, doch man läßt es leben. In gewissem Sinn könnte er in den Augen der normalisierten Mehrheit als Privilegierter erscheinen, denn er braucht sich nicht anzupassen. Deshalb wird sein Beispiel aber noch nicht anziehender. Schizophrene Bewußtheit vom Innen-außen-Sein.

Wo der Schwung der Bewegung nachläßt, fühlt sich der Aktivist sogleich einem inneren Emigranten ähnlicher als einem Pionier. Seine Welt und Persönlichkeit verengen sich allmählich, besonders dort, wo das Bindeglied zwischen Bewegung und Gesellschaft, das Sammelsurium von Halboppositionellen, Halbtagsmenschenrechtlern, aktenkundigen Nichtstuern, Beinaheopportunisten nicht existiert; dort, wo den Ein-wenig-Verängstigten und den Ein-wenig-Tapferen das Hin-und-Her-Pendeln, die Möglichkeit, sich zwischen Selbstzensur und Widerstand nicht entscheiden zu müssen, durch einen Abgrund von Angst versperrt ist, funktioniert der professionelle Menschenrechtler wie eine mechanische Moral-Maschine. Er wird zum Spezialisten des verstockten Neinsagens und der Protesteingaben. Womöglich ist sogar das Gefängnismilieu und die psychiatrische Anstalt eine an Sinnesreizen reichere Umgebung als die innere Emigration. Aber der Menschenrechtler hat keine Wahl, er kann nicht »heimkehren«: er würde dadurch seinen Reisepaß mit dem Visum für das Reich der verbotenen Ideen verlieren – und dazu hat er keine Lust.

Idée fixe Nr. 4: Die Gewaltlosigkeit und Jalta

Daß die Menschenrechte nur friedlich, im Sinne Martin Luther Kings und Gandhis, daß sie nur gewaltlos, aber nur durch eindeutig demonstrierte öffentliche Taten siegen können, das erscheint den Aktivisten der osteuropäischen Bewegungen mit der Zeit immer natürlicher. In Osteuropa ist die Idee brandneu. Zwischen der Französischen Revolution und 1956 hatte man ganz andere Vorstellungen davon. Das lernfähige Osteuropa wurde durch die mächtigste Armee der Weltgeschichte auf die Philosophie der Gewaltlosigkeit gebracht: Jedesmal, wenn es von den Menschenrechten Gebrauch machen wollte, wurde es gelähmt und zerschlagen. Als dann der demokratische Westen den Ereignissen nur tatenlos zusah, haben wir

langsam begriffen, daß die traditionelle Revolution ein Luxus ist, den wir uns nicht leisten können.
Ist unsere Gewaltlosigkeit also eine unfreiwillige? Es scheint eher, daß eine Entwicklung begonnen hat, die zum Spiritualismus Gandhis und seinesgleichen führt. Schließlich ist noch nirgendwo eine politische Kultur ohne diese Art von spirituellem Hintergrund entstanden. Das katholische Polen befindet sich in einer tragischen Lage, trotzdem steht es der Demokratie näher als das extrem materialistische Ungarn. Wir können uns nur freuen, daß das schmutzige Spiel eines Jalta-Europa uns die geistige Verfeinerung aufgezwungen hat.
Die Rede von Realpolitik ist die Rede eines Jalta-Europa. Politik auf Rechte zu gründen, diese idealistische Bestrebung wird bald für lächerlich, bald für gefährlich gehalten: lächerlich oder gefährlich, die Einhaltung der Menschenrechte von den anderen zu fordern, sie zur Bedingung der Aufnahme von Beziehungen zu machen. Erfolgreiche Bewegungen destabilisieren das Europa der Diplomaten, die Menschenrechte gehen schwanger mit dem Bürgerkrieg. Die demokratische Solidarität, wenn sie konsequent ist, geht schwanger mit dem Krieg. Die Akte von Helsinki werden auch dann noch rechtskräftig bleiben, wenn alle Mitglieder der für ihre Einhaltung kämpfenden gesellschaftlichen Komitees in der Sowjetunion spurlos verschwinden. Zwar dürfen schwerwiegende Rechtsbrüche zur Sprache gebracht werden, doch es ziemt sich nicht, fortwährend an die tagtäglichen, dem Sowjetsystem inhärenten Rechtsbrüche, an die Illegitimität der Institutionen zu erinnern. Das stört das Establishment in beiden Lagern. An der Oberfläche von Jalta-Europa sieht es nach Konfrontation aus. In seinen tieferen Schichten aber ist Jalta-Europa die Heilige Allianz gegen die Achtung der Menschenrechte in Osteuropa – so empfinden es zumindest die Völker im Osten seit 1956.
Und mit dieser Erkenntnis beginnt tatsächlich ein neues Kapitel. Es ist wahr, daß auf die gewaltlosen Revolutionen nach '56 auch mit Panzereinheiten geantwortet wurde, doch seither hat das Sowjetsystem in seinen politischen Kolonien auch noch das letzte Stück Legitimität verloren. Es ist den hier lebenden Völkern bewußt geworden, daß Stalins Traum nicht Wirklichkeit wird: Mitteleuropa läßt sich nicht sowjetisieren. Und die gewaltlose Menschenrechtsbewegung entwickelt auch Waffen für die Gesellschaft, gegen die Tanks nichts ausrichten können. Eine andere Sache ist, daß das breitere Publikum – mit Ausnahme der Polen – noch nicht so recht an das Experiment glaubt.

Aus dem Ungarischen von Anne Nass

Andrej Sinjawskijs großer autobiographischer Roman

In diesem großen autobiographischen Roman erzählt Andrej Sinjawskij, wie er zu dem Oppositionellen und Außenseiter Abram Terz wurde, warum er sich entschloß im Westen unter Pseudonym zu publizieren.
Er erzählt von seiner Verhaftung im September 1965, dem anschließenden Prozeß und seiner Haftzeit im Lager Potjma. Die Bedeutung des Romans liegt nicht nur in seinem dokumentarischen Gehalt – die Vieldeutigkeit und das Spielerische des literarischen Stils, die Kraft der phantastischen Visionen und der meisterliche Umgang mit dem Absurden und Grotesken machen Sinjawskij zu einem Erben der großen Dichter Rußlands, zu einem Nachfolger Gogols und Dostojewskijs.

ANDREJ SINJAWSKIJ
Gute Nacht
Roman. Aus dem Russischen von Swetlana Geier. 456 Seiten.
Geb. DM 38,–

S. Fischer

Václav Havel
Euer Frieden und unsrer – Anatomie einer Zurückhaltung

1.

Es scheint, daß immer mehr westliche Friedensorganisationen sich nicht mehr an die hiesigen staatlichen Friedensausschüsse als ihre natürlichen Partner im östlichen Teil Europas wenden, sondern an die Bürger, die in diesem Raum über die Probleme der heutigen Welt unabhängig von ihren Regierungen nachdenken, an die sogenannten Dissidenten nämlich. Wir werden zu Friedenskongressen eingeladen (daß wir nicht daran teilnehmen können, ist eine andere Sache), Vertreter verschiedener Friedensgruppen besuchen uns, wir werden zum Dialog und zur Zusammenarbeit aufgefordert. Das allerdings bedeutet noch nicht, daß eine solche Haltung in der westlichen Friedensbewegung allgemein und spontan wäre. Eher ist es umgekehrt: dort überwiegt offensichtlich – soweit es die Beziehung zu den osteuropäischen Dissidenten betrifft – eine gewisse Zurückhaltung, Vorsicht, wenn nicht gar Mißtrauen und Unwille.

Zurückhaltung freilich gibt es in beiden Richtungen: man kann sie auch an der Beziehung osteuropäischer Dissidenten gegenüber der westlichen Friedensbewegung beobachten. Ich werde versuchen, einige Gründe für diese Zurückhaltung, nämlich die unsere, zu beschreiben.

Bei äußerlicher Betrachtung erscheinen Dissidenten als eine Art mikroskopische und ziemlich seltsame – nämlich seltsam radikale – Enklave innerhalb einer einheitlichen und ganz anders erscheinenden Gesellschaft. In gewissem Sinne sind sie wirklich eine solche Enklave: sie sind wenige, die Staatsmacht bemüht sich, den Graben zwischen ihnen und der Gesellschaft zu vertiefen; in der Tat unterscheiden sie sich in etwas von der Mehrheit der Bürger, nämlich darin, daß sie ihre Meinungen laut und ohne Rücksicht auf die Folgen sagen. Das allerdings ist nicht so wichtig. Wichtiger ist, ob ihre Ansichten wirklich so verschieden von der Meinung der übrigen sind. Ich glaube nicht. Im Gegenteil: fast täglich habe ich die ermutigende Möglichkeit, mich zu überzeugen, daß die Dissidenten eigentlich nichts anderes sagen, als was die überwältigende Mehrheit ihrer Mitbürger denkt. Und vergleichen wir das, was sie in ihren Artikeln schreiben, mit dem, was von ihren Mitbürgern zu hören ist (allerdings nur privat, höchstens noch im Wirtshaus), können wir uns der paradoxen Feststellung nicht erwehren, daß die Dissidenten eher zu der

weniger radikalen, der loyaleren und friedliebenderen Schicht der Bevölkerung gehören.

2.

Vor allem muß man sich deutlich machen, daß das Wort »Frieden« in unserem Teil der Welt inhaltsleer geworden ist. In der Tschechoslowakei hängen Losungen aus wie »Aufbau der Heimat – Stärkung des Friedens«, »Die UdSSR – Garant des Weltfriedens«, »Für die Weiterentwicklung der Friedensarbeit unseres Volkes« usw.; schon siebenunddreißig Jahre lang sind unsere Zeitungen überfüllt mit denselben Phrasen über den Frieden, müssen die Bürger in Aufmärschen dieselben Friedenstransparente tragen; schon siebenunddreißig Jahre lang betreiben einige besonders eifrige Wiederholer offizieller Thesen, die sich hier scharfsinnig als »Friedenskämpfer« professionalisiert haben, einen vom Staat bezahlten Tourismus von Friedenskongreß zu Friedenskongreß; schon siebenunddreißig Jahre lang ist der »Kampf für den Frieden« ein nicht wegzudenkender Bestandteil der ideologischen Fassade des Systems, in dem wir leben. Aus Tausenden täglichen und ganz persönlichen Erfahrungen weiß dabei jeder Bürger, daß sich hinter dieser offiziellen Fassade eine völlig andere und immer tristere Wirklichkeit verbirgt: die Leere des Lebens in einem totalitären Staat, die Allmacht des Zentrums und die Ohnmacht der Bevölkerung. Das Wort »Frieden« – ähnlich wie die Worte »Sozialismus«, »Heimat« oder »Volk« – ist nur noch eine Sprosse der Leiter, auf der geschickte Menschen nach oben steigen, und zugleich einer der Schlagstöcke, mit denen die geschlagen werden, die sich »ausgliedern«. Es gehören rituelle Zauberformeln dazu, die die Regierung ständig murmelt, wobei sie tut, was sie will (bzw. was ihr zu tun angeordnet ist), und die gemeinsam mit ihr auch die Bevölkerung murmeln muß, wenn sie zumindest relative Ruhe haben will.

Kann man sich unter solchen Umständen wundern, daß dieses Wort bei den hiesigen Menschen Mißtrauen, Skepsis, Spott und Widerstand weckt? Es ist nicht Widerstand gegen den Frieden als solchen. Es ist Widerstand gegen die Pyramide von Lügen, deren traditioneller Bestandteil dieses Wort ist.

Wie weit dieser Widerstand geht – und wie ernst er dementsprechend als soziales Phänomen genommen werden muß –, kann zum Beispiel an folgendem illustriert werden: Wenn die hiesigen Dissidenten hin und wieder versuchen, öffentlich ihren Standpunkt zur Friedensproblematik auszusprechen, und sei er noch so verschieden vom Standpunkt der Regierung, so werden sie allein dadurch, daß sie sich überhaupt ernsthaft mit dem Frieden befassen, der Öffentlichkeit ein wenig verdächtig. Und während sich zum Beispiel die Leute andere Dokumente der Charta 77 mit Interesse im ausländischen Rundfunk anhören, hinter ihnen her sind und sie abschreiben, erfreuen sich die »Friedensdokumente« ohne Rücksicht auf ihren

Inhalt schon von vornherein allgemeinen Desinteresses. Kurz und gut, hört ein Bürger unseres Staates das Wort »Frieden«, beginnt er zu gähnen.
Die totale Entleerung und Entwertung dieses Wortes durch die offizielle Propaganda ist allerdings nur ein Grund für die reservierte Einstellung der Menschen hier (und daher in gewissem Maße auch der Dissidenten, die ja nicht in einem anderen Klima leben als alle anderen) zum Kampf für den Frieden und zur Friedensbewegung.

3.
Gegen wen wird eigentlich bei uns jener offizielle »Kampf für den Frieden« geführt? Selbstverständlich gegen die westlichen Imperialisten und ihre Waffen. Das Wort »Frieden« bedeutet bei uns nichts anderes als die vorbehaltlose Zustimmung zur Politik des Sowjetblocks und die eindeutig ablehnende Einstellung zum Westen. »Westliche Imperialisten« ist nämlich in unserem »Newspeak« nicht die Bezeichnung für irgendwelche von der Vision der Welteroberung besessenen Einzelnen, sondern für die mehr oder minder demokratisch gewählten westlichen Regierungen und für das mehr oder weniger demokratische westliche System.
Fügen wir einen anderen Umstand hinzu: unsere Massenmedien bemühen sich schon seit Jahrzehnten systematisch, den Eindruck zu erwecken, im Westen geschehe nichts anderes, als daß für den Frieden gekämpft werde – natürlich in unserem Sinne des Wortes. Oder: die Friedensbewegung wird präsentiert als ein Ausdruck der Tatsache, daß die Menschen im Westen den Kommunismus sowjetischer Prägung kaum noch erwarten können.
Was kann bei einem solchen Stand der Dinge ein normaler Mensch hier wohl denken? Daß die westlichen Friedenskämpfer den Kommunismus schon bald erleben sollten, damit er sie für ihre Naivität und Unbelehrbarkeit strafe.
Versuchen wir uns vorzustellen, was geschähe, wenn einer der jungen, begeisterten und aufrichtigen westlichen Friedenskämpfer statt einen bekannten Dissidenten einen normalen tschechoslowakischen Bürger besuchte und ihn um eine Unterschrift bäte – sagen wir unter eine Petition gegen die Nachrüstung der NATO. Ich glaube, es gäbe im Grunde zwei Möglichkeiten: entweder würde der Besuchte seinen Besucher höflich hinauswerfen, oder er würde ihn – was wahrscheinlicher ist – für einen Agenten der Geheimpolizei halten und augenblicklich das Papier unterschreiben, so, wie er eine ganze Reihe ähnlicher Papiere unterschreibt, wenn sie ihm an seiner Arbeitsstelle zur Unterschrift vorgelegt werden: er wird sie nicht einmal richtig durchlesen, um nur keine Umstände zu machen.
Ich will versuchen, das noch deutlicher zu machen. Stellen wir uns vor, daß unser westlicher Besucher sich durch einen unglücklichen Zufall einen älteren Bürger ausgesucht hätte, der sein Leben lang in Prag-Letna gewohnt

hat und der in nächster Zeit – zusammen mit Hunderten anderer – gegen seinen Willen in irgendeine Siedlung hinter Prag umziehen soll, womit ihm nicht nur seine lebenslange Heimat verlorengeht, sondern wo er gezwungen ist, eine womöglich zweimal so hohe Miete zu zahlen (Gott weiß wovon) – und das alles nur, weil die sowjetischen Offiziere sich einbilden, in Letna wohnen zu müssen. Also die kämpferischsten der Friedenskämpfer. Kann sich der friedensbegeisterte Westler da noch über den kühlen Empfang in einem solchen Haushalt wundern?

Ich weiß, daß einige Leute im Westen glauben, die gesamte westliche Friedensbewegung sei eine Angelegenheit der sowjetischen Spionage. Andere halten sie für eine Ansammlung naiver Träumer, deren große Begeisterung und geringe Informiertheit die Sowjets geschickt ausnutzen. Ich teile solche Ansichten nicht. Und doch habe ich den Eindruck, daß, falls sich irgendwo feststellen ließe, was die Einwohner Osteuropas wirklich denken, sich zeigen würde, daß diese Ansichten unter ihnen mehr Anhänger haben als selbst im Westen.

Ich meine, die erste Voraussetzung einer sinnvolleren europäischen Annäherung ist der unbarmherzige gegenseitige Austausch derart harter Informationen.

4.

Die aufgeklärteren der westlichen Friedenskämpfer fordern nicht nur die Abrüstung ihrer eigenen Länder, sondern die parallele Abrüstung aller. Und eher als den Kampf gegen die Pershings erwarten sie daher von den Menschen aus dem Osten den Kampf gegen die verschiedenen SS-Raketentypen. Das ist selbstverständlich vernünftig; soll jeder damit beginnen, vor der eigenen Tür zu kehren.

Da jedoch mein Thema die »Friedens-Zurückhaltung« in unserem Teil Europas ist, muß ich auf etwas aufmerksam machen, was manchmal ein wenig vergessen wird: daß die geringste – und noch so schüchterne – Äußerung der Nichtübereinstimmung mit der Regierungspolitik in einem so empfindlichen Punkt wie der Verteidigung bei uns unendlich gefährlicher ist als im Westen. Denn während die westliche Presse Landkarten veröffentlicht, auf denen die geplanten oder schon fertigen Raketenbasen eingezeichnet sind, wird bei uns die Lokalisierung aller Waffen als Staatsgeheimnis angesehen, und für die bloße öffentliche Nennung des Ortes irgendeiner Basis würde man ganz sicher jahrelang ins Gefängnis wandern. Schon allein bei der Vorstellung, hier könnte es jemand wagen, sich einer Raketenbasis mit einem Antikriegstransparent in der Hand zu nähern, oder sogar versuchen, ihren Aufbau zu verhindern, tritt mir Schweiß auf die Stirn und die Haare sträuben sich mir vor Schrecken: Das gäbe nicht vierzehn Tage Gefängnis mit Besuchen und Päckchen wie in England,

sondern vierzehn Jahre in Valdice, dem tschechischen Sing-Sing! Als ich seinerzeit bei einem Verhör (es betraf irgendeines meiner Zusammentreffen mit westlichen Friedensaktivisten) einen meiner Untersuchungsbeamten darauf aufmerksam machte, entwaffnete er mich mit seiner Antwort vollständig: »Andere Länder, andere Sitten.«
Ja, andere Länder, andere Sitten. Sich hier gegen die Raketen auszusprechen, bedeutet de facto Dissident zu werden. Also: sein Leben völlig zu ändern. Mit dem Gefängnis als selbstverständlicher Eventualität des Lebens zu rechnen. Sich mit einem Mal um manche der geringen Möglichkeiten zu bringen, die der Bürger hier hat. Sich von einem Tag auf den anderen in der neurotisierenden Welt der ewigen Angst vor der Türklingel zu befinden. Mitglied jener mikroskopischen Enklave von »Selbstmördern« zu werden, die zwar von stiller Sympathie der Öffentlichkeit umgeben sind, doch zugleich auch von ihrer stillen Verwunderung darüber, daß sich jemand entschlossen hat, für eine derart hoffnungslose Sache wie die Veränderung des Unveränderbaren so viel zu riskieren.

5.
Ich wage es nicht, über die Verhältnisse im gesamten Sowjetblock zu reden. Ich glaube aber zumindest vom tschechischen Bürger sagen zu können, daß seine Welt charakterisiert ist von der dauernden Spannung zwischen der Allmacht »derer da oben« und seiner Ohnmacht.
Dieser Bürger weiß nämlich, daß »die da oben« alles dürfen: sie dürfen ihm den Paß wegnehmen, ihn aus der Arbeit werfen, ihm einen Umzug verordnen, ihn mit der Sammlung von Unterschriften gegen Pershing-Raketen beauftragen, ihm das Studium verweigern, ihm den Führerschein wegnehmen, sein Telefon abhören und seine Korrespondenz lesen, ihm eine Fabrik vor das Fenster bauen, deren Hauptprodukt Schwefeldioxid ist, seine Milch chemisch versauen, ihn nur deshalb einsperren, weil er auf irgendeinem Rock-Konzert war, willkürlich und jederzeit alles nur mögliche verteuern, ohne Erklärung jedes seiner demütigen Gesuche ablehnen, ihm vorschreiben, was er bevorzugt lesen muß, wofür er demonstrieren muß, was er unterschreiben muß, wieviel Quadratmeter seine Wohnung haben darf, mit wem er Kontakt haben darf und mit wem nicht. In ständiger Angst vor »denen da oben« geht also der Bürger durch das Leben, wohl wissend, daß auch die Möglichkeit, eindeutig zum Nutzen der Gesellschaft zu arbeiten, nur ein Geschenk ist, das »sie« ihm auf Bewährung überlassen haben. Der Normalbürger, der in dieser schwülen Atmosphäre von allgemeiner Unwirschheit, Erniedrigung, Vorsicht, Denunziantentum, Nervosität und ewig schwelender kompensativer Aggressivität lebt, weiß selbstverständlich gut – ohne daß er je Dissidentenliteratur hat lesen müssen –, daß »die da oben« alles dürfen und er nichts. (Daß keine scharfe Grenze zwischen

denen »da oben« und denen »unten« existiert, daß man eigentlich nicht weiß, wer »die da oben« sind, und daß wir letztlich alle – einbezogen in das gemeinsame Spiel – ein wenig »sie« sind und alle »die« zugleich auch ein wenig »wir« sind, nämlich auf andere »die« angewiesene Unterbürger – das ist schon eine andere Frage, deren Analyse nicht in diesen Zusammenhang gehört.)

Stell dir nun vor, westlicher Friedensaktivist, du kommst zu diesem halbabgehetzten Bürger mit der Frage, was für den Weltfrieden zu tun er bereit ist. Wunderst du dich, daß er dich verständnislos anstarren und sich im Geiste fragen wird, was da wohl wieder dahintersteckt? Denn weitaus einfachere Dinge, als es die Frage von Krieg und Frieden ist, liegen außerhalb seines Machtbereichs. Er hat zum Beispiel nicht den geringsten Einfluß darauf, ob ein großes Stück seines Heimatlandes wegen ein wenig minderwertiger Kohle, die Gott weiß welche Industrie für Gott weiß welche Zwecke braucht, in eine Wüste verwandelt wird oder nicht, er kann nicht einmal verhindern, daß aufgrund der verschmutzten Umwelt die Zähne seiner Kinder verderben; er kann es auch nicht erreichen, daß er mit Rücksicht auf die Zähne und Seelen seiner Kinder von Nord- nach Südböhmen umziehen darf; wie sollte er da so eine Sache beeinflussen können wie Sternenkriege zwischen zwei Supergroßmächten! Das alles erscheint ihm als eine schrecklich abstrakte Angelegenheit (seinem Eingreifen wohl in der Tat so entrückt wie die Sterne am Himmel), mit der sich wirklich nur Leute ohne alle »normalen« Sorgen, die vor Langeweile nicht wissen, was sie tun sollen, befassen können.

Was ich sagen will: die allgemeine Reserviertheit gegenüber den Fragen von Krieg und Frieden ist – zumindest in meiner Heimat – nicht die Folge irgendeiner genetisch gegebenen Ignoranz den Problemen der Welt gegenüber, sondern die durchaus verständliche Folge der gesellschaftlichen Atmosphäre, in der uns zu leben gegeben ist.

6.

Ich glaube, daß zu dem geistigen, kulturellen und mentalen Phänomen, wie es Mitteleuropa darstellt – wie es spezifische historische Erfahrungen einschließlich derer, die heute nur noch irgendwo in unserem kollektiven Unbewußten dämmern, geformt haben und immer noch formen –, auch eine besondere mitteleuropäische Skepsis gehört. Sie hat wenig gemeinsam z. B. mit dem englischen Skeptizismus; sie ist überhaupt recht seltsam: ein wenig geheimnisvoll, ein wenig nostalgisch, häufig tragisch, und manchmal gar heroisch, hin und wieder ein wenig unverständlich in ihrer genügsamen Schwerfälligkeit, zärtlichen Grausamkeit und in ihrer Fähigkeit, die Provinzialität der äußeren Erscheinung mit weltgeschichtlicher Voraussicht zu kombinieren. Manchmal wirkt das fast so, als ob hier der Mensch mit einer

Art innerem Radar ausgerüstet sei, der imstande ist, die sich nähernde Gefahr zu erkennen, lange bevor sie zu sehen und ihre Gefährlichkeit zu beweisen ist.
Zu den Gefahren, für die der hiesige Geist eine besonders empfindliche Nase hat, gehört auch der Utopismus. Oder genauer: die Gefahr, daß die lebendige Idee als Werk und Zeichen sinnvollen Menschseins versteinert zur Utopie als einer technischen Anleitung zur Vergewaltigung des Lebens und Vertiefung seines Schmerzes.
Ein einziges Mal in diesem Jahrhundert verfiel ein Teil der Tschechen und Slowaken (aus Gründen, die historisch verständlich waren: es geschah in einer Atmosphäre des Abscheus vor dem sittlichen Zusammenbruch vorhergehender Ordnungen) eindeutig dem Utopismus: als er glaubte, mit der erbarmungslosen Einführung des leninistisch-stalinistischen Sozialismus werde ein »strahlendes Morgen« gesichert, und als er diesen Glauben – ohne Rücksicht auf den Rest der Bevölkerung – in die Tat umsetzte. (Nach vielen tragischen Erfahrungen und einem langen Prozeß, in dem sich die einen selbst befreiten und den anderen die Augen aufgingen, wurde der Versuch einer Art Revision des Malheurs unternommen, das geschehen war: »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Doch auch er war – leider – von Utopismus gefärbt, der bei vielen als eine wesenhaft gewordene Angewohnheit überlebte, dauerhafter als einzelne Illusionen, auf die er gerichtet ist. Das Utopische dieses Versuchs lag nicht einmal so sehr in dem Glauben, unter der Vorherrschaft Moskaus demokratische Verhältnisse aufbauen zu können, vielmehr in dem Glauben, dafür die Zustimmung von oben bekommen zu können, nämlich daß das alles der Kreml – wenn es ihm nur entsprechend erklärt wird – begreifen und gutheißen muß. Es zeigte sich, daß dieser Glaube nicht gerade ein festes Fundament für einen Versuch dieser Art darstellte. Auf das Rufen nach Verständnis antwortete man mit der Entsendung von Panzerdivisionen.) Der Utopismus der Nachkriegszeit hat sich für unser Land in grausamer Weise nicht ausgezahlt. Er verhalf dazu, uns – für weiß Gott wie lange – in eine Abhängigkeit zu bringen, in die wir überhaupt nicht hätten geraten müssen.
Die Konsequenz dieser Historie ist klar: die neue und weitreichende Vertiefung der mitteleuropäischen Skepsis gegenüber dem Utopismus aller Farben und Schattierungen, einem jeden, auch dem geringsten seiner Anzeichen gegenüber. Heute gibt es sogar mehr von dieser Skepsis, als gesund ist: sie wendet sich nicht nur gegen den Utopismus, sondern selbst gegen den Willen, dem Bösen entgegenzutreten. So daß schließlich auch der ganz schüchterne, zurückhaltende, rücksichtsvolle, niemanden zu nichts anhaltende, fortdauernd von individuellem Nachdenken und Bewußtsein kontrollierte und in seinem ganzen sittlichen Wesen antiutopische Versuch, sich auf ein Recht zu berufen, sogar ein offiziell deklariertes Recht, hierzulande

des Utopismus verdächtigt wird (worüber gerade die Dissidenten viel erzählen könnten).
Ich spreche von all dem in dieser Breite, weil ich das Gefühl habe, daß die reservierte Beziehung der hiesigen Menschen zur westlichen Friedensbewegung weit mehr als aus dem banalen Verdacht, es handele sich um ein kommunistisches Unternehmen, aus der hier herrschenden wesenhaften Skepsis gegenüber dem Utopismus stammt: Ob zu Recht oder zu Unrecht, die Menschen stellen sich hier – und man kann sich nicht darüber wundern – die Frage, ob die westlichen Friedenskämpfer nicht nur wieder Utopisten sind. Versunken in seiner ermüdenden und enervierenden Alltäglichkeit, zermürbt von der bürokratischen Macht im Namen seines angeblichen Wohls, fragt der tschechoslowakische Bürger: Wer schlägt uns da wieder irgendein »strahlendes Morgen« vor? Wer beunruhigt uns wieder mit einer Utopie? Welche nächsten Katastrophen werden uns hier – in bester Absicht – wieder vorbereitet? Warum soll ich mir an irgendwelchen Versuchen, die Welt zu retten, die Finger verbrennen, wenn ich nicht weiß, welche unselige und unwiderrufliche Neuigkeit – selbstverständlich im Namen einer besseren Welt – mir morgen früh bei der Arbeit mein Chef mitteilen wird? Und überhaupt: Habe ich nicht auch schon so genug Sorgen? Soll ich mir noch mehr bereiten mit irgendwelchen Träumen von einem friedlichen, waffenfreien, demokratischen Europa unabhängiger Völker, wenn ich mit der bloßen Erwähnung eines solchen Traums mir für den Rest des Lebens Leiden einhandele? Ist es nicht besser, ganz bescheiden auch in dieser Misere zu versuchen, würdig zu leben – so, daß ich mich nicht vor meinen Kinder schämen muß –, als sich in irgendeine platonische Organisation des zukünftigen Europa einzumischen? Die westlichen Friedenskämpfer ziehen mich in etwas hinein und fahren dann unbesorgt nach Hannover demonstrieren, und ich bleibe hier, der nächsten Zweigstelle der Geheimpolizei ausgeliefert, die mich wegen meines Interesses für das allgemeine Wohl der Welt um die Anstellung bringt, die mir gerade noch Freude macht, und außerdem werden dafür meine Kinder mit ihrer konkreten Zukunft bezahlen! (Um der Genauigkeit willen muß man sagen, daß dieses Mißtrauen jeden Utopismus betrifft, nicht nur diesen links orientierten; militanter Antikommunismus, in dem Umsicht von Besessenheit und die Realität vom Traum verdrängt ist, ruft hier, glaube ich, dieselben Gefühle hervor. Zumindest bei den vernünftigeren Menschen.)
Hand in Hand mit der Skepsis gegenüber dem Utopismus geht verständlicherweise die Skepsis gegenüber verschiedenen Arten und Erscheinungen des Ideologischen. Während meines Lebens habe ich manche politologische Debatte mitgemacht, so daß ich in dieser Hinsicht an einiges gewöhnt sein sollte. Und doch bin auch ich – muß ich gestehen – immer wieder neu betroffen davon, wie tief manche westliche Menschen der Ideologie verfal-

len sind, um wieviel mehr als wir, die wir in diesem durch und durch ideologisierten System leben. Ihre ewigen Überlegungen, wem diese oder jene Ansicht dient oder in die Hände spielt, welche politische Tendenz sie bestärkt oder schwächt! Das ewige und ermüdende Nachforschen, ob diese oder jene Haltung, Ansicht oder Person rechts oder links ist, links von der Mitte oder rechts von ihr, rechts von links oder links von rechts! Als ob es mehr um die Schublade ginge, in die die Ansicht zu stecken ist, als um ihren Gehalt. Ich begreife, daß in der Welt offenen politischen Spiels man sich all dessen nicht völlig erwehren kann. Doch wäre ich froh, wenn verstanden würde, wie kleinlich uns das hier – vor dem Hintergrund unserer Erfahrung, in Verhältnissen, wo Ideologie die Wahrheit gänzlich terrorisiert hat – vorkommen muß, wie abwegig und entfernt von all dem, worum es wirklich geht.

7.

Nicht wegzudenken aus unserem geistigen Klima ist ein Erschrecken vor allem Emphatischen, Begeisterten, Lyrischen, Pathetischen und sich zu ernst Nehmenden. Er ist von derselben Art und hat dieselben Wurzeln wie die Skepsis dem Utopismus gegenüber, mit der er sich übrigens häufig überlagert: leicht begeisterungsfähige Emotionen und rationalistischer Utopismus sind vielfach nur zwei Seiten derselben Münze.

Ich kann ein Beispiel anführen: Unlängst fiel mir in einem bestimmten Zusammenhang ein, daß die Charta 77 möglicherweise anfängt, einige Leute ein wenig zu langweilen, weil sie sich – wie es ihnen scheinen muß – selbst zu ernst nimmt. Weil sie nur die Dokumente kennen und nicht deren Autoren, können sie leicht den Eindruck gewinnen, daß die Charta 77 (über Jahre hinweg gezwungen, immer dasselbe zu wiederholen) irgendwie in ihrer Ernsthaftigkeit steckengeblieben sei, in ihrem Märtyrertum, in ihrer Berühmtheit; daß sie des Überblicks entbehre, der Distanz zu sich selbst, der Fähigkeit, sich selbst nicht so ernst zu nehmen – und daß gerade dieses ihr erstarrtes ernstes Gesicht sie schließlich lächerlich machen könne. Ich weiß nicht, ob ein solcher Eindruck tatsächlich existiert und, wenn er existiert, wie weit er verbreitet ist; umso weniger bin ich imstande zu beurteilen, inwieweit er – wenn er existierte – gerecht wäre oder uns unrecht täte. In jedem Fall jedoch provoziert mich dieser spekulative Einfall zum Nachdenken.

Mir scheint, in unserem mitteleuropäischen Milieu verbindet sich in gewisser extremer Weise immer das Ernsteste mit dem Komischsten; das gerade ist die Dimension der Distanz, des Überblicks und des Sichselbstverlachens, die den hiesigen Themen und Taten erst die richtige erschütternde Ernsthaftigkeit verleiht. Ist nicht Franz Kafka, einer der ernstesten und tragischsten Autoren dieses Jahrhunderts, zugleich Humorist? Ich glaube, wer über

seine Romane nicht lacht (so, wie Kafka selbst gelacht haben soll, als er sie seinen Freunden vorlas), der versteht sie nicht. Sind nicht der tschechische Hašek oder der österreichische Musil Meister der tragischen Ironie und der ironischen Tragik? Ist nicht, um einen Gegenwartsautor und »Dissidenten« zu nennen, Vaculiks Böhmisches Traumbuch bedrückend in seinem Humor und fröhlich in seiner Hoffnungslosigkeit?

Das Dissidentenleben in der Tschechoslowakei ist wahrlich nichts besonders Fröhliches, erst recht nicht der Aufenthalt in tschechoslowakischen Gefängnissen. Daß wir über diese Dinge häufig scherzen, steht nicht im Widerspruch zu dieser Ernsthaftigkeit, sondern ist im Gegenteil ihre unausweichliche Konsequenz. Vielleicht wäre es nicht einmal auszuhalten, wenn man nicht zugleich sähe, wie absurd und also komisch das alles ist. Die Art unseres Scherzens würde wohl mancher unserer ausländischen Sympathisanten nicht verstehen – oder würde sie für Zynismus halten. (Manches Mal habe ich bemerkt, daß wir beim Zusammentreffen mit Ausländern einiges von dem, was wir uns sagen, zur Sicherheit nicht übersetzen.) Kurz und gut, wir fühlen hier irgendwie stärker – vielleicht hängt das auch mit einer Art plebejischer Tradition der tschechischen Kultur zusammen –, daß der, der sich zu ernst nimmt, bald lächerlich wird, und wer ständig über sich selbst lachen kann, nicht lächerlich sein kann.

Die Menschen im Westen haben aus mannigfaltigen Gründen größere Angst vor dem Krieg als wir hier. Dabei sind sie viel entlasteter, sie leben in größerer Freiheit, und ihr Widerwillen gegen die Rüstung hat für sie keine allzu ernsten Folgen. Das alles zusammen bewirkt vielleicht, daß die dortigen Friedenskämpfer manchmal – wenigstens aus unserer Sicht – zu ernst, ja sogar ein wenig pathetisch sind.

Das hiesige Mißtrauen gegenüber jeder Emphase und jedem Engagement, die nicht der Distanz zu sich selber fähig sind, hat wohl auch Einfluß auf jene Zurückhaltung, die ich hier zu analysieren versuche. Weil wir für unser Interesse am Schicksal der Welt teuer zahlen, fühlen wir wohl auch stärker die Notwendigkeit der Selbstironie, jenes Entweihens des Altars, von dem Bachtin so großartig schreibt. Und schon deshalb müssen wir den sich allzu ernst nehmenden westlichen Friedenskämpfern gegenüber etwas reservierter sein, als mancher es sich wünschen würde. Es wäre absurd, ihnen unseren schwarzen Humor und unsere niemals ruhende Skepsis aufzwingen zu wollen oder gar von ihnen zu verlangen, unsere ernsten Prüfungen auf sich zu nehmen und sie dann auf unsere Weise zu ironisieren. Ebenso absurd allerdings wäre es, wenn sie von uns ihre eigene Emphase verlangten. Einander zu verstehen bedeutet nicht, daß sich der eine dem anderen anpaßt, sondern gegenseitig seine Identität zu begreifen.

8.

Es gibt selbstverständlich noch andere Gründe für die Zurückhaltung, mit der ich mich hier beschäftige. Etwa diesen: die Tschechoslowaken haben zu gut am eigenen Schicksal erfahren, wohin eine Politik des Appeasement führen kann. Wohl lange Jahre noch werden die Historiker darüber streiten, ob die Welt den Zweiten Weltkrieg mit seinen Millionen Toten hätte absolvieren müssen, wenn die westlichen Demokratien imstande gewesen wären, rechtzeitig und energisch Hitler Widerstand entgegenzusetzen. Ist es ein Wunder, daß in diesem Land, dessen moderner Verfall mit München begann, die Menschen besonders empfindlich für alles sind, was ihnen auch nur entfernt so vorkommt wie die Vorkriegskapitulation vor dem Bösen? Ich weiß nicht, wieviel tatsächlichen Mut es in diesem Land in einer Grenzsituation gäbe. Ich weiß jedoch, daß ein Gedanke hier schon ziemlich fest zum allgemeinen Bewußtsein gehört: Die Unfähigkeit, im äußersten Falle für die Rettung des Sinnes und der menschlichen Dimension seines Lebens dieses Leben selbst einzusetzen, führt unausweichlich auch zum Verlust des Lebens – und nicht mehr nur eines, sondern von Tausenden und Millionen. Selbstverständlich: in der Welt der Nuklearwaffen, die imstande sind, das ganze Menschengeschlecht auszurotten, ist vieles anders. Doch die Grunderfahrung, daß es nicht möglich ist, schweigend Gewalt zu dulden in der Hoffnung, daß sie von selbst aufhört, gilt noch immer. (Das Gegenteil zu denken würde bedeuten, definitiv vor dem Nicht-Menschsein der Technik zu kapitulieren.) Ich kann mir nicht vorstellen – wenn eine solche Haltung durch irgendein Wunder den Krieg nicht beschleunigen, sondern tatsächlich abwenden sollte –, welch einer Welt, welch einem Leben und welchem »Frieden« sie das Tor öffnen würde. Etwas anderes ist natürlich der allgemeine sittliche Imperativ einerseits und die konkrete politische Art, sich danach zu richten, andererseits. Ich glaube, es gibt wirksamere und sinnvollere Methoden, der Gewalt und ihrer Androhung entgegenzutreten, als sie bloß blind zu imitieren (nämlich zu jeder gegnerischen Rakete gleich eine eigene hinzuzufügen). Doch damit würde ich mich schon zu weit von dem heutigen Thema entfernen.

Deshalb nur ein Beispiel zur Abrundung: Wie groß etwa kann das Vertrauen oder gar die Bewunderung sein, die ein einfacher, aber empfindsamer osteuropäischer Bürger für die westliche Friedensbewegung hegt, der bemerkt hat, daß diese Bewegung auf keinem ihrer Kongresse und auf keiner ihrer Demonstrationen von Hunderttausenden sich entschließen konnte, dagegen zu protestieren, daß ein bedeutsamer europäischer Staat vor fünf Jahren seinen kleineren neutralen Nachbarn überfallen hat und seit dieser Zeit auf dessen Gebiet einen blutigen Ausrottungskrieg führt, der schon eine Million Tote gefordert hat und drei Millionen Flüchtlinge? Tatsächlich: was soll man von einer Friedensbewegung und dazu noch einer

europäischen halten, die fast nichts weiß von dem einzigen Krieg, den eine europäische Macht heute führt? Das Argument, das überfallene Land und seine Verteidiger erfreuten sich der Sympathien des Establishments und verdienten daher nicht die Unterstützung der Linken, kann in seiner unglaublichen ideologischen Zweckgerichtetheit nur eine einzige Reaktion hervorrufen: absoluten Ekel und das Gefühl uferloser Hoffnungslosigkeit.

9.

Es ist deutlich, die Friedenszurückhaltung der Bevölkerung des Sowjetblocks hat ihre vielfältigen und verschiedenartigen Ursachen; einige sind wohl allen Ländern gemeinsam, manche dagegen treten in einem Land mehr in den Vordergrund, andere wiederum in einem anderen.

Diese verschiedenen Aspekte reflektieren sich begreiflicherweise mehr oder weniger auch in den Überlegungen der osteuropäischen Dissidenten. Wenn wir den Umstand hinzurechnen, daß in jedem der Länder des Sowjetblocks eine ein wenig andere gesellschaftliche Situation herrscht, daß jedes Volk hier seine eigenen historischen, sozialen und kulturellen Traditionen, Erfahrungen und Verhaltensmodelle hat, und wenn wir auch noch die Tatsache hinzunehmen, daß die Dissidenten, so wenige es sein mögen, doch eine recht bunte Gesellschaft darstellen (in gewissem Sinn spiegelt der Dissens eigentlich in jedem dieser Völker das ganze Spektrum seiner politischen Haltungen wider, wie sie sich wahrscheinlich äußern würden, wenn sie sich äußern dürften), dann ist vielleicht ausreichend deutlich, daß die westliche Friedensbewegung von unserer Seite kaum ein einheitliches und konkretes Friedensprogramm erwarten kann.

Und doch existiert, so scheint mir, auch hier so etwas wie ein »gemeinsames Minimum«, nämlich einige grundlegende Gedanken, auf die sich wahrscheinlich – hätten sie die Möglichkeit – alle einigen könnten. Zumindest habe ich aus den Texten, die ich in die Hand bekam, einen solchen Eindruck gewonnen: bestimmte Motive erscheinen mit überraschender Regelmäßigkeit immer wieder. Das kann kein Zufall sein. Ähnliche Erfahrungen führen offenbar zu ähnlichen Überlegungen, Ansichten und Gewißheiten. Und wenn es darin tatsächlich um eine Art gemeinsamen Nenner osteuropäischer Erfahrung und Reflexion geht, dann sollte er in jedem Falle beachtet werden.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, ein solches »gemeinsames Minimum« zu formulieren. Ich werde nur versuchen, einige Punkte zusammenzufassen, die mir allen unabhängigen osteuropäischen Überlegungen zum Frieden und zur Friedensbewegung gemeinsam und für sie bezeichnend zu sein scheinen.

1) Vor allem besteht wohl – trotz aller Zurückhaltung – eine gewisse elementare Sympathie für das sittliche Ethos derer, die inmitten einer

entwickelten Konsumgesellschaft dem Schicksal der Welt den Vorzug geben vor der bloßen Sorge um das eigene Wohlergehen. Tun wir hier – wenn auch selbstverständlich anders und unter anderen Bedingungen – nicht etwas Ähnliches? Schon aus diesem »vor-rationalen« Grund muß der hiesige Dissident für die westliche Friedensbewegung eine grundsätzliche Schwäche haben.

2) Gleich an zweiter Stelle steht jedoch wohl eine schon deutlich polemische Überzeugung: Ursache des Krieges sind nicht die Waffen als solche, sondern die politischen Realitäten (einschließlich der Politik der politischen Etablishments) des geteilten Europa und der geteilten Welt, die die Herstellung und Aufstellung dieser Waffen ermöglichen oder geradezu erzwingen und die schließlich in ihrer Anwendung münden könnten. Mit bloßem Widerstand gegen diese oder jene Waffe kann kein dauernder und tatsächlicher Friede erreicht werden, weil ein solcher Widerstand nur die Folgen betrifft und nicht die Ursachen. Widerstand gegen Waffen mag im besten Falle die Regierungen dazu veranlassen, verschiedene Abrüstungsverhandlungen zu beschleunigen. Das ist wohl alles, was man von ihm erhoffen kann.

3) Die Abrüstungsverhandlungen selbst, wären sie auch erfolgreich (was angesichts der bisherigen Erfahrungen kaum zu hoffen ist), würden die gegenwärtige Krise gleichfalls noch nicht lösen. Ist doch bislang alles, was durch Abkommen gebremst wurde, bald wieder ohne Abkommen in Fahrt gekommen. Maximal könnte es für die tatsächliche Lösung der Krise günstigere klimatische Voraussetzungen schaffen. Klimatische Bedingungen sind eine Sache, eine andere ist der Wille zur Lösung. Im Grunde ginge es um nichts anderes als um die Fixierung des explosiven Status quo – nur mit einer geringeren Menge explosiver Technik.

4) Somit ist der einzig sinnvolle Weg zu wirklichem europäischen Frieden, nicht also nur zu irgendeinem Zustand bewaffneten Waffenstillstands oder »Nicht-Krieges«, der Weg der grundsätzlichen Veränderung der politischen Realitäten, die die Grundlage der heutigen Krise bilden. Ein solcher Weg erforderte, daß beide Seiten radikal Schluß machen mit der Politik der Verteidigung und Festigung des Status quo, d. h. der Aufteilung Europas in Blöcke, und mit der Politik der Macht- oder Großmacht-»Interessen«, und daß sie all ihr Bemühen etwas völlig anderem unterordnen: dem Ideal eines demokratischen Europa als freundschaftlicher Gemeinschaft freier und unabhängiger Nationen. Den Frieden in Europa bedroht heute nicht die Perspektive der Veränderung, sondern im Gegenteil der bestehende Zustand.

5) Ohne freie, würdige und mündige Bürger gibt es auch keine Freiheit freier und unabhängiger Nationen. Ohne inneren Frieden, d. h. den Frieden zwischen den Bürgern und zwischen dem Bürger und dem Staat, gibt es

nicht einmal die Garantie des äußeren Friedens: Ein Staat, der den Willen und die Rechte seiner Bürger nicht achtet, bietet keine Garantie dafür, daß er den Willen und die Rechte anderer Menschen, Nationen und Staaten achtet. Ein Staat, der den Bürgern das Recht auf öffentliche Kontrolle der Macht bestreitet, kann auch in den internationalen Beziehungen nicht kontrollierbar sein. Ein Staat, der seinen Bürgern die grundlegenden Menschenrechte verwehrt, wird auch für seine Nachbarn gefährlich: die innere Willkür wächst sich unausweichlich auch zu Willkür in den Außenbeziehungen aus; die Unterdrückung der öffentlichen Meinung, die Aufhebung des öffentlichen Wettbewerbs um die Macht und ihrer öffentlichen Ausübung ermöglicht der Macht jede nur denkbare Rüstung; die manipulierte Bevölkerung kann zu jedem militärischen Abenteuer mißbraucht werden; mangelnde Vertrauenswürdigkeit in einer Beziehung ruft berechtigte Befürchtungen in bezug auf die Vertrauenswürdigkeit in allem anderen hervor. Ein Staat, der keine Hemmungen hat, seine Bevölkerung zu belügen, hat auch keine Hemmungen, andere Staaten zu belügen. Aus dem allen folgt, daß der Respekt vor den Menschenrechten die Grundbedingung für den wirklichen Frieden und sein einziger Garant ist. Die Unterdrückung der natürlichen Rechte der Bürger und Nationen sichert den Frieden nicht, sondern bedroht ihn. Dauernder Friede und Abrüstung können nur das Werk freier Menschen sein.

10.

Weil uns die Dinge, über die ich hier geschrieben habe, schon lange als fast banale Selbstverständlichkeiten vorkommen, ist es uns manchmal fast peinlich, daß wir sie immer wieder erklären müssen. Aber es scheint, daß für manche Angehörigen der westlichen Friedensbewegung diese Ansicht keineswegs selbstverständlich ist und uns also nichts anderes übrigbleibt, als in ihrer Erläuterung fortzufahren. Ich selbst bin im Gespräch mit Friedensaktivisten oder beim Niederschreiben gemeinsamer Standpunkte schon mehrfach darauf gestoßen, daß ihnen unsere Gedanken zwar beachtenswert, wenn nicht gar überraschend vorkamen, doch zugleich irgendwie zu abstrakt, zu »philosophisch«, zu wenig politisch, verständlich und schlagkräftig, also praktisch schwer verwendbar. Mir schienen diese Leute eher an Losungen, Aufrufe, Slogans und einfache und eindeutige Forderungen gewöhnt zu sein, die auf Transparenten und T-Shirts verwendet werden können. Nun ja, es hilft nichts, sie kommen eben aus der Welt der realen und praktischen Politik!

Trotz allem ist die Situation immer noch ziemlich einfach, solange von uns nichts anderes und nicht mehr gefordert wird als die Erläuterung unserer Grundansicht zum Thema Frieden. Ernstere Komplikationen beginnen erst in dem Moment, in dem wir – aus diesen oder jenen Gründen – erklären

sollen, wie wir uns die Realisierung unseres allgemeinen (»philosophischen«) Konzepts vorstellen; was man also konkret wollen soll, welche politischen Schritte und in welcher Reihenfolge in Europa unternommen werden sollten.

Die erste Schwierigkeit besteht darin, daß die Vorstellungen der osteuropäischen Dissidenten, soweit sie welche haben, sehr unterschiedlich sind. Einige – zum Beispiel in Polen und Ungarn – meinen, der erste und vielleicht sogar wichtigste Schritt zur Veränderung des Status quo in Europa und damit auch zu einem tatsächlichen Frieden hin solle die Schaffung einer Zone neutraler Staaten in der Mitte Europas sein, die die heutige scharfe Grenze zwischen den beiden Blöcken ersetzt. Dagegen wenden viele ein, so etwas zu fordern sei absolut unrealistisch (würde denn die Sowjetunion bereit sein, einige ihrer europäischen Satelliten einfach aufzugeben und ihnen auch noch Neutralität zu garantieren?) und außerdem unmoralisch, weil es de facto eine Lösung auf Kosten anderer sei: Hauptsache, wir sind draußen, und du, Rest Europas, hilf dir, wie du kannst! Mit dieser Unmoralität, meinen die Kritiker einer solchen Forderung, hängt auch ihre mangelnde Perspektive zusammen: der Frieden in Europa entsteht nicht dadurch, daß zwischen den Blöcken, in die es geteilt ist, eine Art »Niemandsland« geschaffen wird. Die Gefahr eines Konflikts würde andauern, und wenn es zum Konflikt käme, würden ohnehin die europäischen Staaten als erste in die Luft fliegen (war das denn irgendwann einmal in der überschaubaren Geschichte anders?), ihre Neutralität, in der sie sich wie die Schweiz vor dem Gewühl der Welt hatten verkriechen wollen, würde sich über Nacht in einen Fetzen Papier verwandeln.

Andere fordern also gleich, einfach die Militärblöcke aufzulösen und die amerikanischen und sowjetischen Armeen vom Gebiet ihrer europäischen Verbündeten abzuziehen (was natürlich zugleich die Abschaffung aller in Europa stationierten oder darauf gerichteten Kernwaffen bedeuten würde). Das scheint mir persönlich sehr schön, nur ist mir nicht ganz klar, wer oder was die Sowjetunion zwingen könnte, auf diese Weise eine ganze Kompanie ihrer europäischen Satelliten aufzulösen – denn daß sie sich nach dem Abzug ihrer Armee über kurz oder lang auch von ihrer politischen Oberherrschaft über sie wird verabschieden müssen, ist mehr als deutlich.

Eine weitere Stimme, übrigens sehr fundiert, beweist, daß Europa geteilt bleibt, solange Deutschland geteilt ist. Und daß man daher – nicht also nur wegen des Rechts der Deutschen, nicht geteilt zu sein – vorrangig die Forderung nach einem Friedensvertrag mit Deutschland stellen sollte, der zwar die heutigen Grenzen in Europa bestätigen, aber den deutschen Staaten die Perspektive einer allmählichen konföderativen Verbindung eröffnen würde. Die Auflösung der Pakte könnte nach Lösung der deutschen Frage wesentlich realistischer sein. Diese Ansicht wirkt sehr glaub-

würdig: kann man sich ein Europa ohne Pakte und Schutz – bzw. »Schutz« – der Großmächte vorstellen, wenn Berlin weiter von einer Mauer geteilt und das deutsche Problem ungelöst bleibt? Auch dieser Vorschlag erntet natürlich viele Einwände: er sei provokativ, er wecke auf allen Seiten die mannigfaltigsten Geister und Emotionen, denn viele urteilsfähige Menschen fürchteten eine Wiederherstellung des riesigen Deutschlands mit der Gefahr seiner Dominanz in Europa, usw.

Einige schließlich meinen, es habe keinen Sinn, auch nur einen dieser kühnen Vorschläge vorzubringen, wenn ohnehin niemand bereit sei, sie zu verwirklichen, und alle Mächtigen von ihnen nur unnötig gereizt würden. Sinnvoller sei es, die verschiedenen, bereits bestehenden Verträge noch mehr beim Wort zu nehmen, zum Beispiel die Schlußakte von Helsinki, und deren Einhaltung zu fordern. Oder ohne großen Bombast die vielen kleinen Schritte zu unterstützen, die allmählich das Gesamtklima Europas verbessern, zur Abkühlung der Hitzköpfe und damit auch zu einer allmählichen Begrenzung der Rüstung und zur Entspannung führen würden.

Es gibt wahrscheinlich noch zahlreiche weitere Vorschläge und Vorstellungen. (Auch wenn sie die Ansicht über die Ordnung Europas nicht unmittelbar berührt, möchte ich der Vollständigkeit halber noch eine Sache erwähnen, in der sich die verschiedenen Dissidenten ziemlich bedeutsam unterscheiden: nämlich ihre Einstellung zu den USA. Während auf der einen Seite des Meinungsspektrums der Antiamerikanismus fast genau so stark ist wie bei der westlichen Linken, gleicht auf der anderen Seite der Standpunkt dem Reagans: die UdSSR ist das Reich des Bösen und die USA das Reich des Guten. Ich persönlich mache mir über Amerika, das amerikanische Establishment und die amerikanische Außenpolitik insgesamt keine großen Illusionen. Dennoch scheint mir das Maß der inneren Freiheiten und also auch die international-politische Glaubwürdigkeit bei den beiden Großmächten derart unterschiedlich zu sein, daß ich es für eine schreckliche Vereinfachung halte, zu behaupten, die heutige Situation sei symmetrisch, in dem Sinne, daß beide Kolosse gleich gefährlich sind. Ja, beide sind gefährlich, jeder anders, doch gleich gefährlich sind sie entschieden nicht.)

Die zweite Schwierigkeit, mit der diese Art Überlegungen auf unserer Seite Europas verbunden sind, ist noch ernster. Sie besteht in einem etwas unklaren, schwer zu beschreibenden, trotzdem sehr starken Gefühl der Vergeblichkeit und Sinnlosigkeit all solcher Überlegungen. Des skeptischen, nüchternen, anti-utopischen, anti-emphatischen und von der tagtäglichen Konfrontation mit der rücksichtslosen Macht zermürbten mitteleuropäischen Geistes – wenn er sich plötzlich in der Rolle des Organisators eines künftigen Europa befindet – bemächtigt sich das Gefühl, »dada« zu sein. Diese oder jene Konzepte der europäischen Entwicklung und europäi-

schen Zukunft aufzuschreiben, ist für den Dissidenten hier kein großes Problem. Ein Problem ist es für ihn, sich des Gefühls der absoluten Hoffnungslosigkeit und Zwecklosigkeit einer solchen Arbeit zu entledigen; die Befürchtung abzuschütteln, daß jede konkrete und sozusagen technische Konzeption der erwünschten Wandlung Europas in einen Erdteil des Friedens heute genau so lächerlich ist wie alle anderen Konstruktionen der Utopisten; die Angst loszuwerden, sich dem Gelächter der nüchternen Umgebung auszusetzen, und das Gefühl, sich – zum ersten Mal – ernsthaft vom Leben zu entfernen und in die Stratosphäre der Märchen zu entschweben.

Etwas heroisch Träumerisches, Närrisches und Irreales ist schon im eigentlichen Ausgangspunkt der Dissidentenhaltung enthalten. Ist doch der Dissident vom Wesen der Sache her ein wenig Don Quijote: er schreibt seine kritischen Analysen und fordert Freiheiten und Rechte – ganz allein, nur mit seiner Feder in der Hand – angesichts der gigantischen Macht des Staates und seiner Polizei; er schreibt, schreit, fordert, beruft sich auf das Gesetz – und dabei weiß er, daß er dafür früher oder später eingesperrt wird. Warum also auf einmal solche Skrupel? In den Wolken der Narrheit sollte er sich doch bewegen wie ein Fisch im Wasser!

Ich will versuchen zu erklären, worin der Unterschied zwischen der »natürlich närrischen« Welt des Dissidententums und dieser anderen Art der Narrheit besteht, die dem Dissidenten Schrecken einjagt, wenn er irgendein Programm für die Friedensordnung Europas unterschreiben soll.

Ich glaube (und habe schon mehrmals darüber geschrieben), daß das Phänomen des Dissidententums aus einer wesenhaft anderen Auffassung vom Sinn der Politik erwächst, als sie in der zeitgenössischen Welt vorherrscht. Der Dissident operiert nämlich überhaupt nicht in der Sphäre der faktischen Macht. Er strebt nicht nach Macht. Er sehnt sich nicht nach Funktionen und sammelt keine Wählerstimmen. Er versucht nicht, das Publikum zu bezaubern, bietet niemandem etwas an und verspricht nichts. Wenn er etwas anbietet, dann einzig seine Haut. Und die bietet er nur an, weil er kein anderes Mittel hat, die Wahrheit zu bekräftigen, hinter der er steht. Er artikuliert in seinem Handeln nur seine Würde als Bürger, ohne Rücksicht darauf, was er dafür erntet. Der eigentliche Ausgangspunkt seines »politischen« Wirkens liegt also auf sittlichem und existentiellem Gebiet. Alles, was er tut, tut er zunächst für sich selbst: etwas in ihm hat sich aufgebäumt, und er ist nicht mehr fähig, »in der Lüge« zu leben. Erst nach diesem durch und durch existentiellen Motiv kommt der »politische« Gesichtspunkt. Nämlich die Hoffnung – unklar, unbestimmt und in bezug auf ihre Berechtigung unüberprüfbar –, daß solches Handeln auch allgemein zu etwas gut sei; daß auch die »Politik außerhalb der Politik«, die

»Politik außerhalb der Macht« ihren Sinn habe; daß – und sei es auf noch so verborgenem und kompliziertem Wege – auch sie etwas hervorrufe, etwas erreiche, etwas bewirke. (Zu einer derart begründeten Haltung gehört wesenhaft, daß der Dissident eher die Gegenwart verzeichnet und analysiert als Zukunftsprojekte entwirft. Daß er eher der ist, der jetzt und hier das Schlechte kritisiert, als der Planer von etwas Besserem, das einmal sein wird. Seine Berufung sieht er eher in der Verteidigung des Menschen vor dem Druck des Systems als im Ausdenken besserer Systeme. Was die Zukunft betrifft, geht es ihm mehr um sittliche und politische Werte, auf denen sie beruhen sollte, als um zumeist vorzeitige Spekulationen, wie und von wem diese Werte den Menschen gesichert werden.)

Das also ist die »natürlich närrische« Welt des Dissidententums. Sie ist sinnvoll, weil sie in ihrem Rahmen folgerichtig bleibt. Sie ist taktisch, weil sie nicht taktiert. Sie ist politisch, weil sie nicht politisiert. Sie ist konkret, real, wirksam – nicht obwohl, sondern gerade weil sie närrisch ist. Und natürlich auch, weil ihre »Narrheit« irgendwie integral ist, sich selbst treu, mit sich selbst identisch. Es ist vielleicht eine Welt des Traums und des Ideals, doch in keinem Falle eine Welt der Utopie.

Warum ein Hehl daraus machen, daß diese Welt der Wahrheit, wie unbequem auch der Aufenthalt in ihr sein mag, zugleich gewisse Vorteile bietet: indem der Dissident sich außerhalb des gesamten Universums der faktischen Macht und der traditionellen politischen Praxis befindet, das heißt außerhalb des Koordinatensystems der Zweckmäßigkeit, der Taktik, des Erfolgs, der Kompromisse und notwendigen Manipulationen mit Halbwahrheiten und Listen, kann er schön er selbst sein und sich dazu noch über sich lustig machen, ohne daß ihm die Gefahr droht, für alle lächerlich zu werden.

Lächerlichkeit droht dem Dissidenten erst in dem Augenblick, wenn er diesen Bezirk seiner Natürlichkeit überschreitet und in den hypothetischen Raum der faktischen Macht eintritt, also eigentlich in den Raum der reinen Spekulation. Erst dann nämlich kann er Utopist werden. Er hat die Perspektive der faktischen Macht angenommen, ohne faktische Macht zu haben; er ist in die Welt der Taktik eingetreten, ohne der Taktik fähig und von der faktischen Macht dazu berechtigt oder gezwungen zu ein; er hat die Welt des Dienstes an der Wahrheit verlassen und wollte seine Wahrheit in die Welt des Dienstes der Macht schmuggeln, ohne freilich selbst der Macht dienen zu können und zu wollen. Außerhalb der Welt der Wahrheit versucht er weiter die Wahrheit zu sagen, und außerhalb der Welt der Macht will er mit der Macht spekulieren oder sie organisieren. Die respektable Rolle des Fürsprechers des Menschseins tauscht er gegen die ein wenig groteske Rolle des selbsternannten Ratgebers der Mächtigen. In der Rolle des Träumers war er nicht lächerlich (so wie ein Taktiker in der Rolle des

Taktikers nicht lächerlich ist), lächerlich wurde er erst als taktierender Träumer. Ein taktierender Träumer ist nämlich ein Minister ohne Ministerium. General ohne Armee. Präsident ohne Republik. Seiner Stellung als Zeuge der Geschichte entfremdet, doch nicht zugleich berufen in die Stellung als ihr Organisator, befindet er sich in einem eigenartigen Vakuum: außerhalb der Glaubwürdigkeit der Macht und außerhalb der Glaubwürdigkeit der Wahrheit.

Mit alledem möchte ich nicht sagen, daß sich Dissidenten aus dem Sowjetblock nicht zu den politischen Realitäten und politischen Möglichkeiten des Erdteils äußern sollten, in dem sie leben, daß sie nicht die mannigfaltigen Grenzen ihres Wirkens erforschen und versuchen sollten, sie zu erweitern, daß sie nicht darüber nachdenken sollten, wie und bis wohin sie ihre Wahrheit ausbreiten können. (Im übrigen ist die Geschichte unerforschlich und man muß auf manches vorbereitet sein: denken wir nur daran, wie die Dissidenten aus dem polnischen KOR über Nacht zu praktischen Politikern werden mußten.)

Ich wollte nur erklären, warum ich glaube, daß die osteuropäischen Dissidenten in besonderer Weise wachsam sind und es wohl auch in Zukunft sein werden, wann immer sie sich an Friedensunternehmungen beteiligen.

Aus dem Tschechischen von Joachim Bruss

Zwerenz und Deutschland

Das Thriller-Geschehen der deutschen Gegenwart in Romanen von Gerhard Zwerenz. Satirisch, boshaft, ehrlich - und von der Kritik totgeschwiegen.

Gerhard Zwerenz
Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond
Bastei-Lübbe Paperback
DM 19.80
Endlich wieder lieferbar:
Der Skandalroman der deutschen Nachkriegsliteratur. Die Vorlage zu Faßbinders Theaterstück „Die Stadt, der Müll und der Tod", das gegen alle Widerstände jetzt doch in Frankfurt uraufgeführt wird.

Gerhard Zwerenz
Die DDR wird Kaiserreich
Ein unverschämter Thriller
Bastei-Lübbe Taschenbuch
DM 5.80
Dank der Terroraktion einer kleinen Gruppe Verrückter verändern sich die Zustände in beiden deutschen Staaten in einer einzigen Nacht bis zur Kenntlichkeit.

Gerhard Zwerenz
Langsamer deutscher Walzer
Noch ein unverschämter Thriller
Bastei-Lübbe Taschenbuch
DM 5.80
Wer die Wahrheit sagt, hat schon verspielt – in Bonn und bei der Mordkommission.

BASTEI LÜBBE

Kazimierz Brandys
Ironia polonica

Aus den Tagebüchern 1982

Juni 1982

Gestern ein schwüler Sonntagnachmittag auf dem Friedhof Père Lachaise, zwischen alten Frauen, die sich auf den Bänken unterhielten, und den Vögeln – überwiegend Amseln und Drosseln –, die über die Gräber hinweg von Baum zu Baum flatterten. Die Grabmale eng zusammengerückt, sämtlich aus Stein, nicht eine einzige aus Erde aufgeschüttete Grabstätte. Der Friedhofsaufseher bot uns einen Plan der Quartiere an. Chopins Grab liegt im Quartier Nr. 11. Wir folgen dem Plan, verlieren die Richtung, bis ich unverhofft auf einen marmornen Sarkophag stoße, der mit Blumen überhäuft ist. Unter einer rotgoldenen Schärpe lugt der Name hervor: F. CHOP... Ich bleibe stehen, soviele Blumen. Dann fällt mir jedoch ein, daß Chopins Grab auf den Fotos, die ich gesehen habe, aus weißem Stein war, dieses aber ist aus dunklem Stein. Und wo ist die Skulptur von Clésinger? Ich schiebe den Saum der Schärpe zur Seite und erblicke die übrigen, in den Marmor gehauenen Buchstaben des Namens: F. CHOPPIN. Ein Versehen also, die Chopins schrieben sich nicht mit Doppel-p. Ich versuche das Quartier auf dem Plan auszumachen, als sich ein Mann an uns wendet, füllig, kahlköpfig, bebrillt, ein Buch unter dem Arm. Er hat erraten, was wir suchen. »Gestatten Sie, ich bin tagtäglich hier und weiß auswendig, wer wo liegt.« Ein Franzose.

Er führt uns von Grab zu Grab. Chopin: hell, ein ganz schmales Denkmal, das nur Zentimeter von den beiden benachbarten trennen. Zwei verdorrte Rosen auf der Grabplatte. Wie eng es hier ist. Später, als die Zeit der Schließung näherrückt, eilen wir von Musset zu Balzac, Nerval, Apollinaire und Géricault. Der Franzose betrachtet uns mit dem Blick eines Gutsbesitzers, der Gästen seine Ländereien zeigt. Am Grabe Sarah Bernhardts, das einem Panzerabwehrbunker ähnelt, bleibt er stehen und fährt sich über die Glatze: »Pauvre Sarah, niemand bringt ihr Blumen...« Schließlich das schwarze, schimmernde Rechteck der Grabstätte Marcel Prousts. Außer ihm liegen hier seine Eltern und der Bruder, Professor Robert Proust, sowie dessen Frau, die 1953 gestorben ist. Der Franzose fordert uns auf: »Nur noch ein kurzes Stück bis zu Oscar Wilde!« Es ist drückend, die Drosseln fliegen mit träge schwirrendem Flügelschlag tief über den Gräbern. Die alten Frauen erheben sich von den Bänken und streben den

Ausgängen zu. Man hört die Pfiffe der Friedhofswärter, die die Schließung ankündigen.
Ich danke dem Franzosen. »Aber ich bitte Sie, das Vergnügen war ganz meinerseits!« Er fügt noch etwas hinzu, ich verstehe »la Pologne« und »Solidarité«. Während wir uns entfernen, ruft er aus: »Schade, daß Sie nicht bei Bizet waren!« – »Bizet verschieben wir aufs nächste Mal«, sage ich, »man kann nicht alles auf einmal sehen.« – »Geben Sie nur acht, es gibt hier viele kranke Katzen!« Ich weiß nicht, was er damit meinte. Ich erinnere mich, daß ich auf dem Denkmal Géricaults eine flach ausgestreckte Katze bemerkte, die ich im ersten Augenblick für einen Teil der Skulptur hielt.
Insgesamt ein anderer Eindruck, als ich ihn erwartet hatte. Alles ist hier gemauert und steinern, in Bezirke eingeteilt; man geht wie durch Straßen, viel Asphalt. Eine verkleinerte Stadt: Gräber anstelle der Häuser. Die Stimmung nicht so traurig und nicht so ländlich wie auf dem Warschauer Friedhof Powązki. Dort ist mehr Erde, auf den grasüberwachsenen Grabstätten verwelkendes Laub. Hier, inmitten der städtischen Ordnung der Grabsteine, drängt sich der Gedanke auf, daß die Größe, der Ruhm dem gleichmachenden Gesetz des Todes unterworfen werden. Daß die Titanen der Einbildungskraft mit Rentiers und Epiciers, daß Balzac mit Familie Durand Seite an Seite liegt, tut unserer kultischen Verehrung Abbruch. Es erinnert an die Todesanzeigen in den Pariser Zeitungen, an die tägliche Chronik der Todesfälle in der Stadt. Das Gedränge, die Verdichtung des Todes und seine Aufreihung ebnen das Phantastische des Geistes ein, die Werke eines Genies haben hier die Dimensionen eines bürgerlichen Bettes. Man könnte meinen, das Denkmal des Schöpfers der *Suche nach der verlorenen Zeit* müsse auf einem großen, sternförmigen Platz stehen. In Wirklichkeit besteht es in dem schwarzen, glattpolierten Grabmal einer vermögenden Familie. Gleich daneben eine Platte mit einem nichtssagenden Namen. (...)

Am Donnerstag ein Gespräch mit Madame Brunau, der Leiterin der Cité Internationale des Arts, wo wir seit Anfang Mai kampieren. Ein moderner horizontaler Bau, nicht weit vom Hôtel de Ville entfernt; auf fünf Etagen wohnen einige hundert Menschen, vorwiegend Musiker und Bildhauer, untergebracht in identischen *ateliers*: ein Arbeitszimmer mit einem Schlafteil hinter hohen Glasscheiben, dazu eine winzige Küche und ein Bad. (...) Das französische Kulturministerium hat uns hierher empfohlen, und dank der Bemühungen verschiedener bekannter und unbekannter Personen hat man uns ein Atelier im zweiten Stock zugeteilt, mit Blick auf Nôtre-Dame, aber nur für zwei Monate. Während des Gesprächs mit Madame Brunau wurde unser Aufenthalt um weitere zwei Monate verlängert, bis zum 1. September. Für hundert Tage haben wir ein Dach über dem Kopf. Am

19. April sind wir aus Amerika herübergekommen. Nach einer Pause von einem halben Jahr – in New York habe ich mir nur Notizen gemacht – kann ich wieder schreiben. (...)
Warschau... New York... Paris... Was weiter? Was tun? Von all dem schreiben, was geschehen ist und weiterhin geschieht, von dem, was zusammengebrochen ist – die »Monate«[1] fortsetzen? In Warschau hatte ich vor der Abreise zuletzt das Gefühl, daß nicht ich die »Monate« vorantreibe, sondern daß sie mich mit sich ziehen, daß ich ohne ihren Antrieb überhaupt nicht mehr leben kann. Ich rechtfertigte mich vor mir selbst mit ad hoc konstruierten Argumenten. In den New Yorker Notizen schrieb ich: »Oft heißt es, das Leben sei ein Roman. Ich schreibe die ›Monate‹, um mich zu vergewissern, ob mein Leben ein Roman ist.« Nicht übel. Und vielleicht, wer weiß, stimmt es sogar. Aber jetzt geht es um etwas anderes. Ich schreibe diesen Tagebuch-Roman, weil nur er es mir ermöglicht, zu existieren, das Herausfallen aus der Zeit zu überstehen. In New York klingelte am achten Tag spät abends das Telefon. M. hob ab. Ich war im Nebenzimmer. Einen Augenblick später hörte ich sie »O Gott...« sagen und legte das Buch beiseite. Sie hörte zu, jemand teilte ihr etwas durchs Telefon mit. Dann wieder ihre Stimme. Erneut dieses gedämpfte »O Gott...» (...)
Der frühere Alltag erschien wie ein verworrener Traum, den man sich morgens aus unverbundenen, disparaten Bruchstücken vergegenwärtigen muß. Wie war das noch: der Sessel mit den abgewetzten Armlehnen? Die durchdringende Melodie des Leierkastens unter dem Fenster? Das sonnenbeschienene Blumenbeet vor der Terrasse und die Weide, die sich über den Teich beugt?
Davon abgesehen, hatte ich die Zukunft vor mir. Wochen, Monate. Sicher würden es Jahre. Sie schreckten mich wie die leeren Seiten des Manuskripts an jenen Tagen, da mir der Faden verlorengegangen war und ich Zickzackmuster aufs Papier kritzelte, die ich unverwandt anstarrte: Vielleicht würde sich zufällig eine Handlung und ein Sinn aus ihnen ergeben. (...)

An die ersten acht Tage kann ich mich nicht erinnern. Von dem Augenblick an, als ein bärtiger Mulatte im blauen Hemd unsere Koffer auf einen Karren warf, bis hin zu dem Anruf am Abend des 13. Dezember fehlt mir praktisch jede Erinnerung. Natürlich: Der sonntägliche Basar im Polish Institute an der 66. Straße und das Steak mit Bier im Restaurant nahe der Public Library. Vor dem Mittagessen durchblätterte ich das Typoskript des zweiten Bandes der »Monate«, das auf meinem Rücken unter dem Pullover (genau wie auf dem Heimweg von Berlin nach Warschau) den Atlantik überquert hatte und ohne Abschluß war. (...) Ich dachte, der zweite Band würde mit einem umfangreichen amerikanischen Teil schließen, ein solcher Abschluß könnte interessant sein. Enthielt das Buch zuvor Berliner Partien,

so würden Beschreibungen von New York es bereichern, danach die erneute Rückkehr nach Warschau. Eine wohlgeformte Komposition zeichnete sich ab: Warschau – Berlin – Warschau – New York – Warschau. Und das alles ganz und gar authentisch. Es schien, als käme in den zufälligen Umständen, aus denen sich der Stoff ergab (...), eine natürliche Fabel, eine schicksalhafte Handlung zum Ausdruck, die ich nicht zu erfinden brauchte. Genauso war es gekommen. New York beschloß den Band. Ich hatte nur nicht vorhergesehen, daß es ihn in zwei Sätzen beschließen würde.[2]

In den ersten Nachrichten, die uns erreichten, war die Rede von der Machtübernahme durch das Militär, von Massenverhaftungen und der Unterbrechung der Verkehrsverbindungen mit dem Ausland sowie im Lande selbst. Bald trafen genauere Informationen ein. Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in den Straßen, Brechung des Widerstandes der Belegschaften in Fabriken und Bergwerken, erste Namen von Internierten. Die Journalisten betonten den blitzartigen Charakter und die exakte Vorbereitung der Operationen in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember. Nahezu die gesamte Führung der »Solidarität« wurde innerhalb weniger Stunden gefangengenommen und in Lagern untergebracht; überhaupt kein Kampf in den Straßen; die Demokratie wurde in aller Stille unschädlich gemacht. Tags darauf zeigte das amerikanische Fernsehen die ersten Bilder aus Warschau: Eine Frau auf dem Bürgersteig, mit Einkaufstasche, in Mantel und Pelzmütze, fällt mit einem Hilferuf auf die Knie, und ein Mann, ebenfalls auf den Knien, küßt die Fahrbahn. Daraufhin erscheint eine Polizeistreife in Helmen, die die Passanten und Autos anhält. Auf den Bildern waren die Straßen bereits mit Schnee bedeckt. Der Film zeigte auch die Sprecher des Warschauer Fernsehens, in Militäruniformen gesteckt. Beim Verlesen der Nachrichten hielten sie den Blick gesenkt, schauten sie nicht in die Kamera.
Die amerikanische Presse schätzt die Zahl der Gefangenen auf Zigtausende. Außer Wałęsa wurden an erster Stelle die Namen von Kuroń, Michnik und Lipski genannt. Die *New York Times* brachte die unzutreffende Meldung, Tadeusz Mazowiecki sei tot und Adam Michnik sei von der Polizei schwer verprügelt worden. Manche Fakten wurden im Laufe der Zeit bestätigt. In der Grube »Wujek«, die gestürmt wurde, kamen sieben Bergleute um. Jerzy Zieleński, ein Mitarbeiter der Wochenzeitung *Solidarność*, beging Selbstmord. Ehepaare wurden in dieser Nacht aus den Häusern geholt, weinende Kinder wurden von ihren Müttern getrennt; den Spezialabteilungen, die die Razzien durchführten, wurden Brechstangen zum Aufbrechen der Türen zugeteilt. Auf der Liste der Gefangenen kamen wiederholt die Namen von Halina Mikołajska, Jacek Bocheński und Wiktor Woroszylski vor. Auch Andrzej Kijowski wurde genannt. Sie wurden aus ihren Wohnungen ge-

holt, auf Lastwagen geladen – einige im Schlafanzug oder im Morgenmantel – und anschließend mit Hubschraubern in die Lager und Gefängnisse verfrachtet. John Darnton, der Warschauer Korrespondent der *New York Times,* berichtete von der Verhaftung meines Bruders Marian. Den ganzen Tag telefonierte ich mit Paris und bat Bekannte und Freunde um Hilfe. Sie veranlaßten eine umgehende Intervention des französischen Kulturministeriums und des internationalen PEN-Clubs, und so stellte sich heraus, daß Darntons Meldung auf ein in Warschau kursierendes unzutreffendes Gerücht zurückging. Vielleicht steckte dahinter eine Absicht. Sicherlich hatte man entsprechende Meldungen ausgestreut, um anschließend zu beweisen, daß sie unrichtig waren; auf diese Weise konnte man die Glaubwürdigkeit von tatsächlich zutreffenden Berichten erschüttern. (...)

In New York notierte ich im Januar Alpträume, die mich gegen Morgen quälten. Es waren acht. 1. daß ich nie wieder in meine Warschauer Wohnung zurückkehre. 2. daß Rußland ganz Europa unterwirft. 3. daß ich Lehrbeauftragter an einer Universität in Ohio werde. 4. daß ich zuwenig Pakete nach Warschau schicke. 5. daß ich alt bin. 6. daß mir der Hosensaum ausgefranst ist und ich nicht weiß, wo ich ihn in New York ausbessern lassen kann. 7. daß Polen untergeht. 8. daß ich zweifle, ob Gott existiert.

Große Hitze im Juni. In der Cité des Arts wohnt über uns ein Japaner, ein Pianist. Solange er klassische Werke spielt, stört er mich nicht beim Schreiben. Aber wenn er zu avantgardistischer Musik übergeht, kann ich weder schreiben noch denken oder lesen. Das Atelier ist nachmittags so aufgeheizt wie eine sommerliche Veranda, was noch stärker Ferienstimmung heraufbeschwört. Das ist gut. Aus den Ferien kehrte man zurück nach Warschau. Wir gehen und liegen halb ausgezogen, rascheln mit den Zeitungen. M. beginnt mit einer Story. »Das Wichtigste«, sagt sie, »ist, daß man sich vorläufig, auf der Durchreise fühlt. Am Ende sind wir immer heimgekehrt.« Die Angestellte auf der Präfektur fragte bei der Überprüfung unserer Pässe: »Vous êtes de passage?« M. lächelnd: »Aber natürlich.« Unser Aufenthalt wurde verlängert. (...)

Am Sonntag bei Milan Kundera ein Gespräch über polnische und tschechische Probleme, über die Möglichkeiten der Rettung, die ein unterworfenes Volk hat. Ob es eine andere Möglichkeit gibt als die Rebellion. Ich spreche von den Aufständen, die in Polen unter der russischen Herrschaft ausgebrochen sind, und von den Unterschieden, nicht nur zwischen der Tschechoslowakei und Polen, sondern auch zwischen Kongreßpolen und Galizien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat die Unterwerfung unter die Habsburger-Monarchie mit ihrem Spielraum begrenzter Repräsentation die

polnische Mentalität in bestimmter Weise geprägt, während das Leben im ehemaligen Königreich Polen, in den von Rußland annektierten Gebieten, in anderer Weise geprägt wurde. Zweihundert Jahre lang haben russische Politiker sich nicht dazu durchringen können, Polen als einen eigenständigen Staat zu betrachten. Von der Zeit der Teilungen bis heute. Zweihundert Jahre lang hat man die Idee nachbarlichen Zusammenlebens oder auch nur der Koexistenz zweier Völker gleichbleibend und unbeugsam durch die Realität der Gewalt ersetzt. Unter diesen Bedingungen erschien die Rebellion als der zwangsläufige Ausweg: Selbst wenn es keine Chance eines Sieges gab, würde das vergossene Blut zum Impfstoff werden, der die Polen dagegen feite, sich mit der Unfreiheit abzufinden. Die Versuchung der Willfährigkeit und die plötzlich ausbrechende Begeisterung für den Aufstand waren immer gleichzeitig da, aus ihnen ergeben sich individuelle Haltungen im Alltag und Konzeptionen der gemeinschaftlichen Existenz. Daß der patriotische Widerstand die nationale Realität der Polen gewesen sei, ist nicht die ganze Wahrheit; die Unfreiheit tat das ihre und wurde zu einem Element des Lebens. (...)

Die Kunderas verließen die Tschechoslowakei mit zwei Koffern, Möbel, Bücher und Manuskripte blieben in der Wohnung zurück. Anfangs bezeichneten sie ihren Auslandsaufenthalt als »Ferien«; sie gedachten, nach einiger Zeit nach Prag zurückzukehren. »Wie lange sind wir hier?« fragt Kundera seine Frau. »Zwölf Jahre.«

Als wir von den Kunderas kamen, war es nicht möglich, mit dem Bus über den Boulevard Saint-Germain zurückzufahren, auf dem eine vieltausendköpfige Friedensdemonstration dahinzog. Es wurden Strohpuppen und Porträts mitgeführt, Parolen skandiert. Eines der Transparente mit amerikafeindlichen Slogans trug die Vereinigung der Lesbierinnen und Homosexuellen, die auch eine eigene Organisationsfahne schwenkte. Viele hatten ihre Kinder dabei, Blumen und bunte Luftballons in den Händen. Über Lautsprecher, die auf Autodächern montiert waren, wurden Chansons von Brassens und Montand abgespielt, auf den Ladeflächen von Lastwagen Tableaus gezeigt, die den Frieden symbolisierten. Im Zug marschierten Gruppen von Lehrern, Künstlern und Mitarbeitern der Universitäten, schöne Frauen und Männer mit intellektuellem Gesichtsausdruck. *»Pour la guerre: non, non, non! Pour la paix: oui, oui, oui!«* Zwischen den Aufschriften, die gegen die Aufstellung amerikanischer Atomraketen protestierten, wurden Porträts von Marx, Lenin, Stalin und Mao geschwenkt, deren Teilnahme an dem Umzug angesichts der Gesamtzahl ihrer mittelbaren und unmittelbaren Opfer zu denken gab. Zu denken gab auch das Fehlen von Bekundungen der Solidarität mit Polen. Und nicht ein einziges Transparent gegen die Invasion Afghanistans. Einige Gruppen innerhalb des Umzugs hielten sich an den Händen und tanzten. Es war sonnig und sehr warm, die

Frauen trugen tief ausgeschnittene und ärmellose Kleider, von den Lastwagen wurde Konfetti verstreut.
Während ich vom Gehsteig aus zuschaute, wurde mir bewußt, daß in dem gleichen Augenblick, da hunderttausend Menschen über den Pariser Boulevard ziehen und in Ausrufen die Rüstung der Vereinigten Staaten verurteilen, sowjetische Atomraketen auf Frankreich gerichtet sind.

Jeder Mensch hat das Recht, für die Wahrung seiner Sicherheit einzutreten. Im Westen hat sich in letzter Zeit ein Menschentyp ausgebreitet, der offenbar für die Wahrung seiner Unsicherheit eintritt. Man braucht nur in die hiesige Presse zu schauen. Die Progressiven in Frankreich oder Deutschland finden moralische und politische Rechtfertigungen für blutige Terroranschläge in Paris oder München, verurteilen dagegen entschieden die Anwesenheit amerikanischer Militärbasen in Europa (und anderswo). Sie bringen Verständnis für Kräfte auf, die ihr Land von innen her zu sprengen versuchen, und klagen gleichzeitig jene Kräfte an, die es vor einem Angriff von außen sichern. Es ist etwas Masochistisches an der unterwürfigen Zustimmung, die jeder zweite Pariser Journalist den fanatischen Bestrebungen erteilt, welche sich gegen seine Welt richten, die schließlich nicht die schlechteste aller möglichen Welten ist. Manchmal hat man den Eindruck, diese Leute würden jedem recht geben, der sie mit Vergnügen ermordet. Eine Haltung, die, wenn man so will, dem biologischen Impuls widerspricht, in der sich ein abgründiger Selbstzweifel äußert. Jeder, der sie haßt, erscheint ihnen mehr wert als sie selbst. Leszek Kołakowski äußert in seinem Buch *Czy diabel moze być zbawiony* (Kann der Teufel erlöst werden?) die Ansicht, es sei ein Kennzeichen der europäischen Kultur, daß sie sich selbst in Frage stellen könne. Wenn das stimmt, dann sind die gegenwärtigen Bewohner Westeuropas Europäer à la lettre.

In Amerika habe ich nicht viel geträumt, ich hatte einen kurzen Schlaf. Gewöhnlich weckte mich um fünf in der Frühe das Entsetzen. Drei Stunden hindurch brachte ich mir zu Bewußtsein, daß wir verloren waren und untergehen mußten. Nur wußte ich nicht, unter welchen Umständen es eintreten würde. Es war aber unausweichlich. Sicherlich wir beide zugleich, miteinander. In unserem Alter kann man kein neues Leben beginnen, dachte ich und sah in Gedanken die Matratze vor mir, die wir an dem Tag, da wir den letzten Cent ausgegeben und das Dach über dem Kopf verloren haben würden, unter dem Viadukt der Queensboro Bridge ausbreiten würden. Es war eine Spur von Erleichterung in dieser Vision: in Ruhe zu sterben, an Kälte und Hunger, zwischen den gleißenden Türmen der riesigen Stadt, und keine Anträge mit Lebenslauf mehr stellen oder Formulare ausfüllen zu müssen. Nur eines irritierte mich, ein Satz, den unsere

New Yorker Freunde und Bekannten, uns mit wohlwollendem Lächeln betrachtend, wiederholt geäußert hatten: »Seien Sie beruhigt, in diesem Land ist noch keiner untergegangen.« Mit unendlicher Neugier war ich darauf gespannt, wie sich die Wahrheit dieser Worte in unserem Falle bestätigen würde.

Für die zweite Tageshälfte hatten wir uns gewöhnlich nichts vorgenommen. Ich tat so, als würde ich lesen, und versenkte mich in die Arbeit des Erinnerns. Ich finde kein besseres Wort für diese Beschäftigung, man könnte sogar sagen: Diese Tätigkeit bestand in der detaillierten, unsagbar intensiven und unter Aufbietung aller Kräfte vollzogenen Rekonstruktion der Vergangenheit – und zugleich darin, sich den heraufbeschworenen Visionen, Tasteindrücken und Stimmen zu überlassen, die bis zu diesem Zeitpunkt gleichsam unbearbeitet im Gedächtnis geschlummert hatten. Jetzt nahm ich sie mir vor, um ihnen zu einem volleren Dasein zu verhelfen. Ich erreichte beinahe okkultistische Zustände. Bisweilen sah ich frühere Szenen und Ereignisse in einer solchen Steigerung, daß es mir schien, als erlebte ich sie ungleich tiefer als in jener Zeit, da ich sie wirklich erlebt hatte. Ich meine hier nicht nur Ereignisse aus frühen Lebensabschnitten, nicht nur die Evokation der Kindheit, der Schulzeit. In diesen Stunden beschäftigte mich die Erinnerung an Tage, Orte, Worte und Gesichter aus den unterschiedlichsten Momenten und Abschnitten meines Lebens. Ich konnte zu keinem Zeitpunkt vorhersehen, was ich aus der Vergangenheit zutage fördern würde. Mein ganzes Leben tauchte vor mir auf, ohne irgendeine Ordnung. Natürlich auch die Jahre der Kindheit. Aber auch spätere Dinge. Frauen. Die erotischen Szenen waren derart plastisch, geradezu mit den Händen zu greifen; ich rekonstruierte die Gesten der Liebe und die Sekunden des Entzückens. Wenn ich mich auf ein einzelnes Bild konzentrierte, vermochte ich es durch imaginierte Einzelheiten zu vervollständigen und Worte zu erfinden, die ich damals nicht aussprechen konnte. Das erforderte, wie gesagt, Konzentration und Anstrengung. Ich würde hier von den »Tiefen der Erinnerung« sprechen. Nicht, daß sich mir neue Tatsachen oder längst vergessene Gesichter offenbart hätten. Es waren Tatsachen und Gesichter, die seit Jahren in mir steckten, die ich nun zwang, wieder aufzuerstehen, um ihren verborgenen Inhalt zu enthüllen. Man mußte nur tiefer hinunterlangen, das Feuchte unter dem Flugsand der Erinnerungen hervorgraben, und sofort gewann das Bild den Charakter und die Bedeutung einer Entdeckung.

Während ich meine Bilder heraufbeschwor, fühlte ich mich zugleich von ihnen herausgefordert – so würde ich die Aura dieser Stunden bezeichnen. Sie waren von kontemplativer Besinnlichkeit und Ergriffenheit durchdrungen, gelegentlich aber auch bestürzend. Alles in allem – wohltuend. Während der ersten Zeit unseres New Yorker Aufenthalts verschafften sie mir

den größten Trost. Natürlich erfuhr ich menschliche Sympathie und Freundschaft. Herzlichkeit wurde mir nicht nur in Worten erwiesen, die alten und neuen Freunde halfen uns in praktischen Dingen, kümmerten sich um uns. Doch irgendwann mußte ihre Fürsorglichkeit ein Ende haben, schließlich hatten sie ihre eigenen Angelegenheiten und Sorgen. Und weil ich das Gefühl hatte, als würde ich seit Mitte Dezember über zehn Wochen hin aus dem Flugzeug ins Meer stürzen, glaubte ich nicht an die Realität einer dauerhaften Unterstützung. Sie werden, dachte ich, selber merken, daß man nichts tun kann. Doch ich täuschte mich. (...)

Juli

(...) Von einem Abendessen bei Bekannten mit dem Auto heimfahrend, kamen wir am Samstag nach Mitternacht durch das Quartier Latin, das noch immer von Trubel und Lichtern erfüllt war. Aus den Restaurants traten Gruppen fröhlicher Zecher auf die Straße, auf dem Saint-Michel hupten die Autos, die in langen Staus feststaken. Auf den Vordersitzen unseres Wagens saßen zwei Damen, auf der Rückbank drei Herren, und hinter ihnen in dem offenen Kofferraum kauerte eine dritte Dame, die jedesmal, wenn der Wagen beschleunigte, ausgelassen quietschte. Von den sechs Personen im Wagen wollte eine in einer Woche nach Polen zurückkehren, drei in anderthalb Monaten, zwei mit unbestimmter Frist. Wir waren nicht betrunken, aber auch nicht ganz nüchtern. Jemand sagt: »Wenn ihr heimkommt, ist der Aufstand wohl schon vorüber.« Jemand anders wirft ein: »Das weiß man nicht, vielleicht steht er noch bevor.« Die Dame im Kofferraum ruft, man möge nicht die Medikamente für ihre Cousine vergessen, die vor kurzem aus dem Lager in Goldap entlassen wurde. Jemand erzählt noch einmal die Geschichte von dem Mönch, der einem Milizbeamten, welcher den Gehorsam verweigert hatte, die Beichte abgenommen hat. Der Wagen gleitet über den Boulevard, es ist warm, auf den Caféterrassen sitzen die Menschen an den eng aneinandergerückten Tischen.

Ich kann die Themen nennen, die während des Essens im Gespräch angeschnitten wurden. Es ging um die Reise des Papstes nach Polen; den Boykott des Fernsehens durch die Schauspieler; die Preise, die man für die offizielle Zuteilung auf Lebensmittelkarten, und die, welche man auf dem Schwarzmarkt bezahlt; die Analogien zwischen dem Einfall der gepanzerten Israelis in den Libanon und Piłsudskis Feldzug gegen Kiew; die mutmaßlichen Einkünfte des Tennisweltmeisters Fibak; die nächtliche Sitzung des Staatsrats am 13. Dezember im Belvedere; den Mangel an Bekleidung und Schuhen in Polen; die versöhnlerischen Neigungen des Primas;

das im *Tygodnik Powszechny* abgedruckte Gedicht von Wiktor Woroszylski, der sich im Internierungslager befindet; schließlich um irgendeine Scheidung.

Es gab noch andere Themen, aber wichtig ist nicht, wovon, sondern wie man sprach. Die gesamte Unterhaltung, die sich vom Anfang bei Tisch bis zum Schluß im Auto über mehrere Stunden erstreckte, war von einem mir vertrauten Ton geprägt, einem Ton, der einem Ausländer, der polnisch versteht, absurd vorkommen könnte. Ihm würde ein Kontrast zwischen Stil und Inhalt der Unterhaltung auffallen. Wäre dieser Ausländer ein scharfsinniger Mensch, dann würde er vermuten, daß der Kreis, auf den er gestoßen ist, sich in Chiffren verständigt, durch die er etwas mitteilen und zugleich verschleiern möchte. Vielleicht würde ein intelligenter Ausländer schließlich erraten, um was es geht: daß man hier den Witz benutzt, um die Tragödie zu verhüllen.

Jeder der Gesprächsteilnehmer hat die Gewißheit, von einer kollektiven Katastrophe umgeben zu sein. Also wahrt er die Formen und bedient sich eines konventionellen Codes, um sich nicht völlig von der Katastrophe absorbieren zu lassen. Man sagt: Schrecklich! In ganz Warschau ist kein französischer Wein aufzutreiben! Das ist der Witz. Wem fehlt in Warschau wohl französischer Wein, wo es schon schwerfällt, Tee oder Schuhe zu kaufen? Angesichts des Mangels an Schuhen und Medikamenten, der wachsenden Sterblichkeit, der Verbannten, die man in Lagern im Lande festhält, angesichts der steigenden Not klingt eine Beschwerde über den Mangel an französischem Wein wie ein Zynismus. In Wirklichkeit ist es ein Scherz voller Selbstironie. Durch solche Scherze rückt man die Verzweiflung in eine Distanz, die einen vor dem Verrücktwerden bewahrt.

Seit jeher interessiert mich, wie das Gefühl der nationalen Bedrückung und der historischen Ungerechtigkeit sich in Psychologie und Sprache niederschlägt. Während ich die *Variationen in Briefen* schrieb, habe ich viel über die Zusammenhänge zwischen historischer Situation und Syntax nachgedacht. Sollte ich eine Fortsetzung der »Variationen« schreiben, dann würde ich versuchen, in einem weiteren Brief die stilistischen Eigenschaften der Sprache wiederzugeben, in der wir uns heute verständigen. Das Wort »Variationen« im Titel des Buches hat eine doppelte Bedeutung; es kündigt nicht nur Abwandlung eines Themas an [*wariacja* bedeutet auch »Wahnsinn«, »Verrücktheit«.] In einem unterworfenen Land leidet man an einer Art Gemütskrankheit, jeden macht die Unfreiheit auf seine Weise verrückt. Im Lande selbst genauso wie draußen. Die Pariser Emigranten wurden nach 1831[3] von der Krankheit des messianischen Sektierers Towiański befallen. Man raunte, Mickiewicz sei wahnsinnig geworden, und über Słowacki wurde in wissenschaftlichen Kommentaren zu seinen mystischen Werken die Hypothese geäußert, er sei gegen Ende seines Lebens verrückt gewor-

den. Vom Wahnsinn wurden Poeten und Generäle heimgesucht. Die Korrespondenz der in der Emigration weilenden Anhänger Towiańskis weist gelegentlich Züge von Schizophrenie auf, man kann sich kaum der Vermutung erwehren, daß sie aus Verzweiflung in Irrsinn verfielen. Ich würde nun in einem Brief, den ein Pole des Jahres 1982 schreibt, die Sprache wiederzugeben versuchen, in der man sich durch Paradoxien und Selbstironie vor dem Wahnsinn schützt. Das ist, glaube ich, eine der Formen gesellschaftlichen Widerstands. Nicht verrückt werden, sich nicht der Krankheit überlassen. Das ohnmächtige Bewußtsein der Demütigung und Bedrückung in einen Scherz verwandeln.

Die polnische Sprache hat in jedem Jahrhundert andere Mittel gefunden, um die Nation vor dem Wahnsinn zu bewahren: von Wespazjan Kochowskis wimmernden Klagen über Krasickis sarkastischen Rationalismus bis hin zu Sienkiewicz' Ermutigung des Herzens. *Sursum corda!* Die Erinnerung an die eigene Größe hilft uns auf aus seelischer Entkräftung... Ein halbes Jahrhundert später versucht Witkiewicz mit der Eloquenz eines genialen Schuljungen auf die heraufziehende Katastrophe hinzuweisen.

Faulkner hat einmal erwähnt, ihn hätten in seiner Jugend die Worte irritiert, die er auf dem ersten Blatt der »Trilogie« [d. h. in Sienkiewicz' historischem Roman *Mit Feuer und Schwert*] gefunden habe. Mit scheint, daß die Wendung »zur Ermutigung der Herzen« auf Übersetzungsschwierigkeiten gestoßen ist und daß der amerikanische Übersetzer sie wortwörtlich übertragen hat: »zur Herzstärkung«. Faulkner hat sich möglicherweise gewundert, daß jemand einen Roman schreibt zum Zwecke einer kardiologischen Therapie.

Die polnische Sprache – was heißt das, in ihr zu denken, zu sprechen, zu schreiben? Schicksal, Urteil der Vorsehung. Soll man sich darein fügen, oder soll man sie, die Sprache, hinbiegen zu einer universalen, für Fremde verständlichen Sprache? In Queens bin ich eines Nachts nach dem 13. Dezember auf der Couch aufgewacht, zur Rechten ein Röhrchen Schlaftabletten, zur Linken das Fenster (sechstes Stockwerk). Ich erwachte in der mathematischen Gewißheit, einer dieser beiden Auswege sei mir geblieben. Nach kurzer Überlegung kam ich zu dem Schluß, daß ich mich, falls ich mich wirklich zu einem solchen Schritt aufraffen sollte, zumindest zwei Menschen gegenüber unanständig verhielte. Der zweite war unsere Freundin, deren Gastfreundschaft wir in Anspruch nahmen. Also habe ich mir, im Dunkeln daliegend, den Kopf darüber zerbrochen, was mich aus der Depression herausholen könnte, in die ich durch die Trennung von meinem eigenen Dasein geraten war. Ein Lehrstuhl an der Universität? Aber dann müßte ich auf englisch Vorlesungen halten. Verzweiflung. Ich kann nur auf polnisch denken. Im Bereich einer fremden Sprache würde ich bei jeder anderen Betätigung verkümmern, diese Sprache würde mich von meiner

Hirnrinde isolieren, die aus Schichten polnischer Assoziationen und polnischer Reflexe aufgebaut ist. Ein Martyrium. Einkünfte aus literarischer Tätigkeit, die hinreichen würden, um ruhig und auskömmlich zu leben? Aber bei der wenig wahrscheinlichen Annahme, daß meine Bücher zu Weltbestsellern würden, müßten sie in fremdsprachigen Übersetzungen erscheinen. Keinen meiner Romane habe ich je in einer Übersetzung lesen mögen. Die fremdsprachige Fassung langweilte mich schon nach der ersten Seite, so als hätte sie ein Autor geschrieben, der mir gleichgültig ist. Selbst wenn also millionenschwere Tantiemen aus ausländischen Auflagen sprudelten, würde es mich doch schmerzen, daß zu den Lesern andere Worte gelangen als jene, in denen ich denke. Es läuft also nicht auf eine Loslösung hinaus, sondern aufs Eingesperrtsein. Es sind keine Umstände denkbar, die mich aus dem Käfig meiner Sprache vertreiben würden, einem Käfig, dessen Stäbe in mir selbst stecken. Denn das, was ich Sprache nenne, beruht nicht auf den Wörtern, die man spricht, es ist der Klang eines gemeinsamen Bewußtseins, der Ton, den man gegenüber den Aufsehern des Käfigs gebraucht. Es ist nicht bloß Erinnerung – es ist die Antwort, die man dem Schicksal unablässig erteilt.
»Du wirst sehen«, schreibt eine junge Frau aus Warschau in einem Brief an jemanden, der in Frankreich geblieben ist, »du kommst noch zurück; daß wir uns bloß nicht verpassen, denn nach dem gewonnenen Krieg fahre ich sofort in die Südsee und sonne mich.«
Ach, diese Warschauer Scherze ... *Ironia polonica* gegenüber dem Leben. Dieses Zitat entnahm ich der Rubrik »Briefe aus der Heimat« in der Monatszeitschrift *Kontakt*, die Mirosław Chojecki in Paris herausgibt.

Wenn ich schrieb, daß man von der Unfreiheit wahnsinnig wird, dann gelüstet es mich bei dem Gedanken an den idyllischen sonntäglichen Aufzug, in dem ein Bild von Josif Wissarionowitsch mitgeführt wurde, zu schreiben, daß man von der Freiheit verblödet. Ich baue darauf, daß man mir beide Lästerungen vergeben wird. (...)

In Queens und in der Untergrundbahn drangen einem sämtliche Sprachen der Welt in die Ohren: Spanisch, Russisch, Hindi, Jiddisch, Ukrainisch, Italienisch, Chinesisch ... (...) Vor dem Ansturm der fremden Laute und den futurologischen Visionen der Architektur zog ich mich zurück in das schmale Haus an der 66. Straße, in dem das Polnische Institut untergebracht ist. Es war, als würde ich in eine warme Quelle eintauchen. Man rückte mir einen Sessel heran, servierte Kaffee und einen von zu Hause vertrauten Hefekuchen. Statt *How are you?* hörte ich (auf polnisch): *Wie fühlen Sie sich, Herr Kazimierz?* Ich fühlte mich besser. Die Damen des Instituts betrachteten mich mit gütigen, aufmerksamen Augen. Um zwei Uhr er-

schien der Professor und führte mich hinauf in sein Arbeitszimmer. »Seien Sie beruhigt, in diesem Land ist noch keiner untergegangen...« Professor Feliks Gross ist von einem heiteren Wesen und einer Freundlichkeit, die einen Ameisenbär vermenschlichen könnte. Ich entspannte mich. Später ging ich hinunter in die Bibliothek und durchstöberte dies und das.
Vom Institut fuhr ich mit der U-Bahn zurück. Der New Yorker Subway hat einen üblen Ruf. Er ist schmutzig und stinkend, mit wahnwitzigen Malereien versehen, und die fahrenden Wagen machen einen Höllenlärm. Im Subway wird mit Narkotika gehandelt, wird gemordet und vergewaltigt. Aber davor hatte ich keine Angst. Im fahrenden Zug fühlte ich mich sicherer als auf der Straße in Manhattan, denn die Menschen standen oder saßen reglos, und jedes Gesicht sah ich aus der Nähe, wie vergrößert. Ich konnte mich umschauen und zuhören. Und schnuppern. Hier dampften die Eingeweide der Stadt. Hochgeschminkte Transvestiten saßen neben jungen Chassidim mit langen Schläfenlocken, mir gegenüber saß eine Negerin mit Leopardenfellmantel und weißem Turban und las *Ecology and Modern Society*. Einmal bin ich sieben Stationen zu weit gefahren, weil ich eine kleine Chinesin beobachtete, die ihrem Mann mit einer kleinen Schere die Nägel schnitt, aufmerksam über seine schlanke, feingliedrige Hand gebeugt.
Es kann also doch gelingen, dachte ich, das Schwierigste. Sie haben es geschafft. Das Gewebe, das bei anderen brandig geworden ist – bei ihnen ist es zusammengewachsen. Anderswo ist man nicht ohne das Messer ausgekommen. Hier hat man doch etwas zusammengebracht, verschmilzt die Mannigfaltigkeit der Sprachen, Religionen und Rassen zu einer lebendigen, weißschwarz-kaffeebraun-gelben Materie... Es ist also möglich. Während ich die schwarze Amerikanerin beim Lesen des Buches betrachte, denke ich: Sie sind vor dem Verbrechen zurückgeschreckt.
Man muß einmal etwas über die Rolle schreiben, welche die amerikanische Literatur in dieser überaus wichtigen Angelegenheit gespielt hat. Über ihre moralische Reinheit. Sie war auf der Seite der Schwächeren, der Erschlagenen. Über die Analogien zur russischen Literatur des 19. Jahrhunderts, die Partei ergriff gegen die finstere Not des Muschik. Darüber, daß in der Zeit der Lynchmorde die amerikanischen Schriftsteller die Seele Amerikas gerettet haben.

Wovor fürchtete ich mich in New York? Vor der Entfernung. Aber nicht der geographischen. Vor der Entfernung zwischen den Wörtern, die in mir waren, und dem Element, das sie geschaffen hatte. Ich hatte auch Angst davor, daß ich nie mehr von hier wegkommen würde und daß sie nicht mehr aus den Lagern und dem Elend herauskommen würden. Daß wir füreinander Erinnerungen bleiben und einander in Träumen erscheinen

würden. Und daß sie nicht glauben würden, daß ich im Ausland leide. Ich fürchtete außerdem, ich würde mich nie weider zum Schreiben in den alten Sessel vorm Fenster setzen. Mir fehlten nicht nur die Freunde, sondern auch unsere Möbel.
Hier sind jedoch einige klärende Worte angebracht. Ich hatte es nicht eilig, nach Polen zurückzukehren. Die Heimat schreckte mich genauso wie die Trennung von ihr. Ich wußte, daß selbst mein Manuskript dort nicht sicher sein würde, wo es jederzeit möglich ist, daß einem die Tür aufgebrochen wird, mit oder ohne Hausdurchsuchungsbefehl. (In Briefen aus Warschau werden diese nächtlichen Besucher – witzig wie immer – als »Revisionisten«[4] bezeichnet.) Ich sehnte mich also nicht zurück, auch nicht zurück nach dem Leben in Polen. Nicht einmal nach den Spaziergängen im Sächsischen Garten. Noch nach den Warschauer Straßen, die mit ihrer nationalen Homogenität sterbenslangweilig sind. Einmal sind mir in dem vielsprachigen Gewühl von Manhattan die Worte eines Professors aus Boston eingefallen, der nach dreißig Jahren wieder einmal die Heimat besucht hatte: »Ihr habt die nationalen Minderheiten verloren, der übriggebliebenen Juden habt ihr euch entledigt. Mit der Kultur wird es bei euch dürftig bestellt sein.«
Ich wurde also nicht von Heimweh verzehrt. Dennoch wehrte ich mich panisch gegen den Gedanken, daß ich vielleicht nicht zurückkehren könnte. Denn nur dort fühlte ich mich wirklich geborgen. Irrational und paradox: Wenn ich heimkam und Herrn Pawlak, unseren Hausmeister, auf dem Bänkchen im Hof sitzen sah, hatte ich die Gewißheit, daß mir keine Gefahr droht. Ich war zu Hause. Dabei ist mir nirgendwo so häufig wie gerade dort, »zu Hause«, der Wille zum Leben abhanden gekommen. An machen Tagen trat die Sinnlosigkeit unverhüllt hervor. Sinnlos war das System, sinnlos das Alltägliche. Die Welt hatte keinen Sinn. An solchen Tagen mußte ich Argumente für das Leben mobilisieren und in mir nach Worten gegen die Sinnlosigkeit suchen. Mir scheint, als hätte ich ein Vierteljahrhundert lang nichts anderes getan, und was mich in New York vielleicht am stärksten verfolgt hat, war die Angst, daß es mir an diesen Worten gebrechen könnte, weil die Sinnlosigkeit gesiegt hatte.

Nachrichten aus Polen. Gestern war ein junger Mann bei mir, der aus Warschau kam. Im Lande zirkulieren Flugblätter und Spottverse. Es erscheinen »schwarze Listen« mit den Namen von Kollaborateuren. Für oppositionelle Tätigkeit werden langjährige Haftstrafen verhängt, man spricht von rätselhaften Todesfällen. Die Kinos sind leer, die Theater nur schwach besucht. Ich hörte die Geschichte von dem Priester, den man nachts in ein Auto gepackt und mit verbundenen Augen in eine Kaserne gefahren hatte, wo er vier Soldaten, die wegen Befehlsverweigerung zum

Tode verurteilt waren, die Beichte abnehmen mußte. Es ist ungewiß, ob das eine authentische Tatsache oder nur Volksmund ist. Außerordentlich beeindruckend ist die in aller Öffentlichkeit stattfindende Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsführung – zwischen jenen, die in den Lagern gefangengehalten werden, und jenen, die im Untergrund arbeiten. In Untergrundblättern werden ihre Erklärungen und Aufrufe sowie Interviews mit ihnen veröffentlicht. Kuroń hat aus dem Lager ein Manifest geschickt, das sich unter dem Titel »Es liegt ganz an Euch« an die Führung der Untergrund-»Solidarität« wendet. Die nationale Diskussion über die Handlungsmöglichkeiten und Formen des Widerstands geht vor den Augen von Polizei und Militär weiter. Die Texte sind von enormer Bedeutung, die Autoren sind unsichtbar. Zwei Haltungen zeichnen sich ab: für Verhandlungen mit der Staatsmacht oder für den Generalstreik. Das bedeutet: entweder ein zäh ausgehandelter Kompromiß oder Blutvergießen. Mein Besucher ist für Blutvergießen. Mit harter Stimme sagt er: »Der andere Ausweg droht uns nach und nach zu kastrieren.« Er behauptet, die Alternative bestehe nur zum Schein. Es gebe keinen anderen Ausweg, weil die Staatsmacht keinen Kompromiß wolle. Er zitiert auch die Ansicht seiner in Breslau lebenden Mutter: »Dreißig Millionen (Polen) werden umkommen? Aber sechs bleiben übrig, plus sieben im Ausland!«

In der offiziellen Presse Polens sind plötzlich und überall gleichzeitig Artikel über den Polnischen Schriftstellerverband erschienen. Was tun mit dieser suspendierten Künstlervereinigung, deren politisches Erscheinungsbild nicht mit dem Kriegszustand harmoniert? Das bedeutet sicher, daß irgendeine Entscheidung bevorsteht. Mit der Unterstützung der Panzer und der Tränengasgranaten fühlt eine Minderheit sich stark und geht zum Angriff über. Es triumphiert der lächelnde Idiot, der Held von TV-Plaudereien über Soldatenerlebnisse, und dieser andere mit dem kleinen Kopf, der Spezialist für Sibirienfahrten, der durch den Ausspruch berühmt wurde: »Ja, Sibirien ist mein Hobby.« Und ein dritter, ein süßlicher Heuchler, der zwischen der Muttergottes und dem Roten Stern laviert (er soll einmal Talent gehabt haben, aber er hat es verkauft). Jahrelang haben sie in Villen, die von Fotozellen bewacht werden, und in den polnischen Botschaften im Ausland gelitten, unter dem Ordensgehänge hat ihnen das Herz wehgetan. Mit herzlicher Fürsorge hat der Staat sie umgeben, beflissen fuhren sie in die Fabriken und auf die Werften, das Fernsehen zeigte sie mit Schutzhelmen. Es hat nichts geholfen. Die Stöße ihrer ungelesenen Bücher liegen unberührt in den Magazinen, wie Särge in der Leichenhalle.

Die Herrschaft der Mediokrität hat große Verheerungen angerichtet, in allen Lebensbereichen haben Unfähige und Inkompetente praktisch unumschränkt geschaltet und gewaltet. Im Kulturbereich war es jedoch anders. In

Literatur und Kunst haben talentierte Leute die eigentliche Kontrolle behalten. Eben die, die man an den Rand gedrängt, aus führenden Stellungen verjagt hat. Kann man sich einen schlimmeren Schmerz vorstellen als die Qual eines treuen und arbeitsamen Menschen, der zusehen muß, wie ihn dieses kleine Häuflein um die Früchte seines langjährigen Dienstes bringt, zusehen muß, wie ihre Bücher reißenden Absatz finden und in andere Sprachen übersetzt werden? Nie hat es hundert Blumen gegeben. Es wird ihrer immer nur einige, allenfalls ein gutes Dutzend geben. Die Rache des Gemüses ist unausweichlich.

Einem französischen Intellektuellen, der mich auf einem Empfang bei Bekannten in Palaiseau fragte, ob ich mich noch der Linken verbunden fühlte, habe ich mit einer für mich ungewohnten Schlagfertigkeit geantwortet, daß die Linke für mich nur noch eine ethische Kategorie sei; die Linke, das seien die, die zur Rechten Gottes sitzen. Wir standen eine Weile beisammen, aber es gab eigentlich nichts, worüber wir noch hätten sprechen können. Gewiß hat er mich in die Schublade »Entpolitisierender Einfluß des Katholizismus auf die polnische Intelligenz« gesteckt.
Meine Antwort war aufrichtig. Was die Unterscheidung zwischen der Linken und der Rechten heute für mich bedeutet und wie sich mir diese Aufteilung heute darstellt, habe ich im zweiten Band der »Monate« notiert. Die Notiz sagte mit anderen Worten das gleiche, was ich dem Franzosen erwiderte. Aber die Intellektuellen im Westen fürchten sich, sie wollen oder können nicht sehen, was bei uns geschehen ist und für uns auf der Hand liegt. In Polen weiß man, wie es geschieht, daß die Ideen des Fortschritts und der Gerechtigkeit zu Schlagworten in der Propaganda neuer Formen der Unfreiheit werden und der sozialistische Staat für die Arbeiter von Polizeihunden bewachte Lager errichtet. Dieses östliche Ei des Kolumbus, das weder eine rechte noch eine linke Seite hat, nennt sich Volksdemokratie oder realer Sozialismus. Ausgebrütet hat es die Kultur des eurasiatischen Raums, der von den theokratischen Einflüssen des Islams und des alten Byzanz geprägt wurde, eine Welt, die eine andere Mentalität, eine andere Geschichte hat als der Westen. »Stand Chruschtschow links oder rechts von Stalin?« hat Kundera in einem seiner Essays gefragt. Genauso könnte man fragen, ob (der russische Kaiser) Paul I. links oder rechts von Katharina II. stand.
Die Linke oder die Rechte – in diesem Gegensatz schimmert etwas durch von den ethischen und religiösen Dichotomien zwischen Gut und Böse, Himmel und Hölle, Wahrheit und Lüge. Der Totalitarismus beseitigt den Dualismus. Die Hölle ist das Paradies. Die Lüge erfüllt wirkungsvoll die Aufgabe der Wahrheit. Negative Vorzeichen werden durch positive ersetzt und umgekehrt. Mögen sich die dialektischen Köpfe im Westen das Hirn

darüber zermartern, was in diesem phänomenal inszenierten Menschheitstheater links oder rechts ist.
Polen, Tschechen, Litauer denken nicht mehr in den politischen Kategorien Europas. Sie krampfen sich zusammen vor Abscheu angesichts der Perfidie, mit der man sie des humanistischen Dekalogs beraubt. Wer einen solchen Schock nicht erlebt und eine solche seelische Züchtigung nicht durchgemacht hat, wird nicht begreifen können, daß die Erfahrung dieser Gesellschaften weit über das politische Vorstellungsvermögen des Westens hinausgeht. Sie ist erweitert um das Grauen, ausgelöst durch die offen zutage getretene Technologie des zur Herrschaft gelangten Nihilismus. Sämtliche Pariser Aufstände und Revolutionen erscheinen wie eine Posse, verglichen mit der Politisierung der Polen. Hier fragen sie mich, ob ich links bin, während ich mich frage, ob Gott nicht bestochen worden ist. Und so endet das Gespräch, Leere breitet sich zwischen uns aus.

Auf dem besagten Empfang bei Bekannten in Palaiseau traf ich eine junge Engländerin, die mit einem französischen Chirurgen verheiratet ist; sie erzählte von ihrem zweiwöchigen Aufenthalt in Moskau. Ihr Mann hatte ihre Ankunft einem russischen Arztehepaar mitgeteilt, das sie auf dem Flughafen Wnukowo erwartete. Nach einer kurzen Begrüßung wurde sie gebeten, allein in das Taxi zu steigen; sie selbst würden mit dem Bus fahren. Die Besucherin möge auch nicht vom Hotel aus bei ihnen anrufen: »Bitte suchen sie uns nicht vor 11 Uhr abends auf.« Nachts wurde die Überwachung des Hauses eingestellt. Bei der Fahrt durch die Stadt sah die Engländerin zum ersten Mal in ihrem Leben hundert Meter lange Schlangen von Menschen, die nach Brot anstanden. Als sie vor dem Hotel aus dem Taxi stieg, bemerkte sie, daß die Menschen auf dem Gehsteig den Blick auf ihre Schuhe und ihren Koffer hefteten. »Sie blicken immer von unten herauf, zuerst auf die Schuhe, dann erst ins Gesicht.« Am dritten Tag wechselte sie von ihrer westlichen Kleidung zur ortsüblichen Konfektion; sie trug ein Kleid und die Schuhe der Ärztin, dazu eine Einkaufstasche. Man riet ihr, die Frisur zu ändern. Sie fuhr mit der Metro, stand nach Brot und Fleisch Schlange. »Dort haben alle einen speziellen Teint, wie Wäsche, die nicht richtig gewaschen ist, und tote, blicklose Augen.« Dennoch schaute man nach ihr. Ständig fühlte sie Dutzende von Augen auf sich gerichtet, sofort erkannte man sie. Sie verstand aber nicht, woran. Dabei betonte sie, daß in diesen Blicken keine Feindschaft lag: »Sie schauen uns an, als wären wir Übermenschen. Und das ist am unerträglichsten: diese gierige Bewunderung für Wesen einer besseren Art oder vielleicht für die Welt, aus der sie hervorgegangen sind.« Wenn das Brot ausverkauft war, zerstreuten sie sich rasch. Niemand fluchte. Stumm löste sich die Schlange vor dem Geschäft auf. »Es war, als hätte es angefangen zu regnen.« Zum letzten Mal war die

Engländerin bei dem befreundeten Arztehepaar zu Gast, als das Endspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft zwischen Polen und der UdSSR übertragen wurde. Ein freudiger Aufschrei erfüllte jedesmal das Zimmer, wenn der polnische Torwart einen Schuß abwehrte, mit Sekt wurde auf die Gesundheit Wałęsas angestoßen. »Aber tags darauf ließen sie mir die Nachricht zukommen, wir dürften einander nicht mehr sehen.«
Zusammen mit der Engländerin und ihrem Mann fuhren wir aus Palaiseau zurück. Beim Abschied bemerkte sie, mit dem Finger auf sich deutend, heute werde sie ohne Tabletten einschlafen. Offenbar war sie nach dem Empfang ein wenig angeheitert. (...)

Gestern in einem Brief aus Polen: »In Polen lebt man schlecht. Ohne Polen auch schlecht. Am besten, man liest etwas über Polen.«

Aus dem Polnischen von Friedrich Griese

Anmerkungen des Übersetzers

1 »Monate« ist der Titel des in den Jahren 1978-79 und 1980-81 entstandenen Tagebuchs, dessen erster Band im Warschauer Untergrund-Verlag NOWA erschienen ist; beide Bände wurden 1981 und 1982 von einem polnischen Verlag in Paris veröffentlicht; in deutscher Übersetzung liegt eine Auswahl vor: *Warschauer Tagebuch*, Frankfurt 1984.

2 Der zweite Band des Tagebuchs endet mit der Eintragung: »New York, 13. Dezember 1981: Nachricht von der Verhängung des Kriegszustands in Polen. Alle Verbindungen unterbrochen.«

3 Der Aufstand vom November 1830, der sich im russisch besetzten Teil Polens zu einem regelrechten polnisch-russischen Krieg ausweitete und erst im September 1831 mit der Kapitulation der Aufständischen endete, hatte eine große Emigrationswelle zur Folge; die Emigranten, unter ihnen die großen polnischen Romantiker Mickiewicz und Słowacki, sammelten sich vor allem in Paris, wo Towiański seine einflußreiche Lehre verkündete, das leidende Polen sei der Messias der Völker und werde durch sein nationales Martyrium die Welt erlösen.

4 Hausdurchsuchung heißt im Polnischen »rewizja« = Revision.

Timothy Garton Ash
Polnisches Als-ob

»Ich finde es sehr ermutigend, daß der Traum von Marx gerade hier in Erfüllung geht«, erzählte Kurt Vonnegut der führenden Wochenzeitschrift des polnischen Untergrunds *Tygodnik Mazowsze,* die er vor kurzem besuchte. Er bezog sich auf Marxens Traum vom absterbenden Staat. Vonneguts hübsche Übertreibung trifft genau den außerordentlichen Zustand des intellektuellen Lebens im Polen unserer Tage. Denn hier finden wir einen kommunistischen Staat, in dem die besten Schriftsteller von Untergrund-Verlegern veröffentlicht werden, die besten Journalisten für Untergrund-Zeitschriften schreiben, die besten Lehrer außerhalb der Schulen unterrichten; ein Staat, in dem verbotene Theatergruppen ihre Aufführungen einfach in Klöstern fortsetzen, in dem entlassene Professoren weiterhin als »private Gäste« in ihren eigenen Seminaren dozieren, in dem Kirchen gleichzeitig Schulen, Konzertsäle und Kunstgalerien sind. Ein ganzer Kosmos von Bildung und Kultur existiert völlig unabhängig von einem Staat, der den Anspruch erhebt, ihn zu kontrollieren: eine reale Welt des Bewußtseins, die wie der Sarg des Propheten hoch und unbeschwert über der falschen Welt des Seins schwebt.

Natürlich weiß jeder polnische Schuljunge, daß die *Inteligencja* seit der Zeit der Teilungen die Aufgabe hatte, den Geist und die Kultur der Nation gegen die jeweils herrschenden politischen Mächte aufrechtzuerhalten. Diese romantische Version von *noblesse oblige* ist der Kern der traditionellen polnischen Definition eines Intellektuellen oder, weiter gefaßt, eines Angehörigen der gebildeten Klasse, eines *Inteligent.* Es handelt sich um eine subjektive, idealistische Selbstdefinition, in der Ideen den absoluten Vorrang vor der Realität haben und in der das Bewußtsein das Sein bestimmt. Unter der Bedingung der Unfreiheit wird das Prinzip des Als-ob verkündet. Dieses lautet: Versuche so zu leben, *als ob* du in einem Lande lebtest, obwohl deine Studierstube heute eine Gefängniszelle ist. Der polnische Dichter Ryszard Krynicki hat das in einem Gedicht, das Adam Michnik gewidmet ist, in die Verse gefaßt:

»hier und jetzt lebend
mußt du vorgeben
daß du zu anderen zeiten und in anderen orten lebst

und – bestenfalls – mit den toten kämpfst
durch den eisernen vorhang der wolken.«

Doch Mitte der siebziger Jahre, als Krynicki diese Verse schrieb, hielt sich die Zahl der Intellektuellen, die tatsächlich nach dem Prinzip des Als-ob lebten, noch in engen Grenzen. Der typische Student oder Akademiker der Zeit unter Gierek betrachtete alle Ideen und Ideale vielmehr mit Zynismus; ohne viel darüber nachzudenken, zollte er der herrschenden Ideologie einen oberflächlichen Tribut, insofern sie dem wahren Ziel des Lebens diente: dem ernsthaften Streben nach materieller Verbesserung und privatem Glück.

Erst die Revolution der ›Solidarität‹ in den Jahren 1980 und 1981 machte aus der Minderheit von »Dissidenten« eine Mehrheit von »Dissidenten«. Die Revolution der ›Solidarität‹ war eine Revolution des Bewußtseins. Auf Dauer veränderte sie weder Institutionen noch Besitzverhältnisse oder die materiellen Umstände, sondern den Geist und die Einstellungen der Menschen. »Solidarität«, sagte der Krakauer Theologe Józef Tischner, »ist ein riesiger Wald, den das erwachende Bewußtsein gepflanzt hat.« Hinter den Frontverläufen der Konfrontation zwischen der nationalen Führung von ›Solidarität‹ und den kommunistischen Machthabern erkannten Millionen von Menschen im ganzen Land – in Fabriken, Büros, Universitäten, Schulen –, daß sie nicht länger ein Doppelleben führen mußten, daß sie öffentlich sagen konnten, was sie privat dachten. Langsam entdeckten sie die wahren Fakten über ihr Land, seine Geschichte, seine Wirtschaft, die Privilegien seiner herrschenden Klasse, seine Beziehungen zur Sowjetunion. Und sie erlebten zum erstenmal Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, demokratische Wahlen und das Gefühl von Selbstverwaltung. Wenige Monate lang war es wirklich so, *als ob* sie in einem freien Land lebten. In der Regel war die Erfahrung, je jünger man war, umso intensiver: Studenten und Schüler zählten zu den Aktivsten und Radikalsten. Gleichzeitig verfügte der Staat angesichts einer zusammenbrechenden Wirtschaft über immer weniger materielle Güter, mit denen er die junge Generation wenigstens in eine äußerliche Konformität hätte zurücklocken können.

Nachdem General Jaruzelski im Dezember 1981 das »Kriegsrecht« verhängt hatte, stürzte sich diese umgewandelte und elektrisierte junge Intelligenz mit Leidenschaft in die Aufgabe des Widerstands, mal konspirativ, mal in aller Offenheit, bald passiv, bald aktiv. Viele betrachteten sich als die (gewaltlosen) Erben der Nationalen Armee (AK) der Kriegstage, in der ebenfalls die junge Intelligenz vorgeherrscht hatte. Einige versteckten sich »im Untergrund« und forschten in den Büchern über die AK nach praktischen Ratschlägen für konspirative Organisationen. Andere begannen ein Leben in einem Zustand der »Halbverschwörung«. Sie machten sich abends heimlich davon (Vorsicht vor dem weißen Fiat, dem Wagen der Geheimpo-

lizei), um eine sorgfältig versteckte Offset-Maschine zu bedienen und ein paar hundert Kopien des neuesten, nicht-offiziellen Magazins herauszubringen – oder eines Buches über die AK. Mehr noch, Tausende mehr, halfen bei der Verbreitung dieser nicht-offiziellen Literatur und waren ihre gierigsten Abnehmer. Niemand kann sagen, wieviel hergestellt wurde: in Warschau nannte man mir eine geschätzte Zahl von 1600 Zeitschriftentiteln, allerdings mit der wichtigen Einschränkung, daß viele Organe nur ein- oder zweimal erschienen.

Diese Welt der unabhängigen Kultur – Kultur im weitesten Sinne des Wortes – macht heute wahrscheinlich den größten Teil der Opposition in Polen aus. Denn die ›Solidarität‹ der Arbeiter, die ursprünglich den Raum für diese kulturelle Revolution geschaffen hatte, ist zerbrochen und fragmentiert worden. Natürlich gibt es noch die nationale Führung, sowohl im Untergrund wie darüber, ihre Erklärungen haben noch immer eine große symbolische Bedeutung, doch sie hat nicht mehr die Macht, einen wirkungsvollen, landesweiten Industriestreik zu organisieren. Schließlich hat die Regierung wieder damit angefangen, Führer der ›Solidarität‹ ins Gefängnis zu werfen. Nach der Amnestie im letzten Juli blieben wahrscheinlich weniger als 40 politische Gefangene in Polens Gefängnissen zurück. Jetzt sind es mindestens 200, und Adam Michnik, Bogdan Lis und Władysław Frasyniuk sind in einem Verfahren, das an die Praktiken stalinistischer Rechtsprechung erinnerte, zu zweieinhalb bzw. dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wo immer die Fabrikkomitees, die Kernzellen der ›Solidarität‹, noch existieren, können sie nicht als Gewerkschaften die wahren Interessen der Arbeiter vertreten, was ja ihr eigentlicher Zweck ist. (Das soll nicht heißen, daß die Arbeiter zufrieden sind oder daß eine weitere Erhöhung der Fleischpreise nicht zu Streiks und Protesten führen kann. Ganz im Gegenteil, doch die Streiks werden wahrscheinlich sporadisch, spontan und unkontrolliert sein, eher wie die Formen des Arbeitskampfes vor den Tagen der ›Solidarität‹, und wenn sich dieser Staat auf eins versteht, dann ist es das Niederschlagen von Streiks.)

Es wäre ganz offensichtlich falsch, eine klare Trennungslinie zwischen Arbeitern und *Inteligencja* zu ziehen. Eines der Gütesiegel der Politik der ›Solidarität‹ in den Jahren 1980 und 1981 bestand in der engen Verbindung zwischen Intellektuellen und Arbeitern, und viele von diesen Verbindungen sind erhalten geblieben. Auf der höchsten Ebene findet das seinen Ausdruck in der Beziehung zwischen Wałęsa und seinen Beratern. Darüber hinaus geben sich die meisten derjenigen, die diese unabhängige Kultur hervorbringen, die äußerste Mühe, sie auch Arbeitern zugänglich zu machen.

So gibt es zum Beispiel in der Stahlstadt Nowa Huta, nahe Krakau, eine »Christliche Universität der Arbeiter« mit dem Sitz in der neuen Kirche

Mistrzejowice, die der Papst bei seinem letzten Besuch einweihte. Hier hat Pater Jancarz, der für die Stahlarbeiter von Nowa Huta dieselbe Bedeutung hat, wie Pater Popiełuszko sie für die Stahlarbeiter von Huta Warszawa hatte, regelmäßige Vorlesungen eingeführt, Konzerte, eine Dauerausstellung von Fotografien und einen großartig angekündigten »Unabhängigen Fernsehdienst«, konkreter: Kassettenaufnahmen, in denen meistens berühmte Polen interviewt werden. Während der wöchentlichen »Messe für das Vaterland« (diese Tradition hat in Warschau Popiełuszko begründet) führten am Abend meines Besuches die Krakauer Philharmoniker und ihr Chor das Halleluja aus Händels Messias auf, und eine vollbusige Primadonna sang Arien von der Orgelempore herab. Doch Mistrzejowice ist eine Ausnahme. Den größten Nutzen aus der unabhängigen Kultur ziehen normalerweise diejenigen, deren Geschäft das Denken und deren Werkzeuge Worte sind.

Nehmen wir zum Beispiel einen Studenten im ersten Semester aus Warschau, Krakau, Breslau, Posen oder Danzig. (In kleinern Städten sieht die Lage allerdings schlechter aus.) Wenn er Glück hat, dann haben ihn seine Gymnasiallehrer nach Richtlinien unterrichtet, über die man sich während der Zeit der ›Solidarität‹ verständigt hatte. Auch wird er das eine oder andere Büchlein der Nationalen Erziehung (in Polen bekannt unter dem Kürzel ZEN) benutzt haben, das, zum Beispiel, einen wahren Bericht über Polens Rolle im Zweiten Weltkrieg enthält. Die Bücher der ZEN stellt das Komitee für Unabhängige Erziehung her, eines von drei miteinander verbundenen nicht-offiziellen Komitees, deren anonyme Mitglieder, sieht man einmal von der Kirche ab, für die Koordination des größten Teils von Polens unabhängigem Kulturleben verantwortlich sind. (Die anderen beiden Komitees heißen: Soziales Komitee für Gelehrsamkeit und Komitee für eine Unabhängige Kultur.)

In der Universität wird jener Student in den Seminarräumen zunächst einmal eine fast vollständige Redefreiheit finden (so jedenfalls während meines Besuchs im Mai '85). Eines seiner ersten Seminare behandelt wahrscheinlich »Kritiker des Totalitarismus« – Arendt, Orwell, Hajek. Die Einführungstexte – *1984; Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft; Gesetzgebung und Freiheit* usw. – sind natürlich im Untergrund erschienen und werden von Kommilitonen verkauft. Eine Dozentin erzählte mir dazu, daß ihre Studenten leichter an nicht-offiziell veröffentlichte Bücher gelangen als an die Werke der Staatsverlage. Unser Student dürfte auf seinen Bücherregalen zu Hause noch eine Reihe von Untergrund-Zeitungen haben: die beiden eng bedruckten Seiten von *Tygodnik Mazowsze* (das *Newsweek* des Untergrund) für reine Nachrichten; Kommentare bezieht man aus einer der vielen »unregelmäßigen Monatszeitschriften« (eine eigenständige Kategorie) – vielleicht die Ausgabe über Orwell der *Arka* aus

Krakau, in der auch der Artikel von Norman Podhoretz nachgedruckt wurde, der zuerst in *Harper's* stand, oder *Bez Dekretu* mit der Streitschrift über Zentralamerika, die aus *The New York Review* stammt, oder das Organ der katholischen nationalistischen Jungpolen-Bewegung *Polityka Polska* mit seinen Artikeln über Polens Bedarf nach einem neuen rechten Flügel. In den katholischen Pfarrämtern, die der Universität angeschlossen sind, und im Club der Katholischen Intelligenz kann der Student führenden unabhängigen Intellektuellen zuhören – früheren Beratern der ›Solidarität‹ wie Tadeusz Mazowiecki, zum Beispiel, oder dem Historiker der ›Solidarität‹ Jerzy Holzer –, die über alles unter dem Himmel reden. Hat er Glück, dann kann er sich auch Karten für ein Stück über Osip Mandelstam beschaffen, das das Theater des Achten Tages aus Posen (wunderschön) aufführt. Das Theater des Achten Tages ist offiziell verboten, deshalb findet die Aufführung in einem Dominikaner-Kloster statt.

In seiner Universität findet unser Erstsemester auch ein sehr aktives Komitee der »Studentischen Selbstverwaltung« (das in der unverkennbaren rot und weißen Kalligraphie von ›Solidarität‹ auf sich aufmerksam macht), dieses Komitee repräsentiert die Interessen der Studenten und verteilt sämtliche Mittel für die Freizeitgestaltung: für Studentenvereinigungen, Sport, Ausflüge usw. Einer der auffälligsten Züge des gegenwärtigen Universitätslebens in Polen ist nämlich ein Grad von interner Demokratie, der bisweilen an die bescheideneren Forderungen in der Sorbonne oder sogar Berkeley im Jahre 1968 erinnert. Studentenvertreter werden für die Verwaltungsorgane der Universität gewählt (in geheimen Wahlen, die das Komitee der Studentischen Selbstverwaltung überwacht). In einigen Fakultäten der Universität Warschau haben die Studenten nicht nur ein Mitspracherecht bei der Gestaltung des Lehrplans, sondern sie bewerten auch die Leistungen ihrer Professoren. »Meine Note war 4,7«, erzählte mir der neugewählte Rektor, Professor Białkowski, mit einem zufriedenen Lächeln. (In Polen reichen die Noten von 2,0 = ungenügend bis 5,0 = sehr gut.) »Einer meiner Kollegen erhielt letztes Jahr eine 3,1«, fügte Rektor Białkowski hinzu. In diesem Jahr hatte der Kollege seine Vorlesungen besser vorbereitet – und kletterte auf 4,5.

Der gewählte Rektor und die gewählten Studentenvertreter erzählen nur Gutes übereinander: »Ich habe eine Menge von ihnen gelernt«, sagte Białkowski, und die Zusammenarbeit scheint ausgezeichnet zu sein. »Wissen Sie, 1982 waren viele von uns gemeinsam im Lager«, erklärte einer der Wortführer der Studenten. »Der Aufenthalt in einer gemeinsamen Gefängniszelle tut schon einiges, um die Kluft zwischen Student und Professor zu überbrücken.« Und beide Seiten unterstreichen den vielleicht bemerkenswertesten Aspekt der ganzen Angelegenheit: die Autonomie und die interne Demokratie der Universitäten basieren nämlich auf dem Text des

Gesetzes für Universitätserziehung, das *während des »Kriegsrechtes«* im Mai 1982 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz ging zwar nicht so weit wie der Entwurf, der noch ausgearbeitet wurde, als ›Solidarität‹ eine legale Organisation war; trotzdem ist es das liberalste, das das kommunistische Polen je erlebt hat.

Ein westlicher Besucher mit einer auch nur geringen Kenntnis des Ostblocks und, mehr noch, ein östlicher Besucher wird an dieser Stelle ins Grübeln geraten. »Wie zum Himmel ist all das im vierten Jahr der sogenannten Normalisierung möglich?« wird er fragen. »Wenn Husák seine Intellektuellen zum Schweigen bringen konnte, warum scheitert dann Jaruzelski?« (Das wäre die Frage des Besuchers aus dem Osten.) Wo ist der Staat? Wo, ja wo ist die Partei? Vor kurzem scheinen Staat und Partei sich dieselbe Frage vorgelegt zu haben. Eine naheliegende Antwort ist natürlich, daß das polnische Regime noch sehr viel mehr »zu normalisieren« hatte. Sein erstes Ziel bestand in der Zerschlagung der Arbeiter-›Solidarität‹, und das beanspruchte die meisten politischen Manöver und die Aktivitäten der Polizei. Ein Pessimist könnte deshalb sagen: »Es ist doch nur die altbekannte Salami-Taktik. Wenn sie mit den Arbeitern fertiggeworden sind, knöpfen sie sich die Intellektuellen vor. Warten Sie's nur ab.«

Eine zweite spekulative Antwort: In dieser Anfangsphase der Wiederherstellung einer auch nur minimalen politischen Kontrolle (zugestanden unter Einsatz von nur sehr wenig physischem Terror) war (und ist) für die Jaruzelski-Regierung die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche eine taktische Notwendigkeit. Und wenn diese weit ausgedehnte Welt der geistigen, erzieherischen und kulturellen Aktivitäten, in der die Werte der Solidarität (als Haltung, nicht als Organisation) bewahrt und befestigt werden, wenn dies ein Teil des Preises ist, den die Führer der Kirche für ihre Zusammenarbeit fordern, dann muß das Regime eben diesen Preis zahlen, solange dazu die taktische Notwendigkeit besteht.

Doch diese beiden Gründe zusammengenommen reichen immer noch nicht ganz aus, um zu erklären, warum die Regierung Jaruzelski im ersten Jahr des »Kriegsrechtes« so viele akademische Freiheiten garantierte, und warum diese Regierung, die ja immerhin im besten Husák-Stil die Gewerkschaften der Schriftsteller, der Künstler, der Schauspieler und der Journalisten auflöste, diese merkwürdige Toleranz an den Tag legte und ziemlich unverhohlene Kritik in der offiziellen (und zensierten) katholischen Presse zuließ oder die offizielle Veröffentlichung von Büchern gestattete, deren Autoren sonst nur im Samisdat oder im Westen zu lesen waren.

Eine nicht unplausible Erklärung lautet, daß die Regierung im ersten Jahr des »Kriegsrechts« hoffte (und vielleicht immer noch hofft), Teile der Intelligenz durch demonstrative Toleranz für sich zu gewinnen. Etwa nach dem Motto von János Kádár in Ungarn: »Wer nicht gegen uns ist, ist für

uns.« Zyniker weisen darauf hin, daß, wenn einige der Schriftsteller, die nur nicht-offiziell erscheinen, *nicht* hätten erscheinen können, überhaupt kein renommierter Schriftsteller erschienen wäre. Dann gibt es noch eine sozusagen milieutheoretische Erklärung: Einige der engsten politischen Berater von General Jaruzelski, wie der stellvertretende Ministerpräsident Mieczysław Rakowski und der Regierungssprecher Jerzy Urban, kommen selbst aus dem intellektuellen Milieu von Warschau. (Auch der General muß übrigens ziemlich genau wissen, was an der Warschauer Universität passiert: seine Tochter studiert dort.) Diese Berater haben immer noch einigermaßen freundschaftliche Kontakte mit den Führern der intellektuellen Opposition, ihren alten Genossen aus den vergangenen, goldenen Tagen des »polnischen Oktober« des Jahres 1956. Die Verachtung, die ihnen von ihren früheren Freunden entgegenschlägt, muß sie unangenehm berühren. Sie können ihren Einsatz für Redefreiheit, diesen wichtigen Bestandteil des »polnischen Oktober«, nicht einfach völlig ungeschehen machen. Vielleicht steckt tief in ihnen doch noch der Schatten eines *Inteligent*.

Seit dem Herbst 1984 hat der Druck auf die Universitäten und die Welt der von der Kirche geschützten Untergrund-Kultur zugenommen. Erkennbar ist es an drohenden Artikeln in der offiziellen Presse, in Reden auf Parteiversammlungen, Polizeieinsätzen, der Entlassung von zwei berühmten Akademikern und Vorschlägen für neue repressive Veränderungen des Gesetzes. Der Beginn dieser Kampagne traf zeitlich in etwa mit der Popiełuszko-Affäre zusammen, und viele Beobachter glaubten zunächst, daß die Propaganda-Offensive gegen die Kirche ein taktisches quid pro quo für die Abhaltung des Verfahrens gegen die Geheimdienstmörder von Pater Popiełuszko darstellte. Ein quid pro quo »für Moskau«. Das ist vielleicht nicht ganz falsch: Parteichef Gorbatschow wäre sicherlich genauso entzückt wie jeder seiner Vorgänger, wenn die polnische Partei durch eine ordentlich häßliche Kampagne gegen die Kirche zu neuem Leben erwachen könnte.

Aber mittlerweile ist das quid schon sein eigenes quo geworden. Die »reformistische« Wochenzeitschrift *Polityka* druckte einen direkten Angriff gegen den Papst, der genausogut in der russischen oder slowakischen *Prawda* hätte stehen können. Ein »Leserbrief« in der Warschauer Abendzeitung enthält den Vorschlag, die Kanzel der Gemeindekirche von Lech Wałęsa in Danzig zu konfiszieren, da nach polnischem Strafrecht sämtliche Tatwaffen zu konfiszieren sind. Das Ministerium für Kultur und Künste hat detaillierte Berichte über kulturelle Ereignisse gesammelt, die unter dem Schutz der Kirche in allen Provinzen stattfanden. Bezeichnenderweise »sickerten« diese vertraulichen Berichte an die Kirche weiter, das war wahrscheinlich das Werk von Anhängern der Kirche im Ministerium selbst. Ein weiteres »durchgesickertes« Dokument (die Häufigkeit des »Sickerns«

zeigt, wie westlich Warschau seit 1980 schon geworden ist) legt nahe, daß die fortdauernden Angriffe auf das unabhängige Geistes- und Kulturleben genausosehr auf die innenpolitischen Ängste der Regierung zurückgehen wie auf die Besorgnisse ihrer »Moskowiter Freunde«. Dieses 25seitige Dokument, eingestuft als »vertraulich« – Materialien für Teil 2b der Sitzung des Ministerrats 1985/03/22 – trägt den Titel »Gefährdungen auf der sozio-politischen Ebene im Jahre 1985«. Mögliche Zweifel über die Authentizität des Dokuments schwinden angesichts des unnachahmlichen New-Speak, mit dem es zum Beispiel vor »Verständnislosigkeit gegenüber Polens *raison d'état* seitens einiger Künstler« warnt. (Übersetzung: einige Künstler machen häßliche Bemerkungen über die Russen.) Am meisten fällt bei diesem Dokument (falls es echt ist) die unermeßliche Vielfalt von Aktivitäten auf, die als »Bedrohungen auf der sozio-politischen Ebene« aufgelistet sind. In diese Kategorie fallen buchstäblich alle unabhängigen kulturellen Veranstaltungen, die ich oben umrissen habe. Für einen Politikwissenschaftler, der behaupten will, das Jaruzelski-Regime sei *der Anlage nach* eher »autoritär« als »totalitär«, wird es nicht ganz einfach sein, diesen Bericht zu erklären.

Doch von der Durchsetzung dieser hehren Ziele sind wir noch weit entfernt. In der alltäglichen Praxis hat sich das intellektuelle und kulturelle Leben in einem Maße der angestrebten totalitären ideologischen Kontrolle der Partei entzogen, wie es nirgendwo sonst im Ostblock denkbar ist. Die polnische Partei ist nämlich so zerfallen, daß die Regierung Jaruzelski sozusagen nur noch der Form nach die Partei als das Hauptinstrument für die Wiederherstellung der Ordnung einsetzt. In Wirklichkeit ruht die Hauptarbeit der politischen Kontrolle auf den Schultern von Polizei und Gesetz. Einige unabhängige Aktionen der Geheimpolizei (wie der Mord an Pater Popiełuzko) werden zwar mit einigem Aufwand niedergehalten, dennoch sind die Gesetze beständig geändert worden, so daß in Hinsicht auf die meisten Aktivitäten der ›Solidarität‹ der Rechtsprozeß zur Fortsetzung der Polizeiarbeit mit anderen Mitteln geworden ist.

Es ist daher bezeichnend für das Jaruzelski-Regime, daß die schärfste Bedrohung für das Universitätsleben in den vorgeschlagenen »Zusätzen« zum Hochschulgesetz von 1982 liegt. Im Herbst letzten Jahres »sickerte« (absichtlich?) der erste Plan für diese Zusätze aus dem Ministerium für das Hochschulwesen. Ein paar Zitate mögen die Richtung andeuten:

»Artikel 35, Absatz 1, zu streichen: ›gewählt‹

Artikel 54, Absatz 1, ›durch Wahl‹ zu ersetzen durch ›durch Ernennung‹

Artikel 97 zu streichen: ›selbstverwaltend‹

Artikel 100 zu streichen: ›studentische Selbstverwaltung‹«

Man merkt die Absicht. Wenn diese »Pläne« in die Tat umgesetzt werden, läuft das eindeutig auf eine Zerstörung der Rechtsgrundlagen der internen Demokratie und der Autonomie der Universitäten hinaus: die höheren

Verwaltungsbeamten würden alle vom Erziehungsminister ernannt, nicht gewählt, die Dozenten erhielten nur noch befristete Verträge, Studenten könnten vom Minister relegiert werden, wenn sie »gegen die Prinzipien des sozialen Friedens und der öffentlichen Ordnung verstoßen«, usw.
Die akademische Gemeinschaft reagierte sofort und in voller Breite. In den großen Universitäten beließen es die Verwaltungsorgane nicht bei einem Protest, sie hielten auch interne Abstimmungen der Mitarbeiter zu den Hauptpunkten der vorgeschlagenen Änderungen ab. In der Universität Warschau schwankten die Ergebnisse zwischen 74 Prozent gegen die Kürzung der Sitze von Studenten- und Assistentenvertretern in den Leitungsgremien der Universität (nicht alle älteren Professoren sind so tolerant wie der Rektor) bis zu 90 Prozent gegen das Recht des Ministers, Professoren mit der Begründung zu entlassen, »ihre Aktivitäten seien gegen die Interessen der Volksrepublik Polen gerichtet«.
Die studentische Selbstverwaltung hielt ein eigenes Referendum ab. Die Ergebnisse wurden in sorgfältig aufgestellten Tabellen präsentiert (im Schnitt lehnten 98 Prozent die vorgeschlagenen Neuerungen ab) und an den Minister, das Parlament und die polnische Presseagentur verschickt. Der Zentralrat für das Hochschulwesen (in dem die meisten Hochschulen mit einem Delegierten vertreten sind) reagierte etwas vorsichtiger und empfahl der Regierung, noch ein bis zwei Jahre zu warten, bis sich die Auswirkungen des Gesetzes überall gezeigt hätten. Am meisten überraschte, daß selbst die von der Regierung am höchsten geschätzte Vorkämpferorganisation, die Patriotische Bewegung zur Rettung des Vaterlandes (PRON), eine ähnliche Haltung einnahm.
Angesichts dieser Einheitsfront schien die Regierung eine Zeitlang zurückzustecken. Doch auf einer der letzten Plenarsitzungen des ZK der Partei, die sich mit der *Inteligencja* befaßte, wurden die Änderungen des Gesetzes wieder lautstark gefordert: Es scheint jetzt fast sicher, daß die repressiven Ergänzungen noch vor der Sommerpause durch das Parlament gepeitscht werden. Vielleicht mildert die Regierung die ursprünglichen Vorschläge ein wenig, um ihren »Liberalismus« und ihre Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu demonstrieren. (Wahrscheinlich war das ein Grund für die Härte der ursprünglichen Vorlage.) Zweifellos werden mit den Änderungen auch noch ein paar Zuckerstückchen verabreicht: Lohnerhöhungen, denn das Einkommen der polnischen Wissenschaftler ist äußerst mager. Doch der Versuch, die Kontrolle von Partei/Staat wieder zu befestigen, ist unverkennbar.
Die Reaktion der Intellektuellen auf diesen Angriff lag im Befolgen des großen Prinzips des Als-ob, mal eingeschränkt, mal uneingeschränkt. In der eingeschränkten Form des Prinzips wendet man sich an General Jaruzelski mit den Worten: »Sie, Herr General, erheben den Anspruch, einen starken,

doch zivilisierten Staat zu lenken, in dem die Gesetze gelten, einen polnischen Rechtsstaat. Uns und dem Westen gegenüber (wenn auch nicht Ihrer eigenen Partei und dem Osten gegenüber) leiten Sie Ihre Legitimität nicht aus den übernommenen Werten des Marxismus-Leninismus ab, sondern aus bestimmten, erkennbaren alteuropäischen Standards von Recht und Ordnung, von Souveränität und Staatlichkeit. Also gut, wir glauben Ihnen – obwohl Millionen das nicht tun. Hier sind Ihre eigenen Gesetze. *Nun halten Sie sich daran!*«

Das mag ein Vorwand sein, doch im Polen der letzten Jahre war das ein erstaunlich wirkungsvoller Vorwand. Manchmal schien es fast so, als ob auch den Machthabern an einem Vorwand gelegen wäre.

Die absolute Form besteht einfach darin, so weit und so lange wie möglich zu unterrichten, zu schreiben, zu forschen, zu malen, zu schauspielern, zu veröffentlichen, *als ob* der Staat (um noch einmal an Vonneguts Übertreibung zu erinnern) abgestorben wäre; als ob man in einem freien Land lebte. Beide Formen des Prinzips des Als-ob demonstriert der Fall von Professor Leszek Nowak an der Universität Posen. Der Philosoph Nowak erhielt im letzten September Vorlesungsverbot, im Februar wurde er vom Minister entlassen. Das war ein eindeutig politischer Vorgang *»pour encourager les autres«*. Die Antwort erfolgte auf zwei Ebenen: Erstens legte die Leitung der Posener Universität beim Minister Protest gegen die Ausführung der Entlassung ein – das geltende Gesetz verlangt als Vorbedingung für eine Entlassung ein Disziplinarverfahren (das von Mitgliedern des Lehrkörpers durchgeführt wird). Soweit das eingeschränkte Als-ob. Zum zweiten hat Professor Nowak einfach weiter unterrichtet, als »Privatgast« seines eigenen Seminars, obwohl der Minister persönlich nach Posen gekommen war, um zu verlangen, daß der Professor das Universitätsgelände nicht betreten dürfe. Als ich ihn besuchte, mußte er eilig aufbrechen, um ein Seminar über (wenn ich ihn recht verstanden habe) die Bedeutung von Fraktionen in Ein-Parteien-Systemen abzuhalten. Statt seines Professorengehaltes erhält er einen etwa gleich hohen Betrag, den mit ihm sympathisierende Kollegen aufbringen. Er schreibt derweil ein Buch über Knechtschaft und Revolution. Das ist das absolute Als-ob.

Doch wie weit und wie lange noch können polnische Intellektuelle dieses Als-ob fortführen? Die politische Antwort auf diese Frage hängt von so vielen Unbekannten ab – etwa von der nicht voraussehbaren Reaktion einer nur kaum unterworfenen Arbeiterklasse auf eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen –, daß Vermutungen hier fehl am Platz sind. Mit Sicherheit kann man allein voraussagen, daß – schließlich geht es um Polen – alle Regierungsmaßnahmen, egal, ob repressiv oder reformistisch, nur halbe Maßnahmen sein werden. Eine weniger naheliegende Frage ist interessanter: Unterstellt einmal, die Intellektuellen könnten noch über Jahre

das Als-ob fortführen, wie wird sich das auf Inhalte und Qualität des polnischen Geisteslebens auswirken?

Wenn ein westlicher Intellektueller seine Kollegen in Polen besucht, empfindet er Bewunderung, Erregung und, geben wir es zu, Neid. Hier werden Ideen noch leidenschaftlich ernst genommen. Hier sind Intellektuelle noch wichtig. Hier ist der Intellektuelle, wie zum Beispiel Adam Michnik, ein Held. Hier machen die Historiker Geschichte. Der intellektuelle Tourist aus dem Westen verspürt den aufregenden Kitzel, an der Front zu stehen – in der sicheren Gewißheit, daß niemand auf ihn schießen wird. Krieg ohne Tränen. Und bei seiner Rückkehr wird er häufig genug mit müder Verachtung die alltägliche Welt unserer westlichen Kulturarbeit betrachten, das inflationierte Überangebot von Theorien, für die niemand mehr etwas aufs Spiel setzt, eine Welt, in der Intellektuelle belanglos geworden sind.

Doch wenn man etwas länger bleibt und etwas genauer hinschaut, vervielfältigen sich die Zweifel und die Fragen. In Posen habe ich mich eine Stunde lang mit einem außergewöhnlich eindrucksvollen Führer der Studentischen Selbstverwaltung unterhalten – einem Historiker wie ich. In Oxford müßte man lange suchen, dachte ich, um einen solchen Studenten zu finden. Bevor ich mich verabschiedete, fragte ich ihn, was er mit seinem Diplom anfangen werde. »Ich glaube, ich werde Schreiner«, antwortete er. Den Sicherheitskräften sei bekannt, was er an der Universität gemacht hatte, die würden schon zu verhindern wissen, daß er eine gute Position in einem staatlichen Unternehmen erhalte. Wenn er dagegen privat als Schreiner arbeite, könne die Polizei ihn nicht belangen, und sein Einkommen wäre auch noch höher als das eines akademischen Historikers. Lesen und Schreiben würde er dann weiter in seiner Freizeit. In Warschau hörte ich viele ähnliche Geschichten – die begabtesten und unabhängigsten Studenten arbeiten als Taxifahrer, als Postboten oder als Verkäufer auf dem Markt. Natürlich ist es möglich, daß diese Studenten ihr intellektuelles und kulturelles Engagement aufrechterhalten: man kann dazu auf das außergewöhnliche Katakombenleben der Intellektuellen in Prag verweisen, wo die Philosophen als Fensterputzer, die Priester als Milchmänner, die Historiker als Gärtner arbeiten. Doch wie viele und für wie lang?

Hinter dieser Frage nach der Zukunft von Einzelpersonen verbirgt sich die größere Frage nach der Zukunft der Gemeinschaft. Wie kann es einem Lande gut gehen, wenn der größte Teil der Gebildeten sich entweder weigert oder nicht imstande sieht, entscheidende Funktionen wahrzunehmen? (»Nicht imstande« zu den Bedingungen, die dieser Staat anbietet.) Daß diese Frage ständig von den intellektuellen Apologeten des Regimes gestellt wird, macht sie nicht überflüssig. In zunehmendem Maße wird sie auch von leidenschaftlich antikommunistischen Katholiken und nationalistischen Intellektuellen vorgebracht, und auch die Führung der Katholi-

schen Kirche ist darüber besorgt. Wenn Polen endlich frei wird, so lautet das Argument, wird das Land eine solide »Infrastruktur« mit guten Straßen, Fabriken und Ingenieurschulen brauchen; benötigt werden erfahrene Manager, Rechtsanwälte, Beamte – und das bedeutet, hier und jetzt, eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Staat. Dieses Argument für eine »organische Arbeit« werden Historiker sofort wiedererkennen, in der großen Debatte nach der Niederschlagung des Januar-Aufstandes von 1863/64 tauchte es schon einmal auf.

Diese Trennung vom Staat hat auch problematische Folgen für die politische Kultur des Landes. Es mutet nämlich schon leicht pubertär an, wie sich zur Zeit überall politische Grüppchen mit großen Namen zusammenfinden: die Liberaldemokratische Partei (drei Studenten und ein Hund) – und mit noch größeren Programmen (»unsere Politik gegenüber den Ukrainern«). Das ist eine Erscheinung, deren Ausmaß sicherlich direkt proportional zur Einschränkung tatsächlich möglicher politischer Aktionen wächst. (Was natürlich kein Argument für eine Zusammenarbeit mit einem Staat ist, der diese tatsächlichen Möglichkeiten nicht zuläßt.)

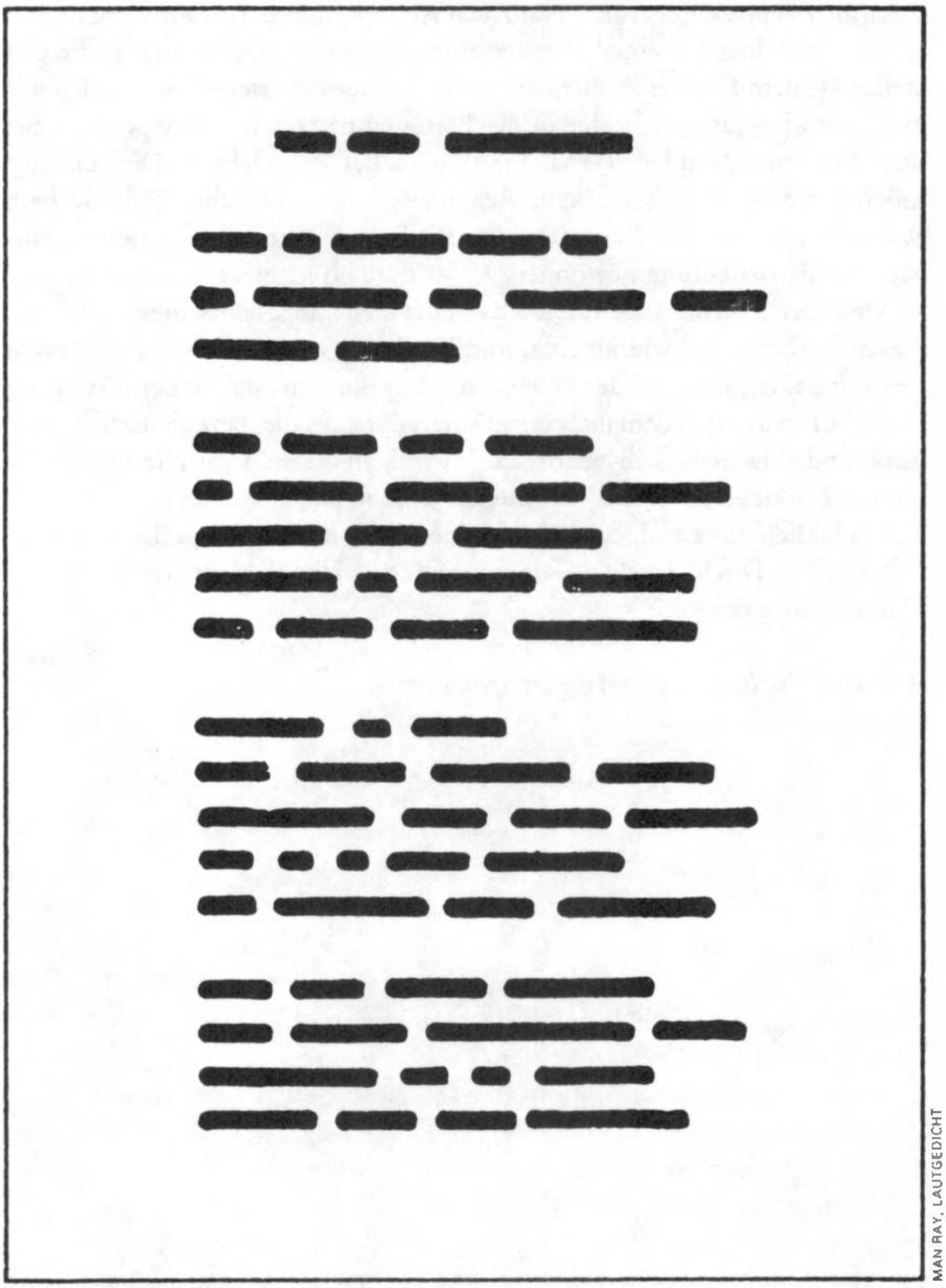
Und schließlich stellt sich, was ich die Frage nach Polens europäischer Zukunft nennen würde. In den Redaktionsräumen von Polens bester Wochenzeitung, der unabhängigen katholischen *Tygodnik Powszechny*, hängt eine Karikatur, die einen älteren Intellektuellen zeigt, der sich durch eine trostlose, halb ruinierte Landschaft vorarbeitet, einen nicht fertiggestellten Häuserblock im sowjetischen Stil, mit eingeschlagenen Fenstern, geborstenen Wasserrohren, umgestürzten Telegraphenmasten – das Wasser dringt ihm in die Schuhe. Zwischen geschlossenen Zähnen wiederholt er immer wieder: »Wir gehören zu Europa, wir gehören zu Europa, wir gehören zu Europa.« Dieses Gefühl, am Rande von Europa zu hängen, entspricht in seiner Heftigkeit der Unbändigkeit des europäischen Patriotismus. Das ist die Kehrseite des inneren Widerstandes. Wissenschaftler klagen verzweifelt über das Fehlen moderner Geräte, das sie um Jahre hinter die Arbeit ihrer westlichen Kollegen zurückwirft. Genauso deutlich wirkt sich der Mangel an ausländischen Büchern und Zeitschriften aus, was zum Teil aus der Devisenknappheit des Landes herrührt. Viele Doktoranden verzweifeln daran, daß für ihr Gebiet die grundlegende Literatur einfach nicht vorliegt. Diese Bedürfnisse können auch durch Privat- oder Kirchenmittel nur sehr spärlich befriedigt werden.

Der freie Markt der Veröffentlichungen geht uns im Westen bisweilen auf die Nerven: diese beständigen Superlative, dieses Überangebot von Büchern und Besprechungen. Doch wenn es etwas noch Schlimmeres gibt als einen Buchmarkt, dann ist es das Fehlen eines Buchmarktes. Die politische Aufteilung der Kultur kann oft die Maßstäbe der Kritik unzulässig verrükken: zweitklassige Arbeiten werden nur deshalb gepriesen, weil sie öffent-

lich kritisiert werden, erstklassige Arbeiten werden nicht beachtet, weil sie öffentlich gepriesen werden. Natürlich ist es wunderbar, wenn dreitausend junge Menschen zu einer Dichterlesung kommen. Doch welche Fragen stellen sie dem Dichter: Sollen wir am 1. Mai demonstrieren? Wie sollen wir mit jemandem umgehen, der in die Partei eintritt? Wie sollen wir uns bei den Kommunalwahlen verhalten? Wie sollen wir leben? Der Dichter möchte ein Dichter sein, kein Bekenner, kein politischer Führer, kein Wirtschaftler und kein Beratungsbüro für Bürgerfragen. Er hat eine überdimensionale Bedeutung gewonnen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß so viele der brillantesten Intellektuellen Polens angesichts dieses Drucks, dieser Auflagen, Schwierigkeiten und Forderungen den Weg in den Westen gewählt haben, weg von der Front, für einen (kurzen oder langen) Atemzug in die europäische Normalität (eine Vorstellung, in die ganz sicherlich New York und Chicago auch gehören). Jawohl, in Polen haben Intellektuelle Gewicht – vielleicht mehr, als Intellektuelle je haben sollten.
»Unglücklich das Land, das keine Helden hat«, klagt der ärgerliche Schüler von Galilei. Doch Brechts Galilei erwidert: »Unglücklich das Land, das Helden nötig hat.«

Aus dem Englischen von Tilman Spengler

Am 27. September erscheint der neunte Band der Anderen Bibliothek.



MAN RAY, LAUTGEDICHT

Das Wasserzeichen der Poesie
oder Die Kunst und das Vergnügen,
Gedichte zu lesen.
In hundertvierundsechzig Spielarten
vorgestellt von Andreas Thalmayr.
Etwa 500 Seiten, 25 DM.

Die Andere Bibliothek.
Herausgegeben von
Hans Magnus Enzensberger.
Verlegt bei Franz Greno,
D-8860 Nördlingen.

Martin Pollack
Die letzte Bastion der Romantik

Ein historischer Streifzug

»Der stets lebhafte Pole, *slavus saltans*, darf sich einer geschmeidigen Gestalt und eines gleichsam kriegerischen Aussehens rühmen ... Mit seiner Pfeife, seinem Schnurrbart und seinen Stiefeln – stünden ihm alle Wege offen. Er war vielleicht schon auf der richtigen Fährte; da nahm die Geschichte seines Reiches durch den gemeinen Raub, den jeder kennt, ein tragisches Ende.«
Georges Clemenceau, Jüdische Gestalten

»Den Polen wurde die Weltgeschichte zum Exekutionsgericht. Aber sicher nur, weil sie einen Termin versäumt, einen Gang unterlassen, eine Formalität nicht erfüllt haben. Die Pfändungskosten waren größer als die Schulden.«
Karl Kraus, Aphorismen

Seinen Nachbarn war dieses Land schon seit langem suspekt. Und auch wir, seine besten Freunde, haben es nie so recht verstanden. Die Rede ist, Sie haben es bereits erraten, wieder einmal von jenem schwerkranken Mann Europas, an dessen Siechenbett wir mit nervender Regelmäßigkeit alle paar Jahre eilen, um ihm Mut zuzusprechen und für ihn zu beten. Die Krisen, die den Staat an der Weichsel stets aufs neue ins Schleudern bringen, lösen einander in immer kürzeren Abständen ab: 1956, 1970, 1976 und schließlich der große Zusammenbruch im Jahre 1980, an dessen Folgen der Patient heute noch laboriert. Die Ursachen für die Turbulenzen sind immer wieder dieselben. Eine eitle, in ihre Macht verliebte Führungsclique, die eisern entschlossen scheint, unter keinen Umständen aus den Fehlern ihrer Vorgänger zu lernen, steuert den Staat in den Graben, und beginnt dann über die Infamie der inneren und äußeren Feinde zu jammern, die den schönsten Höhenflug vereitelt hätten.
Unbegabte und korrupte Führer allein, werden Sie einwenden, können es nicht zuwege bringen, daß ein Land wie Polen, das Ressourcen und Talente in Hülle und Fülle besitzt, von einer Krise in die nächste schlittert. In Europa herrscht kein Mangel an miserablen Staatsmännern (und -frauen), und doch bleiben sogar Armenhäuser wie Albanien oder Rumänien, deren

Führer auch nicht durch besondere Leistungen glänzen (und deren Polizei nicht härter prügelt als jene in Polen), von solchen Erschütterungen weitgehend verschont. Nein, das Geheimnis der polnischen Krankheit muß tiefer liegen.

Ich trug das Problem meinem Freund Wiktor vor, den ich noch vom Studium her kenne. Er hatte damals eine vielversprechende Arbeit über die russisch-polnischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts geschrieben und sollte eine Assistentenstelle am Institut für osteuropäische Geschichte in Wien antreten, als eine peinliche Affäre seine wissenschaftliche Laufbahn jäh zerstörte. Wiktor hatte einen polnischen Gastdozenten geohrfeigt, mit dem er sich über die Interpretation eines historischen Textes in die Haare geraten war. Heute arbeitet er als Gemüseverkäufer.
»Romantiker«, sagte mein Freund Wiktor voll Verachtung und spitzte die Lippen, als wolle er ausspucken. Ich hatte ihn nach einigem Suchen bei einem Stand am Naschmarkt gefunden, der seinem Schwager, einem georgischen Juden, gehört. »Die Polen sind unverbesserliche Romantiker, Tagträumer und Spinner!«
Wiktor, kleingewachsen, aber stämmig, hat sich vor fünfzehn Jahren aus der Sowjetunion abgesetzt; er stammt aus Moskau, trägt immer die gleichen schlecht geschnittenen Jeans von verwaschen bräunlich-violetter Farbe, die er von einem jugoslawischen Händler zum Selbstkostenpreis bezieht, und ist stets guter Laune. Nur wenn die Sprache auf Polen kommt, gerät er in Rage.
Wie viele Russen, sieht er in den Polen nichts weiter als eine Bande größenwahnsinniger Junker, Burschujs und Unruhestifter, die sich trefflich auf Schwarzmarktgeschäfte und Handküsse verstehen, aber von ehrlicher Arbeit nicht viel halten. Politisch ist Wiktor ein überzeugter Anhänger Reagans, den er als genialen Staatsmann verehrt. Aber nun empfand er plötzlich Sympathie für Stalin. Bereits der alte georgische Schnauzbart habe sich vergeblich bemüht, sagte er, während er eine grün gestreifte Wassermelone auf die Waage legte, in Polen Ordnung zu schaffen, wenn auch auf seine Weise. Es sei leichter, eine Kuh zu satteln und zu reiten, als in Polen den Sozialismus einzuführen, habe Stalin oftmals gesagt. Nicht, daß er den Sozialismus für erstrebenswert halte, aber ähnlich würde es in Polen auch jedem anderen System ergehen.
Man brauche nur die polnische Geschichte zu studieren, sagte Wiktor. Von der ersten Teilung im Jahre 1772 bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918, die das Land übrigens weniger eigenen Anstrengungen als einer günstigen internationalen Konstellation zu verdanken habe, könne man diese Historie unter einem Titel zusammenfassen: *polnischer Wahnwitz.*

Mit großartigen romantischen Gesten hätten sich die Polen in ein Aufstandsabenteuer nach dem anderen gestürzt; immer gegen einen übermächtigen Gegner, grundsätzlich schlecht gerüstet, und dazu meist innerlich zerfeindet und zerstritten. »Kennst du den russischen Historiker Nikolaj Berg?« fragte er; dieser habe die Niederwerfung des Januaraufstandes der Polen im Jahre 1863 gegen die zaristische Herrschaft als Augenzeuge erlebt. Ich nickte; den Namen hatte ich schon gehört. Wiktor zitierte eine lange Passage aus dem Gedächtnis.
»Wenn die Polen keine Polen wären, das heißt, wenn sie nicht durch Hader und Zank innerlich so zerrissen wären, wenn sie bei ihren politischen Unternehmungen ein bißchen mehr organisatorisches Talent, Ausdauer und Ordnung bewiesen, dann wäre ihr Land schon seit langem frei. Manchmal hat man den Polen die Freiheit geradezu in den Mund geschoben, sie hätten den Bissen nur mit den Zähnen packen und hinunterschlukken müssen. Aber schwächliche Kinder sind nicht einmal dazu imstande. Die polnischen Aufstände folgen immer wieder demselben stereotypen Schema: Sie brechen zur falschen Zeit aus, und die Vorbereitungen werden schlampig und tölpelhaft getroffen; jedenfalls aber so, daß die Aufständischen wie auf dem Präsentierteller daherkommen. Man braucht dann nur einmal zu pusten, und der Spuk ist vorüber.«
Er blies die Backen auf, stieß den Atem aus und grinste übers ganze Gesicht, als hätte er eben eine Schwadron polnischer Husaren durch die Luft gewirbelt.
Was Berg gesagt habe, Wiktor schlug ein Bündel Petersilie in ein Stück Zeitungspapier ein, gelte auch für die heutige Opposition in Polen. Er kenne die Brüder. Nach dem August 1980 seien sie in hellen Scharen hier in Wien aufgetaucht. Träumer, die nächtelang diskutierten und stritten, Manifeste verfaßten, Komitees gründeten und sofort wieder auflösten, Hungerstreiks organisierten, Streikandenken verkauften, und im übrigen felsenfest überzeugt waren, die ganze Welt stehe in ihrer Schuld.

Was Wiktor zeichnet, ist ein böswilliges Zerrbild unserer polnischen Freunde, aber es enthält auch Elemente der Wahrheit.
Davon können Sie sich überzeugen, wenn Sie nach Polen fahren. Ein paar Tage genügen. Schon nach kurzer Zeit wird Ihnen, falls Sie die Augen offen halten, das besondere Verhältnis der Menschen zur Vergangenheit auffallen. Sie wickeln sich darin förmlich ein wie in einen alten, warmen Mantel, schleppen sie überall mit sich herum, legen sie für keinen Augenblick ab. An manchen Hausmauern am Krakowskie Przedmieście in Warschau werden Sie frisch geklebte Partezettel entdecken, die Seelenmessen ankündigen; aber die Verblichenen, für deren Heil Sie beten sollen, liegen schon seit Jahrzehnten unter der Erde, es sind die Helden der letzten hundert Jahre.

Josef Piłsudski, Führer der polnischen Sozialisten und späterer Diktator, Władysław Sikorski, General im Befreiungskampf und Chef der Exilregierung während des Zweiten Weltkriegs; Wincenty Witos, Politiker und Bauernführer in der Zwischenkriegszeit ... Sollten Sie ein bißchen Zeit haben, empfiehlt sich der Besuch eines solchen Gottesdienstes. Sie werden staunen. Die Kirche ist gerammelt voll und die Predigt wird über Lautsprecher bis auf die Straße übertragen. Am selben Tag finden Sie mit Hilfe eines deutschkundigen Freundes in der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* (oder auch in der kommunistischen *Polityka*, in der nationalistischen *Rzeczywistość*, der neuen *Kultura* ...) einen Beitrag zu einer Diskussion, die in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts einsetzte und seit damals Generationen von Dichtern, Historikern, Politikern, aber auch ganz gewöhnlichen Menschen erregt und in zwei Lager gespalten hat. Der Streit wogt um die alte Frage, auf welchem Weg Staat und Gesellschaft erneuert werden können. Kann man überhaupt von einer polnischen Gesellschaft sprechen? Oder ist nicht vielmehr dem romantischen Dichter Cyprian Kamil Norwid beizupflichten, der konstatierte: »Wir sind keine Gesellschaft. Wir sind eine große Nationalstandarte.«

Dem widersprechen die Verfechter einer realpolitischen Position, die in der Romantik die Wurzel alles Übels erblicken. Die Vergangenheit, so predigen sie, habe zur Genüge bewiesen, daß die romantische Aufstandsmentalität und die heroische Geste, die man in Polen mit solcher Perfektion beherrscht, das Land in immer neue Katastrophen stürzen. Man müsse sich mit der Macht arrangieren, Kompromisse schließen, dürfe den Unterdrückern oder übermächtigen Freunden nicht auf dem Schlachtfeld entgegentreten, sondern müsse sie im Handelskontor schlagen, an der Börse, in der Produktionshalle, auf dem Rübenacker. *Enrichessez vous!* Nur wer reich ist, ist frei. Als Remedium für die Krise wird die *organische Arbeit* empfohlen, stiller Fleiß, mustergültige Ordnung, eiserne Disziplin.

Ein nützlicher Weg, ein kluger Rat, der leider meist ungehört verhallte; dem Realismus und der organischen Arbeit hafteten (und haften) üble Gerüche an; von Kollaboration mit der Staatsmacht, die ja lange identisch war mit dem Feind, von kleinherzigem Egoismus, Krämertum. Entschieden attraktiver, wenn politisch auch nicht erfolgreicher, war das Programm der Romantiker, die den bewaffneten Aufstand propagierten, die totale Konspiration, den Generalstreik. Dem offiziellen Staat und seinen Organen wird der *Untergrundstaat* entgegengestellt, mit eigenen Schulen, Universitätskursen, Verlagen, Zeitungen, Gewerkschaften (trotz scharfer Repression existiert heute in Polen ein weit verzweigtes Netz von illegalen Publikationen, das nicht einmal mehr die Opposition selbst zur Gänze überblickt; die

Konspiration hat sich verselbständigt). Ehrliche Arbeit ist Verrat, Faulheit und Diebstahl an öffentlichem Eigentum, zum Beispiel auf der Baustelle oder am Fließband, sind Formen des Widerstandes.
Aber der Sozialismus, mögen Sie nun fragen, wo bleibt denn bei diesem aberwitzigen Wettstreit der verstaubten Optionen der Sozialismus? Der hat doch diesen antiquierten Krempel gewiß längst auf den Misthaufen der Geschichte gefegt? Die Frage, wo denn der Sozialismus bleibe, war eine Standardfrage der westlichen Studenten, die in den sechziger und siebziger Jahren in Polen studierten; auch im August 1980 war sie noch vereinzelt aus dem Mund hartnäckiger linker Journalisten zu hören, die mit Unbehagen die streikenden Arbeiter der Danziger Lenin-Werft vor Bildern des polnischen Papstes und der Schwarzen Madonna von Częstochowa knien sahen. Inzwischen hat sich die Antwort allgemein herumgesprochen. Die sozialistische Idee ist in Polen gestorben. Sie ist tot. Tot wie ein Türnagel, würde Dickens sagen, es ist kein Zweifel daran.

Obwohl es nie an Versuchen fehlte, diese beiden Positionen – *biç się czy nie bić*? sich schlagen oder nicht? – miteinander in Einklang zu bringen, war diesen selten länger anhaltender Erfolg beschieden – die Gegensätze und Gräben überwogen. Roman Dmowski, Vertreter des Programmes der organischen Arbeit, ließ es sich nicht nehmen, im Jahre 1904 seinem Gegenspieler Piłsudski bis ins ferne Japan nachzureisen, um dessen Aufstandspläne zu durchkreuzen. Vielleicht ist es Ausdruck des *nationalen Masochismus*, der dem jähen Ende eines romantischen Höhenfluges häufig auf dem Fuß folgt, daß Japan seit damals zu den bevorzugten Reisezielen polnischer Politiker zählt? (Ein anderes, extremes Beispiel für diesen nationalen Masochismus lieferte im Jahre 1982, nach Zerschlagung der *Solidarność*, ein prominenter Publizist, als er allen Ernstes beklagte, daß der Polenkönig Jan Sobieski 1683 Wien vor den Türken gerettet hatte. Was für ein Unglück! Wäre Sobieski geschlagen worden, so Wasilewski, dann hätten die Türken Polen besetzt, wodurch sich das Land die Teilungen und die ganze nachfolgende Misere hätte ersparen können; mit der türkischen Herrschaft wäre man schon fertig geworden, die sei damals schon korrupt bis ins Mark gewesen. O verfluchter Sieg!)
Ich glaube eher, die Faszination Japans liegt für die Polen darin, daß die Japaner auf überzeugende Weise demonstrierten, wie eine feudale, nach antiquiertem Ritterethos lebende Kastengesellschaft, die (so wie die polnische Schlachta) den Kampf bis zur Selbstvernichtung als erstrebenswertes Ideal betrachtet, innerhalb weniger Generationen in eine effiziente, bienenfleißige, ordnungsliebende Industriegesellschaft umgemodelt werden kann, eine Gesellschaft, die obendrein noch kriegerisch ist. Sozusagen Ritter und Ingenieur in einer Person! In diesem Sinne kann man die Polen getrost als

verpatzte Japaner bezeichnen, die immer wieder an jener Aufgabe scheitern, die ihr großes Vorbild scheinbar so mühelos löste.
Edward Gierek, Vater des polnischen Wirtschaftswunders und größten Debakels zugleich, wähnte sich kurz vor dem Ziel, als er seinen Landsleuten versprach, aus Polen ein zweites Japan zu machen, nur noch schöner, weil nicht kapitalistisch. Gierek war kaum in der Versenkung verschwunden, da trat Lech Wałęsa auf den Plan, fuhr ins Land der Kirschenblüten, schaute sich ein paar Tage um und kehrte mit dem Plan zurück, seine Heimat in ein zweites Japan zu verwandeln, sogar noch schöner, weil mit mehr Arbeitermacht. Der Traum war kurz, das Erwachen bitter.

Als ein zweites Vorbild kann Ungarn gelten, das den Vorteil besitzt, daß es viel näher liegt als Japan und noch dazu im selben politischen Lager. Umgekehrt betrachten die Ungarn den polnischen Nachbarn eher als warnendes Beispiel, wie man in der Geschichte mit Sicherheit den Kürzeren zieht. Das hat Tradition. »Gibt es eine Nation mit mehr Hingabe, edlerem Charakter, größerer Tapferkeit und schöneren geistigen Fähigkeiten als die stolzen Polen?« fragte im Jahre 1845 der ungarische Publizist István Graf Széchenyi, ein erbitterter Gegner des Revolutionsführers Kossuth und Propagator der organischen Arbeit. Und dennoch hätten die Polen an ihren Ketten zu schleppen, während eine Nation wie die Engländer, dumpfe Krämerseelen, aber fleißig, in Freiheit und Reichtum lebe.
Das Beispiel des Januaraufstandes 1863, der angesichts der überwältigenden militärischen Überlegenheit der Russen und der mangelhaften Vorbereitung und Ausrüstung des polnischen Lagers, für jeden sichtbar, von vornherein zum Scheitern verurteilt war, bewog die Führer des ungarischen Freiheitskampfes, gewitzigt durch das Beispiel der Revolution von 1848, auf eine neuerliche bewaffnete Auseinandersetzung mit Österreich zu verzichten, die Kräfte zu schonen und einmal abzuwarten. Bald sollte sich eine günstige Gelegenheit bieten. Nachdem Österreich im Jahre 1866 von den Preußen blutig aufs Haupt geschlagen worden war, sah sich die geschwächte Habsburgermonarchie plötzlich gezwungen, den unruhigen Ungarn, die den Bestand des Reiches bedrohten, bedeutende Konzessionen zu machen.
»Den Ungarn hat die polnische Tragödie den Weg zum Ausgleich des Jahres 1867 geebnet«, schreibt der polnische Historiker Jerzy Robert Nowak in einem Beitrag zur immerwährenden Diskussion über Romantizismus und organische Arbeit, nicht ohne Bitterkeit. »Schade, daß wir nicht schon früher ein solches warnendes Beispiel gefunden hatten.«
Nach dem großen Debakel des Jahres 1980 glauben nun manche Köpfe in Polen endlich ein solches Beispiel, einen tauglichen Wegweiser zum Glück gefunden zu haben: den *Kádárismus*. Seit damals vergeht kein Tag, da nicht Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk die Vorzüge des ungarischen Weges

preisen und General Jaruzelski als künftigen zweiten Kádár rühmen. Die Sache hat nur einen Haken. Einen kleinen zwar, aber nicht ganz unwichtigen. Eine der Voraussetzungen für das Gelingen des Kádárschen Weges war nämlich, das ist kein Geheimnis, die unsympathische Tatsache, daß die Revolution des Jahres 1956 im Blut ertränkt worden war. Buchstäblich. Man hatte den Ungarn ungemein gründlich alle romantischen Flausen ausgetrieben, ehe sie mit strenger Hand auf den Pfad der kleinen Stabilisierung geführt wurden. In Polen aber ist nichts dergleichen geschehen; die Türmchen und Bastionen der Romantik wurden nicht geschliffen, es blüht der passive Widerstand, die Konspiration schießt ins Kraut.
Um eines werden die nüchtern denkenden polnischen Führer nicht herumkommen: Wenn sie ihren Landsleuten, diesen mißratenen Japanern, tatsächlich das Glück des Kádárismus schenken wollen, werden sie sich schon die Mühe machen müssen, ihnen erst die romantischen Träume auszutreiben und das Rückgrat zu brechen.

Aufzeichnungen aus einer Schlange

Sie gehören fast schon zur Folklore. Jeder Besucher aus dem Westen, der zum ersten Mal nach Polen kommt, erwartet vor den Läden jene Käuferschlangen vorzufinden, von denen er zu Hause bereits soviel gehört hat. Und wenn er dann endlich in der Aleje Jerozolimskie in Warschau vor einer Bäckerei die erste *kolejka* entdeckt, ist er ganz glücklich. Endlich einmal ein Klischee, das wirklich stimmt.

Die Schlangen, die oft stunden-, ja tagelang vor halbleeren Apotheken, Fleischereien, Geschäften mit Kinderkleidung, Elektrogeräten oder Möbeln auf das Wunder einer plötzlichen Lieferung warten, sind tatsächlich längst zum deprimierenden Wahrzeichen für die Mangelwirtschaft in den meisten realsozialistischen Ländern geworden. Wir begegnen ihnen in Moskau und Charkow ebenso wie in Warschau, Prag, Sofia und Bukarest. Was dem westlichen Reisenden allerdings für gewöhnlich verborgen bleibt, sind die eigenwilligen Strukturen dieser soziologischen Mißgebilde. Die *kolejka* ist nämlich mehr als bloß eine zufällige Ansammlung von Menschen, die die Jagd nach Bettlaken, Strumpfhosen oder Sommerschuhen auf dem Gehsteig vor einem Laden zusammengeführt hat. Jede Schlange hat so etwas wie ein Innenleben, eine Eigendynamik, verströmt eine aus der Not geborene Kraft.

Für manche Güter muß man sich in Polen wochenlang anstellen. Dann organisiert sich die *kolejka* und wählt Vertrauensleute, deren Aufgabe darin besteht, mit der Geschäftsleitung zu unterhandeln, für die gerechte Verteilung der eventuell angelieferten Waren zu sorgen und die Schlange gegen Spekulanten, privilegierte Käufer und andere Fährnisse des polnischen Konsumentenalltages abzuschirmen.

Feind Nummer eins sind die verhaßten Kriegsinvaliden, die laut behördlicher Verordnung vor den Schlangestehenden bedient werden müssen; eine Plage sind auch die sogenannten *Kreditler,* frischgebackene Ehepaare, die vom fürsorglichen Staat Zuweisungsscheine für defizitäre Produkte, wie Kühlschränke oder Waschautomaten, erhalten (diese Bons dürfen ohne Anstehen eingelöst werden); und schließlich die Pest der professionellen *Steher,* kleine Krisengewinnler, die das Schlangestehen zum Beruf gemacht haben und die ergatterten Waren verbotenerweise mit hohem Profit weiter-

verscherbeln. Vor allem aber gilt es, der Geschäftsleitung peinlich genau auf die Finger zu schauen, damit keine Ware unterm Ladentisch verschwindet, um von dort in die dunklen Kanäle des Schwarzen Marktes zu wandern. Und zu guter Letzt müssen die sich Anstellenden selbst gebändigt werden, was meist mit Hilfe von strengen Regeln und Kontrollen geschieht, die auf rührende Weise die offizielle Bürokratie kopieren.
Den Alltag in einer solchen Schlange schildern die »Aufzeichnungen«, die in der Warschauer Wirtschaftszeitung *Życie Gospodarcze* veröffentlicht wurden.

Martin Pollack

Erster Tag Wir hatten uns schon dreimal für eine automatische Waschmaschine in eine Gemeinschaftsliste eingeschrieben (das erste Mal zu einer Zeit, als sie noch 10 500 Złoty kosteten), aber jedesmal war etwas schiefgelaufen. Jetzt haben wir uns in eine Liste eingetragen, die uns Einlaß ins Geschäft verschafft. Die Spielregeln sind streng: Zweimal täglich wird die Anwesenheit in der Schlange kontrolliert, und alle paar Tage muß man vor dem Laden Wache schieben. Für den Fall, daß wir uns tatsächlich entschließen, wurden wir gleich heute (eigentlich morgen) von eins bis vier Uhr früh für die erste Wache eingeteilt. Angeblich bekommen Neulinge immer einen solchen Dienst zugewiesen. Wir konnten uns lange nicht entscheiden. Sollen wir uns tatsächlich in Nacht und Frost vor dem Geschäft anstellen? Um uns Klarheit zu verschaffen, riefen wir jemanden an, der in der Tageszeitung *Życie Warszawy* eine Waschmaschine zum Verkauf annonciert hatte. Er wohnt in Ząbki und verlangte 70 000 Złoty. »Wir überlegen es noch«, sagte mein Mann am Telefon höflich, obwohl wir sofort wußten, daß wir die 70 000 nicht aufbringen können. Mein Mann machte sich zum Dienst in der Schlange auf.

Zweiter Tag Nach der Nachtwache haben wir Nummer 403. Der Dienst war nicht so schlimm. Man darf sogar im Auto sitzen, mein Mann klopfte daher an die Scheibe eines kleinen Fiat, der einem aus der Schlange gehört. Die Anwesenheitsliste wird stündlich kontrolliert. Ungefähr zwanzig Personen waren zum Dienst eingeteilt.
Es kam auch zu einem Zwischenfall: Als gerade die Anwesenheitsliste kontrolliert wurde, tauchte ein Taxifahrer auf und verlangte, ihn und seinen Freund *abzuhaken*. »O nein, mein Lieber, so geht das nicht«, antwortete der Kontrolleur. »Sie werden abgehakt, aber Ihr Kollege wird wegen Abwesenheit aus der Liste gestrichen.«
Der Taxifahrer begann zu zetern und schrie, die Liste würde von der Geschäftsleitung ja doch nicht anerkannt, dann entriß er dem Kontrolleur

den Zettel und wollte sich damit aus dem Staub machen. Zum Glück hatte der Radau alle Wartenden aufgescheucht, und er lief ausgerechnet dem größten Kerl in die Arme, der ihn kurzerhand am Kragen packte und ihm die Liste wieder wegnahm. Der Taxifahrer floh in seinen Wagen und brauste laut schimpfend davon.

Dritter Tag Mein Mann ist auf Dienstreise, daher muß ich heute zur täglichen Kontrolle gehen. Gestern war ich dort, um mir einmal das Schlachtfeld anzusehen. Das schaut so aus: Vor dem Geschäft und in der Einfahrt daneben drängt sich eine dichte Menge, etwa fünfhundert Personen. Auf den Stufen vor dem Geschäftsportal steht die Kontrollkommission und verliest die Nummern und Namen. Wer sich gemeldet hat, muß hinter eine Kette treten, die in der Einfahrt gespannt ist. Das soll verhindern, daß sich jemand zweimal meldet. Die Kette wird von jungen Burschen mit Taschenlampen bewacht (die Kontrolle findet um neun Uhr abends, im Finstern, statt), die für Ordnung sorgen.
Ich fürchte, daß mir in Abwesenheit meines Mannes auch die Nachtschicht vor dem Geschäft zufallen wird.

Vierter Tag Heute morgen gab es keine Anwesenheitskontrolle, der Listenverleser (die Leute nennen ihn *Pariser Taxifahrer*) hat einen freien Samstag verfügt. Zum Glück hatte ich noch keine Nachtschicht.
Die zehn Personen, die ständig vor dem Geschäft Wache halten müssen, sollen verhindern, daß sich eine Konkurrenzliste etabliert. Auf diese Weise ist unsere vorige Gemeinschaftsliste um die Früchte ihrer Anstrengung gebracht worden. Die jetzige Liste ist angeblich eine der bestfunktionierenden in ganz Warschau, weil alles streng geregelt ist – das sagt zumindest der Herr, mit dem mein Mann bei der ersten Nachtschicht zusammen im Auto saß.
Gestern schilderte der *Pariser Taxifahrer* den versammelten Wartenden den Fall eines gewissen Herrn L., der sich abwechselnd mit seiner Mutter für eine Waschmaschine angestellt hatte – die beiden galten jedoch als eine Person, so wie mein Mann und ich. Jener L. hielt aber das Anstellen nervlich nicht durch und kaufte nach der gestrigen Lieferung eine Waschmaschine *auf Invalidenkarte,* eine solche besitzt er nämlich. Die Invaliden werden bekanntlich vor der Schlange bedient. Seine Mutter aber stellt sich weiterhin an. Streitfragen werden hier demokratisch entschieden, der *Pariser Taxifahrer* fragte daher die Anwesenden, was mit den Ls. geschehen soll. »Beide aus der Liste streichen!« rief die Menge.
Vergeblich versuchte der arme L. darzulegen, daß er schließlich alle Nachtschichten und Anwesenheitskontrollen ordnungsgemäß absolviert habe, weshalb seine Mutter berechtigt sei, sich weiterhin anzustellen. Er stand auf

den Stufen vor dem Geschäft und rief: »Leute, ihr laßt euch von euren niedrigsten Instinkten leiten, nur um einen einzigen Platz in der Schlange vorzurücken!«
Der *Pariser Taxifahrer* erwiderte, daß Ehepaare, die sich als zwei Personen anstellen, oft zwei Waschautomaten kaufen, um dann am nächsten Eck sofort einen mit Gewinn weiterzuverkaufen. Schließlich ließ er abstimmen. Ich hob für Herrn L. die Hand. Leider wurde er niedergestimmt.
Nach der letzten Lieferung und einigen Verschiebungen haben wir bereits Nummer 345.

Sechster Tag Heute kam es über Gasherde zum Streit. Ein Teil der Lieferung wurde von Leuten aus unserer Liste erstanden, ein Teil von Passanten von der Straße. Angeblich – das behauptet zumindest der *Pariser Taxifahrer* – haben einige *unserer* Leute ihren Herd gleich vor dem Laden weiterverkauft, zu einem höheren Preis, versteht sich. Es wurde daher eine neue Regel eingeführt, wonach man für jeden Kauf, der einen Wert von 10 000 Złoty übersteigt (bisher galt die Liste nur für Waschautomaten und Kühlschränke), automatisch aus der Liste gestrichen wird. Wir haben eine Sammlung für Blumen für die Geschäftsleiterin veranstaltet. Das geschieht einmal wöchentlich. Die Kontrollkommission überreicht ihr dann das Bukett und erhält dafür Informationen, wann sie eine neue Lieferung erwartet.

Siebenter Tag Wir haben schon Nummer 309. Nummer 310 – der Herr mit dem kleinen Fiat – meint, daß wir in zwei, drei Wochen bereits mit der neuen Maschine waschen können.
Seine Kusine befindet sich unter den ersten sechzig in der Schlange. Sie hat sich eine Woche Urlaub genommen, denn die Vorhut muß täglich von neun bis sechzehn Uhr Schlange stehen. Bis sie die gewünschte Ware erhalten.
Eine Frau hat ersucht, sie für einen Tag von der Anwesenheitskontrolle zu befreien, weil sie zu einem Begräbnis müsse und niemanden habe, der sie vertreten könne. Die Versammlung hat zugestimmt.

Achter Tag Leider hat uns der *Pariser Taxifahrer* verlassen, er hat endlich seinen Kühlschrank bekommen. Jetzt verliest ein Dicker mit Brille Nummern und Namen. Er hat keine üble Stimme, wenn auch nicht so eine gute wie der *Pariser Taxifahrer*. Die Stimme aber ist wichtig, vor allem am Morgen, wenn der Verkehrslärm das Verlesen übertönt.

Zehnter Tag Wieder hat jemand seine Abwesenheit bei der Namenskontrolle entschuldigt – eine Frau, die in den frühen Morgenstunden von ihrer Nachtschicht vor dem Geschäft nach Hause gehen wollte und von einer

Milizstreife aufgegriffen wurde. Wegen Verdachtes der Prostitution. Bis sie denen endlich erklärt hatte, was sie um diese Zeit auf der Straße machte, waren Stunden vergangen und die Anwesenheitskontrolle vorbei.
Während der heutigen Kontrolle stand ein junger Mann neben uns, der erzählte, daß gestern seine Mutter gestorben sei. Trotzdem steht er in der Schlange.

Dreizehnter Tag Diese Woche wurden überhaupt keine Waschmaschinen geliefert. Für die Kusine von Herrn 310 ging mit dem heutigen Tag der Urlaub zu Ende. Sie ist verzweifelt und weiß nicht, was sie jetzt machen soll – wahrscheinlich nimmt sie noch einmal Urlaub. Die nächste Lieferung wird erst in zehn Tagen erwartet. Nummer 310, Herr Janek, meint, das sei nur ein psychologischer Trick der Geschäftsführerin, um die Schlange zu liquidieren. Es ist ja bekannt, die Schlange schaut ihr auf die Finger und überprüft, ob auch wirklich die gesamte Lieferung in den Verkauf gelangt. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen.

Sechzehnter Tag Wieder muß ich allein zur Anwesenheitskontrolle. Schreckliches Wetter – der Winter ist zurückgekehrt. Samstag. Die jungen Burschen, die vor dem Geschäft Dienst tun, halten Transistorradios an die Ohren. Hitparade. Wegen der Kontrolle sind die Leute aus ihren warmen Wohnungen gekrochen, versäumen sie einen Western im Fernsehen ...
Es heißt, daß sich in solchen Schlangen auch Spekulanten anstellen, Leute mit jeder Menge Zeit, die prächtig daran verdienen. Ich kann das nicht recht glauben. Vielleicht gibt es den einen oder anderen in unserer Schlange. Aber die Mehrheit sind einfache Leute, die sich paarweise anstellen – für eine Waschmaschine und einen Kühlschrank. Obwohl die meisten von ihnen, wie man in Gesprächen erfährt, nicht einmal eine eigene Wohnung besitzen. Wir haben uns mit einem jungen Paar unterhalten, das im Juni heiraten möchte. Sie wohnt in Ursynów, er in Żolibórz. Nach der Nachtschicht bringt er sie mit dem Autobus heim, dann erst fährt er selbst nach Hause. Dort legt er sich kurz hin und geht dann zur Arbeit.
Es grenzt an ein Wunder, daß diese Schlangenmenschen es fertigbringen, Tag für Tag um zehn Uhr morgens zur Anwesenheitskontrolle vor dem Geschäft zu erscheinen. Nehmen sie sich von der Arbeit frei, oder wie machen sie das? Für manche kommen die Eltern, Pensionisten, ein paar sind von Beruf Taxifahrer oder kleine Gewerbetreibende, die sich ihre Zeit einteilen können. Ich habe hier sogar jemanden aus der Leitung des Fernsehens entdeckt. Er muß sich auch anstellen. In der Schlange sind wir alle gleich.
Heute habe ich das Gespräch von zwei Frauen belauscht. Die eine sagte:

»Mein Alter hat versprochen, daß wir Urlaub nehmen, wenn wir erst näher zum Altar vorgerückt sind.«

Zwanzigster Tag Heute wurden Gasherde verkauft. Leider hat unsere Schlange versagt. Ein Teil der ersten sechzig war nicht da, als die Lieferung kam (warum werden sie nicht aus der Liste gestrichen?), daher hatte der Pöbel von der Straße freie Hand. Unter anderem wurde ein Schaufenster zerbrochen. Die Leiterin des Ladens hat gedroht, sie würde unsere Liste nicht anerkennen, sollte sich so etwas noch einmal wiederholen. Wir haben beschlossen, die Schutzmannschaft vor dem Geschäft zu verstärken. Der Dicke mit Brille wütete: »Leute, ihr führt euch ja auf wie die Kinder!«

Fünfundzwanzigster Tag Die ersten sechzig bereiten sich auf eine Lieferung vor. Wie sollen wir uns gegen die Invaliden schützen? Herr Piotruś (der Dicke mit Brille) schlug folgende Strategie vor: Wenn die Leiterin vor das Geschäft tritt und fragt, ob Invaliden warten, rufen achtzig Personen (60 plus 20 Schutzmannschaft) wie aus einem Mund: »Nein, keine da!« Ist das unmenschlich gegenüber den Invaliden? Ich glaube, daß diejenigen, für die diese Verordnung eigentlich erlassen wurde, nämlich die Körperbehinderten, ohnehin nicht die Kraft besäßen, sich durch eine derartige Menge bis zum Geschäftseingang durchzukämpfen. Man müßte das anders regeln. Ich habe gehört, daß in einem anderen Laden ein zorniger Kunde einem Invaliden, der gerade eine Waschmaschine erstanden hatte, den Ausweis entrissen und diesen aufgefressen hat.

Neunundzwanzigster Tag Waschmaschinen sollen angeblich erst in einer Woche geliefert werden.

Einunddreißigster Tag Es gab Kühlschränke. Ein paar Leute aus der Waschmaschinen-Liste haben zugegriffen. Jetzt haben wir Nummer 241. Von Waschautomaten weiterhin keine Spur.

Vierunddreißigster Tag Ich habe genug. Ich glaube nicht daran, daß wir jemals noch eine Waschmaschine bekommen. Es ist so erniedrigend, sich täglich vor dem Geschäft einfinden und den Regeln und Direktiven der Schlangenkommission unterwerfen zu müssen. Wozu das Ganze? Für einen Waschautomaten? Ist er das wirklich wert? Die Mitglieder der Kommission befriedigen wenigstens ihre Machtgelüste, die sie offenbar plagen. Da ist vor allem so eine kleine, dünne Person, die jede Frage aus der Menge der sich Anstellenden ganz von oben herab beantwortet. Manchmal taucht sie völlig unerwartet unter Tags vor dem Geschäft auf und kontrolliert, ob die Schutzmannschaft vollzählig da ist. Das dient aber nicht dem Wohl der

Schlange, sondern nur der eigenen Befriedigung. Heute ist Sonntag. Mein Mann ist zum Wachdienst vor dem Geschäft eingeteilt (es ist bereits unser zwölfter Dienst) und ich mache mich mit einem Korb voll schmutziger Wäsche mit dem Autobus zu meinen Eltern auf.

Sechsunddreißigster Tag Herr Janek will gehört haben, daß die Leiterin des Ladens die letzte Lieferung mit Waschautomaten nicht angenommen, sondern zu einer anderen Filiale dirigiert hat, um den Leuten in der Schlange den Mut zu nehmen. Das hat angeblich der Chauffeur irgendeiner wichtigen Persönlichkeit aus der Waschmaschinenbranche aufgedeckt, der ganz vorn in unserer Schlange steht. Ich glaube es nicht. Erstens: Wenn einer schon solche Beziehungen hat, warum stellt er sich überhaupt an? Zweitens: Gewiß ist doch auch die Leiterin daran interessiert, Ware zu verkaufen. Es ist sicher nichts als ein Gerücht. Die Leute sind gereizt und kommen auf die seltsamsten Gedanken. Wenn es aber doch wahr ist?

Neununddreißigster Tag Wir konnten uns für zwei Tage losmachen. Wir sind zu den Feiertagen zu einer Kollegin gefahren, die geheiratet hat. An den Feiertagen gab es keine Anwesenheitskontrollen, und unseren Wachdienst hat – leider in der Nacht – mein Vater übernommen.

Fünfundvierzigster Tag Endlich wurden Waschmaschinen geliefert! 36 Stück. Um so viele Plätze haben wir uns auch in der Liste vorgeschoben. Leider ist Herr Janek verschwunden. Er ist nicht zum Nachtdienst erschienen. Gott sei Dank ist es dem Blonden, der immer hinter ihm stand, irgendwie gelungen, seine Abwesenheit zu vertuschen. Das war nicht schwer, denn die Herrschaften von der Schlangenkommission kamen von einem Fest und konnten kaum gerade stehen. Am nächsten Morgen hat sich dann mein Mann für Janek gemeldet.

Neunundvierzigster Tag Janek ist noch immer nicht aufgetaucht, wird aber nach wie vor in der Liste geführt. Mein Mann meldet sich zwar nicht mehr an seiner Stelle, aber wie durch ein Wunder wurde er bis jetzt nicht gestrichen. Sein Verschwinden bedeutet für uns einen großen Verlust, mit ihm stand es sich leichter.

Zweiundfünfzigster Tag Von Waschautomaten keine Spur. Einer hat vorgeschlagen, die nächste Anwesenheitskontrolle vor dem Sitz der Firma Predom, dem Erzeuger der Waschmaschinen, durchzuführen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Wir müssen jetzt öfter Wachdienst schieben, denn die Liste ist kleiner geworden. Neue schreiben sich nicht mehr ein – wozu auch, wenn es ja doch keine Waschmaschinen gibt! Nur wir sind an die

Liste gefesselt, weniger durch den Wunsch, unbedingt einen Waschautomaten zu ergattern, als durch die lange Zeit, die wir uns schon angestellt haben. Die wollen wir nicht vergeuden.

Fünfundfünfzigster Tag Wieder keine Waschmaschinen. In einem Monat sollen wir auf Urlaub fahren, und dann war unser ganzes Anstellen umsonst. Wir haben niemanden, der sich für uns zwei Wochen lang in der Schlange quälen würde; außerdem wird beim Kauf die Identität des Käufers mit dem Namen in der Liste verglichen. Aber der Urlaub ist wichtiger als jede Waschmaschine. Vielleicht entscheiden wir uns für einen Kühlschrank – den bekommt man leichter, weil es weniger Kauflustige gibt. Wir wollten ohnehin auch einen Kühlschrank kaufen, aber zuerst doch den Waschautomaten.

Siebenundfünfzigster Tag Herr Piotruś hat in einem anderen Geschäft eine Waschmaschine gekauft. Er stand dort zwei Tage und zwei Nächte ohne Pause in der Schlange, nur Essen ließ er sich bringen. Angeblich hat sich dort eine Liste mit tausend Personen aufgelöst, und er hatte das Glück, gerade in diese Lücke zu stoßen.
Anstelle von Herrn Piotruś verliest jetzt *Diesel* die Liste. Diesen Spitznamen hat ihm noch Janek gegeben, weil seine Stimme wie ein Dieselmotor klingt. Seine Diktion ist schrecklich. Aber wahrscheinlich brauchen wir uns nicht lange über ihn zu ärgern, denn er ist Nummer neun auf der Liste. Kürzlich wurde die Kleine, Magere, die uns so gern ihre Macht spüren ließ, aus der Liste gestrichen. Jemand hat belauscht, wie sie *Kreditler* von einer bevorstehenden Lieferung benachrichtigte. Das ist mir unverständlich, denn die *Kreditler* werden doch im Geschäft registriert und bekommen auf jeden Fall ihre Ware. Wie auch immer, sie hat es jedenfalls verdient.

Vierundsechzigster Tag Für morgen haben wir uns für einen Kühlschrank eingetragen. Die Kaufwilligen aus der Waschmaschinen-Liste haben eine eigene Liste gebildet, und die Schutzmannschaft wird uns abschirmen. Leider bekommen wir nur einen kleinen, für einen großen hat es nicht gereicht. Große Geräte wurden heute geliefert. Mein Mann machte gerade Dienst in der Schutzmannschaft. Als der Lieferant den ersten Kühlschrank durch das Spalier der Wartenden karrte, klatschten alle. Für den Transport mit dem Wägelchen zahlt man ihm angeblich fünfhundert Złoty. Natürlich waren auch gleich ein paar *Kreditler* und Invaliden zugegen. Unsere Leute haben beobachtet, wie einige den erbeuteten Kühlschrank gleich im nächsten Haustor weiterverkauften. Ein schönes Familienbild: *Diesel* und Frau vor ihrem Kühlschrank. Leider hat er sich neuerlich in die Liste eingetragen, diesmal für eine Waschmaschine. Gewiß wird er auch wei-

terhin die Liste verlesen. Aber ab morgen kann uns das hoffentlich egal sein.

Fünfundsechzigster Tag Wir stehen seit sieben Uhr früh in der Schlange. Es kam eine große Lieferung. Natürlich tauchten wieder ein paar Invaliden auf, darunter auch ein Mann, der gestern bereits einen Kühlschrank gekauft hatte. Da drehte mein Mann durch und schlug Krach. Der Invalide aber erklärte, daß er sich heute für einen Waschautomaten anstelle (die sollten auch geliefert werden). Der Transport traf pünktlich ein, und mein Mann hatte das Glück, als erster ins Geschäft zu schlüpfen. »Bitte, suchen sie aus . . .«
Es gelang uns auch gleich einen Transport zu organisieren. Die Herren verlangten 1300 Złoty, ohne freilich zu wissen, daß wir im vierten Stock ohne Lift wohnen.
Ich saß neben dem Fahrer und hörte, wie mein Mann hinten zu einem Kollegen, der seinen Kühlschrank mit demselben Wagen transportierte, sagte: »Morgen hätte ich Dienst.« Darauf der: »Nein! Weder morgen noch übermorgen! Ich gehe nie mehr hin.«

Aus dem Polnischen von Martin Pollack

DUMONT

Zweimal deutsche Kunst nach 1945

40 Jahre Nähe und Ferne
Von Karin Thomas. 322 Seiten mit 55 farbigen und 281 einfarbigen Abbildungen, Literaturverzeichnis, Register und synoptischer Übersicht zu politischen und kulturellen Daten, DM 36,– (DuMont Dokumente)

»Eine solche – dringend erwünschte – Zusammenschau gab es hier bisher nie, ebensowenig eine solche Fülle an Informationen über junge Kunst in der DDR. Die zahlreichen Abbildungen, Literaturhinweise, Randnoten und ein funktionierendes Register machen den Band zum willkommenen Handbuch.« ***art***

DuMont Buchverlag Köln

POLNISCHE BIBLIOTHEK SUHRKAMP

Kazimierz Brandys Warschauer Tagebuch

Die Monate davor 1978 – 1981

Deutsche Erstausgabe.
372 Seiten. Leinen. DM 36,–

Das im Oktober 1978 begonnene Tagebuch Kazimierz Brandys' endet am 13. Dezember 1981 mit der Eintragung: Nachricht von der Verhängung des Kriegszustandes in Polen. Alle Verbindungen abgebrochen.
Einer der führenden Schriftsteller Polens notiert in diesem Buch, was sich in den Monaten *davor* ereignet hat. Es gibt gute und gründliche Darstellungen der bedeutenden Ereignisse vor und während der Hochzeit der Solidarität, doch »kann sich keine von ihnen mit dem *Warschauer Tagebuch* messen«.

In allen Buchhandlungen.
Sonderprospekt »Polnische Bibliothek« durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1

Leon Festinger

Archäologie des Fortschritts

1985. 248 Seiten, 6 Karten, DM 34,–

Festinger denunziert den Fortschritt nicht, er hängt ihm nicht einfach gläubig an – er kommt ihm vielmehr auf die Spur, im Wortsinn: als Archäologe. Mit dem souveränen Gestus desjenigen, der sich gegen Ende eines erfolgreichen Forscherlebens das Vergnügen gestattet, übergreifende Fragestellungen in Angriff zu nehmen, führt er uns weit zurück in die Vor- und Frühgeschichte.
Sein Fazit, das er in einem abschließenden Kapitel auf unser Hier & Heute überträgt: Immer haben die Menschen versucht, durch neue Technologien alte Probleme zu lösen – und immer haben sie sich damit neue Probleme eingehandelt. Über alle Epochen hinweg erweist sich, daß die Menschen die zukünftigen Folgen ihres eigenen Handelns nur unzureichend übersehen können.
Vor diesem historischen Grundmuster erscheint jeder Fortschritt als relativ, verlustreich, anfechtbar und teuer erkauft.

Neues von Campus

Karl-Werner Brand (Hg.)

Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA

Ein internationaler Vergleich
1985. 336 Seiten, DM 38,–

Außer der Kenntnis mehr oder weniger spektakulärer Einzelaktionen ist hierzulande nicht viel über die neuen sozialen Bewegungen in anderen westlichen Industriegesellschaften bekannt. Welche Situationen finden Frauen, Alternativ-, Ökologie- und Friedensbewegungen dort vor? Wie wirken sich nationale Rahmenbedingungen auf die Gestalt der Bewegungen aus? Welche Möglichkeiten und Probleme ergeben sich aus der Institutionalisierung? Wo sind die Erfolge und Grenzen des Massenprotests?
Solche und andere Fragen beantwortet diese erste vergleichende Gesamtstudie der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik, in Frankreich, England, Schweden und in den USA.
Dabei zeigt sich, daß es sich lohnt, über die bundesrepublikanischen Grenzen hinauszuschauen.

Bei Ihrem Buchhändler

campus
Verlag Frankfurt

Richard Swartz
Organisierte Bequemlichkeit: Leben in der Repression

Eine provokante Skizze

Im Regal eines Budapester Antiquariats finde ich zufällig George Orwells *1984*. Es handelt sich um eine frühe deutsche Ausgabe mit dem Vorwort des Ex-Ungarn Arthur Koestler. Am Rand hat jemand mit Rotstift Anstreichungen gemacht und den Text mit Ausrufezeichen und unleserlichen Kommentaren versehen. Um mich herum sind andere Kunden auf Bücherjagd: es scheint fast unmöglich, daß sie das Buch nicht entdeckt haben sollten, das in Osteuropa noch auf dem Index steht und als ideologische Konterbande gilt. Sie müssen es einfach gesehen haben, ließen es aber im Regal stehen.

Nach einem Augenblick des Zögerns ließ auch ich es stehen. Ich selbst hatte es gelesen, und wem könnte ich es schenken, wer könnte sich im Osteuropa der Gegenwart für Orwell anders als für eine Art politischer Pornographie interessieren? Nicht sonderlich viel von seiner Analyse scheint heute zuzutreffen. Orwells Schilderung beruht zwar auf seinem Bild der Sowjetunion in den dreißiger Jahren und des Faschismus in Europa, aber der Roman erhebt auch den Anspruch einer Utopie und Prophezeiung: genau so, sagt Orwell, kann eine totalitäre Gesellschaft in nicht allzu ferner Zukunft hier bei uns in Europa aussehen. Mit gewissem Recht dürfen wir deshalb den Roman als seine private, jedoch konkrete Vision lesen. Setzen wir aber *1984* insgesamt in Beziehung zur totalitären europäischen Gesellschaft, die sich realsozialistisch nennt, so entdecken wir, daß Orwell allzu oft danebengetroffen hat. Vielleicht liegt darin der Grund, daß die Büchersammler und Intellektuellen in Budapest dem Roman den Rücken kehren – die kitschige Liebesgeschichte zwischen Winston Smith und seiner Julia in Ozeanien geht sie nichts mehr an.

Sie kann sie nichts angehen, weil die gegenwärtige realsozialistische Gesellschaft im Unterschied zu Orwells Ozeanien eine post-totalitäre Gesellschaft ist: als ruhende Option hat sie zwar alle ihre totalitären Ansprüche bewahrt, aber sie aktualisiert sie nur im äußersten Notfall. Außerdem weist das Präfix *post* darauf hin, daß sie sich nicht mehr auf revolutionäre Begeisterung verlassen kann, wenn es gilt, die Massen zu mobilisieren. Während der fundamentalistische Iran Welle um Welle fanatischer Anhänger in den Tod auf den Minenfeldern schicken kann, könnte die realsoziali-

stische Gesellschaft nicht einmal *two minutes hate* oder die Wochen des Hasses organisieren, die in Ozeanien regelmäßig wiederkehren. Der Enthusiasmus der Revolution ist verschwunden. Niemand arbeitet mehr eine Sonderschicht am Samstag ohne Bezahlung. Keine Kinder spionieren mehr ihren Eltern nach, um sie bei der Polizei anzuzeigen. Nicht einmal der einst so gehegte und gepflegte äußere Feind ist noch das, was er einmal war: Als das Jaruzelski-Regime in Polen einen Rückfall in ideologische Nostalgie erleidet und die Opposition im Untergrund beschuldigt, von »imperialistischen feindlichen Zentren« im Westen ferngesteuert zu sein, gibt es niemanden, der ihm glaubt, am allerwenigsten seine eigene Sicherheitspolizei. Nirgends – außer in der ewigen Ausnahme Rumänien – wäre es möglich, daß sich Parteimitglieder erheben, um wie Winston Smith und seine Kameraden den Namen des Führers im Chor zu skandieren.

Der Realsozialismus befindet sich am Ende des mittleren Lebensabschnitts. Er ist müde und von Potenzschwierigkeiten geplagt; er ist schon mitten in den Wechseljahren und schluckt heimlich weit mehr Beruhigungstabletten, als er offen zugeben will. Der Realsozialismus sieht sich daher langsam gezwungen, seine Strategie zu überprüfen: er verfeinert sie; er setzt heute nicht mehr in erster Linie auf die revolutionäre Selbstaufopferung oder auf Polizeiknüppel und Psychopharmaka, um mit seinen Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das Resultat ist das gegenwärtige politische System in Osteuropa, das weit mehr durch Anpassung als durch Unterdrückung, mehr durch Verwaltung als durch Umgestaltung gekennzeichnet ist, ein System, das eher statisch als dynamisch ist. Von Wladiwostok bis Prag sprechen die Herren des Realsozialismus davon, das, was man geschaffen hat, zu »vollenden« oder »abzuschließen«. Das Wort »Reform« kommt in ihrem Vokabular immer seltener vor: es ist überflüssig geworden und hat sogar einen leicht konterrevolutionären Klang bekommen, deshalb wurde es *vaporisiert*, wie Orwell dies in seinem Roman nennt.

Die Repräsentanten dieses Systems legitimieren ihre Macht durch die marxistisch-leninistische Ideologie. Immer wieder haben wir im Westen auf die Dürftigkeit dieser Ideologie in ihrer realsozialistischen Fassung hingewiesen, die eher den Charakter eines Rituals oder einer Liturgie als den eines Instruments zur Analyse der Gesellschaft und der Welt trägt; wir haben hervorgehoben, daß es für einen einigermaßen normalen Menschen – oder zumindest für einen Europäer – unmöglich ist, an diesen Marxismus-Leninismus zu *glauben*. Zur selben Zeit beobachten wir, welche Anstrengungen unternommen werden, diese sterile Ideologie in der ganzen realsozialistischen Gesellschaft Osteuropas zu verbreiten. Warum, das können wir oft nur schwer verstehen. Warum diese Bemühung für etwas, das die überwiegende Mehrzahl der Bürger nachweislich als Lüge oder reinen Unsinn betrachtet? So weit mit unseren Fragen vorgedrungen, lassen wir

uns gern davon überzeugen, daß ein solches politisches System sehr instabil sein müsse, daß etwas, woran niemand glaubt, bald in sich zusammenbrechen müsse, und daß folglich nur der Terror der Polizei und des Militärs die Massen in Schach halten könne, die sonst die Partei hinwegfegen und eine anständige parlamentarische Demokratie einrichten würden.
Gerade solche Schlußfolgerungen zeigen unser geringes Verständnis dafür, wie die moderne totalitäre Gesellschaft funktioniert.

He loved Big Brother, lauten die letzten Worte von Winston Smith in Orwells Roman. Da ist Winstons und Julias Revolte bereits entdeckt. Beide sind durch Verhör, Folter und Indoktrination zerbrochen. Die Partei hat ihnen ein neues Bewußtsein, ein neues »Ich« gegeben; die Liebeserklärung des neuen Winston an den Führer und die Partei ist aufrichtig gemeint. Die Partei ist in das eingedrungen, was Orwell »das innere Herz« nennt, und hat sich seiner bemächtigt.
Orwell führt uns aber hier auf eine falsche Spur. Die Partei in der realsozialistischen Gesellschaft ist nicht einen Augenblick am »inneren Herzen« des Bürgers interessiert, nicht einmal an dem des Parteimitglieds. Würden wir hohe Parteifunktionäre fragen, ob sie János Kádár oder Nicolae Ceausescu lieben, würden sie sich beleidigt fühlen und den Fragesteller als einen dieser wohlmeinenden Idioten aus dem Westen betrachten. Wer sich vorstellt, daß die Ideologie über die Gesellschaft ausgebreitet wird, damit die Bürger an sie glauben, verfällt einem schweren Irrtum – denn Gefühle, Kategorien wie Glaube, Liebe oder Überzeugung haben nicht länger die Aufgabe, den Bestand der realsozialistischen Gesellschaft zu garantieren, nicht einmal bei den Horden von Funktionären, die Tag für Tag damit beschäftigt sind, diese gewaltige ideologische Kulisse zu zimmern. Im Unterschied zur Religion interessiert sich diese Ideologie nämlich nicht für das Herz, sie wendet sich nur an den Verstand: Es ist wichtig, daß der Bürger die Ideologie *akzeptiert*, daß er sich verhält, als glaubte er an sie, und mithin seine mimische Begabung beweist; ob er wirklich daran glaubt oder nicht, ist völlig gleichgültig. Ein gegenwärtiger Machthaber in Osteuropa würde keine Zeit damit verschwenden, wie der Gedankenpolizist O'Brien in Ozeanien, den Versuch zu unternehmen, den Herzen von Winston und Julia den rechten Glauben einzuimpfen.
Die ständige Gegenwart der Ideologie ist statt dessen notwendig, um die soziale Kontrolle auszuüben, bei der ein Signal von oben einen Pawlowschen Reflex der Unterwerfung bei denen unten auslöst. Václav Havel spricht vom »Panorama« einmütiger Anpassung, das durch alle diese Reflexe entsteht, ein buchstäblich lähmendes Panorama, das durch seine bloße Totalität den einzelnen Bürger davon überzeugt, daß eine abweichende Meinung, offen ausgesprochen, eine Abweichung von dem als normal

Geltenden wäre und daß es jedenfalls gut ist, das zu tun, was alle anderen tun.
Übrigens, warum denn nicht? Die Ideologie zu akzeptieren wird ja gerade durch ihre Dürftigkeit erleichtert, dadurch, daß sie in ihrem Streben nach Totalität Stellungnahmen zu allem und nichts enthält, deshalb auch alles und nichts aussagt. In diesem Bazar von Ideen und Wertvorstellungen kann jeder ohne Überanstrengung der Phantasie etwas finden, dem sich ohne größere Schwierigkeiten zustimmen läßt. Welcher vernünftige Mensch wäre gegen Frieden oder friedliche Koexistenz? Wer wollte dagegen protestieren, daß die arbeitenden Massen die Herren der Gesellschaft sein sollen? Wer verabscheute nicht Kolonialismus und Rassismus? Wer hätte etwas gegen Abrüstung, Gleichheit, die Befreiung der Frau oder mehr Kindergärten?
Der Realsozialismus begnügt sich mit dem »negativen Gehorsam«, der für die Machthaber in Ozeanien unzureichend ist, so daß sie gezwungen sind, Schritte gegen Winston und Julia zu unternehmen. Der ideologische Köder, den der Staatsbürger in Osteuropa schlucken soll, hat heutzutage keine Widerhaken, die im Hals steckenzubleiben drohen, vielmehr löst er sich bereits auf der Zunge auf wie eine süße Pastille. Die Loyalitätserklärungen, die dem Bürger abverlangt werden, sind alle auf die Alltagsebene verlagert, wo sie kaum stören, und der einzelne entledigt sich ihrer oft ebenso automatisch, wie er die Zähne bürstet, ohne über sein Tun weiter nachzudenken. Folglich hat er das Gefühl, eigentlich in Ruhe gelassen zu werden, und daß alles nur ein Ritual ohne Bedeutung sei. Die Macht ist also *diskret*, nicht mehr bedrängend und terroristisch. Und diese Diskretion trägt dazu bei, daß der Bürger so widerstandslos hinnimmt, was die Macht will; dabei wird sie nicht daran gehindert, das zu tun, worauf sie letzten Endes aus ist: die Gesellschaft zu kontrollieren.
Denn ein kleines rotes Warnlicht blinkt schon auf, wenn der Bürger sein Fenster am 1. Mai mit roten Wimpeln zu schmücken vergißt, wenn er von seinem Lohn nicht fünfzehn Kronen in den Solidaritätsfond für das heroische Vietnam einzahlt oder wenn sein Name in dem Aufruf der Fabrik fehlt, der die neuen sowjetischen Atomraketen in der DDR begrüßt. Der Säumige muß dann mit dem Besuch eines Vertreters des Haus- oder Fabrikkomitees – vielleicht ein Nachbar oder ein Arbeitskollege – rechnen, von dem er – in höflicher Form! – daran erinnert wird, daß sein Verhalten Befremden hervorgerufen hat. Dankbar wird der Besucher eine Tasse Kaffee oder ein Glas Wodka annehmen, sich allmählich über die Verwilderung der Jugend oder die Lästigkeit von Hämorrhoiden verbreiten, um sich schließlich bitter über seine eigene undankbare Aufgabe und über die in den letzten Jahren sinkende Beflaggungsmoral hier im Stadtviertel zu beklagen.
Gewöhnlich genügt eine solche Mahnung, um die Totalität des Panoramas

wiederherzustellen, und wenn dies gelungen ist, wird sich die Macht nicht einen Augenblick lang dafür interessieren, was der Bürger über die Feiern zum 1. Mai oder den Heroismus des vietnamesischen Volkes wirklich denkt. Ebenso ist es für die Macht ohne Interesse, ob die »Wiederanpassung« unter schweigendem Vorbehalt geschieht oder nicht. Das einzig Wichtige ist, daß die Macht ihre Existenz beweist, indem sie an festgelegten Feiertagen Beflaggung anordnet, und daß die Bürger die Existenz der Macht bestätigen, indem sie die Wimpel in die Halterungen stecken. Tatsächlich (und in weit größerem Umfang, als sie selbst ahnen) bestätigen sie auf diese Weise nicht nur die Macht, sie tragen dazu bei, sie zu *erschaffen:* denn eine Macht, die sich in glänzender Rüstung zu zeigen vermag, ist intakt und im Besitz ihrer Autorität und kann folglich jede Revolte unterdrücken. Der Schein ist das Wichtigste. Hier zählt nur die Symbolik, und erst die Macht verwandelt sie in eine handgreifliche Wirklichkeit, in »Realität«.

Wenn so der Bürger die Ideologie und ihre Äußerungen (in Wirklichkeit die bestehenden Machtverhältnisse) in rechter Weise akzeptiert hat, wird er großzügig behandelt: ein auffallend normales Leben setzt ein, nicht unähnlich unserem eigenen, im großen und ganzen mit denselben Freuden und Leiden. Dieses Leben ist weit mehr kleinbürgerlich als »sozialistisch«, außerdem in vieler Hinsicht ein »freieres« und privateres Leben als das in der Nähe des Machtzentrums. Dieses Dasein wird zudem von Gesetzen und Verordnungen garantiert; in Orwells Ozeanien dagegen gibt es keine Gesetze mehr. Eine solche Willkür kann im Realsozialismus nicht zugelassen werden, das würde den Mechanismus außer Kraft setzen, der hier beschrieben wurde: ohne eine – bedingte – Rechtssicherheit läßt sich die Repression nicht auf die diskrete ideologische Ebene verlegen, auf der sich der Bürger in Filzpantoffeln oder mit Lockenwicklern im Haar bewegt und zu Hause fühlt.
Die Machthaber geben sich große Mühe mit dem Nachweis, daß die realsozialistische Gesellschaft ein Rechtsstaat ist, in dem formell Gesetze von einem Parlament (das kein Parlament ist) beschlossen werden, das seinerseits formell in einer allgemeinen Wahl (die keine Wahl ist) gewählt wird. Man bemüht sich außerdem, seine eigenen Formalien zu erfüllen. Dies ist eine wichtige Aufgabe, und sie wird mit pedantischem Eifer durchgeführt, der eine bemerkenswerte Mischung von aufrichtigem Stolz und schlechtem Gewissen darstellt. Gesetze, Verordnungen und Regeln, auch solche, die zum Vorteil der Bürger gegenüber der Macht sind, müssen auf Punkt und Komma befolgt werden: eine Notwendigkeit nicht nur, um den Exekutiv-Kadern vor sich selbst ein Alibi zu verschaffen, sondern auch, um den Bürger geneigt zu machen, sich genau *wie alle anderen* zu verhalten. Die Machthaber haben ein unmittelbares Interesse, daß sich der Bürger

auf die Paragraphen verlassen kann. Er soll seine Sache bei Gericht vorbringen und Rechtsmittel einlegen können, und er bekommt gewöhnlich recht, wenn die geschriebenen Gesetze auf seiner Seite sind. Willkürlich wird diese Rechtsordnung erst, wenn die Machtverhältnisse bedroht sind: die Unterzeichner der Charta 77 oder die Mitglieder des polnischen KOR/KSS werden zu Gefängnis verurteilt, auch wenn ihr »Verbrechen« in der Ermahnung der Behörden besteht, das zu befolgen, was schwarz auf weiß in der Verfassung steht. Dazu gehören auch all die Freiheiten und Rechte der »überwundenen« bürgerlichen Gesellschaft, weil sonst die realsozialistische Eschatologie in Unordnung geriete. Diese scholastische Ordnungsliebe hat vielen Dissidenten eine Plattform für ihren Kampf gegeben, eine Plattform, gegen die die Macht alle ihre Gummiparagraphen zu mobilisieren gezwungen ist, um sie zu vernichten.
Doch das ist schon ein Sonderfall. Im Alltag kann der Bürger gewöhnlich mit Hilfe eines Anwalts oder durch Eingaben seine Interessen vor Gericht wahren, und er ist selten der Meinung, daß dies einem Lotteriespiel gleiche.

Handeln, *wie alle anderen* handeln, dies weist uns auf den kollektiven Charakter der realsozialistischen Gesellschaft hin. Alle Bürger sind in einem oder mehreren Kollektiven eingebunden, ob es sich um einen freien Künstler, einen Pensionär, einen Philatelisten handelt oder ob man in der Fabrik steht. Etwa neunzig Prozent der Frauen arbeiten (dies ist kaum ein Zeichen der Emanzipation, sondern wird von dem Umstand diktiert, daß ein einziges Einkommen für eine Familie nicht reicht) und sind damit ebenfalls in einem Kollektiv eingebunden. Mitglied von mindestens einem Kollektiv zu sein ist die Voraussetzung für eine künftige Pension, für ein Arbeitsbuch, ohne das man den Arbeitsplatz nicht wechseln kann oder riskiert, von der Polizei verhaftet zu werden, für Sozialversicherungen oder für eine Auslandsreise, kurz gesagt, für ein einigermaßen erträgliches Leben und damit man in Frieden gelassen wird. Außerhalb des Kollektivs zu stehen ist fast eine Unmöglichkeit: wenn die Anzahl solcher Personen zu groß wird, ist die Macht gezwungen, eine Kampagne zu starten, in der diese Menschen als Parasiten, Faulenzer oder Asoziale abgestempelt werden. Es handelt sich dabei selten um wirklich kriminelle Personen, kaum einmal um bewußt Oppositionelle, vielmehr muß die Macht schon das *Beispiel* bekämpfen: daß ein Leben außerhalb des Kollektivs möglich ist, daß es folglich eine Alternative zu dem gesellschaftlich Vorgeschriebenen gibt. Wenige Dinge fürchtet der Realsozialismus mehr als Beispiele, deren Ursprung nicht in ihm selbst liegt.
Das Kollektiv steckt die Grenzen für den Bürger ab: es kastriert wirksam den Individualismus, der es aufzulösen droht, verteidigt aber erfolgreich

gegen die Umwelt den Grad von Individualismus, den es selbst bereitwillig zulassen will. Ein gut funktionierendes Kollektiv ist sehr stark; es bildet beinahe eine eigene Welt, der realsozialistischen Umwelt halb entzogen und sie ignorierend, manchmal in einem solchen Ausmaß, daß sie sich hart an der Grenze eines Konflikts mit dem System selbst befindet. Das Kollektiv ist ein sicherer Hafen, der Bürger kann darin ruhen. Es ist eng verwandt mit der Großfamilie des Balkans (*zadruga*), ebenso mit der traditionellen russischen Dorfgemeinschaft (*mir*), außerdem eines der beliebtesten Themen der offiziellen Literatur: In *Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch* läßt Alexander Solschenizyn ein solches Kollektiv mitten im Archipel GULAG seine eigene Unverwundbarkeit und Arbeitsfreude erfahren: ein ebenso perverses wie heroisches Gefühl der Autonomie, freilich einer introvertierten Autonomie, die denselben matten Schein wie eine zurückgeschraubte Petroleumlampe verbreitet.

Die Kollektive spielen eine sehr wichtige Rolle für die Stabilität der realsozialistischen Gesellschaft. Sie sind für die Machthaber nicht nur einfacher zu kontrollieren als eine große Anzahl einzelner Individuen, sondern zeigen auch die Tendenz, sich selbst zu regulieren und zu kontrollieren sowie von sich aus in Übereinstimmung mit den Absichten der Machthaber aufzutreten. Es kommt allerdings vor, daß man insgeheim mit einzelnen Dissidenten, die sich offen gegen das System stellen, sympathisiert, doch ist es mindestens ebenso üblich, daß die Machthaber bei der Verfolgung von Dissidenten mit der Zustimmung der Kollektive rechnen können: wer die Anpassung gewählt hat, im »inneren Herzen« aber anders denkt, will nicht gern an die Zivilcourage erinnert werden, die er selbst nicht hat. Der einzelne Abweichler *stört:* Warum hält er sich für besser? Warum erhebt er Anspruch auf eine besondere Behandlung? Der einzelne, der vom Kollektiv abweicht, zieht außerdem oft eine Bestrafung auf sich, die auch das Kollektiv treffen kann. Dies ist einer der Gründe dafür, daß das Kollektiv ein eigenes ungeschriebenes Disziplinar-Gesetz entwickelt und oft von sich aus dem Abweichler die Flügel stutzt, ohne daß die Macht mit Unterdrückung eingreifen müßte.

Paradoxerweise ist auch die Widerstandskraft des Dissidenten auf die Dauer von einem funktionierenden Kollektiv abhängig: in Polen kann ein Adam Michnik von einer Krise zur anderen als Sprecher der Opposition auftreten, da die mächtige katholische Kirche im Hintergrund steht. Würden wir ihn in der Slowakei oder in der rumänischen Dobrudscha auftauchen lassen, wäre er bereits verloren, ein armer Teufel, Gegenstand nicht der politischen, sondern der samaritischen Solidarität des Westens.

Dennoch könnte das Kollektiv nicht ohne Terror von oben zusammengehalten werden, wenn es nicht gleichzeitig den Mitgliedern eine Reihe von offensichtlichen Vorteilen böte; dies trägt seinerseits zur Stabilisierung des

Realsozialismus bei, einer Stabilität, die einen vegetativen oder schlafwandlerischen Charakter besitzt. Tatsache ist, daß der Bürger als Mitglied des Kollektivs eine lange Reihe von Vorteilen genießt, die wir im Westen gewöhnlich übersehen und die bei uns unmöglich wären.

Der vielleicht wichtigste Vorteil ist, daß man beinahe nicht zu arbeiten braucht. In *1984* hat Winston Smith eine Arbeitswoche von 60 Stunden, und Julia soll noch länger arbeiten, Verhältnisse, die nichts mit dem realsozialistischen Alltag zu tun haben; hier herrschen dafür Tee- und Kaffeepausen, die ewigen Namenstagsfeiern, die mit Gebäck und *winiak* begangen werden müssen, die Lohngleichheit, die sich wie ein Deckel über jeden Ehrgeiz legt, etwas zusätzlich zu machen, außerdem die Notwendigkeit, auch die Arbeitszeit für die verschiedenen Einkäufe des Alltagslebens zu verwenden. Oh, du realsozialistisches Schlangestehen! Gibt es einen subtileren und plastischeren Ausdruck dieser Daseinsweise? Eine Menschenschlange im Morgengrauen, im dünnen Schneeregen, alte Männer und Frauen, die die Schals fester um die zahnlosen Kiefer ziehen, ältere Herren, die schon bessere Tage gesehen haben und mit einer Plastikeinkaufstasche hier mitten unter Proletariern stehen müssen ... Das erste, was die osteuropäischen Emigranten bei uns im Westen zu schockieren pflegt, ist der schnelle Arbeitstakt und die Verwendung der Arbeitszeit für die Arbeit.
Die Machthaber im Realsozialismus haben diese Ordnung längst akzeptiert. Natürlich werden immer wieder der gemächliche Arbeitstakt und die Neigung, die Bierkneipe dem Fließband vorzuziehen, kritisiert, doch ist dieser Appell an die Arbeiter, zu höherer Arbeitsproduktivität beizutragen, völlig theoretisch und wird von niemandem ernst genommen. Außerdem hat der Arbeiter im Schutze seines Kollektivs fast immer einen Trumpf gegenüber dem in der Hand, der ihn bei der Arbeit zu »stören« versucht; auf Punkt und Komma werden die Unternehmensführungen gezwungen, sich an Bestimmungen und Verordnungen zu halten, die den Stand der Dinge im Namen der Arbeiterklasse bewahren. Jemanden zu entlassen ist beinahe eine Unmöglichkeit; der heimlichste Traum eines realsozialistischen Unternehmensführers ist es, wenigstens für einen Tag in sein Unternehmen gehen und den faulen Horden, die seine Angestellten sind, mit Arbeitslosigkeit drohen zu können, die es aus ideologischen Gründen nicht geben darf. Diese überbesetzten, von Konkurs und Rationalisierung verschonten »geschützten Werkstätten« in Osteuropa garantieren zwar einen permanent niedrigen Lebensstandard, bieten aber dem Bürger eine Art Sicherheit, die im Kapitalismus nicht existiert und den Machthabern einen Vorteil in die Hand gibt, der politisch entwaffnend wirkt: im Realsozialismus befinden sich die Arbeitslosen nicht auf der Straße, sondern mit der Lohntüte in der Tasche in den Fabriken.

»Stehend oder liegend – 2000 Złoty in der Tasche«, hieß es in Polen (vor Solidarność), ein populärer Spruch der Fabrikarbeiter, der treffend die ganze Natur der realsozialistischen Wirtschaftspolitik ausdrückt. Dies hat sich so entwickelt, weil sich das System in diesem Punkt nie entscheiden konnte: es liebt zwar die nach oben weisenden Kurven, es liebt den Stachanow-Typ und Andrzej Wajdas Marmormann, der schneller als jeder andere Ziegel mauern kann, braucht aber zugleich die Menschenschlangen, um seine Macht reproduzieren zu können. Letzten Endes ist die Macht immer das Wichtigste, und nach den schockierenden Erfahrungen, die die Machthaber seit dem Prager Frühling 1968 machen mußten, hat die Tendenz zugenommen, die Arbeiter mit Glacéhandschuhen anzufassen; heute geschehen selbst umfangreicher Schwund und Diebstahl am Arbeitsplatz mit Zustimmung der Machthaber. Es geht dabei nicht um die eine oder andere Dose Malerfarbe oder um ein paar Büroklammern: es ist nicht ungewöhnlich, die Gastfreundschaft osteuropäischer Freunde und Bekannter in Wochenendhäusern zu genießen, die vom Fundament bis zum Schornstein am Arbeitsplatz zusammengestohlen sind, wobei Fehlendes durch Tauschhandel mit Nachbarn oder Freunden an anderen Arbeitsplätzen »organisiert« worden ist.

Die westeuropäische Linke hat in ihren Gesellschaftsanalysen oft die Bedeutung des Eigentums für den Mann auf der Straße unterschätzt. Vermutlich trifft es zu, daß Eigentum den Geist versklavt, aber auch, daß derjenige, der kaum etwas besitzt, ein politisches Nichts ist, ausgeliefert der Manipulation oder den letzten Änderungen des politischen Kurses. Der Realsozialismus weiß das. Der frühere ungarische Regierungschef András Hegedüs hat von den schönen Tagen erzählt, als es kein Geld gab und er alles, worauf er deutete, bekommen konnte, aber auch, daß er, wenn er in seiner Wohnung den kleinsten Tisch oder Stuhl umdrehte, dort die festgeschraubte Metallplatte finden konnte, die ihn daran erinnerte, daß dies ungarisches Parteieigentum war. Alles war geliehen, weil Hegedüs in den Augen der Macht seine Existenz ausschließlich seiner *Funktion* verdankte; ohne sie war er nichts, und von der Funktion konnte er ebenso einfach getrennt werden, wie man ein Paar Handschuhe von den Händen streift. Auf dieselbe Weise verfährt die Macht, wenn sie bei den Diebstählen der Bürger wegschaut; man weiß, daß sie wissen, daß man es weiß, und darin liegt auch eines der wirksamsten Hindernisse für jede Veränderung des Systems: alle sind verstrickt, alle sind in Mitschuldige verwandelt, und niemand hat Interesse daran, daß das Verbrechen aufgedeckt wird.

Wenn die Machthaber trotzdem bisweilen gezwungen sind, ein Exempel gegen Korruption zu statuieren, so richtet sich dies fast immer gegen die eigenen Glieder. Die ins Gefängnis gesteckt werden, sind Minister oder Fernseh-Chefs, selten oder nie gewöhnliche Arbeiter. Die eigene Partei

muß einigermaßen saubergehalten werden, aber bei den Bürgern wird Diebstahl toleriert, möglichst sogar gefördert, obwohl er der Gesellschaft auf dieser Ebene unendlich mehr wirtschaftlichen Schaden zufügt als die Schiebergeschäfte von Ministern und Direktoren.
Das Ergebnis der schlechten Arbeitsmoral ist natürlich eine Gesellschaft mit niedrigem Lebensstandard. In der Tat ist ein permanenter Mangelzustand typisch für die totalitäre Gesellschaft. Auch Orwell wußte das: Soweit sich Winston Smith erinnern konnte, hatte er sich niemals richtig satt essen können, alle Socken und die Unterwäsche waren voller Löcher gewesen, die Möbel verschlissen und wackelig, die Zimmer schlecht geheizt, die U-Bahn überfüllt, die Häuser kurz vor dem Zusammenfallen, das Brot trocken und alt, Tee eine Rarität, der Kaffee übelschmeckend und die Zigaretten selten – das einzige, das es in großen Mengen und billig gab, war synthetischer Gin.
Der Mangel ist aber nicht notwendigerweise von Nachteil für die Macht. Die Jagd nach den knappen Waren hält den Bürger beschäftigt, beansprucht seine Zeit und einen großen Teil seiner Gedanken. Der Kampf um den kleinen Goldsaum des Daseins ist fast eine Ganztagsbeschäftigung; in Osteuropa trägt man, wenn man ausgeht, ein Einkaufsnetz in der Tasche, weil *man nie wissen kann* (und weil Tüten oder Packmaterial eine Seltenheit sind), und weil man sich automatisch bei jeder Schlange vor einem Geschäft anstellt, auch ohne eine Ahnung zu haben, wofür man eigentlich ansteht. Niemand kann es sich leisten, eine Chance zu verpassen, an etwas zusätzlich zu kommen. Dieses Dasein im Zeichen des Mangels pazifiziert natürlich den Bürger, erschöpft ihn und lenkt ihn von der Politik ab. Der Mangel ist der beste Bundesgenosse des Systems. Er ist dessen Atemluft und Ordnungsprinzip, er erzeugt die für das System unentbehrlichen Menschenschlangen – der Realsozialismus könnte den Mangel nicht abschaffen, ohne sich selbst abzuschaffen.
Nur dann wird der Mangel ein Nachteil für das System, wenn er akut wird, wenn die Versorgung beträchtlich unter das Niveau sinkt, das der Bürger als Norm zu betrachten gelernt hat: das Vorspiel der Solidarność in Polen waren die Textilarbeiterinnen in Lodz, die für höhere Löhne zu streiken begannen, als sie entdeckten, daß das Geld in der Lohntüte nicht mehr für das Notwendigste reichte. Aber solange das System einen solchen Zustand vermeiden kann, ist der Mangel ein Plus, das durch die Routine des Alltags alle Politik zu einem Luxus macht.

Der Bürger paßt sich also an, weil er dadurch in Frieden leben kann und weil ihm der Preis für die Anpassung niedrig vorkommt. Er handelt vernünftig, er hat eine Berechnung angestellt, die auch den Machthabern ausgezeichnet paßt. Denn auf dem Weg über die Ideologie haben sie an

seine Vernunft appelliert, und die freiwillige Anpassung des Bürgers verbreitet nun das System über die ganze Gesellschaft und gibt ihm einen organischen Charakter, wobei der einzelne Bürger selbst zum Bindemittel des Systems wird. Ganz ohne Schmerz für den Bürger kann dies jedoch nicht geschehen – das totalitäre System hat nämlich die Eigenschaft, wenn man ihm den kleinen Finger reicht, die ganze Hand zu nehmen, um jeden zum Mitschuldigen zu machen und den Konflikt zwischen Vernunft und Orwells »innerem Herzen« in das Innere des Bürgers zu verlegen. Die Konflikte, die in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft offen ausgetragen werden können, werden in Osteuropa internalisiert, und dies führt zu der großen Schwierigkeit (auch für die Betroffenen), Konflikte in dieser Gesellschaft klar zu lokalisieren. »Freund« oder »Feind« sind keine eindeutigen Rollen. Welche Interessen stehen hier gegeneinander? Wo verläuft eigentlich die Front? Die Wahrheit ist, daß die Front mitten durch jeden Bürger hindurchgeht und daß dieser Frontverlauf zur Stabilität des Realsozialismus beiträgt.

Auch Orwell war dem auf der Spur: Kein Gefühl ist mehr rein, seitdem alles mit Angst und Haß vermischt ist, denkt Winston Smith nach einem seiner heimlichen Liebestreffen mit Julia. Nun sind »Angst« und »Haß« allzu starke Worte für das Osteuropa unserer Tage, aber die Beobachtung selbst ist richtig. Nichts ist mehr rein, nichts mehr eindeutig, alles schon zerfressen oder befleckt. Ein solches Durcheinander der Werte und Gefühle ruft auf Dauer Reaktionen bei dem Bürger hervor, die an die Julias erinnern: in großen Zügen akzeptiert sie die systematische Verfälschung der Vergangenheit durch die Partei, zum Beispiel die Behauptung, daß sich Ozeanien immer im Krieg mit Eurasien befunden habe, obwohl dies vor einigen Jahren noch Ostasien war, da ihr der Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge nicht mehr sonderlich wichtig vorkommt. Die Wahrheit an sich hat keinen Wert mehr. Und die »Wahrheit« der Partei, schreibt Orwell, wird immer am leichtesten von denen angenommen, die nicht so recht fähig sind, sie zu begreifen.

Der Realsozialismus hat es noch schwieriger gemacht, eine Trennungslinie zwischen Wahrheit und Lüge zu ziehen, indem er bewußt den Abstand zwischen ihnen verminderte. Das ständige Lügen gehört zur athletischen Epoche des Systems, also bereits zur Vergangenheit. Auffallend oft sagt man aber heutzutage die Wahrheit, eine besondere Art von Wahrheit, wo die Lüge höchstens darin besteht, nicht die *ganze* Wahrheit zu sagen. Auch die realsozialistische Zensur ist heute weit mehr mit dem beschäftigt, was man nicht sagen darf, als mit dem, was man sagen darf. Dies ist ein wichtiger Unterschied. Im Klartext bedeutet das: es wird nicht mehr so frech und hemmungslos wie früher gelogen; man hat eingesehen, daß ein allzu freches Lügen die entgegengesetzte Wirkung hat – die Goebbelssche Vorstellung,

daß eine oft genug wiederholte Lüge Wahrheit wird, trifft vermutlich nur unter der Voraussetzung zu, daß schon eine Bereitschaft besteht, sie zu glauben (wie im Dritten Reich). Da aber die allzu offenkundigen Lügen in Osteuropa fast von Anfang an auf politischen Felsboden fielen, muß das realsozialistische Gegenstück zu Orwells Wahrheitsministerium sich mit Halbwahrheiten und der altvertrauten Tatsache, daß zwei und zwei wirklich vier, nicht fünf ist, abfinden. 2+2=4! Triumphierend werden gerade solche unleugbaren Wahrheiten andauernd wiederholt, und auch hier besteht die Lüge vor allem im Verschweigen der Tatsache, daß es auch noch andere, kompliziertere arithmetische Zusammenhänge gibt. Die ständigen Wiederholungen suggerieren außerdem, es sei die *andere Seite*, die behaupte, zwei und zwei sei fünf, eine Unterstellung, die natürlich nie mathematisch präzise belegt wird. Die Art und Weise, mit der man einen Begriff wie »Frieden« enteignet und banalisiert hat, ist vielleicht das beste Beispiel für diese neue Wahrheitsleidenschaft.

Doch wie bei einem Phantomschmerz nach einer Gliedamputation ahnt der Bürger trotzdem, daß etwas nicht stimmt. In ein und derselben Person sind so Anpassung und Revolte, Wahrheit und Lüge in einem Konflikt vereint, der keine Lösung finden darf und deshalb zu einer latenten moralischen Krise führt. Wir lernen hier eine neue Funktion der Ideologie in der realsozialistischen Gesellschaft kennen: sie ist nicht nur Legitimation und Instrument der sozialen Kontrolle, nicht nur ein dauerndes geistiges Getöse, das wie ein Störsender alle anderen Werte und Ideen überlagert, sondern auch ein Instrument – weit wirkungsvoller als Polizeiknüppel und Psychopharmaka –, um den Bürger in Schach zu halten, indem man ihn zwingt, mit sich selbst auf Kriegsfuß zu stehen. Die Ideologie gemahnt den Bürger daran, daß er in der Lüge lebt. Diese diskreten, aber ständigen Aufforderungen zu pawlowschen Reflexen der Anpassung haben nämlich auch das Ziel, den Bürger darauf aufmerksam zu machen, daß er nicht stark oder rein genug ist, die Werte, die er in seinem »inneren Herzen« verbirgt, zu verteidigen. Trotzdem ist es nicht so, daß die Macht danach strebt oder auch nur wünscht, diese moralischen Werte zu zerstören: die Aufgabe überläßt sie dem Bürger. Das einzige, was die Macht tut, ist, die Spielregeln in der Gesellschaft so aufzustellen, daß diese moralischen Werte nur um den Preis aufrechterhalten werden können, daß man seinen Alltag in ein Fegefeuer verwandelt. Wer nicht bereit ist zu stehlen, ist dazu verurteilt, mit seiner Familie am Rande des Existenzminimums zu leben. Wer nicht bereit ist, auf Verlangen einen schriftlichen Bericht über den Arbeitskollegen zu verfassen, setzt seine Beförderung aufs Spiel. Wer Protestaufrufe unterschreibt, gefährdet das Studium seiner Kinder. Die Macht wäscht ihre Hände in Unschuld und läßt den Bürger allein, wenn er sich jeden Morgen selbst im Badezimmerspiegel sehen muß, immer mit derselben Grimasse,

die sein Wissen kundtut, daß wieder ein Tag anbricht, an dem er die Werte verleugnen wird, die in seinem »inneren Herzen« wohnen.
Du verleugnest deine innere Überzeugung, flüstert die Macht ihm ins Ohr, wenn er zum 1. Mai die Flagge aufzieht. Du lügst! Du huldigst uns, willst aber nichts lieber, als uns ins Gesicht spucken! Du zerstörst selber deine Freiheit und das, woran du glaubst! Du bist ein jämmerlicher Saukerl! Und diese heimliche Erniedrigung des Bürgers ist fast ohne Risiko. Denn selten führt sein persönlicher, moralischer Konflikt zu offener Auflehnung; weit häufiger schafft sie ein Gefühl umfassender Sinnlosigkeit, Gleichgültigkeit und eines Selbsthasses, der für den einzelnen viel zerstörerischer ist als für die realsozialistische Gesellschaft. Deshalb versucht der Bürger oft, diesen Konflikt mit einem gordischen Schwerthieb zu lösen. »Wir können uns keine Moral leisten«, meinen auch recht sympathische und anständige Bürger in Osteuropa.
Freiwillig trifft so die große Mehrheit die Wahl, auf einer Ebene zu leben, die weit unter jener liegt, auf der die Macht zu Repressionen greifen müßte, um mit der Unzufriedenheit zurechtzukommen. Die ständige Gegenwart der Ideologie, diese diskrete Demonstration der Stärke, macht die Unterdrückung überflüssig. Aber auf der Ebene, auf der sich der Bürger nun bewegt, kann er sich ungestört seiner Familie, seinem Privatleben, dem Angeln oder dem Pilze-Suchen widmen, und im Wald kann er völlig frei seine ganze Frustration herausbrüllen, ohne die Mikrophone fürchten zu müssen, die Winstons und Julias Liebesbegegnung in Gottes freier Natur registrieren. Wenn er will, kann er das alles sogar im Schlafzimmer oder in der Bierkneipe herausschreien. Orwells *Thought Police* ist überflüssig. Keine Hubschrauber patroullieren in der Luft, um in die Wohnung des Bürgers zu blicken. Die Macht interessiert sich nicht für die Gedanken des Bürgers, und Orwells entsetzlicher *telescreen*, der sieht und hört, was der Bürger bei sich daheim treibt, existiert nicht. Dies wäre nur eine Vergeudung der ohnehin knappen wirtschaftlichen Mittel, die selbst einen Verwalter des Realsozialismus empören würde.

»Sich Moral nicht leisten zu können«, bedeutet für viele Menschen eine Niederlage, für andere aber eine Verlockung. Die realsozialistische Gesellschaft weiß das und bietet wie Mephistopheles dem Bürger einen Pakt an: wenn er die Machtverhältnisse, wie sie nun einmal sind, akzeptiert, wird er von aller Verantwortung, schließlich vom Gewissen selbst befreit werden. Es steht dir frei, dich auf deine eigenen, egoistischen Interessen zu konzentrieren! Wir werden dir keine moralischen Schranken errichten! Überholte Werte wie Ehrlichkeit, Pflichtbewußtsein, Aufrichtigkeit oder Treue werden nicht mehr gefördert und belohnt werden!
Weit mehr Bürger – auch im Westen –, als wir gewöhnlich glauben wollen,

sind bereit, einen solchen Pakt einzugehen. Auch Orwell wußte das, und diese Einsicht führte ihn zu einer der besten Beobachtungen in *1984*: es sind nicht so sehr die Grausamkeit oder die Unsicherheit, die die totalitäre Gesellschaft kennzeichnen, als vielmehr die Leere, Gleichgültigkeit und Lauheit, die Grauheit des Lebens selbst. Mittelmäßigkeit und »genug« sind zur Richtschnur geworden. Die *Persönlichkeit* wird immer seltener; der integre Charakter scheint von einem gewöhnlichen Massenmenschen verdrängt zu sein, ein Prozeß, in dem der Mr. Hyde der Öffentlichkeit rasch über den Dr. Jekyll des Privatlebens die Oberhand gewinnt. Gerade der *Citoyen*, dessen Herausbildung sich die europäische Geschichte so viel hat kosten lassen, ist im Aussterben begriffen, und hierin hat der Realsozialismus an eine Tradition in diesem Teil des Kontinents angeknüpft.

Denn mit Ausnahme von Böhmen und Mähren wurde das öffentliche Leben in Osteuropa fast immer nach einem absolutistischen Muster gelenkt, bei dem eine patriarchalische oder kollektive Abhängigkeit von der Macht der Normalzustand war. »Wir« stand gegen »sie«, »unsere« Wahrheit gegen »deren« Wahrheit; das ließ wenig Raum für Toleranz oder Individualität. Die weltliche Macht ist zu allen Zeiten wie eine Naturgewalt von oben gekommen: So war Franz Joseph Kaiser von Gottes Gnaden, meistens zum Guten (besonders für die Nachwelt), Josef Stalin Despot von der Partei Gnaden, meistens zum Schlechten; beiden gemeinsam aber war, daß sie sich außerhalb jeder Form von Kontrolle oder Beeinflussung befanden. Das Verhältnis zu dieser gegebenen Macht gestaltet sich daher mehr metaphysisch als politisch, manchmal rein meteorologisch – so wie Robert Musil schon in den ersten Zeilen von *Der Mann ohne Eigenschaften* ein Tiefdruckgebiet in den Roman einfließen läßt, das dann das ganze Geschehen zu lenken scheint.

Die Geschichte hat die Osteuropäer immer *betroffen*. Selten hatten sie das Gefühl, das Schicksal ihrer Nation oder ihr eigenes mitzugestalten, statt dessen fühlten sie sich hilflos wie kleine Kinder. Die Hilflosigkeit des Kindes wird aber beim erwachsenen Menschen zu einer Art Bequemlichkeit, einem behaglichen Sichhingeben, wo es leicht ist, dauernd zu fordern, ohne etwas zu geben. Heute entspricht die realsozialistische Ideologie diesem Erbe durch ihren kindischen Anspruch, auf jede Frage eine Antwort zu haben, wodurch sie zugleich zur fortgesetzten Infantilisierung der Bürger beiträgt. Wenn wir diese Gesellschaft post-totalitär nennen, so soll das besagen, daß ein einigermaßen funktionierender *modus vivendi* nicht nur zwischen Machthabern und Bürgern gefunden wurde, sondern auch zwischen Gegenwart und Tradition, zwischen Realsozialismus und Feudalismus. Denn gelegentlich kann es so aussehen, als befänden sich diese Osteuropäer nur scheinbar im selben Jahrhundert wie die Westeuropäer, in Wahrheit aber vor der Phase der bürgerlichen Revolutionen mit all ihren

Eisenbahnfahrplänen, Sparkassen, Buchhaltern und ihrer neunmalklugen Überzeugung, daß jeder seines Glückes Schmied sei. Der Osteuropäer, geprägt von Jahrhunderten schamlosester Ausbeutung, hat immer noch Schwierigkeiten bei der Vorstellung, daß man auf legalem Weg nur durch bessere Arbeit und Redlichkeit reich werden kann. Verantwortung zu übernehmen, erwachsen, ein »Ich« zu werden, erscheint ihm auch nicht erstrebenswert; da bekennt er sich lieber zum »kollektiven Schicksal« (Seweryn Blumsztajn), als daß er aus der Reihe ausschert und die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Doch ist in solchen traditionellen Überzeugungen bereits eine schwache Vorahnung vom *homo sovieticus* des Realsozialismus vorhanden, und die klarsichtigsten Osteuropäer haben dies immer gewußt.
»Hört auf, als Menschen nach dem Muster eines polnischen Kollektivwesens zu leben«, schrieb Witold Gombrowicz vor gut dreißig Jahren an seine Landsleute. »Seid zuallererst ihr selbst, seid ein Individuum, ein Mensch und schafft so Polen, anstatt zuzulassen, daß Polen euch schafft. Wacht auf, laßt ab davon, euch an Polen zu berauschen, ein Rausch, der euch wie eine Massenpsychose den Kopf verdreht.« Gombrowicz wußte, daß das, wofür er warb, schwer war. Unter dem Realsozialismus ist es noch schwerer geworden. Julia, fast eine Generation jünger als Winston, stellt Ozeanien weit weniger in Frage als ihr Geliebter. Nicht weil sie weniger scharfsichtig ist, sondern weil ihr vieles schon *normal* vorkommt.

Dennoch gibt es Bürger in der realsozialistischen Gesellschaft, die auf das »innere Herz« hören und die Wahrheit wählen. Es sind nicht viele, sie sind nicht zahlreich genug, um die Stabilitität des Systems zu bedrohen, doch ausreichend, um dem Widerstand gegen das totalitäre System Kontinuität zu verleihen. Nur selten hat ihr Protest einen rein politischen Ursprung: statt dessen beginnt er oft bei etwas Konkretem und Alltäglichem, einer persönlichen Ungerechtigkeit, die den Bürger den Schritt zum offenen Protest tun läßt. Und gerade durch den totalitären Charakter der Gesellschaft wird dieser Protest rasch total – die Wahrheit kann, wenn man sich einmal für sie entschieden hat, nicht mit der Lüge zusammenleben, und so entwickelt sich der Konflikt zwischen Individuum und Macht, der fast nie durch einen Kompromiß gelöst werden kann. Diese Menschen sind moralische Beispiele. Solange es sie gibt, ist der *homo sovieticus* nicht endgültig etabliert. Solange jemand ein »Leben in Wahrheit« wählt, sind Verantwortung und Gewissen noch nicht beseitigt, ist kein Prozeß des Realsozialismus unwiderruflich. Deshalb erinnern diese Bürger ein wenig an den mystischen Emmanuel Goldstein, den ungreifbaren Feind der Partei in Ozeanien: sie spielen die Rolle eines Hortes der Moral und der Geschichte, von Hütern all dessen, was der Realsozialismus zerstören will.

Solche Übereinstimmungen gehören jedoch zu den Ausnahmen. Um das Wesen des Realsozialismus zu verstehen, müssen wir begreifen, daß der Bürger hier nicht der überwachte Sklave George Orwells ist: er lebt nicht mehr unter dem Terror, in ständiger Angst und der Willkür der Macht ausgeliefert. Der Sklave wurde befördert – zum Lakaien im Schloß des Fürsten (das sowohl das Schloß des Feudalismus wie das Schloß Franz Kafkas ist). Dort lebt er nun mit dem Fürsten zusammen, hat einen leichten Dienst, ist von des Fürsten »Wir« umschlossen, ohne ihm ebenbürtig zu sein oder Aussicht zu haben, es einmal zu werden; er ißt in der Küche die Reste von der Fürstentafel und schläft gesättigt am Kamin ein, nachdem er heimlich einige Schlucke aus der Kognakkaraffe getrunken hat. Aber trotz der Lakaienuniform und der Schmeichelei des Fürsten bleibt er ein Diener und weiß dies auch. Nachts sind seine Träume unruhig und voller Ängste; aber er unterdrückt sie wie den Aufruhr in seinem »inneren Herzen«. Wenn der Tag anbricht, ist er wieder bereit, dem Fürsten die Schuhe anzuziehen, und wenn er dann seinen mit jedem Tag älter und gebrechlicher werdenden Herrn aus der Nähe betrachtet, erscheint ihm der Unterschied immer geringer, immer schwerer zu fassen, den Gedanken in seinem Kopf immer unzugänglicher zu sein. Zur Zerstreuung und um düstere Gedanken von sich fernzuhalten, beginnt er leise eine Melodie vor sich hin zu summen, und das ist nicht die Internationale, die ihm mit ihrem Dröhnen stets Kopfschmerzen verursacht hat, nein, eine ältere Melodie, an deren Worte er sich zunächst nicht erinnert, doch dann kommt plötzlich eines nach dem anderen, und während die Straußmelodie aus seinem Inneren emporsteigt, breitet sich ein stilles, nach innen gewendetes Lächeln über sein Gesicht: »Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist ...«
Nur wenn der Kamin erlöschen und die Reste von der Tafel ausbleiben würden, daran glaubt er noch vage, würde er die gepuderte Perücke an die Wand werfen und sich seiner Herkunft erinnern.

»Du bist ein Dummkopf«, sagen ungarische Freunde zu mir, als ich ihnen erzähle, daß ich Orwells *1984* in einem Antiquariat an der Vaci utca gesehen habe. »Wie kann man so wenig Verstand haben und ein solches Buch stehen lassen?«
Voll Reue gehe ich noch am selben Nachmittag zurück, um Orwells Roman zu kaufen, kann ihn aber nicht mehr finden. *1984* ist wie verschwunden.

Aus dem Schwedischen von Ruprecht Volz

Anna Grigorjewna
Dostojewskaja
Tagebücher
Die Reise in den Westen

Aus dem Russischen von
Barbara Conrad
Etwa 500 Seiten mit Abbildungen,
geb. DM 56,–

Mit den erstmals vollständig entzifferten Tagebüchern der Anna Grigorjewna Dostojewskaja, die den Aufenthalt des frisch vermählten Paares in Deutschland und der Schweiz festhalten, wird den Lesern Dostojewskis und allen Freunden der russischen Literatur ein einzigartiges Dokument von biographischer Bedeutung in die Hand gegeben. Diese Aufzeichnungen sind das Psychogramm einer Ehe mit einem außergewöhnlich schwierigen, der Spielleidenschaft verfallenen, genialen Mann. Zugleich dokumentieren sie die Entstehung von Dostojewskis Roman „Der Idiot" und den erfolgreichen Versuch einer jungen Frau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, neben einem übermächtigen Mann ihre eigene Persönlichkeit zu bewahren.

athenäum

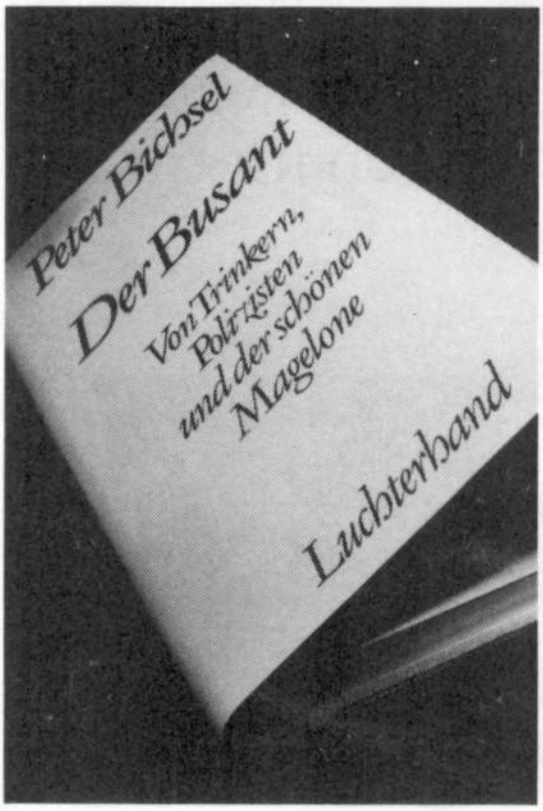
Paul Assall
Juden im Elsaß

252 Seiten, DM 28,–
ISBN 3-89151-010-1

Die Geschichte einer MINDERHEIT in der MINDERHEIT – ein Versuch, dem elsässischen Judentum, dem Judentum überhaupt näherzukommen.

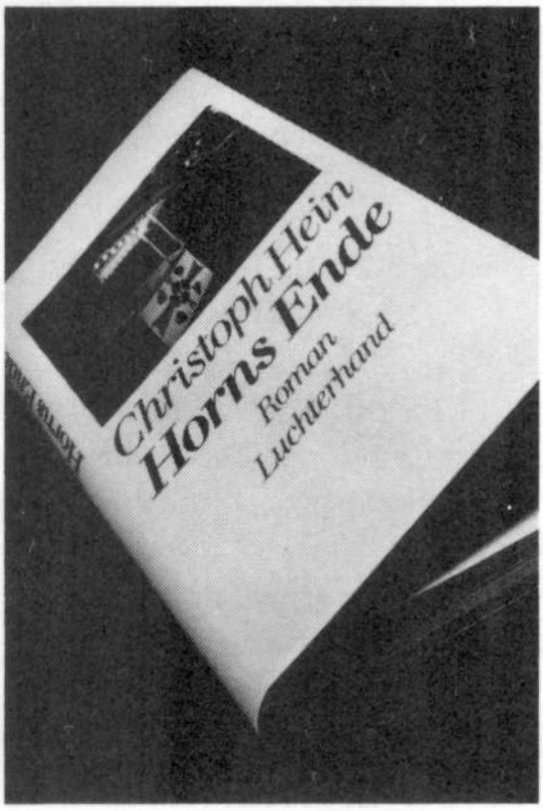
Mit zahlreichen Bildern „von poetischer Entrücktheit, die doch konkrete Zeugnisse sind".
Die ZEIT

ELSTER VERLAG



Peter Bichsel
Der Busant
Von Trinkern, Polizisten und der schönen Magelone
140 Seiten. Leinen. DM 24,–

Peter Bichsel erzählt Geschichten von der Verwirrung und Zermürbung der Gefühle, erzählt von Leuten, die ihr Gesicht verlieren, ohne davon viel zu merken: Geschichten, die jeder kennt und trotzdem fürchtet, weil es niemand so genau wissen will. Vertraut wie fremd sind die nicht verwandten Brüder in *Warten in Baden-Baden,* der erfolgreiche Herr aus Vilbel und sein Kellner; schmerzlich, in Liebe verwandt sind sich auch Professor Ingol Habertriber und sein schöner Lehrling aus Prey, und ihr Erfinder zieht den Augenblick des Erzählens jeder Brauchbarkeit vor. In einem solchen Augenblick kann man selbst mit Polizisten reden, fällt beim Ausladen im Hafen von Lissabon das bekannte Nashorn ins Wasser, ertrinkt und wird trotzdem von Dürer gezeichnet, und Ueli öffnet seiner Magelone nicht das Mieder und hat sie nicht auf die weiße Brust geküßt.



Christoph Hein
Horns Ende
Roman.
220 Seiten. Leinen. DM 29,80

Christoph Hein ist mit diesem seinem ersten Roman ein großer Wurf gelungen. Er ist geschrieben in der »uneitlen und unbarmherzig genauen, für Kopf und Bauch spannenden« Erzählweise, die wir an diesem Autor seit seiner Novelle *Drachenblut* schätzen.
Ein Fall wird rekonstruiert, der Selbstmord des Mannes Horn in der mitteldeutschen Stadt Guldenberg. Eine private Kleinstadttragödie? Oder mehr? Für den Erzähler Hein ist Horns Ende der rote Faden, mit dem er weit in Zusammenhänge und Schmerzen deutscher (nicht nur DDR-spezifischer) Geschichte nach 1945 führt.

Luchterhand

Richard Wagner
Unter Brüdern

Ein osteuropäisches Hassregister

1

Als ich ein Kind war, lebte meine Familie in einem Dorf im rumänischen Banat im Dreiländereck Rumänien, Jugoslawien, Ungarn. Wir gehörten zur deutschen Minderheit, den banater Schwaben. Fleiß, Sauberkeit, Ordnung, Anstand. So das Selbstverständnis dieser Leute. Alles andere war Unglück und Schicksal. Wir hatten den Krieg verloren, und die Russen waren gekommen und hatten uns alles weggenommen. Unsere Nachbarn waren Rumänen. Walachen, sagten die Schwaben und verzogen den Mund. Haben sich hier nach dem Krieg eingenistet in den leergebliebenen Häusern. Die Nachbarn hatten viele Kinder. Sieben. Und Jahr für Jahr kam noch eines hinzu. Sie sind dreckig, sagte Mutter. Sie waschen sich nicht. Ich spielte mit ihnen auf der Straße. Ins Haus ging ich nicht. Bei denen drin stinkt's, sagte Mutter. Ich nahm auch kein Essen von den Kindern an. Ich lernte ihre Sprache. Sie meine nicht. Die wissen doch gar nicht, was ein Kuchen ist, sagte Mutter und reichte sonntags dem flachsblonden Nachbarmädchen mit den dicken Brillengläsern, das uns die Milch ans Fenster brachte, ein Stück Torte hinaus.

2

Der erste Rumäne kam vor dem Ersten Weltkrieg ins Dorf, erzählte Großmutter. Er ging barfuß, und weil er immer einen Esel mit sich führte, nannte man ihn im Dorf den Esel-Gyuri. In seinem Haus hielt er auch das Vieh. In dem einen Zimmer wohnte er, in dem anderen waren die Schafe und Esel. 1918 kamen die rumänischen Soldaten. Hier, nicht weit von unsrem Haus, bauten sie eine Straßensperre auf. Sie hatten alte Flinten umhängen, und an den Füßen trugen sie Opanken. Sie schliefen in der Scheune, im Stroh. Früher sprachen auch die Rumänen im Dorf schwäbisch. Sie verdingten sich als Knechte bei den Bauern. Fünf Familien. Jetzt hört man nur noch Rumänisch auf der Straße, sagt meine Großmutter. Sie ist tot. In der Schule hat sie ungarisch gelernt. Damals die Staatssprache.

3

Der Schwager meines Großvaters war in Temeswar Schuhmacher geworden und in den zwanziger Jahren Kommunist. Die kämpften damals für eine

bessere Welt. Zum Beispiel für den Achtstundentag. Der Schwager hatte Arbeitskollegen, die waren in Budapest gewesen, während der Räterepublik. Sie redeten DEUTSCH, und wenn sie von der Arbeitersache redeten, sprachen sie UNGARISCH. Sie sagten Béla Kun[1], und die gerechte Sache. Das sagten sie. Der Schwager meines Großvaters mußte gleich nach der Gründung Groß-RUMÄNIENS zum Militär. Zum RUMÄNISCHEN. Er kam ins Altreich. Noch in den sechziger Jahren erzählte er öfter eine Episode aus seiner Militärzeit. Ihre Kolonne marschierte auf einer staubigen Landstraße. Es war Sommer. Die Bauern bewegten sich träge auf dem heißen Feld. Da hörte man Lärm und Rufe. Die Bauern rannten an den Wegrand, knieten sich hin und senkten die Köpfe. Von Peitschenknallen begleitet sauste die Kutsche des Bojaren vorbei. Der Schwager meines Großvaters war eingeschriebenes Mitglied der RUMÄNISCHEN Kommunistischen Partei. Er las die Zeitung *Népsjabadság*, Organ des ZK der UNGARISCHEN Sozialistischen Arbeiterpartei, die er im Abonnement bezog, was damals in RUMÄNIEN noch möglich war, und Abend für Abend sah er sich das Programm des Budapester Fernsehens an. Im August '68, als unser Staatschef die Rede gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der TSCHECHOSLOWAKEI hielt, sagte er: Der nimmt das schon noch zurück. Für den Schwager meines Großvaters war '68 der Sozialismus in der TSCHECHOSLOWAKEI in Gefahr, denn er war auch '56 in UNGARN in Gefahr gewesen, so wie die Räterepublik 1919 in Gefahr gewesen war, die dann von RUMÄNISCHEN Truppen zusammengeschossen wurde.

4

Als ich zwölf war, sollte ich, was damals in unsren Dörfern Mode war, Akkordeon spielen lernen. Im Familienbesitz befand sich ein Zwölf-Baß-Hohner, auf dem der Onkel, der jetzt in Brasilien lebt, bevor er mit siebzehn bei Nacht und Nebel zur SS durchbrannte, der Großmutter ein letztes Mal, herzzerreißend, wie sie sich ausdrückte, La Paloma vorgespielt hat. Ich hatte ein Handwägelchen, auf dem zog ich das Akkordeon durch die Heidegasse zu der Frau, der ein Granatsplitter kurz vor Kriegsende, als auch bei uns Krieg war, den Fuß verletzt hat, und die, unverheiratet geblieben, ihren Lebensunterhalt mit Musikunterricht verdiente. Einmal trat auf der Heidegasse ein breitschultriger Mann aus einem Tor und schrie auf RUMÄNISCH: Faschistenbankert, daß ich dich nicht mehr vor meinem Haus erwische. Geh auf der andren Straßenseite. Dort, wo deine Hitleristen wohnen.

5

Die haben, sagt er schwer atmend, er hat gerade den kaputten Reifen gewechselt, die haben sich doch ganz Siebenbürgen unter den Nagel

gerissen durch ihr Lavieren. Immer auf der Siegerseite. Im richtigen Augenblick. Die haben ihre Weltkriege an der Diplomatenbörse und an den Konferenztischen geführt. Jetzt haben sie unser Siebenbürgen, und was haben sie daraus gemacht? Nicht mal eine Cola haben sie. Wenn du nach RUMÄNIEN kommst, merkst du's sofort. Gleich hinter Gyula wird's stockfinster. Kein Licht, keine Heizung. Die Klos verdreckt. Da kannst du gar nicht rein. Ich sag dir, Europa hört in Budapest auf. Schau dir diese Tische an. Das will eine Raststätte sein. Und das kostet alles ein Geld! Das sind ZIGEUNER, und wenn sie was gelernt haben, dann eventuell von den Türken. Die wissen ja nicht mal, wo sie herkommen. Römer! Haben doch keine Spur von einer Architektur und zu essen schon längst nichts. Zu uns kommen sie rüber. Im kleinen Grenzverkehr. Schokolade einkaufen, für die Kinder. Unsre Zöllner sagen, nehmt nur, ihr habt ja doch nichts. Die reden! Wer hat uns denn den Horthy, den kleinen Faschisten, beschert? Hinter ihrer Invasionsarmee ist er 1919 auf dem Schimmel geritten gekommen. Jetzt wettern sie, er habe ihnen Nordsiebenbürgen genommen, und wir hätten das auch im Sinn, weil wir den Horthy neuerdings nicht mehr als ausgemachten Bösewicht betrachten. Die mit ihrem Antonescu[2]. Angeekelt schiebt er die Flasche mit dem trüben Saft, in dem ein paar Fäden schwimmen, beiseite. Zeug! Aber so ist das hier. Alle schweigen und klatschen. Der Maisbrei[3] explodiert ja nicht. Er macht eine wegwerfende Handbewegung. Zahlen, ruft er der Kellnerein auf UNGARISCH zu.

6

Das östliche Europa ist ein kleines Land. Seine Grenzen sehen aus, als seien sie mit unsicherem Bleistift gezogen. Das osteuropäische Land ist unbequem. Das Leben im osteuropäischen Land ist wie Zweite-Klasse-Fahren. Das osteuropäische Land ist jung. Es hat kaum ein Menschenalter hinter sich. Als das Imperium zusammenbrach, hat es Fragmente von dessen Infrastruktur übernommen. Das osteuropäische Land ist in seiner kapitalistischen Entwicklung über die Anfänge kaum hinausgekommen. Sie wurde vom Weltkrieg gebremst und durch den stalinistischen Schnitt abgebrochen. Der ignorante Eingriff des Stalinismus in die Identität, die sich erst zu festigen begann, ließ eine Sehnsucht nach dem Status quo ante entstehen, die bis heute anhält und an Intensität eher zunimmt. So erscheint, was 1918 aus dem Schoß des Imperiums gefallen ist, als Realisierung eines jahrhundertealten Traums und Jalta als die Annulierung des Jahres 1918.

7

Im *Neuen Deutschland,* das man immer seltener am Zeitungsstand bekommt, war unlängst die Schlagzeile zu lesen: »Mit der Präzision von Zeiss«. Zwei junge Leute gehn vorbei. Der eine sagt ganz aufgeregt auf

RUMÄNISCH: Du, die hatte ein paar Hosen an, Zeiss! Und Beine hatte die, Zeiss! Schau sie dir an, diese Zweite-Klasse-DEUTSCHEN, sagt einer. Du weißt schon wer. Schau dir bloß ihre Wagen an. Trabant. Er sagt's mit Nachdruck. Kartonschachteln. Imitationen von Autos. Die stopfen sie voll mit ihrem Unrat. Und ab auf den Balkan. Oder einfach mit dem Rucksack. Sport ist bei denen ja Staatsideologie. Verrenkung der Glieder, bis die Nationalhymne erklingt. Alles, was sie noch von ihrem Hitler haben. Die dürfen ja reisen. Zu uns. Kommen, besetzen uns die Strände. Machen uns die Strände fertig, und dann ziehn sie weiter zu den BULGAREN. Besetzen dort die Strände, mit den BULGAREN können sie ja RUSSISCH reden, machen sie fertig und kommen dann zu uns, ziehen auch sogenanntes Geld aus der Tasche, Mark, geh mal in den Shop und kauf was damit.

8

Ich erinnere alte, dünne Männer. Sie sitzen in Großvaters Wagnerei. Großvater hobelt und schlägt mit dem Hammer die Felgen ins Rad. Die alten, nach Tabak riechenden Männer sagen mit brüchiger Stimme und wässrig glänzenden Augen: s'gibt Krieg. Die DEUTSCHEN raffen sich wieder auf. Der Adenauer. Draußen schlägt manchmal der Hund an. Das Tor ist verriegelt. Großvater arbeitet schwarz. Es ist dunkel in der Werkstatt. Die Stimmen im Hintergrund, und sie sind leise. Die RUMÄNEN drehn sich ja doch nur nach dem Wind, sagt jemand, ein verschwommenes Gesicht, da hinten. Wie haben sie's denn im Zweiten gemacht. Großvater schlägt eine Felge ins Rad.

9

Am Fluß, in dem wir als Kinder immer badeten, ist ein Gartenlokal. So ein heruntergekommenes mit dreckigen, flatternden Tischtüchern und Stühlen, aus deren Sitzflächen man Latten herausgerissen hat. An den Tischen sitzt ein fröhliches, saufendes Volk. Ich schaue auf den Fluß. Ein breit grinsendes Gesicht kommt auf mich zu. Eines dieser angestrengt verschmitzten Pfuscharbeitergesichter. Begrüßt mich mit Schulterschlag. Na, Alter. Es ist der Nachbarjunge, mit dem ich damals auf der Wiese vor unsren Häusern Fußball gespielt habe. Er setzt sich, zieht aus den sehr engen Jeans, original, vom Schwarzmarkt, sehr langsam ein Päckchen Kent. Sagt, die lange weiße Zigarette zwischen den Zähnen drehend wie ein Fernsehdetektiv, er sei mit dem Laster da. Er ist Chauffeur. Einen eigenen Wagen hat er auch. Sie machen ein paar Extratouren. Kies. Der Chef, dieser überkorrekte DEUTSCHE, ist heute bei einer Sitzung. Er lacht. Dann sagt er: Bist immer noch da. Lächelt nachsichtig. Ich an deiner Stelle. Wenn ich ein DEUTSCHER wär.

10

Ein UNGAR schlendert über die Straße. Du erkennst ihn an seinem großen Schnurrbart. Die Enden stehn nach oben. Der UNGAR trägt tiefblaue Jeans und redet mit niemandem. Er steuert die Telefonzelle an, wirft die Münze ein, dann redet er lange UNGARISCH. Sicher mit einer Frau. Es ist am Meer, und es ist heiß. Am Strand steigst du über die Leiber. Du gehst weiter, dorthin, wo ein Schild vor Erdrutschgefahr warnt, dahinter ist der FKK-Strand. Hinter dem Schild hört der Staat auf. Badet nackt, aber wir übernehmen keine Verantwortung. Der UNGAR zieht sich im Gehen aus und steuert auf eine nackte Gruppe zu, die ihn sehr laut auf UNGARISCH begrüßt. Die UNGARN wollen überall unter sich sein. Und Sprachen lernen sie überhaupt keine. Sie sind einfach unfähig, Sprachen zu lernen. Dabei ist ihnen dauernd ihr Land zu klein. Den Zusammenbruch des Imperiums begreifen sie als Kleinermachen ihres Landes. Und was war ihre erste Sorge? Es wieder zu vergrößern. Auf unsere Kosten. Schon der Béla Kun hatte nichts anderes im Sinn als Siebenbürgen. Ein schöner Kommunist. Den haben wir ja dann nach Moskau gejagt. Dort ist er zur Komintern, und was hat er gemacht? Unsere Partei mit unrealistischen Direktiven terrorisiert. Dabei haben wir ihnen die Türken vom Hals gehalten. Und sie konnten in aller Ruhe ihre Kirchen bauen. Und ihr Parlament. Alles in Wien abgeguckt. Hör nur, wie sie schreien. Als ob die ganze Welt UNGARISCH verstehen müßte. Diese Halbwilden. Sind doch mit dem Pökelfleisch unterm Sattel angeritten gekommen. Jetzt reden sie von legitimen Gebietsansprüchen. Sag, würdest du mir dolmetschen? Ich will den DEUTSCHEN da fragen, ob er Mark verkauft.

11

Die osteuropäischen Nationen sind unsicher. Die osteuropäischen Nationen stehen am Zaun und schauen in den Westen. Es ist, als stehe einer hinter ihnen und rede auf sie ein, aber sie werfen ihm nur launische Seitenblicke zu. Er scheint das zu wissen, denn nach einiger Zeit beginnt er seinen Worten mit Stößen und Schüben Nachdruck zu verleihen. Doch die osteuropäischen Nationen blicken weiterhin über den Zaun in den Westen, sie sehen die Waren im Nebel aufleuchten und zucken zusammen. Die osteuropäischen Nationen lieben sich nicht. Sehen sie einander an, packt sie das Grauen. Als würden sie sich selbst sehen, als packe sie das Grauen über sich selbst.

12

Auf dem Stadtmarkt drehn sich ZIGEUNER herum, in bunten, schmuddeligen Röcken, mit fettigen Zöpfchen und Kindern im Bündel. Bilderbuch-ZIGEUNERINNEN, alterslos. Sie reden laut miteinander, in einer geräuscharti-

gen Sprache, und tasten das Geflügel ab. Sie fuchteln mit Hunderterpäckchen und kaufen den gleichmütigen Bäuerinnen die schnatternden, fetten Gänse ab. Die stoßen aufgeregt mit den Schnäbeln in die Luft. Dann sagt eine der ZIGEUNERINNEN auf RUMÄNISCH zu den Gaffern, die da stehn, zu den ehrbaren Hausfrauen, die soviel Geld nicht haben: Glotzt nur, früher haben wir das Aas gefressen, jetzt kriegt ihr's im Staatshandel, und steht auch noch Schlange dafür.

13

Nach dem Krieg, sagt der Typ, es ist einer dieser pensionierten Werkmeister, waren die SERBEN die ersten, die hier im Banat auf ihren Leiterwagen herumgefahren sind und gerufen haben: Živo Stalin. Es lebe Stalin. Der hat's ihnen ja dann gelohnt. Diesen kommunistischen Funktionären. Die waren immer schon gegen die DEUTSCHEN. '14 haben sie den Thronfolger umgebracht. Heimtückisch. Und im letzten Krieg haben sie die DEUTSCHEN Soldaten hinterrücks erschossen. Der Hans liegt bei Mostar. Diese Partisanen. Jetzt fahren sie nach DEUTSCHLAND. Arbeiten. Und uns hier kaufen sie alles weg. Jedes Wochenende kommen sie mit ihrem Zeugs daher: Super-Zigaretten und Vegeta-Suppe und Eurocrem-Schokolade und Strumpfhosen und Aspirin, und dann fahren sie mit vollgestopftem Zastava wieder heim. Diese Pendler zwischen Italien und RUMÄNIEN. Wie die das bloß alles über die Grenze bringen. Das Geschirr, die Textilien. Die Verkäuferinnen in den Läden schauen einen als Einheimischen schon gar nicht mehr an. Der Sohn des Werkmeisters kommt rein. Gleich beginnt das Spiel, sagt er. Die SERBEN zeigen das Derby im Fernsehen. Und heute abend soll ein Film sein. Mit der mit den großen Titten. Bei denen sieht man ja noch was. Die schneiden nicht gleich die Szenen raus, wie die unseren.

14

Der osteuropäische Nationalist blickt tief in die Geschichte seines Volkes. Der osteuropäische Nationalist ist traurig. Überall sieht er jahrhundertealte Demütigungen und Spuren der Unabänderlichkeit und des Schicksals. Der osteuropäische Nationalist ist ständig der Verzweiflung nahe. Der bevorzugte Ort, an dem er seinem Herzen Luft macht, ist die Kneipe am Abend. Wie durch einen Schleier sieht er sie alle, diese unzurechnungsfähigen, aufgeblasenen Nachbarvölker, die nichts im Kopf haben als Grenzkorrekturen und so tun, als ob sie etwas Besseres wären. Er sieht sie deutlich im Nebel, und sie sehen ihn. Und weil er ihnen nichts anhaben kann, wirft er mit Wörtern um sich, und weil sie ihm nichts anhaben können, werfen sie mit Wörtern zurück, mit einem Repertoire, dessen Impetus sich in der Geschichte verliert, das einfach so alt ist, daß es wahr sein muß.

15

Bukarest in einem Mai. Zwei junge Leute, osteuropäisch gekleidet, warten geduldig auf den Bus. Der eine hat, das Bild nach innen, ein großformatiges Gemälde unter dem Arm. Eines mit kitschigem breiten Rahmen. Kleinbürgerwohlstandsimitation. Die beiden reden eine andere Sprache. POLNISCH. Ihre Ungeduld wächst. Da kommt ein Bus. Hält, wie das hier üblich ist, weiter vorn, schon außerhalb der Haltestelle. Die Leute drängen nach, auch die beiden POLEN. Der mit dem Gemälde dreht das Bild aus irgendeinem Grund jetzt um, und man sieht in schlechten Farben den schlecht gemalten General. Denen ihren General. Die haben ja immer schon das Unwahrscheinlichste hervorgebracht. Erst die Kirche, dann die Gewerkschaften. Gehen mit dem Bild da herum. Diese Möchtegern-Aristokraten des Ostens. Die haben sich doch immer aushalten lassen. Und einen richtigen Staat haben sie nie gehabt. Die wandern doch bloß hin und her, zwischen den RUSSEN und den DEUTSCHEN. Und was die denken, ist wie Zelte abbrechen und wieder aufbauen. Die ganzen siebziger Jahre haben sie gestreikt. Wer hat denn das bezahlt? Mein verdammter Bus ist immer noch nicht da. In POLEN wäre das nicht möglich, aber hier ist nicht POLEN. Und jetzt fängt's auch noch an zu regnen. Gleich beginnt das Europameisterschaftsspiel. Im BULGARISCHEN Fernsehen. Unsere zeigen ja nur die unseren. Und auch die nur ab und zu. Diese Rosenölhändler, diese sogenannten Gemüsebauern zeigen alles. Kriegen ja auch ihr Geld von den RUSSEN. Wollen Sowjetrepublik werden. Dazu brauchen sie unsere Dobrudscha und nachher halb JUGOSLAWIEN. Einmal pro Woche haben sie eine Sendung direkt aus Moskau. Selbst ihr Geheimdienst arbeitet für die RUSSEN. Wenn der Bus jetzt kommt, erreich ich noch das Match.

16

Nach dem Bankrott der stalinistischen Kürzel von der Zuspitzung des Klassenkampfs und vom Sieg des Proletariats ging der Weg plötzlich zurück ins Chaos der real existierenden Gesellschaft. Als der Marxismus endgültig zum »Verhaltenskodex« (Djilas) heruntergekommen war, griff die einheimische Nomenklatura zurück auf das, was diese kleinen Völker immer schon emotional aktiviert hat, den Nationalismus. Das ideologische Ergebnis war die Okkupation des Nationalbewußtseins durch die ratlos Herrschenden. Deren zweite Generation hat sich bloß noch an Kaderschulen einen Verbalsozialismus angeeignet, mit dem sie selber nicht viel anzufangen weiß. Sie taucht ins Gesellschaftsganze und merkt, die Macht läßt sich besser mit den Wörtern der Großväter halten. Auf in den Verbalaufstand gegen die Nachbarn. Die Nachbarn warten schon.

17

Die DDR ist eine Kolonie. Die POLEN saufen. Die TSCHECHIN ist blond. Der TSCHECHE trinkt den ganzen Tag sein Bier. Die UNGARIN ist scharf auf den UNGARN. Die RUMÄNEN haben den Ceauşescu. Die BULGAREN sind MAZEDONIER. Die MAZEDONIER sind eigentlich BULGAREN. Die JUGOSLAWEN sehen JUGOSLAWISCHES Fernsehen. Am Stalinismus sind die JUDEN schuld. Die ALBANER können sich freuen: Enver Hodscha ist tot. Bald werden die ZIGEUNER in der Mehrheit sein. Ach, kämen doch endlich die RUSSEN.

Anmerkungen

1 Ungarischer Arbeiterführer, proklamierte 1919 die Räterepublik in Budapest, später in der Komintern, 1937 in Moskau erschossen.
2 Rumänisches Pendant zu Horthy. Diktator in Rumänien von 1940-1944.
3 Grundbestandteil der rumänischen Alltagsküche. Zugleich Schimpfwort für die Rumänen (wie früher »Kraut« für die Deutschen).

Kazimierz Wóycicki
Haß auf die Deutschen?

In welcher Art und Stärke äußert sich der Deutschenhaß heute noch in Polen? Wollte jemand zu diesem Thema ein wissenschaftliches Referat verfassen, müßte er etwa so beginnen:
Das antideutsche Stereotyp entstand mit der Herausbildung der nationalistischen politischen Bewegung am Ende des 19. Jahrhunderts. Dmowski, der Begründer dieser Bewegung, war ein herausragender Politiker, der während der Versailler Konferenz eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Er hat in hohem Maß das Feindbild des Deutschen geprägt, das Bild des ewigen Feindes. Das entsprach seiner geopolitischen Weltanschauung, derzufolge unsere westlichen Nachbarn bedrohlicher sein sollten als unsere Nachbarn im Osten. Für diejenigen, die Dmowski zustimmten, war der Zweite Weltkrieg die Bestätigung seiner Thesen. Die Deutschen bewiesen, daß sie schlechter sind als die Russen.
Die polnischen Kommunisten sind in ihren Ansichten über Deutschland die Fortsetzer der Theorien von Dmowski. Die Angst vor Deutschland und der Haß auf die Deutschen sollen unsere Abhängigkeit von der UdSSR begründen. So pflegte und nährte man in der polnischen Bevölkerung vierzig Nachkriegsjahre lang das Gefühl des Hasses.

Für mich und meine Generation hat das Thema jedoch andere Dimensionen; es ist verbunden mit unserem Erwachsenwerden und unserer Erziehung. Paradox war, daß ich mehr als zwanzig Jahre lang keinem Deutschen begegnete und mir trotzdem die Frage nach dem Verhältnis zu den Deutschen ständig gegenwärtig war. Soweit meine Erinnerung reicht, haben wir auf dem Hof Krieg gespielt. Es war fast immer ein Krieg gegen die Deutschen. Wir verteidigten die Westerplatte, wir waren Soldaten der Heimatarmee (AK – Armia Krajowa). Auf unserem Hof brachen bewaffnete Aufstände aus. In unserer Knabenphantasie war dies alles so selbstverständlich wie das Indianerspiel. Die deutsche Sprache hatten wir nie gehört, aber wir schrien »Hände hoch!« und »raus!«. Sicher war es auf Tausenden anderer polnischer Höfe ebenso. Ich kann mich nicht erinnern, wie alt ich war, und auch nicht daran, wer mich auf den Unterschied zwischen Deutschen und »Hitler-Deutschen« – »Hitlerowcy« – aufmerksam gemacht

hat. Diese Unterscheidung zwang zum Nachdenken und störte die Sorglosigkeit der Indianer- und Deutschenspiele. Wozu unterscheiden? Ging der Krieg nicht gegen die Deutschen? Sollen nur die »Hitlerowcy« die Bösen gewesen sein? Was ist mit den anderen? Wer sind diese Deutschen, gegen die wir Kinder auf unserem Hof lieber nicht Krieg führen sollten?
Zu Hause wurde nicht viel über die Deutschen gesprochen. Die Eltern betonten mehr, wofür sie kämpften, als gegen wen. Sie waren echte Soldaten der Heimatarmee gewesen. Ich erinnere mich an eine kleine aber einprägsame Anekdote über einen Offizier, den man bei einem meiner Familienangehörigen zwangseinquartiert hatte. Sein Benehmen war relativ anständig, und es hieß, er sei besser als die anderen gewesen, weil er aus Österreich kam.
Am Allerseelentag gingen wir jedes Jahr mit der ganzen Familie auf die Friedhöfe. Es war einer der eindrucksvollsten Tage im Jahr. Der Friedhof voller Blumen; und in der anbrechenden Dämmerung flackerten Tausende von Lichtern im Wind, und die Gräber – die Gräber waren überwiegend Gräber von Getöteten oder Erschossenen. Die eines natürlichen Todes Gestorbenen schienen nur eine Minderheit unserer Toten zu sein.
Ich vermute, daß bei einem großen Teil der älteren Generation das Gefühl des Hasses sich bis heute hält. Sie hat durch den Krieg allzuviel verloren. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß man die Bitterkeit dieser Gefühle an uns weiterzugeben versuchte. Eher bemühte man sich, die Deutschen zu vergessen und alles, was deutsch ist, soweit wie möglich aus dem eigenen Leben zu verdrängen. Da man jedoch wußte, daß das nicht möglich ist, sagte man: »Es muß viel Zeit vergehen, bis wir darüber normal reden können.«
In der Schule war es gerade umgekehrt. Dort sprach man ununterbrochen über den Krieg. »Das deutsche Problem« spielte eine wichtige Rolle im Geschichtsunterricht, und man empfahl uns als zusätzliche Lektüre den *München-Rapport* von Brycht, der seine große schriftstellerische Begabung dafür vergeudete, die primitivsten antideutschen Gefühle, scharf wie Wodka, zu schüren. Die Deutschen waren schon immer so und haben sich nicht geändert, ausgenommen die in der DDR, das trichterte man uns ein, und wenn die Deutschen nur könnten, würden sie uns sofort überfallen, deswegen halten wir uns an das, was wir haben.
Erst nach der Schule beschäftigten wir uns mit der Dialektik der Geschichte, die keineswegs schlechter war als die offizielle marxistisch-leninistische. Wir saßen im Lager der Sieger, aber wir hatten unsere Unabhängigkeit eingebüßt. Ein großer Teil der Gesellschaft hatte gegen Hitler gekämpft, aber den Sieg nahmen die wenigen polnischen Kommunisten für sich in Anspruch. Auch gegenüber denen, die eingesperrt waren, wie zum Beispiel Władysław Bartoszewski, zuerst in Auschwitz,

später in Wronki, dem vor allem aus der Stalinzeit bekannten Gefängnis.
Und schließlich das letzte Kapitel dieser Lektion in Geschichtsdialektik: Die Deutschen haben den Krieg verloren, aber es geht ihnen besser als uns. Wenn wir im Hinblick auf die Gegenwart »Deutsche« sagten, meinten wir immer die Deutschen im Westen, und dabei hatten wir keine besonderen Vorurteile. Ab und zu lebte in uns jedoch die Wut auf über die schreckliche Dummheit, durch welche die nach dem Ersten Weltkrieg aufgebaute Ordnung zerstört worden war. Sie war vielleicht nicht ideal, aber Mitteleuropa gab sie eine große Chance. Ich muß nicht hinzufügen, daß es Wut auf die politische Dummheit der Deutschen war.
Für meine Generation brachte das Jahr 1965 eine Wende. Polnische Bischöfe schrieben in einem Brief an die deutschen Bischöfe anläßlich des tausendjährigen Bestehens von Polen: »Wir vergeben und bitten um Vergebung.« Die polnische Regierung entfachte eine gigantische Kampagne gegen die Bischöfe und begann mit doppelter Intensität an den Krieg zu erinnern, an die vom Besatzer begangenen Verbrechen. In der Schule, damals war ich auf dem Gymnasium, forderte man uns auf, an Massenveranstaltungen teilzunehmen, auf denen der Brief der Bischöfe verurteilt wurde. Für viele von uns war das die erste Gelegenheit zu einem in gewissem Sinne »politischen« Protest. Wir fühlten, daß wir fähig waren zu vergeben; weniger verstanden wir die Worte »bitten um Vergebung«; am meisten aber verwunderte uns, daß diese Deutschen, an die der Brief gerichtet war, mit uns und den polnischen Bischöfen sympathisierten – gegen die Haßkampagne der Regierungspresse. Die Auseinandersetzung um den Brief der Bischöfe steigerte die politischen Spannungen zwischen Staat und Kirche und war das bedeutendste Ereignis zwischen 1956 und 1968 in Polen. In Deutschland wird leider zu selten gesehen, wie wichtig diese Sache war und bis zu einem gewissen Grade noch heute in Polen ist.
Für uns war es so etwas wie eine Reifeprüfung in unserem Verhältnis zu den Deutschen. Doch es spielte sich in ihrer Abwesenheit ab. Erst danach verstanden viele von uns zum erstenmal, daß unsere Haltung den Deutschen gegenüber uns selbst und unsere Kultur bestimmt. Drei Jahre später, bei den Ereignissen im März 1968, machten wir eine ähnliche Erfahrung. Als wir gegen die antisemitische Kampagne eines Teils des Parteiapparats und der Presse protestierten, wurde uns klar, daß der Kampf gegen Xenophobie und gegen den Haß grundsätzliche Bedeutung hat in unserem Kampf für uns selbst und unsere kulturelle Identität.
In der Literatur nach 1968 sind die Deutschen eigentlich kein Thema mehr. Man schrieb kaum noch über sie, nicht nur, um sie zu vergessen, sondern ganz einfach deshalb, weil es zu wenig Erfahrungen mit ihnen gab, die man beschreiben konnte. Eine ungewöhnlich wichtige Rolle spielte hingegen der

Gedanke an eine offene, für Begegnungen mit anderen bereite, nach Kontakten mit den Nachbarn strebende Kultur.
Wir hörten damals Okudschawa, Galitsch und Wissotzki. Wir hörten uns hinein in die Stimmen russischer Dissidenten. Sie waren für uns Vorbilder. Nur ein einziges Mal konnte ich Biermann hören, von einer abgespielten Schallplatte versuchte jemand, den Text zu übersetzen. Für seinen romantischen Kommunismus hatten wir zwar nicht viel übrig, aber an diesem Abend war er »unser Deutscher«, weil er zu den Ungehorsamen und Rebellischen in unserem »sozialistischen« Lager gehörte. Natürlich war das zu wenig. Wir wußten, daß die Zeit gekommen war, mit Deutschen zusammenzutreffen, zu sprechen, zu diskutieren. Doch die Grenzen waren geschlossen. Und wenn uns die Regierung mit ihrer antideutschen Haltung nicht gerade Vorwände lieferte für unseren Widerspruch, gab es keinen Anlaß für uns, das deutsche Thema zu berühren. In Warschau existiert bis heute kein Goethe-Institut. Das ist die seltsame Geschichte unserer Begegnung mit dem deutschen Problem, aber nicht mit den Deutschen selbst.

Zu fragen bleibt, ob die Gefahr der Fremdenangst und des Deutschenhasses für die polnische Kultur wirklich überwunden ist.
In der Zelle hoch oben, unter der Decke, hinter einem Metallnetz, ist ein Lautsprecher so angebracht, daß es keine Möglichkeit gibt, ihn auszuschalten. Mehrmals am Tag bringt er präparierte Nachrichten mit westlichen Reaktionen auf den über Polen verhängten Kriegszustand. Unter dieser Regie der Massenmedien sollte sich die Welt freuen, daß sie die Sorgen mit Polen los ist.
Die Haltung der deutschen Politiker wurde in diesen Dezembertagen des Jahres 1981 besonders herausgestellt. Man lobte ihre Vernunft, die sie die polnischen Realitäten erkennen ließ. Deutsche Kommentare sprachen angeblich über den Patrioten Jaruzelski, über seine schwere Entscheidung und über den Kompromiß, den er anstrebe. Wir glaubten nicht daran, denn wir verfügten über andere Mittel, uns zu informieren. In einer der Zellen wurde wie ein großer Schatz ein Transistorradio gehütet, mit dem man nicht nur die offiziellen Propagandasender empfangen konnte. Und da kam die Bestätigung. Die Warschauer Zeitungen logen, aber doch nicht ganz. In Deutschland bedauerte man die Polen (später drückte sich dieses Bedauern in einer großen Paketaktion aus), aber in politischen Kreisen war man der Meinung, die Vernunft befinde sich auf Seiten Jaruzelskis; es werde keine sowjetische Intervention geben, die deutsche Ostpolitik sei also gerettet.
Wir saßen in der Zelle, wir waren keine Radikalen oder Berufsrevolutionäre, sondern einfache Arbeiter aus Piaseczno und Ursus, Bauern aus der Umgebung von Warschau, unter uns auch ein paar Universitätsprofessoren und Journalisten, und wir sprachen darüber, auf wessen Rücken diese

deutsche Ostpolitik gerettet werden solle. Wenn man im Knast sitzt, hat man viel Zeit und redet viel. Einer von uns, ein einfacher junger Mann von der Traktorenfabrik »Ursus« sagte: »Wenn sie nicht begreifen, was unsere Freiheit ist, dann begreifen sie auch nicht, was ihre Freiheit ist, und wenn sie das nicht verstehen, dann haben sie sich auch nicht geändert, diese ›Hitlerowcy‹.« Wir erklärten ihm, daß man der westdeutschen Politik alles mögliche vorwerfen könne, aber das zuletzt Gesagte sei dumm. Er ließ sich, soweit ich mich erinnern kann, durch das Argument überzeugen, daß er, wenn er die immerhin demokratische Bonner Regierung so nenne, der kommunistischen Propaganda das Wort rede.

Zu unserer Erziehung oder Selbsterziehung gehörte die Überwindung des Hasses auf die Deutschen. Das war ein schwieriger Prozeß. Heute gibt es in der jungen Generation kaum noch jemanden, der diesen Haß gut heißt. Eine große, vielleicht sogar die Schlüsselrolle hat dabei die Tatsache gespielt, daß die Deutschen einen demokratischen Staat haben. Dank dieser Demokratie sind die Deutschen für die Menschen von der Weichsel ein Teil des Westens, ein Teil von Europa, mit dem sich die Polen so stark identifizieren. Diese Haltung den Deutschen gegenüber kann aber sehr leicht in Frage gestellt werden. Im Zusammenleben von Menschen und Nationen muß es ein Gleichgewicht von gegenseitigem Akzeptieren und gegenseitiger Kritik geben, aus dem allein Verständnis für die jeweils anderen erwachsen kann. Im polnischen Verhältnis zu den Deutschen fehlt dieses Gleichgewicht. Die Bereitschaft zur Öffnung besteht, aber wenn wir ein kritisches Urteil über die Deutschen abgeben sollen, neigen wir dazu zu sagen: »Die haben sich nicht geändert, ›Hitlerowcy‹.« Nur wenige Polen können die Deutschen richtig verstehen und angemessen kritisieren. Das sind die Überbleibsel des Hasses.

Wenn die Grenze zwischen Deutschland und Polen im Verlauf der vierzig Nachkriegsjahre wenigstens halb so offen gewesen wäre wie die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, hätte sich ein so starkes und eindeutiges Gefühl wie der Haß infolge konkreter Erfahrungen von selbst aufgelöst. Die Tatsache, daß die Frage nach dem Deutschenhaß noch immer gestellt werden muß, ist das bittere Ergebnis der Teilung Europas. Für uns Polen hat diese Frage angesichts des Schicksals, das wir durch diese Teilung erleiden müssen, eine besondere Bedeutung. Wir wollen die menschlichen und allgemeinen Werte vor dem oft unmenschlichen und stumpfsinnigen Machtsystem schützen. Um das zu können, darf man nicht hassen. Wir jedoch hassen immer noch ein bißchen, vor allem in Augenblicken des Zorns und der Enttäuschung, wenn die Deutschen nicht so sind, wie wir sie gern sehen würden. Die Vergangenheit sondert immer noch Gift ab.

Aus dem Polnischen von Rosa Berger

WEST-ÖSTLICHE SPIEGELUNGEN

West-östliche Spiegelungen
Wuppertaler Projekt zur Erforschung der Geschichte deutsch-russischer und russisch-deutscher Fremdenbilder.
Hrsg. von Lew Kopelew

Band 1:
Russen und Rußland aus deutscher Sicht
9. – 17. Jahrhundert
Hrsg. von Mechthild Keller
456 S. mit 26 Abb., Ln. DM 48,–

Lew Kopelew, dessen autobiographische Bücher und publizistische Äußerungen, dessen Bekenntnisse und Appelle, Berichte und Analysen Zeugnisse einer erlebten und erlittenen Geschichte sind, hat seine Forschungsprofessur an der Universität Wuppertal als Möglichkeit *be*griffen (und *er*griffen), die Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses im Auf und Ab historischer Prozesse nachzuzeichnen.
West-östliche Spiegelungen (Mitarbeiter des Projekts sind weitere namhafte Wissenschaftler) will als Buchreihe das Russen- und Rußlandbild der Deutschen und gleichsam parallel dazu das Deutschen- und Deutschlandbild der Russen vom 9. bis zum 20. Jahrhundert lebendig werden lassen.

Der vorliegende erste Band informiert über früheste Zeugnisse von Kontakten zu Russen, die historischen Quellen und der mittelalterlichen Dichtung entnommen sind. Nachvollzogen wird der beginnende Prozeß einer öffentlichen Meinungsbildung, wie er sich in Augenzeugen- und Reiseberichten, in Flugblättern und Zeitungen des 16./17. Jahrhunderts über »Moskowien« dokumentiert. Das Buch läßt das Russen- und Rußlandbild der deutschen Barockliteratur Revue passieren (die Schlesische Schule, Paul Fleming, Grimmelshausen) und weist auf die Bedeutung von G. W. Leibniz hin, der Peter dem Großen seine Dienste anbot, als in der Aufklärung »Moskowien« sich anschickte, »Rußland« zu werden.

WILHELM FINK VERLAG · OHMSTRASSE 5 · 8000 MÜNCHEN 40

Michal Reiman
Die »Sowjetisierung« Mittel- und Südosteuropas

Ursprünglich bezeichnete der Begriff »Sowjetisierung« die Vorstellungen der sowjetischen Kommunisten über die Weltrevolution, über eine Revolution, die zur allgemeinen Errichtung von Räten (Sowjets) führen sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich jedoch seine Bedeutung; er meinte zunehmend die Abhängigkeit bestimmter Länder von der Sowjetunion, insbesondere die Einführung des sowjetischen Modells der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in jenen Ländern. In diesem Sinne wurde der Begriff »Sowjetisierung« bald von der westlichen Propaganda vereinnahmt, wurde zu einer landläufigen Floskel, die sich auf eine ganze Reihe antikommunistischer Klischees stützte. Seine Anwendung ist heute problematisch; sie erfordert eine kritische Prüfung zahlreicher Denkmuster.

Die Konzeption der sowjetischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg

Der kürzlich gefeierte 40. Jahrestag des Kriegsendes zeigte einmal mehr, daß in einem Teil der deutschen Öffentlichkeit, besonders der konservativen, die Meinung verbreitet ist, die »Sowjetisierung« Mittel- und Südosteuropas sei unmittelbar auf die Besetzung der betroffenen Gebiete durch die Sowjetarmee zurückzuführen. Diese Darstellung ist äußerst ungenau und einseitig; sie stammt – sofern sie nicht rein ideologisch motiviert ist – aus der Perspektive des zusammengebrochenen Nazi-Deutschland, das besetzt, geteilt und einer Besatzungsverwaltung unterstellt wurde.
Unbestreitbar bedeutete das Erscheinen der sowjetischen Truppen in Mittel- und Südosteuropa die Eingliederung der betroffenen Gebiete in die sowjetische Interessensphäre, womit die Voraussetzungen für deren spätere »Sowjetisierung« geschaffen wurden. Und doch war der Zusammenbruch Nazi-Deutschlands ein eindeutiges Positivum für diese Völker. Allerdings gab es deutliche Unterschiede. Eine scharfe Trennungslinie verlief zwischen den Völkern, die der nazistischen Aggression zum Opfer gefallen waren, und jenen, die während des Krieges an Hitlers Seite gekämpft hatten: die ersteren gehörten zu den Siegern, die letzteren zu den Besiegten. Den Siegerländern – Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien –

brachte das Erscheinen der sowjetischen Truppen, wie auch immer die Begleiterscheinungen ausgesehen haben mögen, die Wiederherstellung ihrer Eigenstaatlichkeit, die Beseitigung einer Bedrohung ihrer nationalen und vielfach auch ihrer physischen Existenz. Für die Besiegten war die Lage bedeutend komplizierter: die faschistischen Regimes, die mit Hitler zusammengearbeitet hatten, wurden liquidiert, die demokratischen Freiheiten und Rechte wurden wieder proklamiert, gleichzeitig aber hatte die militärische Niederlage eine starke Einschränkung der Souveränität dieser Länder zur Folge, führte zu erheblichen neuen Beschneidungen der politischen Freiheiten und Rechte und wirkte sich auf vielfältige Weise bedrückend auf die Lage breiter Bevölkerungsschichten aus.

Günstig war die Situation für Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Sie gewannen relativ ausgedehnte Möglichkeiten, ihr Leben selbständig zu gestalten. Beide Länder hatten ein traditionell gutes Verhältnis zu den Russen und zu Rußland, obwohl die Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien schon damals von zahlreichen, wenn auch noch verdeckten Konflikten und Mißverständnissen geprägt waren.

Die Lage Polens freilich war schwieriger. Darauf hinzuweisen ist schon deshalb wichtig, weil gerade das polnische Beispiel oft nicht nur zur Illustration der groben Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten der Siegerländer, sondern auch als Beleg für eine sehr frühe »Sowjetisierung« angeführt wird. Aber der »Fall« Polen liegt weniger einfach: Rußland hatte sich zusammen mit Preußen und Österreich an der Teilung und Liquidierung des polnischen Staates beteiligt und einen bedeutenden Teil Polens dem eigenen Staatsgebiet einverleibt. Die Wiederherstellung des polnischen Staates im Jahre 1918 war begleitet von sich verschärfenden Konflikten mit dem damals noch jungen Sowjetrußland, die 1920 im polnisch-sowjetischen Krieg gipfelten. Vor allem die Liquidierung der polnischen Staatlichkeit während des polnisch-deutschen Krieges 1939 und die erneute Teilung des polnischen Staatsgebiets aufgrund des Paktes zwischen Hitler und Stalin erschwerte die weitere Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen erheblich.

Es ist deshalb kaum verwunderlich, daß sich die polnische Exilregierung in London schwer tat, die Sowjetunion als einen Verbündeten im Krieg gegen Hitler zu akzeptieren. Ihre Aversion gegenüber der UdSSR spitzte sich zwangsläufig noch zu, als man mitten im Krieg – durch die Nazipropaganda – zum erstenmal von der Ermordung polnischer Offiziere im Jahre 1940 (Katyń) erfuhr. Die Auswirkungen der so entstandenen Situation gingen allerdings ausschließlich zu Lasten Polens. Es war unmöglich, die Positionen der beiden Kontrahenten einander anzunähern. Die polnische Regierung in London wollte und konnte nicht auf Kompromisse eingehen, wie sie den sowjetischen Vorstellungen entsprochen hätten, zu denen auch eine

Änderung der Ostgrenze Polens gehörte. Die Vermittlungsversuche der westlichen Alliierten hatten nur mäßige Erfolge. Es war klar: die sowjetische Regierung würde nicht zulassen, daß sich während des Vorrückens ihrer Truppen in Polen ein Regime festigte, das sich ihrer Kontrolle entziehen könnte; allein schon deshalb nicht, weil ein solches Regime die Zugangswege der UdSSR nach Deutschland kontrollieren und die starke sowjetische Position nach dem gewonnenen Krieg beeinträchtigen würde. Daher war ein Zwist zwischen der sowjetischen Regierung und der polnischen Exilregierung unvermeidlich. Daß die Sowjets die auf die Exilregierung orientierte polnische Widerstandsbewegung niederschlugen und die Bildung einer sowjethörigen polnischen Regierung betrieben, entsprach dann nur der Logik der sowjetischen Politik.
Polnische Souveränität und polnisches Selbstbewußtsein erlitten einen schweren Schlag: über die Tatsache, daß die polnische Exilregierung in London von der Mehrheit der polnischen Bevölkerung anerkannt und unterstützt worden war, konnte es keinen Zweifel geben. Dennoch war die neue Situation für Polen unvergleichlich günstiger als der vorhergehende Zustand der Besatzung durch die Nazis. Zwar unterdrückte die sowjetische Politik in Polen ihre Widersacher, aber sie bemühte sich immerhin, Polen als ein Siegerland zu etablieren und seiner Regierung im In- und Ausland ausreichende Autorität zu sichern. In diesem Punkt ging die sowjetische Politik von den gleichen Voraussetzungen aus wie im Falle der Tschechoslowakei und Jugoslawiens.

Ich erwähne diese Tatsachen selbstverständlich nicht, um die sowjetische Politik in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen, als es ihr in Wirklichkeit gebührt. Die Methoden dieser Politik zeichneten sich vielfach durch Rücksichtslosigkeit und Brutalität aus, aber es wäre falsch, ihre Ziele eindimensional zu sehen, auf die Bestrebung reduziert, Mittel- und Südosteuropa zu beherrschen, oder durch rein ideologische Beweggründe motiviert. Vielmehr zielte der sowjetische Einfluß in Mittel- und Südosteuropa, vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen, sicher auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft; dies mußte jedoch – wenn wir die Ereignisse nicht ausschließlich im Lichte der späteren Entwicklung betrachten – nicht unvermeidlich die Perspektive einer »Sowjetisierung« bedeuten, zumindest nicht kurzfristig. Das primäre Interesse der UdSSR bestand damals darin, die Zusammenarbeit der Mächte der Anti-Hitlerkoalition zu erhalten, d. h. der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Chinas und der UdSSR. In diesem Rahmen wollte die UdSSR das außerordentliche Maß an Autorität und Prestige, das sie durch ihren Einsatz im Krieg erreicht hatte, nutzen und die Lösung zahlreicher Schlüsselprobleme – insbesondere der für sie hochwichtigen deutschen Frage – beeinflussen. Dabei hoffte die sowjetische Regie-

rung, daß es ihr gelingen würde, von der deutlichen Stärkung der linksgerichteten Kräfte in Europa zu profitieren und günstigere Voraussetzungen für ihre Politik zu schaffen. Auch die ökonomischen Aspekte spielten keine geringe Rolle. Die sowjetische Wirtschaft hatte im Krieg schwere Verluste erlitten: fast die Hälfte des europäischen Teils der UdSSR lag verwüstet, weite Gebiete waren von Hungersnot heimgesucht. Daher erschien der sowjetischen Regierung internationale Zusammenarbeit unerläßlich für den Wiederaufbau.

Alle diese Aspekte kennzeichneten auch die Grundlinie der sowjetischen Politik. Anfänglich stellte die sowjetische Führung nicht die Räte und die »Sowjetisierung« in den Vordergrund, sondern die Orientierung auf eine längerfristige Zusammenarbeit mit den nichtkommunistischen antifaschistischen Kräften. Damals formulierte Stalin die These über den »besonderen Weg zum Sozialismus«, unter Beibehaltung der »parlamentarischen Demokratie«, ja eventuell sogar der »britischen Monarchie«. Langfristig sollten sowohl der politische Pluralismus als auch das kleine und mittlere Unternehmertum respektiert werden. Das beeinflußte merklich den Charakter der politischen Lösungen bis etwa zur Mitte des Jahres 1947.

Das Grundproblem der sowjetischen Politik bestand damals darin, daß sie für die Realisierung ihrer Konzeptionen nicht genügend einflußreiche nichtkommunistische Partner fand und diese wohl auch nicht finden konnte. Dies gilt – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – sowohl für die Sieger- als auch für die Besiegtenländer, auf welche die erwähnten Thesen angewandt wurden. Die Beziehungen der Sowjetunion zu den nichtkommunistischen Parteien waren von tiefem gegenseitigen Mißtrauen gekennzeichnet, das schon aus den unterschiedlichen sozialpolitischen Zielen und Idealen entstand; sie entwickelten sich daher zunehmend konfliktreich. Die Sowjetunion war nicht in der Lage, dieser Situation politisch differenziert zu begegnen, und flüchtete sich immer mehr in eine Machtposition, in Repressionspolitik. Dazu kam, daß sich die internationale Wetterlage zusehends verschlechterte. Im Westen gewannen Kräfte an Einfluß, die vor einer politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung Westeuropas und dem Anwachsen des Machteinflusses der UdSSR warnten.

In der Mitte des Jahres 1947, als die USA den Marshallplan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verkündeten, kam es zu einer Lösung; die Vereinigten Staaten machten deutlich, daß sie die wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnisse in Westeuropa, einschließlich der westlichen Besatzungszone Deutschlands, konsolidieren wollten. Die Sowjetunion antwortete in den Ländern ihrer Interessensphäre durch eine Verschärfung ihres Vorgehens gegen die nichtkommunistischen Parteien und Gruppierungen, durch deren völlige Verdrängung aus bestehenden Machtpositionen und ihre direkte Unterdrückung. Dem sowjetischen Druck nachgebend,

lösten die Länder Mittel- und Südosteuropas ihre bestehenden Kontakte zu den westlichen Ländern. Die Anti-Hitler-Koalition fiel auseinander, die Epoche der Nachkriegszusammenarbeit der Alliierten wurde von der Epoche des »Kalten Kriegs« abgelöst. Erst in diesem Kontext gerann die sowjetische Politik in Mittel- und Südosteuropa definitiv zu einer Politik der »Sowjetisierung«.

Der »Kalte Krieg« und der Stalinismus

Somit ist das Problem der »Sowjetisierung« nicht völlig deckungsgleich mit dem Problem des sowjetischen Einflusses und der sowjetischen Machtposition in Mittel- und Südosteuropa. Die »Sowjetisierung« setzte sich, wie wir gesehen haben, als Grundlinie der sowjetischen Politik erst in den Jahren 1947-49 durch. Offensichtlich fühlte sich die Sowjetunion unter den neuen Bedingungen nicht stark genug, auf jeden Fall nicht sicher genug, den Zusammenhalt ihrer Machtsphäre mit den üblichen wirtschaftlichen und politischen Mitteln zu sichern. Die Beibehaltung von Pluralismus und relativer Selbständigkeit in den Ländern Mittel- und Südosteuropa, die der UdSSR als Werkzeug zur Erhaltung der Zusammenarbeit innerhalb der Anti-Hitler-Koalition hatte dienen sollen, wurde nicht nur politisch funktionslos, sondern für die Sowjets auch gefährlich.

Die sowjetische Einstellung verschärfte sich noch durch den Zwist mit Jugoslawien 1948. Dieser Konflikt entstand, weil einige selbständige Schritte der jugoslawischen Führung mit Stalins Konzeption der internationalen Beziehungen nicht übereinstimmten (z. B. die Bestrebung Jugoslawiens, mit den besiegten Ländern Vertragsbeziehungen zu etablieren, und vor allem die Pläne für eine Balkan-Föderation, deren Basis die Föderation Jugoslawiens mit Bulgarien bilden sollte). Aus sowjetischer Sicht mußten vor allem zwei Umstände wesentlich erscheinen: Die Selbständigkeit der jugoslawischen Kommunisten und ihr im nationalen Befreiungskampf während des Krieges errungenes Selbstvertrauen erwiesen sich als ernsthafte Hürde bei der Verwirklichung einer sowjetischen Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa; überdies wurde deutlich, daß die Autorität der UdSSR und ihr Druck von außen nicht ausreichen würden, die Lage entsprechend den Vorstellungen der sowjetischen Führung zu »korrigieren«, sei es durch die Kapitulation der aufsteigenden jugoslawischen Führung, sei es durch das Einsetzen einer neuen Führung, die den sowjetischen Forderungen gegenüber nachgiebiger wäre.

Die sowjetische Regierung faßte den Fall Jugoslawien als ein Warnsignal auf; sie befürchtete, das Beispiel könne Schule machen. Daher reagierte sie mit extremer Härte, die Kompromiß oder Befriedung unmöglich machte. Die Verbindungen zur UdSSR und den anderen Ländern ihrer Interessen-

sphäre wurden gelöst, die jugoslawische Führung zur Agentur des Imperialismus erklärt und das innere Regime Jugoslawiens schließlich als faschistisch diffamiert.

Wie auch immer die Wende zur »Sowjetisierung« in der sowjetischen Politik motiviert war, durch ihre Inhalte wurde in den Ländern Mittel- und Südosteuropas ein großer Teil der eigenen politischen Erfahrung ausgeschaltet. Damit war der Weg gebahnt für außerordentlich tiefe Eingriffe in ihr politisches Leben. Das ganze Netzwerk der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, der Mechanismus zur Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse, wurde umgebaut. Und das unter äußerst hartem und umfassendem Einsatz von Machtmitteln, verstärkt noch durch den besonderen Charakter der Stalinschen Methoden, die in der Massenanwendung von präventivem Terror bestanden. Die nichtkommunistischen politischen Parteien und Gruppierungen sowie die nichtkommunistischen Geistesströmungen wurden en bloc und bis auf wenige Ausnahmen unterdrückt, ohne Rücksicht auf ihre eventuelle antifaschistische Vergangenheit oder die aktuelle politische Aktivität ihrer Mitglieder. Es wurde ihnen nur noch ein Schattendasein gestattet, um eine in Wahrheit nicht bestehende Kontinuität vorzutäuschen. Das Strafmaß wurde ständig verschärft, immer häufiger wurde die Todesstrafe verhängt. Die Beseitigung des politischen und weltanschaulichen Pluralismus ging Hand in Hand mit der Vernichtung von dessen vornehmsten Vertretern, existenziell oder sogar physisch.

Betroffen waren aber auch die regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien selbst. Im Westen wird oft geglaubt, diese Parteien hätten sich insgesamt der sowjetischen Politik gegenüber konform verhalten. Diese Auffassung muß präzisiert werden. Anfänglich begegnete man in diesen Parteien – und zwar auch an der Spitze – manchen sowjetischen Vorstellungen und Forderungen mit kritischer Distanz oder reserviert. Gomulka, der damalige Generalsekretär der polnischen Arbeiterpartei, unterstützte das sowjetische Vorgehen gegen Jugoslawien nicht, und es wurde wohl auch von Dimitrow, dem Führer der bulgarischen Kommunisten und ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, nicht ohne Bedenken akzeptiert. Entscheidender war, daß Differenzen vielfach spontan entstanden: die Unterschiede oder gar Widersprüche zwischen den Interessen der einzelnen Länder einerseits und den Forderungen der sowjetischen Politik andererseits waren so groß, das Mißverhältnis zwischen der Tradition und den Lebensgewohnheiten in diesen Ländern und den neuen gesellschaftlich-politischen Lösungen so fundamental, daß die Funktionäre nicht in der Lage waren, sich die sowjetischen Forderungen und Rezepte voll zu eigen zu machen, und diese auf ihre eigene Weise interpretierten. Das wiederum weckte und nährte Mißtrauen und Befremden bei der sowjetischen Füh-

rung, die dazu neigte, abweichende Auffassungen und Interpretationen als Ausdruck bewußten Widerstands gegen die sowjetische Hegemonie zu betrachten.

Die Tatsache, daß Abweichungen als Akte der Feindseligkeit eingestuft wurden, ebnete den Weg dafür, sie mit Gewalt zu bekämpfen. Die massiven Repressionen, die sich gegen den »Nationalismus«, den »Titoismus« und die »bürgerlichen Einflüsse« richteten, fegten die Apparate der Macht und der Politik, die sich in den ersten Nachkriegsjahren gebildet hatten, nicht nur institutionell, sondern auch personell hinweg. Das war wohl eins der wesentlichen Motive für die politischen Prozesse, die zu jener Zeit gegen hochgestellte Partei- und Regierungsfunktionäre geführt wurden – gegen Rajk in Ungarn (1949), Kostow in Bulgarien (1949), Dzodze in Albanien (1949), Slánský in der Tschechoslowakei (1952) und andere –, sowie für die Maßnahmen, die in der Folge der Prozesse gegen weite Kreise von Mitgliedern und Funktionären der kommunistischen Parteien ergriffen wurden.

So entwickelte sich in der machtpolitischen Sphäre Repression zum wesentlichen Instrument der »Sowjetisierung«; sie ermöglichte der sowjetischen Führung die absolute Kontrolle des politischen Lebens in den Ländern Mittel- und Südosteuropas. Zwar blieben gewisse strukturelle Besonderheiten ihrer politischen Institutionen erhalten, aber der reale Machtmechanismus näherte sich weitgehend dem sowjetischen an. Vielfach wurde das »sowjetische Vorbild« auch in unwesentlichen Kleinigkeiten nachgeahmt. Das lag schon daran, daß die regierenden Parteien und ihre Funktionäre nicht darauf vorbereitet waren, die praktischen Aspekte der neuen Situation zu bewältigen; hinzu kam eine Servilität, die aus der Angst erwuchs, des »Antisowjetismus« bezichtigt zu werden: Staatswappen wurden verändert, Sportvereine umbenannt, Militär- und Ziviluniformen umgeschneidert, neue Banknoten eingeführt usw.

Die »Sowjetisierung« beschränkte sich allerdings nicht auf die Erscheinungen des staatlich-politischen und öffentlichen Lebens, sie reichte auch tief in den sozialen und wirtschaftlichen Bereich hinein. Die politische Wende in den Jahren 1947/48 wurde nach und nach durch eine radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse sowie des ganzen ökonomischen Systems ergänzt. Die nach dem Krieg befolgte Konzeption der Nationalisierung von Groß- und Schlüsselindustrien wurde ersetzt durch die einer völligen Liquidierung auch des mittleren und kleineren industriellen Unternehmertums. Unmittelbar darauf änderte sich auch die Einstellung zum Privateigentum der Bauern: während die Kollektivierung zuvor verworfen worden war, propagierte man sie jetzt immer intensiver und zwang die Bauern zum Eintritt in Genossenschaften. Das alte System der Ökonomie wurde zerstört, die Wirkung der früheren Marktverhältnisse und der wirtschaftlichen Produktionsanreize lahmgelegt. Man baute ein neues System der zentrali-

sierten Planwirtschaft auf, in dem administrative und außerwirtschaftliche Faktoren viel Platz einnahmen. Dabei wurde die Ökonomie der Länder Mittel- und Südosteuropas forciert an die sowjetische Wirtschaft angeschlossen und an deren Bedürfnisse, Ansprüche sowie Funktionsmechanismen angepaßt.

Diese Tendenzen verstärkten sich noch, als die sowjetische Führung in den Jahren 1950/51 eine massive Förderung der Schwer- und Rüstungsindustrie durchsetzte. Sie ließ sich dabei, wie die von dem tschechoslowakischen Exilhistoriker K. Kaplan veröffentlichten Tatsachen zeigen, von der Vorstellung leiten, daß der Konflikt zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu einer kriegerischen Auseinandersetzung führen würde. Deshalb bestand sie in den Ländern Mittel- und Südosteuropas auf der Nachahmung des sowjetischen Modells der Industrialisierung und gleichzeitiger Kollektivierung der Landwirtschaft. Hunderte von sowjetischen Fachleuten strömten nun in diese Länder und kontrollierten nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern beeinflußten auch durch ihre »Ratschläge« zahlreiche Einzelheiten des alltäglichen Wirtschaftslebens, den Aufbau der leitenden Organe, ihre personelle Besetzung u. a. Auch das geschah nicht ohne vielfältige Formen der Gewalt von oben, da die üblichen Mittel der Politik nicht ausreichten, um so tiefgehende Eingriffe in die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten durchzusetzen.

In den westlichen Ländern – und das gilt in hohem Maße für die Bundesrepublik – ist die Vorstellung verbreitet, breite Schichten der Bevölkerung hätten die »Sowjetisierung« abgelehnt oder sich sogar dagegen gewehrt. Das trifft nur zum Teil zu. Anfänglich fand die neue Richtung der gesellschaftlich-politischen Entwicklung eine gewisse – manchmal stärkere, manchmal schwächere – Unterstützung seitens der Bevölkerung, insbesondere bei der Jugend und den Arbeitern. Dazu trug nicht nur die umfangreiche und anfangs noch wirksame Propaganda bei, sondern auch die Tatsache, daß frühere soziale Barrieren und Dämme gesprengt worden waren, daß der dynamische Aufbau soziale Mobilität und gesellschaftlichen Aufstieg möglich machte. Die Auswirkungen der gewaltsamen Eingriffe zeigten sich in vollem Ausmaß erst später. Aber allmählich wurde die gesellschaftliche Basis der neuen Regimes schmaler. So kam es bereits in den Jahren 1953-56 zu der ersten Welle von Unzufriedenheit und Volksaufruhr: 1953 in der Tschechoslowakei und der DDR, 1956 in Polen und Ungarn.

Stimmungen innerhalb der Bevölkerung beeinflußten zweifellos den späteren Verlauf und die Formen der »Sowjetisierung« in hohem Maße, vermochten diese jedoch nicht zu verhindern, denn sie hatte inzwischen die alte bürgerliche Gesellschaft samt ihren institutionellen Formen gänzlich liquidiert. Einen Teil der Einrichtungen übernahm der Staat oder die

regierende Partei, andere Teile wurden schlicht abgeschafft. Sowohl für die Gesellschaft insgesamt als auch für die einzelnen Schichten war es völlig unmöglich, sich selbständig zu organisieren, eine eigenständige, von der regierenden Partei unabhängige öffentliche Meinung zu bilden, soziale, kulturelle, nationale oder gar politische Forderungen zu stellen, geschweige denn sich gegen die Willkür der Behörden zur Wehr zu setzen. Die Bürger als Individuen – herausgerissen aus ihrer früheren Einbindung in Umwelt und Milieu – sahen sich einer omnipotenten Staatsmacht konfrontiert. Aus dieser Lage der Dinge erklärt sich die relative Widerstandsfähigkeit der »Sowjetisierung« gegenüber dem gesellschaftlichen Druck.

Die kulturelle Dimension der »Sowjetisierung«

Die historischen Aspekte der »Sowjetisierung« sind nicht nur an sich interessant, sondern vor allem deshalb, weil der entscheidende Umbruch in der Entwicklung Mittel- und Südosteuropas zur »Sowjetisierung« hin in der Stalin-Zeit stattfand. Die späteren Epochen – unter Chruschtschow, Breschnew und auch heute – haben auf den früher gelegten Grundlagen aufgebaut und konnten sich bereits den Luxus leisten, die historischen und nationalen Besonderheiten in der Entwicklung einzelner Länder anzuerkennen und deren Machteliten eine gewisse Autonomie bei politischen Entscheidungen einzuräumen.

Nach Stalins Tod 1953 komplizierte sich die Lage in Mittel- und Südosteuropa; jedes Land gewann wieder eine spezifische Gestalt, wenn auch in mancherlei Hinsicht anders als früher. Diese Entwicklung barg jedoch zahlreiche Gefahren für die Hegemoniestellung der UdSSR. Die Enthüllung der Fehler und Verbrechen aus der Stalinzeit erschütterte das Prestige der sowjetischen Führung. In Polen und Ungarn kam es zum offenen Ausbruch der Empörung breiter Bevölkerungsschichten, im gesamten Sowjetblock verstärkten sich das Nationalgefühl und das Bestreben, der sowjetischen Umklammerung zu entkommen. Der sowjetischen Führung gelang es nicht immer, diesen Tendenzen zu begegnen. Albanien nutzte sowohl den sowjetisch-chinesischen Konflikt als auch die besondere Position Jugoslawiens, die eine direkte Intervention unmöglich machte, und löste sich vom Sowjetblock ab. Rumänien erkämpfte sich auf dem Gebiet der internationalen Politik einen größeren Freiraum.

In diesem Prozeß spielten allerdings auch die neuen Bedingungen der innenpolitischen Entwicklung in den einzelnen Ländern eine Rolle. Die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Beseitigung der Werkzeuge des präventiven Massenterrors ließen Voraussetzungen für neue informelle Beziehungen in der Gesellschaft entstehen, auch für ein Wiederaufleben gewisser Elemente der bürgerlichen Gesellschaft. Die folgenden

Ereignisse zeigten, daß es sich keineswegs um unwesentliche Erscheinungen gehandelt hatte. Sie wurden in Zeiten gesellschaftlicher Krisensituationen – etwa in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen 1980/81 – zur Basis für Versuche, die Gesellschaft neu zu strukturieren und damit aus dem Rahmen der »Sowjetisierung« zu befreien.

Solches Streben nach größerer Autonomie und Selbständigkeit mußte auf den Widerstand der Sowjetunion stoßen. Nach dem »Prager Frühling« und der Besetzung der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee 1968 verkündete die sowjetische Führung, die charakteristischen Züge der Gesellschaft sowjetischer Art seien »allgemeine Züge« des Sozialismus, deren Ablehnung folglich einen Verlust der »revolutionären Errungenschaften des Volkes« und »Konterrevolution« bedeute. Die Verteidigung der »revolutionären Errungenschaften« wurde zur gemeinsamen Sache aller Länder des Sowjetblocks erklärt. So behielt sich die sowjetische Führung das Recht vor, in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder mit allen Mitteln einschließlich dessen der bewaffneten Gewalt einzugreifen. Darüber hinaus wurde die »Sowjetisierung« in zunehmendem Maße auf übernationaler Ebene institutionalisiert. Das Netzwerk der »gemeinsamen Organe«, die das Handeln der einzelnen Länder koordinieren und einem einheitlichen Plan unterordnen, wurde ständig erweitert. Die Tätigkeit dieser Organe erstreckte sich auf immer mehr Schlüsselbereiche des gesellschaftlichen Lebens: auf das Wirkungsfeld der höchsten Partei- und Staatsorgane, die Außenpolitik, das Militärwesen, die Sicherheitsdienste, die Produktionsprogramme, die Pläne für wirtschaftliche, soziale und technische Entwicklung, die Bereiche der Kultur, der Wissenschaft, der Ideologie und des Sports sowie auf die Massenmedien. Der Raum für selbständige Entscheidungen wurde dadurch endgültig der wirtschaftlich-sozialen und gesellschaftlich-politischen Ordnung sowjetischer Art unterworfen und in den Rahmen der von der UdSSR kontrollierten Beziehungen eingeschlossen. Damit ähnelten die Beziehungen im Sowjetblock immer mehr denen innerhalb einer Zwangskonföderation.

Das Leben in Mittel- und Südosteuropa oszilliert somit seit Stalins Tod zwischen zwei Polen: einerseits eine sichtbare Individualisierung der Entwicklung in den einzelnen Ländern, zurückführbar auf die schon erwähnte Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie auf das Anwachsen des spezifischen Gewichts ihrer Machteliten, und andererseits eine verstärkte Institutionalisierung der dieser Situation angepaßten Werkzeuge der sowjetischen Kontrolle und des sowjetischen Einflusses. Dieses widerspruchsvolle Bild sollte jedoch nicht vom Wesen der gesellschaftlichen Prozesse ablenken, die weiterhin wirken; es geht nicht mehr nur um eine neue staatlich-politische Ordnung, noch geht es nur um eine neue wirtschaftlich-soziale Ordnung, den »Übergang vom Kapitalismus zum Sozia-

lismus«, sondern es geht um unvergleichlich viel mehr: die Länder Mittel- und Südosteuropas wurden in eine neue Umwelt eingegliedert, die durch eigene Merkmale materieller und geistiger Kultur gekennzeichnet ist, durch eigenwüchsige Dynamik und entsprechende Formen des gesellschaftlich-politischen und des staatlichen Lebens. Damit haben die Veränderungen eine kulturelle Dimension erreicht.

Es ist nur natürlich, daß dieser neue Kontext in unterschiedlicher Beziehung zur Geschichte der einzelnen Länder steht; die Tschechoslowakei und Ungarn gehörten schon immer dem mitteleuropäischen Raum an, und russische Einflüsse erreichten sie überwiegend von außen; Polen hingegen befand sich durch seine extreme geographische Lage in beständigem und engem, wenn auch sehr konfliktreichem Kontakt mit Rußland; Rumänien und Bulgarien, den spezifischen Bedingungen des Balkans ausgesetzt, waren in ihrer wirtschaftlich-sozialen und gesellschaftlich-politischen Entwicklung merklich zurückgeblieben, und Rußland übte hier, insbesondere seit dem 19. Jahrhundert, einen starken Einfluß aus. Aber trotz aller Besonderheiten in der historischen Entwicklung bedeutete der neue Kontext für alle diese Länder eine radikale Veränderung ihrer weiteren Existenz, einen Umbruch, der sich auf alle wesentlichen Komponenten erstreckte, welche die Gesellschaft konstituieren.

Die Verwandlungen beginnen schon im Bereich der Technologie und der Produktion, die an die sowjetischen Entwicklungen anknüpfen; sie setzen sich fort in der Strukturierung der Ökonomie, in der Energieversorgung und damit zusammenhängend in der Rolle der wirtschaftlichen bzw. der außerwirtschaftlichen Faktoren, in der Sphäre von Distribution, Lohnsystem und Konsum, die durch langfristige Unterdrückung der Marktfunktionen beeinflußt sind. Sie treten in der Bindung der Ökonomie an Verwaltungsorgane und an Institutionen der regierenden Partei zu Tage, die ihre Entwicklung planen und lenken. Überdies fand eine bedeutende Verschiebung in den Produktionserfahrungen und -gewohnheiten statt, sowohl bei den Individuen als auch bei großen Bevölkerungsgruppen, in ihren Verhaltensweisen, ihrem gesellschaftlichen Auftreten und ihrer Mentalität.

Eine weitere wesentliche Entwicklung läßt sich in der Struktur und im Bewußtsein der Gesellschaft erkennen. In der Literatur ist allgemein von der Enteignung begüterter Schichten die Rede, etwa der Gutsbesitzer und der kapitalistischen Großunternehmer, von radikalen Veränderungen in der Lage der Bauern und der anderen Kleinproduzenten. In den Sowjetblock-Ländern wird vor allem das gestiegene soziale Prestige der Arbeiterschaft als neuer herrschenden Klasse betont; im Westen wird die Rolle der Bürokratie hervorgehoben, insbesondere der Parteibürokratie, der sogenannten »Nomenklatura«. Die Aufzählung solcher Veränderungen läßt allerdings nicht selten einen weiteren wichtigen Faktor der neuen sozialen

Realität außer acht: den nahezu vollständigen Wandel in der Zusammensetzung der einzelnen Schichten und Klassen.
Nach 1945 wurden in den Ländern Mittel- und Südosteuropas viele traditionelle Dämme zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen abgebaut, teilweise sogar ganz zerstört. Es kam eine heftige soziale Dynamik in Gang, die staatliche Macht half deutlich nach und paßte die Gesellschaftsstrukturen ihren eigenen Plänen und Vorstellungen gewaltsam an. Ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft zog in die Behörden und Institutionen ein, besetzte leitende Stellen in Wirtschaft und Verwaltung und bildete die Basis, aus der eine neue Intelligenz erwachsen sollte; andererseits strömten in die Arbeiterschaft massenweise Angehörige des Bauerntums und der städtischen Mittelschicht, die mit der Zeit zu deren wichtigster Komponente wurden und die Reste der alten Arbeiterschaft absorbierten. Auf dem Lande veränderte die Kollektivierung überall mit Ausnahme von Polen den Charakter der landwirtschaftlichen Arbeit spürbar, was nicht ohne Wirkung auf die Zusammensetzung der Bevölkerung bleiben konnte. Ein großer Teil der Jugend zog in die Stadt, ständig erweiterte sich die Schicht jener Personen, die das Leben im Dorf mit der Arbeit in der Industrie kombinierten. Ein tiefer Wandel vollzog sich auch im Beamtentum, bei den Angestellten und den Angehörigen der Intelligenz. Sie rekrutierten sich neu aus den unteren Gesellschaftsschichten. Die alte Intelligenz und vor allem das alte Beamtentum verschwanden von der Bildfläche, nur einige wenige blieben in ihrem alten Beruf. Zugleich veränderten sich die Lebens- und Wirkungsbedingungen der Intelligenz und der Angestellten radikal. Sie wurden in jeder Hinsicht vom Staat abhängig, der nun in der Rolle ihres einzigen, eines Monopolarbeitgebers auftrat.
Als Folge all dieser Verschiebungen und Bewegungen wurden sowohl die Gesellschaft insgesamt als auch ihre einzelnen Bestandteile plebejisiert und – wenn auch in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß – sozial nivelliert. Die Kontinuität in der Entwicklung der Klassen und Schichten wurde grundlegend gestört. Im Vergleich mit der Vergangenheit veränderten sich ihre Reaktionsweisen wesentlich, und dadurch wurde ihre Fähigkeit, soziale und politische Interessen zu artikulieren, zu vertreten und zu verteidigen, zusätzlich beeinträchtigt. Deutlich geschwächt, wenn nicht gar zerstört, wurde auch das historisch entstandene Bewußtsein der verschiedenen Schichten und Klassen, das Selbstverständnis ihrer gesellschaftlichen Funktionen und Rollen.
Eine ganz neue Situation bildete sich auf dem Gebiet der Kultur und der Wissenschaft heraus, allein schon dadurch, daß die Schichten, aus denen früher die Produzenten und Konsumenten in diesem Bereich kamen, von den erwähnten sozialen Veränderungen stark betroffen waren. Hinzu kam noch, daß nach 1947/48 nicht nur die politischen, sondern auch die kultu-

rellen und geistigen Kontakte Mittel- und Südosteuropas zur Welt lahmgelegt wurden. Mitteleuropa hörte auf, als ein spezifischer kultureller Raum im früheren Sinne des Wortes zu existieren; durch seine Mitte verlief die Grenze zwischen dem europäischen Osten und Westen.

Das kulturelle und geistige Leben wurde für eine lange Zeitspanne einer strengen Zensur unterworfen, die bis auf gewisse Ausnahmen in mehr oder minder veränderter Form bis heute erhalten blieb. Auch das Erbe wurde einer Selektion unterzogen und den kulturell-politischen Auffassungen der Macht angepaßt. Gleichzeitig wurden die Länder Mittel- und Südosteuropas dem kulturellen und geistigen Einfluß Rußlands und der UdSSR geöffnet. Dieser Einfluß wurde mit allen staatlichen Machtmitteln gefestigt; er stützt sich auf das neue Bildungs- und Erziehungssystem sowie auf das neue Netzwerk der Ideologie und der Information, das sich an sowjetischen Vorbildern ausrichtet. Die Fähigkeit der Gesellschaft, sich in der Außenwelt zurechtzufinden, sie in die richtigen historischen und kulturellen Zusammenhänge einzuordnen, wurde geschwächt. In breiten Schichten der Bevölkerung ist die frühere Kenntnis des europäischen Milieus geschwunden, vor allem in den mittelosteuropäischen Ländern. Deshalb kann man die Veränderungen in der kulturell-geistigen Sphäre keineswegs – wie es oft geschieht – auf jene ideologischen Aspekte reduzieren, die durch die Vorherrschaft des Marxismus-Leninismus bestimmt sind.

Das Problem der »Sowjetisierung« im heutigen Mittel- und Südosteuropa hat somit eine ganz neue Gestalt gewonnen. Trotz zunehmender Besonderheiten in der Entwicklung der einzelnen Länder sind es nicht nur die machtpolitischen Maßnahmen der UdSSR, die ein Neuanknüpfen der abgerissenen Fäden der nationalen und kulturellen Tradition verhindern: obwohl die neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Phänomene noch bei weitem nicht verankert sind – wie es die Ereignisse in einer Reihe von Ländern zeigen –, markieren sie in ihrer Gesamtheit eine neue Situation. Eine Rückkehr in den europäischen Entwicklungskontext, sollte es dazu kommen, würde erneut tiefe Eingriffe in die Gesellschaft bedeuten, einen grundlegenden Wandel in den Lebensbedingungen der Bevölkerung, den Umbau aller wesentlichen Elemente der Produktion, der Ökonomie und der Gesellschaft insgesamt. Das bedeutet, daß die »Sowjetisierung« im heutigen Mittel- und Südosteuropa wesentlich tiefere Wurzeln geschlagen hat, als gemeinhin angenommen wird.

Perspektiven

Die Nationen des Raumes bzw. ihre wesentlichen Schichten empfinden den gegenwärtigen Zustand Mittel- und Südosteuropas als unbefriedigend. Das neue Milieu wird von ihnen nicht als das eigene empfunden – wenn auch

nicht in allen Ländern gleichermaßen. Die Vorteile, die es eventuell zeitigen könnte, sind vorläufig noch ungewiß, ihren Ertrag wird man höchstwahrscheinlich erst nach Jahrzehnten beurteilen können.
In der heutigen Situation ist die Entwicklung in Mittel- und Südosteuropa mit der Perspektive zahlreicher immer wiederkehrender Konflikte verknüpft, die sich aus der Widersprüchlichkeit der in diesem Teil der Welt ablaufenden Prozesse ergeben, aus der Zwiespältigkeit und vielfach auch der Unvereinbarkeit der Komponenten, die dort wirken. Das Nationalgefühl ist tief verletzt. Das erzeugt zusätzlichen Sprengstoff, der mögliche Lösungen erschweren dürfte. Ebenso wie im Falle der früheren Konflikte (Jugoslawien 1948, DDR 1953, Polen und Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968, Polen 1970 und 1980/81) werden auch die kommenden keineswegs den Charakter von rein regionalen Konflikten tragen, sondern auch die Atmosphäre in Europa und der Welt beeinflussen.
Die heutigen Dilemmata Mittel- und Südosteuropas lassen wie auch immer geartete einfache Lösungen nicht zu, ja sie erscheinen in mancherlei Hinsicht sogar unlösbar. Eine Umkehr ist kaum möglich, sie wäre wohl auch nicht zweckmäßig. Die Versuche der einzelnen Länder, diesen Dilemmata zu entkommen, akzeptable Kompromisse zu finden, die den Weg für eine positive Entwicklung weisen, haben – wie es zuletzt das tschechoslowakische und das polnische Beispiel zeigten – nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Das nicht abgeschlossene ungarische Experiment, das mittels von oben oktroyierter Reform durchgeführt wird, kann noch nicht endgültig beurteilt werden.
Wenn man historische Analogien heranziehen will, so lehren die Erfahrungen aus den Jahren 1944/45, von denen oben die Rede war, daß die Voraussetzungen für positive Veränderungen in Mittel- und Südosteuropa ein Abbau der internationalen Spannung und die Entfaltung der internationalen Zusammenarbeit ist; nicht jedoch irgendeine Entspannung, sondern nur eine solche, die nicht auf der Zementierung der bestehenden Teilung der Welt in militärische Machtblöcke basieren würde und auf dem Recht der beiden Supermächte, gewaltsam gegen Versuche sozialer und politischer Veränderungen vorzugehen.
Das entscheidende Hindernis für positive Veränderungen in Mittel- und Südosteuropa ist die sowjetische Politik; sie besteht auch weiterhin darauf, daß die betroffenen Länder die »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus« respektieren, sie besteht auf der »allseitigen Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit« die in ihrer heutigen Form den Spielraum der Länder Mittel- und Südosteuropas einschränken. Das weitere Schicksal der »Sowjetisierung« hängt daher offensichtlich davon ab, ob und in welchem Ausmaß die sowjetische Politik sich als flexibel erweisen wird.
Fertige Antworten gibt es freilich nicht. Die sowjetischen Positionen sind in

Mittel- und Südosteuropa sozial, politisch und militärisch ausreichend gesichert. Ihre Stabilität wird nicht durch mangelnde »Sowjetisierung« bedroht, sondern durch ihre inneren Widersprüche. Die Länder Mittel- und Südosteuropas sind zwar daran interessiert, ihren eigenen Bewegungsraum zu erweitern und die innenpolitischen Spannungen abzubauen. Keines der Länder aber wünscht einen offenen Konflikt mit der sowjetischen Führung oder eine solche Bedrohung seiner inneren Ordnung, die langfristige soziale und politische Erschütterungen zwangsläufig nach sich ziehen würde. Gerade darin liegt – im Gegensatz zu den im Westen oft vertretenen Auffassungen – für die sowjetische Politik die Chance einer Alternative.

Es scheint sicher, daß die Sowjetunion heute und auf absehbare Zeit an einer internationalen Entspannung und Zusammenarbeit interessiert ist, die ihr die Möglichkeit gibt, sich auf ihre inneren Probleme zu konzentrieren, die unaufschiebbar und keineswegs kurzfristig sind. Das Bestreben der sowjetischen Führung, ihre Wirtschaft zu intensivieren und zu modernisieren sowie das Führungssystem zu verändern, könnte für die Länder Mittel- und Südosteuropas die Chance bedeuten, ihre übermäßigen inneren Spannungen zu reduzieren. Auch die Einstellung der Sowjetunion zu eigenständigen politischen Lösungen in einzelnen dieser Länder, z. B. in Ungarn, deutet auf ein höheres Maß an Toleranz hin, als es in der Vergangenheit üblich war.

Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten zeigen anschaulich, daß es für die Länder Mittel- und Südosteuropas schwierig und ohne große Erschütterungen und beträchtliche Risiken gar unmöglich sein dürfte, aus eigener Kraft eine Wende zu erreichen. Somit wird eine neue Orientierung der sowjetischen Politik zur Triebkraft eventueller Veränderungen. Es wäre jedoch äußerst voreilig, daraus ableiten zu wollen, daß die UdSSR in der Lage und bereit ist, diese Rolle zu übernehmen.

Die »Sowjetisierung«, so hieß es zu Beginn, war bei weitem nicht der annehmbarste Ausweg aus dem Nachkriegsdilemma Mittel- und Südosteuropas; wie ich gezeigt habe, handelt es sich um ein sehr komplexes und nicht allein politisches Phänomen. Für das politische Denken, sofern es die Fähigkeit zu rationalen Aussagen nicht verlieren will, folgt daraus, daß es nicht bei der einseitigen Betrachtung der »Sowjetisierung« und ihrer Überwindung stehenbleiben kann und sich auch nicht von Emotionen hinreißen lassen darf, sondern daß es diese Problematik subtiler und differenzierter angehen muß, um Entwicklungsalternativen erwägen zu können, welche die ganze Kompliziertheit der heutigen Lage in Mittel- und Südosteuropas mit berücksichtigen.

Aus dem Tschechischen von Peter Ambros

Michael
Die Schneider
Wiedergutmachung
oder Wie man einen
verlorenen Krieg
gewinnt

Kiepenheuer
& Witsch

Gebunden DM 34,–

»Theater steigt in die Tiefen gegenwärtiger Geschichte und zeigt sich auf der Höhe der Zeit«, schrieb die *Frankfurter Rundschau* zu Michael Schneiders Drama *Die Wiedergutmachung*. Das Stück, nach der Premiere sogleich abgesetzt und seither nicht mehr gespielt, ist eine Provokation geblieben, zeigt es doch, was man jahrzehntelang verdrängt hatte: die Reinthronisierung der Wirtschafts- und Finanzgewaltigen des Dritten Reiches am Anfang unserer Republik. Sie zeigt ihre Folgen bis heute, wie der Flick-Skandal und die Bonner Bestechungsaffäre demonstrieren. Die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen für dieses Stück hat Michael Schneider in einem kritischen »Lesebuch zur Vorgeschichte der geflickten Republik« dem Dramentext beigefügt.

Keto von Waberer
Die heimliche Wut
der Pflanzen

Erzählungen
Kiepenheuer&Witsch

Gebunden DM 29,80

Erotik ist ein Grundmotiv Keto von Waberers das ihre Erzählungen, die in Südtirol, Südamerika und der bundesdeutschen Großstadt spielen, miteinander verbindet. In ihrem neuen Erzählungsband spitzt sich das Thema zu: Erotik wird zum Ausdruck einer Entwicklung oder Lebenskrise. Die Frauen in diesen Geschichten sind auf dem Weg zu einer neuen Individualität. Sie lieben und gleichzeitig unterwandern sie ihre Gefühle mit einem hartnäckigen Willen der Selbstbehauptung.

k&w
Kiepenheuer & Witsch

János Kis
Das Jalta-Dilemma in den achtziger Jahren

Jalta steht im öffentlichen Bewußtsein für die Zweiteilung Europas, für die abhängige Lage der unter sowjetische Besatzung geratenen Länder Osteuropas. Wer sich auf Jalta bezieht, will damit gewöhnlich sagen, die Westmächte hätten anerkannt, daß die Sowjetunion über das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System in den Ländern dieses Raumes bestimmt, wobei sie zum Schutz der ihr genehmen Regime sogar die militärische Aggression nicht zu scheuen braucht. Ohne Zweifel entspricht der allgemeine Sprachgebrauch weitgehend dieser Deutung, die die führenden Politiker der Großmächte selbst dem auf lange Sicht gültigen Inhalt der Vereinbarungen von Jalta gegeben haben. Bekanntlich erkundigte sich Breschnew im August 1968 auf diplomatischem Weg bei Präsident Johnson, ob die Vereinigten Staaten die Ergebnisse der Konferenzen von Jalta und Potsdam noch unverändert anerkennen würden. Die Antwort kam am 18. August: im Fall der Tschechoslowakei und Rumäniens erkenne man sie vorbehaltlos an; über Jugoslawien müsse man – im Bedarfsfall – verhandeln. Am 21. August haben sowjetische Truppen Prag besetzt ...

Sollten die Vereinbarungen von Jalta tatsächlich *das* bedeuten, dann befinden sich allerdings all jene, denen das Schicksal Osteuropas am Herzen liegt, in einem schweren politischen Dilemma. Denn Jalta ist zugleich eine der Garantien für den Frieden in Europa. In dem Moment, in dem einer der Partner die Vereinbarungen von Jalta für ungültig erklären würde, bräche der völkerrechtliche Rahmen für den Frieden in Europa zusammen. Das bedeutet: entweder – oder. Entweder wir wollen die Kriegsgefahr eindämmen, oder wir wünschen, daß die Großmächte das Abkommen von Jalta für ungültig erklären. Im ersten Fall müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Erhaltung des Friedens von der Anerkennung der Rolle der Sowjetunion als Polizist in der Region abhängt; im zweiten Fall müßten wir die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa ins Auge fassen.

Was tun mit diesem Dilemma? Die einfachste Lösung wäre, es bliebe uns erspart; das heißt, man könnte ernsthaft damit rechnen, daß die Sowjetunion in eine Lage geriete, in der sie nicht willens oder fähig wäre, von ihrer in den Vereinbarungen von Jalta sanktionierten Macht Gebrauch zu machen. Eine solche Möglichkeit haben die Wortführer des KOR in der

zweiten Hälfte der siebziger Jahre skizziert: In einem der osteuropäischen Länder formiert sich eine außerhalb des hierarchischen Systems des Einparteienstaates stehende, doch organisierte und aus diesem Grund zur Selbstkontrolle fähige gesellschaftliche Bewegung. Wird mit dieser Bewegung verhandelt, kann sie den geopolitischen Interessen der Sowjetunion Rechnung tragen; im Tausch für eine Art festumrissenen, doch sinnvollen Pluralismus. Wenn zur Tolerierung keine Bereitschaft besteht, riskiert man die Katastrophe. Unter solchen Umständen wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Moskauer Führung und ihre Stellvertreter vor Ort das kleinere Übel als die sinnvollere Lösung ansehen würden.

Ich bin der Ansicht, daß die Idee einer zur Selbstkontrolle fähigen gesellschaftlichen Bewegung auch nach dem 13. Dezember 1981 eine wichtige und fruchtbare Formel geblieben ist. Doch im Licht der Erfahrungen von 1980/81 lassen sich einige schwerwiegende Mängel des Konzepts erkennen. Ein in unserem Zusammenhang wichtiger Punkt ist, daß für die Einigungsbereitschaft der sowjetischen Führung die Entstehung einer verhandlungsfähigen gesellschaftlichen Bewegung zwar die notwendige, aber keine ausreichende Bedingung darstellt. Solange es in den internationalen Beziehungen anerkannte Praxis ist, daß die Sowjetunion im äußersten Fall Gewalt anwendet, wird der berechenbaren Lösung mit Waffengewalt der Vorzug vor dem Kompromiß mit ungewissem Ausgang gegeben werden.

Eine andere Vorstellung besagt, daß sich die Ereignisse von 1956, 1968 und 1980 unter Umständen gleichzeitig in mehreren Ländern wiederholen könnten, so daß die Sowjetunion nicht in der Lage wäre, die Ordnung mit militärischer Gewalt wiederherzustellen; oder daß durch eine innere Krise im sowjetischen Machtapparat seine Schlagkraft gelähmt würde; oder daß die demokratische Erneuerung in der Sowjetunion selbst ihren Ausgang nehmen könnte. Alle diese Varianten sind vorstellbar, doch es sind unkalkulierbare Möglichkeiten, weshalb wir uns hier auch nicht weiter mit ihnen beschäftigen wollen. Soviel ist klar: geben wir uns der Hoffnung hin, das Jalta-Dilemma umgehen zu können, müssen wir uns allein auf unser Glück verlassen.

Natürlich ist es schwer, sich mit so wenig zu begnügen – vor allem heute. Osteuropa befindet sich seit dem Jaruzelski-Putsch in einer Sackgasse. Die Lage ist unhaltbar, und das nicht nur in Polen, wo die Staatsmacht unfähig ist, die in den Untergrund gezwungene Solidarność zu eliminieren, und wo Solidarność andererseits nicht in der Lage ist, ihre Wiederanerkennung zu erkämpfen. Die ganze Region wird von einer anhaltenden Wirtschaftskrise heimgesucht. In dem Maße, wie sich die unbeschränkt zur Verfügung stehenden, billigen sowjetischen Rohstoff- und Energiereserven erschöpften, wie der Anteil der Arbeitsfähigen in der Bevölkerung zurückging, wie die militärischen Ausgaben wuchsen, sich der Wettbewerb auf den interna-

tionalen Märkten verschärfte und die Umweltschäden merklich Kosten zu verursachen begannen, in dem Maße ist auch sichtbar geworden, daß die Wirtschaftssysteme sowjetischen Typs der osteuropäischen Länder das bisherige Wachstumstempo nicht halten können. Aber die politischen Bedingungen, die für die unaufschiebbaren Wirtschaftsreformen notwendig wären, sind nicht in Sicht. Überall Stagnation, Rückgang und Hoffnungslosigkeit. Osteuropa ist in Gefahr, zu einer Art entwicklungsunfähiger Dritte-Welt-Diktatur zu verkommen.

In unseren Regionen gilt es als Gemeinplatz, daß wir durch Jalta in die Sackgasse geraten sind, und ebenso, daß es an Jalta nichts mehr zu rütteln gibt. Wir müssen aber fragen: ist an diesem Glauben etwas Wahres? Wir müssen uns dem Jalta-Dilemma stellen. Ist es denn so sicher, daß der Status quo in Europa automatisch bedroht wäre, wenn die Vereinbarungen von Jalta für ungültig erklärt würden? Und muß andererseits weiter gelten, daß, wenn die Vereinbarungen von Jalta eingehalten werden, die Sowjetunion dadurch zu allem, auch zur militärischen Aggression berechtigt ist?

Die einseitige Aufkündigung von Jalta, das ist klar, würde die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören. Würde das Abkommen von Jalta aber durch Verhandlungen aufgrund gemeinsamer Beschlüsse außer Kraft gesetzt, müßte das den Frieden selbstverständlich nicht gefährden. Die Chance, daß das geschieht, ist allerdings gering. Eine Reihe von sehr wichtigen weiteren Verträgen, die gegenwärtig die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa regeln, bauen auf dem Abkommen von Jalta (und dem von Potsdam) auf – die Verträge zwischen Polen und der DDR, zwischen Polen und der BRD, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten, das Viermächteabkommen über Berlin, die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO, die Schlußakte von Helsinki, usw. Keine verantwortungsbewußte Macht würde all das auf einmal in Frage stellen. Und warum gerade die Sowjetunion in eine so umfassende Neuregelung einwilligen sollte, erscheint vollends unklar. Was könnte sie im Tausch dafür erhalten, für das es sich lohnte, auf die grundlegenden Ergebnisse ihrer jahrzehntelangen diplomatischen Bemühungen zu verzichten? Einmal abgeschlossene Angelegenheiten kann man ohne gravierende Gründe ohnehin nur schwer zum Thema neuer Verhandlungen machen. Nun, heute ist von den offenen Fragen, die der Zweite Weltkrieg hinterließ, nur noch eine einzige in der Schwebe: die Siegermächte haben mit den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches noch keinen formellen Friedensvertrag geschlossen.

Hier müßte man also ansetzen; jede Veränderung könnte sich zwangsläufig nur aus der Regelung der deutschen Frage ergeben. Doch auch das ist kein Zufall, daß das Thema des deutschen Friedensvertrags in den siebziger Jahren gemieden wurde, als die Grenzen von 1945 in Europa anerkannt wurden, als der Status Berlins festgeschrieben wurde und die DDR und die

BRD als vollwertige eigenständige Staaten in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurden. Bei einem Friedensvertrag müßte nämlich öffentlich und eindeutig entschieden werden, ob die Teilung Deutschlands endgültig sein oder nur eine Übergangssituation darstellen soll. Ich glaube nicht, daß die Deutschen mehrheitlich bereit wären, die endgültige Teilung der deutschen Nation hinzunehmen; einer der deutschen Staaten, die BRD, identifiziert sich mit der Idee der Wiedervereinigung sogar in seiner Verfassung. Die völkerrechtliche Sanktionierung der Teilung würde also auf außergewöhnlich starken Widerstand stoßen. Doch das würde die Wiedervereinigung auch. Und, was wir nicht vergessen dürfen, keineswegs nur seitens der Sowjetunion. Sicher würde eine solche Aussicht bei den beiden großen Nachbarn Deutschlands in Ost und West, also Frankreich und Polen, ernsthafte Beunruhigung auslösen. Daraus folgt, daß die Regelung der deutschen Frage bestenfalls das Ergebnis, niemals aber der Ausgangspunkt einer umfassenden europäischen Neuordnung sein kann.

Daß Jalta mit friedlichen Mitteln außer Kraft gesetzt wird, erscheint also nur als eine in weiter Ferne liegende Möglichkeit; für absehbare Zeit müssen wir wahrscheinlich den in Jalta gesteckten Rahmen als gegeben hinnehmen. Und damit sind wir beim zweiten Strang unseres Dilemmas angelangt: Wenn der Status quo in Europa weiterhin auf dem Abkommen von Jalta beruht, muß dann wirklich gelten, daß die Sowjetunion in den besetzten Teilen Osteuropas freie Hand hat – bis hin zur militärischen Aggression? Die Antwort ist gar nicht so eindeutig, wie man es angesichts der Erfahrungen der letzten 40 Jahre glauben könnte. Die Vereinbarungen von Jalta enthalten zwar ursprünglich Punkte, die so ausgelegt werden können, daß sie auch noch die Tolerierung der Aggression decken. Doch nichts beweist, daß eine solche Auslegung mit den gemeinsamen Intentionen aller Verhandlungspartner in Einklang steht; unter den Dokumenten der Konferenz befindet sich sogar eines, das sich eindeutig dagegen ausspricht, nämlich der Text der »Deklaration über das befriedete Europa«, der die Botschaft der Atlantik-Charta wiederholt: die Alliierten werden die Legitimität nur solcher Regierungen anerkennen, die durch freie Wahlen an die Macht kommen und die die grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte garantieren. Solange keine Wahlen abgehalten werden können, müssen in den provisorischen Regierungen alle demokratischen Kräfte repräsentiert sein. Wörtlich genommen, schließt diese Erklärung aus, daß irgendeine der alliierten Mächte sich berechtigt fühlen könnte, freie Wahlen durch Anwendung von Gewalt zu verhindern, freigewählte Regierungen zu beseitigen, nicht frei gewählten Regierungen an die Macht zu verhelfen oder sie an der Macht zu halten. Dies möchte ich die »atlantische Interpretation« des Jalta-Abkommens nennen.

Wahr ist, daß diese strengen Verbote bei dem ersten strittigen Punkt bereits in Jalta selbst übertreten wurden. Die Frage lautete, welche polnische Regierung von den Alliierten anerkannt werden sollte. Die politischen Führer der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gingen von der Rechtskontinuität des polnischen Staates vor dem 1. September 1939 aus und betrachteten dementsprechend die Londoner Exilregierung als die legitime Regierung Polens. Die Sowjetunion, die 1939 das Hoheitsgebiet des polnischen Staates unter sich und Nazi-Deutschland aufgeteilt hatte, nahm im Juni 1941 mit dieser Exilregierung diplomatische Beziehungen auf, zog ihre Anerkennung aber 1943 zurück, und als ihre Truppen polnischen Boden betraten, rief sie in Lublin ein aus Kommunisten und ihren Sympathisanten rekrutiertes Befreiungskomitee ins Leben, das im Herbst 1944 seinen Sitz nach Warschau verlegte und dort als provisorische Regierung seine Tätigkeit aufnahm.

Im Sinne der »Deklaration« war die sowjetische Position völlig unhaltbar. Stalin argumentierte aber nicht mit den Idealen von Demokratie und Souveränität. Er berief sich auf die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion: die Londoner Exilregierung sei antisowjetisch eingestellt, und die Sowjetunion könne es sich nicht leisten, daß eine die neu festgelegten Grenzen nicht akzeptierende Regierung an die Macht käme. Besonders nicht in Polen, das in den beiden letzten Kriegen den Deutschen als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion gedient hatte. Den Argumenten Stalins verliehen die blutigen Verluste des Sowjetvolkes ein gewisses moralisches Gewicht, gegenüber dem sich – der Krieg war noch voll im Gange – weder Churchill noch Roosevelt unempfindlich zeigen konnten. Doch schwerer als Emotionen wogen sicher die Realitäten (Polen wurde von der Sowjetarmee besetzt) und die Interessen (Churchill wünschte die Position Großbritanniens auf dem Balkan zu stärken, und Roosevelt war vor allem an dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan interessiert). Was immer den Ausschlag gegeben haben mag, eins ist sicher, die westlichen Partner haben klein beigegeben. Trotzdem müssen wir festhalten: das Recht der Sowjetunion, bestimmen zu können, welche Regierungen in ihrer Nachbarschaft an die Macht kommen sollten, wurde nur mit gewissen Vorbehalten akzeptiert. Die Westmächte haben die Lubliner Regierung in ihrer damaligen Zusammensetzung nicht anerkannt und bestanden auf einer Art Fusion beider polnischer Kabinette. Und doch, die Prinzipien der »Deklaration« sind verraten worden. Dieser Ausgang der Auseinandersetzungen um die Regierung in Polen wurde zum Präzedenzfall, zur Grundlage für eine andere Art der Auslegung des Jalta-Abkommens. Ich möchte sie als die »Lubliner Interpretation« bezeichnen.

Es schien damals, als handle es sich nur um ein provisorisches Zugeständnis, denn Churchill, Roosevelt und Stalin waren sich auch darin einig, daß in

Polen innerhalb weniger Monate Wahlen stattfänden – wodurch die Diskussion darüber, welche polnische Regierung anerkannt werden sollte, hinfällig werden würde. Wenn aber einer Regierung die Anerkennung mit dem Argument verweigert werden konnte, daß sie die Interessen der Sowjetunion bedrohe, warum sollte man dann mit einer frei gewählten neuen Regierung nicht ebenso verfahren können? Auf die Frage, welche Rechte der Sowjetunion in den Ländern, die durch die Sowjetarmeen besetzt wurden, zustanden, haben die Dokumente von Jalta zwei einander widersprechende Antworten ermöglicht: eine »atlantische« und eine »Lubliner«.

Bevor wir weitergehen, müssen wir festhalten: die beiden waren grundsätzlich nicht unvereinbar. Es war ja vorstellbar, daß es gelingen könnte, eine Regierungsform zu finden, die den Grundsätzen der Demokratie und zugleich den Ansprüchen auf Einflußnahme seitens der Sowjetunion entsprechen würde. Auf eine solche Lösung zielte zum Beispiel der Kompromiß im September 1945 in Ungarn ab, als die Regierungsparteien sich untereinander und mit dem Chef der Alliierten Kontrollkommission einigten: es sollten zwar reguläre, kompetitive Wahlen stattfinden, doch das daraus hervorgegangene Kabinett sollte unabhängig von der Mandatsverteilung im Parlament gebildet werden. Die Frage ist natürlich: Wie groß darf der Abstand zwischen dem Kräfteverhältnis in einem Parlament und der Exekutive sein, damit ein Regime auf die Dauer stabil bleibt? In Ungarn schienen die Voraussetzungen für eine solche Lösung verhältnismäßig günstig.

In Rumänien, in Bulgarien, vor allem aber in Polen waren sie viel schlechter. Doch die Alliierten haben sich nicht gefragt, ob eine Kompromißlösung, die zwischen der »atlantischen« und der »Lubliner« Interpretation der Vereinbarungen vermittelt hätte, mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen dieser Länder vereinbar war oder nicht. Es ist ihnen nicht einmal gelungen, untereinander zu einem Kompromiß zu kommen.

Als man sich in Jalta zusammensetzte, hatte die antifaschistische Koalition bereits ihren Höhepunkt überschritten. Die Nazi-Gefahr war nicht mehr so gravierend, daß sie die ideologischen und Machtrivalitäten zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Mächten hätte mildern können. Im Gegenteil, kaum begann die Etablierung in den Ländern Mittel- und Osteuropas, kamen sie verstärkt zum Vorschein. Doch die endgültige Trennung schien noch abwendbar, niemand ahnte, wie nahe sie bevorstand. So lag es nahe, den in solchen Fällen üblichen diplomatischen Kunstgriff anzuwenden: wo es nicht gelungen war, Einigkeit der Standpunkte zu erzielen, wurden in den Dokumenten der Konferenz bewußt dunkle Formulierungen gewählt. Daß die Lösungen in der Schwebe gehalten wurden, hat die Sowjetunion begünstigt. In den auf Jalta folgenden Monaten hat sie

den westlichen Verbündeten eine Zustimmung nach der anderen zu Entscheidungen abgerungen, die einer »atlantischen Interpretation« der Jalta-Vereinbarungen widersprachen, ja sogar zu solchen, die es fraglich erscheinen ließen, ob die in die »Lubliner Interpretation« eingebauten Einschränkungen überhaupt noch einen Sinn ergaben. Als erstes hat die Sowjetunion ihren Standpunkt in der Frage der Umbildung der polnischen Regierung den Partnern aufgezwungen: es gab keine neue Regierung, sondern die Lubliner Regierung wurde um ein paar Minister der Londoner Exil-Regierung erweitert. Als nächstes hat sie in der Krise um Rumänien und Bulgarien eine Lösung zum eigenen Vorteil erzwungen. Der König von Rumänien verzichtete auf seine Forderung, die nicht repräsentative Regierung Grozas müsse zurücktreten, und erreichte im Tausch dafür, daß zwei oppositionelle Politiker in die Regierung berufen wurden. In Bulgarien verzichteten die Westmächte auf die Anfechtung der Einheitslistenwahl im Tausch gegen eine ähnliche Erweiterung des Kabinetts. Doch je offensichtlicher wurde, daß es kein Halten mehr gab, desto nachdrücklicher bestritten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Berechtigung der »Lubliner Interpretation«. Von Ende 1945 an kehrten die angelsächsischen Mächte immer entschiedener zur »atlantischen« Rhetorik zurück, beschuldigten die Sowjetunion der Verletzung der Jalta-Vereinbarungen und begannen sich so zu verhalten, als hätten Churchill und Roosevelt Stalin nie das Recht zugestanden, die geopolitischen Interessen der Sowjetunion über die Prinzipien der »Deklaration über das befreite Europa« zu stellen.

Stalin wurde durch die Verschlechterung der Beziehungen keineswegs gebremst, eher angetrieben. Je weniger er auf einen dauerhaften Kompromiß hoffen konnte, desto weniger war er bereit, die »Lubliner Interpretation« in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Und dabei beschuldigte er seine ehemaligen Verbündeten, sie würden – unter dem Vorwand, die atlantische Idee zu verteidigen – Kriegsvorbereitungen treffen, um den Status quo gewaltsam zu verändern. Die Jalta-Vereinbarungen zerfielen in zwei antagonistische Interpretationsstränge – der Kalte Krieg erreichte seinen Höhepunkt.

Zwischen 1945 und 1947 hat sich also keine einheitliche, ausreichend geklärte Auslegung des Jalta-Abkommens herauskristallisiert, auf die die Großmächte am Ende des Kalten Krieges hätten zurückgreifen können. Unter dem, was sie vorfanden, konnten sowohl die Demokratisierung der sowjetisierten Länder Osteuropas und die Wiederherstellung ihrer Souveränität verstanden werden (sofern sich die Sowjetunion mit den Sicherheiten zufriedengibt, die ihr souveräne und demokratische Regierungen bieten können) als auch die restlose Sowjetisierung der Region und die periodische militärische Intervention der UdSSR (soweit die westliche Seite sich mit Gegenleistungen zufriedengibt, die damit in Einklang zu bringen sind).

Erst später, nach 1956 und 1968, wurde klar, was Jalta eigentlich bedeutet. Die Niederwerfung der ungarischen Revolution und die Okkupation der Tschechoslowakei haben gezeigt, daß ein Einvernehmen mit der Sowjetunion weder aufgrund der »atlantischen Interpretation« noch aufgrund eines Kompromisses zwischen »atlantischer« und »Lubliner Interpretation« möglich ist.

Merkwürdigerweise hat diese harte Lehre ebenso zur Entspannung beigetragen wie der Abbau des stalinistischen Terrors, die Abnahme der wirtschaftlichen und kulturellen Isolation des sowjetischen Weltsystems und die Entstehung eines annähernden strategischen Gleichgewichts. Die Ereignisse von 1956 und 1968 haben die westliche Seite nämlich der Illusion beraubt, die Sowjetisierung Osteuropas könnte als temporärer Zustand aufgefaßt werden. Damit öffnete sich der Weg zur Klärung der Inhalte des Jalta-Abkommens, der Weg zu einer gemeinsam erarbeiteten Auslegung. Die Westmächte haben anerkannt, daß die Regierungen sowjetischen Typs in Osteuropa legitime Regierungen sind, und auch – zumindest in der Geheimdiplomatie –, daß die Sowjetunion, falls die Macht dieser Regierungen in Gefahr gerät, das Recht hat, Gewalt einzusetzen. Im Tausch dafür haben die Westmächte versucht, der anderen Hälfte der Vereinbarungen von Jalta einen exakteren, einklagbaren Inhalt zu geben, was der Handlungsfreiheit der Sowjetunion in dieser Region bis zu einem gewissen Grad Grenzen setzt. Von institutionalisierter Opposition, von Regierungen repräsentativen Charakters kann selbstverständlich nicht mehr die Rede sein.
Aber es scheint, daß die Anerkennung der Regierungen sowjetischen Typs nicht im Widerspruch dazu steht, daß der Schutz der Menschenrechte in internationalen Vereinbarungen kodifiziert wird. Diese Aufgabe fiel der UNO-Charta der Menschenrechte zu und dem sogenannten »dritten Korb«, der Schlußakte von Helsinki, die die Freizügigkeit der Menschen und den freien Austausch von Ideen beschreibt. Bis Mitte der siebziger Jahre ist also erstmals eine etwas einheitlichere und von allen Partnern anerkannte Auslegung des Abkommens von Jalta entwickelt worden, die ich im weiteren die »Helsinki-Interpretation« nennen möchte.
Es schien, als ob die »Helsinki-Interpretation« geeignet sei, für lange Zeit geregelte Verhältnisse in Europa zu schaffen. Die sowjetischen Führer haben all das bekommen, was die Westmächte ihnen nach 1945 nicht zugestehen wollten: die Anerkennung der in den Friedensverträgen festgelegten Grenzen, die Anerkennung der sowjetischen Einflußsphäre in Mittel- und Osteuropa und die internationale Anerkennung der Regime sowjetischer Prägung in der Region. Für dieses Resultat schien die Menschenrechtsklausel kein zu hoher Preis, umso weniger, als es in der Praxis

nur um sehr wenige und gut kontrollierbare Konzessionen ging. Auf diesen Punkt möchte ich später noch einmal zurückkommen.
Doch auch die westliche Seite mußte sich nicht als Verlierer fühlen, da einige konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten: die Regelung der Situation Berlins und etwas mehr Freizügigkeit für die Bürger beider deutschen Staaten. Noch wichtiger schienen langfristig die Hoffnungen, die man hegte. Man konnte damit rechnen, daß die völkerrechtliche Sicherung der Menschenrechte sowie die größere Freizügigkeit das Leben in den Ländern der Region allmählich erträglicher machen würden. Dadurch würden die von der Sowjetunion abhängigen Regierungen auch von der Bevölkerung bis zu einem gewissen Grad als legitim angesehen werden; das Nachlassen der politischen Spannungen könnte Veränderungen in Richtung eines pluralistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Gang setzen. Die Bedeutung des Helsinki-Abkommens wurde vom gesamten offiziellen Westen – von Henry Kissinger bis Willy Brandt – in diesem Sinne verstanden.
Doch der Kompromiß erwies sich als ebenso labil wie der ursprüngliche. Zu seinem Mißlingen haben eine Reihe von Ereignissen beigetragen, so das Scheitern der Abrüstungsbemühungen, die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion, die Krise in Mittelamerika und vieles andere mehr. Allerdings: der Kompromiß von Helsinki hatte von vornherein seine Tücken. In besagtem Dokument ist der Begriff der Menschenrechte äußerst weit gefaßt. Es fehlt kaum etwas: Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit; andererseits wurde das Recht auf Arbeit aufgenommen, und sogar das Recht auf Erholung fehlte nicht. Das lädt von vornherein zur Verletzung der grundlegenden Rechte ein. Kein Staat ist in der Lage, seinen Bürgern alle guten Dinge, die als Menschenrechte deklariert werden, auf einmal zu garantieren. Die Sowjetunion und die Staaten ihrer Einflußsphäre können der Kritik leicht begegnen, indem sie darauf hinweisen, daß bei ihnen von den »positiven« Rechten vielleicht noch zu wenige, von den »materiellen« dafür umso mehr verwirklicht wurden. Das wäre noch nicht so schlimm. Aber das eigentliche Übel ist, daß zwischen der Rhetorik und den tatsächlich verwirklichten Zielen heute Lichtjahre liegen, ebenso wie seinerzeit im Falle der »atlantischen Interpretation«.
Als die Westmächte die grundlegenden bürgerlichen Freiheitsrechte von der Sowjetunion anerkennen ließen, haben sie augenscheinlich nicht daran gedacht, daß diese Vereinbarungen osteuropäische Gruppen, unabhängige Organisationen und Institutionen ermuntern und die Gründung einer unabhängigen Presse befördern würden. Sie haben mit viel bescheideneren Ergebnissen gerechnet: Erleichterungen für Auswanderungswillige, einen allgemein regeren Verkehr zwischen Ost und West, ein paar westliche Zeitungen und Magazine an den Kiosken und ähnliches. *Dafür* hätten sie

mit der Sowjetunion, wenn auch nicht reibungslos, zusammenarbeiten können. Das KOR, die Charta 77, die Gründung der sowjetischen Helsinki-Gruppen, die Verbreitung der unabhängigen Presse haben aber eine unerwartete Konfliktsituation geschaffen. Die Sowjetunion handelte erneut wie 1945-47: einmal im Besitz der faktischen Macht, hat sie kein Jota nachgegeben. Die Verfolgung der sowjetischen Dissidenten hat beispiellose Ausmaße erreicht, die tschechoslowakischen Gewaltorgane gingen mit gnadenloser Härte gegen die Aktivisten der Charta 77 vor, und als das KOR sich zu einer breiten Arbeiterbewegung entfaltete und die Solidarność entstand, hat sich die Situation von 1956 und 1968 wiederholt: der manifeste Wille der Gesellschaft wurde mit unverdeckter Gewalt beantwortet. Die Westmächte konnten es weder verhindern noch schlucken. So hat sich der »Helsinki-Konsens« ebenso in zwei antagonistische Interpretationsstränge gespalten wie seinerzeit die Jalta-Vereinbarungen: die eine Seite schwenkt die Fahne der allgemeinen Menschenrechte, die andere wiederholt unermüdlich, daß die Vorwürfe nur ein Vorwand seien, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten einzumischen. Das ist die Situation heute, 40 Jahre nach Jalta und 10 Jahre nach Helsinki.

Wenn wir uns dem am Anfang beschriebenen Dilemma wieder zuwenden, müssen wir feststellen, daß die gängige Jalta-Interpretation uns zu falschen Fragestellungen verführt. Das ursprüngliche Jalta-Abkommen sagte nämlich nichts über das Recht der Sowjetunion, zugunsten der politischen Systeme in den besetzten Ländern Gewalt anwenden zu dürfen. Dieses Zugeständnis ist ein Teil der Geschichte der Auslegung von Jalta. Aber diese Auslegung hat zwischen 1976 und 1981 jede Grundlage verloren. Die Zukunft Europas hängt nicht wenig davon ab, was an ihre Stelle gesetzt wird. So wie in absehbarer Zukunft nicht damit zu rechnen ist, daß die Vereinbarungen von Jalta außer Kraft gesetzt werden, ist es auch sicher, daß eine Neuinterpretation unvermeidlich geworden ist. Die Frage muß deshalb lauten: Können wir eine Auslegung der Vereinbarungen von Jalta erreichen, die einerseits der Sowjetunion nicht mehr das Recht auf Gewaltanwendung zugesteht und die andererseits gewisse minimale Grundpostulate der Menschenrechte wirkungsvoller als bisher zu schützen vermag? Davon hängt mit ab, ob die Länder Osteuropas gesellschaftlich und wirtschaftlich den Ausweg aus der Sackgasse finden. Und davon hängt auch die Stabilität des Status quo in Europa ab.
Die Lehre aus dem Kalten Krieg scheint auf den ersten Blick nur enttäuschend: versucht man die Sowjetunion zu zwingen, sich in ihrem Einflußbereich Beschränkungen zu unterwerfen, die sie von sich aus nicht einhält, wird sie bloß zu einer immer feindseligeren Haltung getrieben. Es ist wahr,

daß Lösungen, die für die Sowjetunion unannehmbar sind, die Stabilität nicht garantieren. Doch wir dürfen nicht davon ausgehen, daß die Sowjetunion all das, was sie vor vierzig Jahren noch ablehnen konnte, auch heute ablehnen kann. Zwischen 1945 und 1948 war die Sowjetunion noch eine herkömmliche Landstreitmacht, ihr kultureller und wissenschaftlicher Überbau war isoliert und die materielle und geistige Ausbeutung ihrer Einflußsphäre eine noch ausreichende Quelle für ihre eigene Entwicklung. Heute dagegen ist die Sowjetunion im strategischen Sinn eine Weltmacht, militärisch unvergleichlich viel stärker als am Ende des Zweiten Weltkriegs, und diese Stellung zwingt sie dazu, zu den Vereinigten Staaten eine wie immer geartete geregelte Beziehung zu unterhalten. Das zum Rüstungswettbewerb und zur wirtschaftlichen Entwicklung notwendige Kapital und die dazu erforderliche moderne Technik kann sie von den osteuropäischen Staaten, die sie seit 1945 auf ihr eigenes Niveau heruntergedrückt hat, nicht mehr bekommen – nicht einmal mehr das zur Versorgung der Bevölkerung notwendige Getreide. Sie ist durch tausend Fäden mit der Welt außerhalb ihrer Einflußsphäre verbunden – würde sie die vollständige Isolation wählen, hätte das für sie unabsehbare Folgen.

Die Lehre aus der Entspannungsperiode ist bei weitem komplexer, auch wenn die Debatten über die Menschenrechte heute gespenstisch an die unfruchtbaren rhetorischen Gefechte um freie Wahlen zwischen 1945 und 1947 erinnern. Doch der Streit hat sich damals nicht entzündet, weil die Westmächte von der Sowjetunion unrealistisch viel verlangt hätten; sie hätten sich auch mit bescheideneren Zugeständnissen, als den erreichten begnügt. Vielmehr hat sich Osteuropa mit dem unrealistisch Wenigen, über das die Sowjetunion und ihre westlichen Verbündeten Einigkeit erzielt zu haben glaubten, nicht begnügen wollen. In der Zeit des Kalten Krieges wurde jeder lokale Widerstand durch totalitären Terror gebrochen. Als die Unterdrückung aber nachließ und berechenbarer wurde, konnte dauerhafte Ruhe in der Region anders als durch annehmbare Zugeständnisse nicht mehr gewährleistet werden. Nicht allein die Lösungen, die für die Sowjetunion unannehmbar sind, gefährden die Stabilität, sondern auch die, mit denen die Völker Osteuropas nicht leben können.

Nach 1956 und 1968 konnte die Sowjetunion Zugeständnisse anbieten, durch die sich Osteuropa vorübergehend zur Ruhe bringen ließ. Nach 1956 waren das die Normalisierung des täglichen Lebens, die zweite »kleine« Entstalinisierung und vor allem der auf den sowjetischen Rohstofflieferungen basierende Investitionsaufschwung; nach 1968 die größere Toleranz gegenüber den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Westen und wiederum die billigen Rohstoffe und Energieträger, die zu einem erneuten Investitionsaufschwung führten. Nach 1981 konnte die Sowjet-

union nichts mehr anbieten. Sie schränkt ihre Lieferungen ein, erhöht die Preise und versucht, die Länder der Region zur Selbstversorgung innerhalb des Comecon zu drängen. Zugleich läßt sie die für ihre eigenen Investitionen notwendigen westlichen Investitionsgüter nach Möglichkeit von diesen Ländern bezahlen. Unter diesen Umständen darf sie nicht damit rechnen, in Osteuropa aus eigener Kraft Ordnung schaffen zu können. Natürlich dürfen auch wir nicht damit rechnen, daß sie sich aus der Region zurückzieht. Deshalb ist das Angebot des KOR unverändert aktuell. Was sich aus ihm entwickeln kann, hängt davon ab, welchen Stellenwert die Vereinbarungen von Jalta in der Gestaltung der Beziehung der Mächte, die den europäischen Frieden garantieren, gewinnen werden.

Aus dem Ungarischen von Anne Nass

Hans Mommsen
Ostpolitik als Deutschlandpolitik?

Die offiziellen Feierlichkeiten der Bundesregierung anläßlich des vierzigsten Jahrestages des 8. Mai 1945 waren ein westlicher Import von D-Day, unzulänglich zugeschnitten auf die Bedingungen der Bundesrepublik, und, wie erinnerlich, eine Kette von Peinlichkeiten. Der Streit um die Begegnung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bitburg und Bergen-Belsen hat einen symptomatischen Tatbestand in den Hintergrund gerückt: Die Sowjetunion und ihre heutigen Verbündeten wurden von der Geste des Vergessenwollens ausgeschlossen. Ronald Reagans Rede vor dem Hambacher Schloß an die »deutsche Jugend«, eine fatale Erinnerung an gestellte und bestellte Versammlungen in autoritären und totalitären Regimen, gipfelte in der Aufforderung zur gemeinsamen Abwehr der Gefahr des Weltkommunismus und im Lobgesang auf die demokratische Freiheit des Westens. Solche Töne waren bei diesem Anlaß wenig angebracht, und sie lösten keine Begeisterung aus. Allzu deutlich war der Rückfall in die Phraseologie des »Kalten Krieges«, wenngleich die offiziellen Reden mit Bekundungen des Friedenswillens garniert waren.
Osteuropa als der vom Zweiten Weltkrieg und der nationalsozialistischen Genozidpolitik am meisten heimgesuchte Teil unseres Kontinents fiel aus der nationalen und internationalen Rückbesinnung jenes Tages weitgehend heraus. Es gab Ausnahmen, gewiß, wie die Einladung an die Bürgermeister jener Städte, die vom Terror des Dritten Reiches besonders betroffen waren – viele davon aus Ostmittel- und Osteuropa – nach Nürnberg, und es gab manche lokale Veranstaltung, die andere Akzente setzte, wie jene Gedenkfeier in Dortmund, auf der man sich der brutalen Ermordung polnischer Häftlinge und Zwangsarbeiter in der Bittermark im April 1945 durch die SS erinnerte. Im ganzen aber blieb die osteuropäische Dimension des dort endgültig in den Holocaust übergehenden Kriegsgeschehens nur schwach ausgeleuchtet. Die Beiträge der westdeutschen Medien zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs spielten das auf die dauernde Vernichtung jeglicher staatlicher Gestaltung im gesamten Ostraum gerichtete Ziel der deutschen Führung in den Hintergrund. Gewiß erwähnten sie Auschwitz und die Einsatzgruppen und schilderten anhand der deutschen Kriegsberichterstattung Zerstörungen und tödliche Gewalt. Aber der Ostfeldzug geriet in die

Perspektive eines Naturereignisses, der unabwendbaren kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland, die infolge von Hitlers Hybris und des Versagens der deutschen Generäle sich aus anfänglichen Siegen in eine unabwendbare Niederlage verwandelte. Die Terrorhandlungen gegen Juden und »Fremdrassige« erschienen als letztlich vermeidbarer, tief bedauerlicher Nebenkriegsschauplatz Heinrich Himmlers und der SS. Daß die Wehrmacht für die verbrecherischen Befehle weitgehend selbstverantwortlich war, daß ihr Einlenken in die Bahn eines ideologischen Vernichtungskrieges den Schergen Himmlers erst die Möglichkeit zur systematischen Massenvernichtung geschaffen hatte, daß schließlich der Tod von mehr als drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener in ihre überwiegende Verantwortlichkeit fiel, das wurde allenfalls am Rande ausgesprochen.
Gewiß wird man sich vor Generalisierungen hüten müssen. Die westdeutsche Geschichtswissenschaft hat in den letzten zwei Jahrzehnten mancherlei getan, um die dunkelsten Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkriegs aufzudecken. Das gilt für die »Endlösung der Judenfrage«, wenngleich eine deutsche Gesamtdarstellung spürbar fehlt, gilt auch für die Kriegsgefangenenfrage und die wirtschaftliche Ausbeutung der okkupierten Gebiete. Die Lage und die Überlebensstrategien der deutscher Herrschaft unterworfenen slawischen Völker kamen demgegenüber zu kurz, was sicherlich nicht primär auf die Unverfügbarkeit der einschlägigen Quellen, sondern mehr auf Desinteresse zurückzuführen ist. Zu sehr ist die zeitgeschichtliche Forschung der Bundesrepublik mit der Aufarbeitung der Mechanismen des verbrecherischen Herrschaftssystems Hitlers befaßt, um sich dem Schicksal der Opfer zuzuwenden und das ganze Ausmaß der Katastrophe Ost- und Ostmitteleuropas in den Blick zu nehmen, die durch den Zweiten Weltkrieg, und nicht erst durch die militärisch sinnlose Politik der »Verbrannten Erde«, herbeigeführt worden ist. Immerhin gewinnt gerade bei Jüngeren das Interesse an diesen Vorgängen an Boden, so wenig deren Grauenhaftigkeit den in der Nachkriegszeit Aufgewachsenen hinreichend vermittelt werden kann.

In den zwanziger Jahren richtete sich das Interesse der deutschen Intelligenz überwiegend nach Osten, und dies nicht nur im Sinne völkischen Lebensraumdenkens, das keineswegs ein Monopol des Nationalsozialismus war. Moeller van den Brucks Buch *Das Recht der jungen Völker*, bei seiner Entstehung primär auf die USA gemünzt, gab das Stichwort für die verbreitete Vorstellung einer Solidarität der »jungen«, unverbrauchten Ostvölker mit dem deutschen Volk, in Absetzung von den westlichen, dem Geist der kapitalistischen Industrie und dem Materialismus anheimgefallenen Nationen. Neben diesen den Siedlungsgedanken und die Großstadtfeindschaft begleitenden Ideen, mit denen die deutsche Innerlichkeit die

neoromantische Suche nach den unverbrauchten Werten eines ursprünglich christlichen Menschentums antrat, stand die im intellektuellen Lager allenthalben anzutreffende Idealisierung des Ostens, die Aneignung russischer und slawischer Kultur oder doch ihrer Versatzstücke. Dostojewski-Renaissance und Rußlandverehrung, in Poesie und Literatur dieser Jahre überall anzutreffen, deuteten eine Tendenz zur kulturellen Symbiose mit den slawischen Völkern an, die, trotz aller zivilisatorischen Amerikanisierung in den »Goldenen zwanziger Jahren«, in der Beziehung zum Westen kein Gegengewicht besaß.

Daß sich in diese sozio-kulturelle Gesamttendenz vielerlei falsche Töne mischten, liegt auf der Hand. Das Schlagwort von der »deutsch-slawischen Schicksalsgemeinschaft« wurde just in dem Augenblick erfunden, als die »Hakatisten« (der wilhelminische Ostmarkenverein) am Ende ihres Lateins und die Idee eines autonomen »Oststaats«, der sich dem Joch von Versailles widersetzte, ebenso wie das Abenteurertum der baltischen Freikorps an den machtpolitischen Realitäten gescheitert waren. Als das Deutsche Reich unter Hitler wieder zur militärischen Hegemonialmacht wurde, zerstoben die Träume von einer föderativen Vielvölkergemeinschaft in Giselher Wirsings »Zwischeneuropa«. Schon zuvor hatte es bei fast allen politischen Gruppen an Verständnis für das Lebensrecht der 1920 über die Armeen Marschall Tuchatschevskis siegreichen Polnischen Republik gefehlt.

Die Politik des Dritten Reiches hat die Frage, ob die ostmitteleuropäische Völkermischzone zum Vorbild eines multinationalen Zusammenlebens und fruchtbaren kulturellen Austauschs werden könne, buchstäblich ausgelöscht. Einer solchen Entwicklung standen freilich schon die Regelungen der Pariser Vorortsverträge, die sich einseitig dem westlichen Nationalstaatsprinzip verschrieben, im Wege. Die erklärte Absicht Hitlers und Himmlers, Tschechen und Polen und schließlich den Sowjetvölkern Intelligenz und kulturelles Leben zu nehmen, sie, wenngleich in abgestufter Form, zu Helotenvölkern herabzudrücken und möglicherweise geschlossen »weiter nach Osten«, jenseits des Ural, anzusiedeln, traf auch bei den nicht primär nationalsozialistisch eingestellten deutschen Funktionseliten auf wenig Widerstand. Es war zugleich der Nationalsozialismus, der – zunächst in den Verträgen mit Stalin über die deutschen Minderheiten in der Sowjetunion – die mehr oder minder gewaltsame Umsiedlung ganzer Bevölkerungen einleitete und somit indirekt für die Umsiedlung und Vertreibung der Deutschen jenseits von Oder und Neiße und im böhmisch-mährischen Raum Pate gestanden hat.

Der »Kalte Krieg« und die sowjetische Beherrschung Ostmitteleuropas vollendeten die Zerschlagung der sich in den zwanziger Jahren erneut anbahnenden, wenngleich stets brüchigen Symbiose. Der kulturelle Austausch durch den »Eisernen Vorhang« hindurch wurde weit mehr von den

Intellektuellen und Wissenschaftlern der Comecon-Staaten gesucht als von denjenigen der Bundesrepublik, die sich zunehmend nach Westen, insbesondere nach den angelsächsischen Ländern orientierten. Paradoxerweise war das Interesse an Kontakten mit Repräsentanten von Wissenschaft und Kultur der sozialistischen Länder in der Phase des auslaufenden »Kalten Krieges« stärker als in jener der sich durchsetzenden Détente, die seitens der marxistisch-leninistischen Machthaber mit einer Verschärfung der ideologischen Abgrenzung verknüpft war. Solange das westliche wie das östliche Blocksystem noch nicht als gänzlich erstarrt erschienen, solange es noch die Vision einer Liberalisierung in den sozialistischen Ländern gab und diese, zumal die DDR, ein Defizit an internationaler Anerkennung aufwiesen, bestand bei breiteren westdeutschen Kreisen ein Interesse an Gedankenaustausch und Konfrontation mit marxistisch-leninistischen Intellektuellen und nicht nur mit den Repräsentanten der inneren Emigration.
Das Ende des Prager Frühlings 1968 setzte hier eine wichtige Zäsur. Bis dahin konnte es noch die Illusion einer allmählichen Konvergenz der Systeme geben. Zwar endete damit nicht die nationale Differenzierung innerhalb des Ostblocks, aber die Hoffnung auf eine Öffnung nach Westen, die über streng kanalisierte Kontakte hinausreichte, war einstweilen zerstört. Daß sich in Polen mit der zur Volksbewegung werdenden Solidarność noch einmal die Perspektive einer politischen Autonomisierung auftat, erzeugte im Westen eine starke Faszination. Die weitgehend spontane Solidarität der westdeutschen Bevölkerung mit den Polen und die umfangreichen Hilfeleistungen bestätigten einmal mehr, daß die klassische Polenfeindschaft in der Bundesrepublik nicht mehr existierte. Herkömmliche antipolnische Klischees fanden sich weit stärker in der DDR und der Tschechoslowakei. Die Welle von Ausreisenden und Auswanderern verstärkten die sozialen Kontakte zwischen Polen und Deutschen. Aber die Ernüchterung, die die Politik des Jaruzelski-Regimes auslöste, warf zunehmend Schatten auf die zuvor engen kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte. Es ist offen, ob das westdeutsche Interesse an Polen nicht wieder abnimmt, wenn die Erkenntnis Platz greift, daß auch Polen, trotz seiner stark westeuropäischen Prägung, der sowjetischen Normalität nicht ausweichen kann.

Der Antikommunismus der Phase des Kalten Krieges hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die Westdeutschen das östliche Europa als einheitliches Gebilde wahrnahmen. Das schloß touristische Sondererfahrungen nicht aus, die sich vor allem an Folklore und Cuisine, an städtebaulichen Residuen und unverbauten Landschaften orientierten. Häufig hing ein Mehr an Sympathien davon ab, daß sich Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei weniger abweisend zeigten als die DDR, deren überbürokratische

Einreisevorschriften und Aufenthaltsbeengungen, ganz abgesehen von den erhöhten Umtauschquoten, viele Reisende abschreckten. Ein wirkliches Verständnis der Lebensbedingungen und der politischen Einstellungen der ostmitteleuropäischen Völker erwuchs auch nicht aus der erfolgreichen Entspannungspolitik, die die sozialliberale Koalition als überfällige Normalisierung einleitete. Der hohe Grad nationaler Indifferenz, der die Westdeutschen im europäischen Vergleich auszeichnet, erweist sich als janusköpfig: positiv ist der Abbau tradierter nationaler Vorurteile, negativ das mangelnde Interesse an einem tieferen Verständnis der anderen. Es ist wohl mehr der Reiz der Fremdartigkeit als das Bewußtsein der europäischen Verwandtschaft im kulturellen und sozialen Leben, was den westdeutschen Touristen in den Bann zieht; dabei begünstigt das Gefühl ökonomischer Überlegenheit allzu häufig paternalistische Einstellungen.

Für die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung war es eine Erleichterung, als Willy Brandt mit dem Moskauer, dem Warschauer und dem Grundlagenvertrag die bis dahin festgehaltenen Fiktionen der Wiedervereinigung und Wiedergewinnung wenigstens von Teilen des jenseits von Oder und Neiße gelegenen deutschen Gebiets beiseiteräumte. Allerdings geschah das auf Kosten von politischen Konzessionen an die Opposition, die bis heute die deutsche Ostpolitik belasten. In der Reaktion der Öffentlichkeit verband sich die Einsicht, daß der Bundesrepublik infolge des starren Festhaltens am Alleinvertretungsanspruch eine ostpolitische Isolierung drohe, mit dem untergründigen Bedürfnis der Bürger, nicht länger in unfertigen Verhältnissen zu leben, sondern sich im Rahmen der Bundesrepublik einzurichten. Die als Fiktion betrachtete Formel von der »Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit« lag weitab von den reellen Interessen der großen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Mit der Anerkennung der DDR, wenngleich unter Beibehaltung besonderer deutsch-deutscher, nicht völkerrechtlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten, akzeptierte die deutsche Politik ein fait accompli, das, wie sich im Lichte der jüngst zugänglich gewordenen britischen Akten zeigt, im Grunde schon 1946 vollzogen war.

Die zuerst von Egon Bahr formulierte Strategie des »Wandels durch Annäherung« rief zunächst euphorische Erwartungen hervor, die alsbald einer Ernüchterung Platz machten. Eine Alternative zur Politik der »menschlichen Erleichterungen« und der Sicherstellung eines Mindestmaßes an Kommunikation gab es nicht. Die westlichen Bündnispartner waren ohnedies zu der Einsicht gelangt, daß Schritte in Richtung auf eine Wiedervereinigung den Entspannungsprozeß bedrohten; Adenauers Junktim zwischen Westintegration und Lösung der deutschen Frage hatte sich längst als Illusion herausgestellt. Es wäre absurd, unseren westlichen Verbündeten ein ernstliches Interesse an einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu

unterstellen, wie dies die künstlich beibehaltenen diplomatischen Sprachregelungen nahelegen. Die gereizte, an den Panthersprung nach Agadir erinnernde deutsche Reaktion auf die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti über eine mögliche Regenerierung »alldeutscher« Bestrebungen in der Bundesrepublik zeigt freilich an, daß bei Teilen der gegenwärtigen Regierungsparteien noch immer mit deutschlandpolitischen Illusionen gespielt wird, die die übergroße Mehrheit der Westdeutschen nicht teilt.
Der neuerliche Streit um die »Offenhaltung der deutschen Frage« zeigt, daß auch nach der Brandtschen Ostpolitik die vor allem innenpolitisch geprägte Debatte über die deutsche Frage weitgehend künstlich ist. Gäbe es in der Bundesrepublik auch nur ansatzweise einen elementaren, auf die Wiederherstellung des Nationalstaats gerichteten Nationalismus, erübrigten sich derartige Formeln, die die Vorstellung implizieren, der nationale Zusammenhalt lasse sich durch taktische Arrangements und moralische Appelle, mit Berlin- und DDR-Besuchen westdeutscher Jugendlicher und mit nationalpolitischer Unterweisung in den Schulen herbeizwingen. Tatsächlich breitet sich Desinteresse am Ergehen der Bevölkerung in der DDR aus, allen sozialpaternalistischen Beschwörungen der besonderen Sorgepflicht zum Trotz. Gewiß gibt es Hilfsbereitschaft, auch Besuche zwischen Verwandten, aber für die Jugend in der Bundesrepublik ist die DDR ein fremdes Land, für das sie keineswegs tiefere Gefühle hegt als für die westlichen Nachbarstaaten. Es gibt für sie keine verbindliche und bindende Tradition, die nationales Engagement begründen würde.

Hinter den offiziellen Tabus, die die Anwendung des Nationsbegriffs auf die Bundesrepublik ausschließen, bricht sich ein selbstbewußtes westdeutsches Nationalgefühl Bahn, das mit der Überlieferung des Bismarckreichs nichts mehr gemein hat und gegenüber der DDR ein Bewußtsein der Überlegenheit herauskehrt. Das Schwinden gesamtdeutscher Solidarität motiviert jedoch die vornehmlich von »neuen« Neokonservativen vorgetragene Klage über die »deutsche Neurose«, über den Verlust einer an die Bismarcksche Reichseinheit anknüpfenden nationalen Identität. Auch aus der Perspektive Ostmitteleuropas erscheint das Zurücktreten der nationalstaatlichen Tradition in der Bundesrepublik eher als verwirrend, sosehr es dem zähen Pochen der Staaten des Warschauer Pakts auf Unabänderlichkeit des territorialen Status quo entgegenkommt. Denn der ostmitteleuropäische Raum ist bis heute durch eine ungebrochene Kontinuität des nationalen Bewußtseins seiner Völker geprägt.
Gleichwohl handelt es sich bei der in der Bundesrepublik – weit weniger in der DDR – auftretenden Tendenz zur Binationalisierung nicht einfach um eine deutsche Anomalie. Überall in Europa verliert der klassische National-

staat, der wesentliche Funktionen an transnationale Einheiten abgegeben hat, gegenüber regionalen Bindungen, die häufig nationalen Charakter annehmen, deutlich an Gewicht. Mit der Tendenz zur Regionalisierung wächst die Bereitschaft vieler Deutscher, sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten abzufinden, was einen kulturellen Austausch über die Grenzen des früheren Deutschen Reiches hinaus nicht ausschließt.

Die Bedingungen der fortgeschrittenen Industriegesellschaft haben einander überlagernde nationale oder nationsadäquate Solidaritäten erzeugt. Damit verlieren auch territoriale, ethnische oder national-kulturelle Abgrenzungskriterien an Verbindlichkeit. Nach den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und angesichts fortschreitender Migrationsprozesse, die die ethnische Durchmischung verstärken, besitzt die Beschwörung der »nation une et indivisible« als höchsten politischen Werts keine Glaubwürdigkeit mehr. Die Kunstbegriffe »gesamtdeutsch« und »Deutschland in den Grenzen von?« deuten darauf hin, daß die vom westlichen Nationalstaat abgelesene, aber auch dort nicht immer stimmige Vorstellung vom in sich geschlossenen Nationalstaat sich aufzulösen beginnt. Dem steht die Ungebrochenheit der nationalen Grundhaltung in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas gegenüber. Sie mag darin gründen, daß sie ein Mittel zur Einschränkung des sowjetischen, de facto vielfach großrussischen Hegemonieanspruchs darstellt.

Gewiß sind in nationalen Fragen eindeutige Prognosen nicht möglich. Gegenwärtig sind es die angelsächsischen Länder, in denen gegen alle Erwartung nationale Emotionen im Stil des 19. Jahrhunderts stark an Boden gewinnen, wie die Episode des Falklandkrieges, aber auch die neuen Formen des Nationalismus in den USA zeigen. In der Bundesrepublik ist mit der von der Regierung Kohl/Genscher eingeleiteten Politik der »Wende« die zuvor bestehende Tabuisierung radikal-nationalistischer Strömungen entfallen. Innerhalb der CDU/CSU gibt es Kräfte, die sich dem Glauben hingeben, sie könnten durch die Anknüpfung an die Bismarcksche Nationalstaatstradition und die Beschwörung der »Werte« der deutschen nationalen Geschichte die Legitimitätskrise des parlamentarischen Systems abfangen und SPD und Grüne der nationalen Unzuverlässigkeit bezichtigen. Paradoxerweise verknüpft sich dies häufig mit dem Vorwurf des »Anti-Amerikanismus«, der doch eigentlich ein Reflex des gestiegenen nationalen Selbstbewußtseins der Bundesrepublik ist.

Es liegt auf der Hand, daß es in nationalen Fragen eines langfristigen Abklärungsprozesses bedarf, um die Wunden vernarben zu lassen, die der von Hitler ins Sinnlose übersteigerte Nationalismus vor dem und im Zweiten Weltkrieg geschlagen hat. Dies gilt nicht nur für die von der nationalsozialistischen Kriegs- und Terrorpolitik am schwersten getroffenen Völker Ostmittel- und Osteuropas, sondern auch, in einem gewandel-

ten Sinne, für die Deutschen selbst. Wir müssen Abschied nehmen von einer jahrhundertewährenden, gewiß nicht konfliktlosen, aber für die gesamteuropäische Kultur fruchtbaren Symbiose zwischen den Deutschen und den slawischen Nationen. Auch eingedenk der Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft fällt es dem Rückblickenden nicht leicht, ohne schmerzliche Gefühle diesen Kulturbruch als irreversible Konsequenz der deutschen Politik seit Bismarcks Tagen hinzunehmen. Erst wenn die Erinnerung an den imperialistischen deutschen Nationalismus verblaßt ist, mag jene Symbiose einen neuen geschichtlichen Sinn bekommen. Für die Gegenwart aber gilt: Normalisierung im Sinne des in den Nachkriegsjahren verfestigten Status quo in Ostmitteleuropa einschließlich der deutschen Teilung bedeutet immer auch ein gewisses Maß an Enthistorisierung.

Die Zeit scheint noch nicht gekommen, in der sich das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Völkern Ostmitteleuropas so weit entkrampft hat, daß über das notgedrungen gemeinsame historische Erbe nicht mehr gerechtet und gehadert wird. Beim Studium der *Encyclopaedia Brittanica*, auf die nicht die Sprachregelungen der Diktatoren eingewirkt haben, sondern die Bequemlichkeit der Anpassung, gewinnt der Leser den Eindruck, als seien Breslau und Stettin niemals deutsche Städte gewesen. Trotz der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche gibt es in Polen historisierende Publikationen genug, die die Deutschen primär als rechtsbrechende Eroberer hinstellen, obwohl die deutsche Ostsiedlungsbewegung keineswegs durchwegs germanisierenden Charakter besaß, ja schwerlich an späteren nationalen Kategorien gemessen werden kann. Solange es der Fälschung der Geschichte bedarf, um die nach 1945 vollzogenen gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen plausibel erscheinen zu lassen, drohen einer tieferen psychologischen Normalisierung der Beziehungen zwischen den betroffenen Völkern ständig plötzliche Rückschläge.

Immerhin gibt es Anzeichen dafür, daß Willy Brandts Geste der Aussöhnung anläßlich des deutsch-polnischen Vertrags in der persönlichen Haltung vieler Deutscher und Polen fortwirkt. Daß beispielsweise der Sohn des vertriebenen pommerschen Gutsherrn mit den heutigen polnischen Bewohnern enge persönliche Beziehungen anknüpft und ihnen durch die Sammlung von westdeutschen Spenden dazu verhilft, die im Kriege eingeschmolzene Glocke der Dorfkirche zu ersetzen, ist eines von vielen Hoffnungszeichen. Demgegenüber ist die Gereiztheit, mit der die kommunistischen Machthaber auf die geringsten Spuren eines revanchistischen Nationalismus in Westdeutschland, ja auch nur die Erwähnung der Vertriebenen, reagieren, wenig dazu angetan, die Bereitschaft zur Kooperation zu fördern, zumal naheliegt, daß hiermit nationale Emotionen zum Zwecke der innenpolitischen Integration mobilisiert werden sollen. Denn Episoden wie das umstrittene Schlesier-Treffen sollten nicht überschätzt, die Gesamtheit der

1945 Ausgesiedelten nicht mit schmalen radikalen Randgruppen verwechselt werden.

Die politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern Ostmitteleuropas wurden in der Vergangenheit ganz überwiegend durch die Konflikte und die Fortschritte in der »deutschen Frage« geprägt. Die Fortentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und die Pflege eines gewissen politischen Vertrauens zwischen beiden deutschen Staaten ist sicherlich eine wichtige Voraussetzung für die Öffnung zum »anderen Teil Europas« in seiner nationalen und kulturellen Vielfalt. Es gibt aber auch Bestrebungen, unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern im Ostblock ausschließlich in ihrer deutschlandpolitischen Funktion zu sehen. Ostpolitik der Bundesrepublik darf jedoch nicht ein bloßer Bestandteil der Deutschlandpolitik sein. Ein Wiederanknüpfen an das in vieler Hinsicht gemeinsame kulturelle Erbe, das die Deutschen mit den osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Völkern verbindet, bedarf behutsamer Beharrlichkeit, die aus einer europäischen Perspektive und in Anerkennung der Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs handelt. Heute mag es noch Wunschdenken sein, daß Breslau, Danzig und Königsberg, aber auch Karlsbad, Prag, Brünn und Hermanstadt aus Symbolen nationaler Entfremdung wieder zu historischen Wahrzeichen einer Vielvölkerkultur werden. Das bedeutet nicht, daß sie nicht zugleich unverzichtbare Stätten der deutschen Geschichte sind und bleiben.

Es mag sein, daß sich die Erinnerung an das Aufeinanderangewiesensein der Völker Mittel- und Ostmitteleuropas schon in naher Zukunft verstärkt und die gemeinsame Anstrengung, dieses Gebiet nicht zum Schlachtfeld eines Nuklearkrieges werden zu lassen, den kooperationswilligen Kräften gegenüber den Strategen der Abgrenzung allenthalben Auftrieb gibt. Unter der brüchig werdenden Decke des zum Dogma erstarrten Marxismus-Leninismus treten die in Aufklärung, Idealismus und Romantik wurzelnden Gemeinsamkeiten des Denkens nach dem Alptraum des Faschismus wieder hervor. Dies ist ein Anlaß zur Hoffnung. Gewiß, das alte östliche Mitteleuropa, wie es in den Werken Franz Kafkas, Robert Musils und vieler slawischer Autoren fortlebt, ist für immer verloren. Das kulturelle Ferment des Judentums ist weitgehend ausgelöscht. Die nationale Durchmischung der ostmitteleuropäischen Nationalstaaten wird vielfach offiziell geleugnet oder doch indirekt bekämpft. Indessen ist – wie die ostmitteleuropäische Geschichte lehrt – der Preis für das Streben nach ethnischer Geschlossenheit das Abdriften in die Provinzialität. Die deutsche Hybris, eine kulturelle Mission in machtpolitische Beherrschung verwandeln zu wollen, bis zur Konsequenz des Völkermords, hat sich bitter gerächt. Die Völker haben die Lektion begriffen, die in den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs gipfelte. Ob dies auch für alle jeweils Herrschenden gilt, ist weniger sicher.

STEIDL VERLAG

160 Seiten · Taschenbuch · DM 5,00

160 Seiten · Paperback · DM 18,00

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an:

Steidl Verlag
Düstere Str. 4 · 3400 Göttingen
Telefon (05 51) 5 70 73

„Entwicklungshilfe bleibt notwendig, aber sie kann nur dann ihren eigentlichen Zweck, nämlich die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Mehrheit in der Dritten Welt, erfüllen, wenn sie dem parasitären Zugriff korrupter Cliquen entzogen wird. Und alle Entwicklungshilfe wird solange ihr Ziel verfehlen, wie sie nur notdürftig die Löcher stopfen kann, die eine unfaire Weltwirtschaftsordnung aufreißt."

280 S. m. zahlr. Abb. u. Tabellen · 19,80 DM

Das ist Nuschelers Fazit aus seiner umfassenden einführenden Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Entwicklungspolitik.
Was heißt eigentlich „Dritte Welt"? Ist Unterentwicklung kulturell bedingt; ist sie eine Folge des Kolonialismus? Was bringt Nahrungsmittelhilfe? Was tun gegen die Verschuldungskrise? Diese und andere Fragen werden gründlich und verständlich diskutiert.
Dabei übt Nuscheler scharfe Kritik an der Entwicklungspolitik aller Industrienationen in Ost und West einschließlich der Bundesrepublik.

Bitte fordern Sie den kostenlosen Sonderdruck an!
Postkarte mit Stichwort „Entwicklungspolitik" und Absender an

Verlag Neue Gesellschaft
Postfach 200189, 5300 Bonn 2

György Konrád
Mein Traum von Europa

Der demokratische Sozialismus und der Nationalstaat

Bis wohin erstreckt sich Europa? Vom Atlantischen Ozean bis zur Elbe? Bis zur sowjetischen Grenze? Bis zum Ural? Bis zum Stillen Ozean? Gehören nur die Länder des Gemeinsamen Markts zu Europa, die neutralen Staaten Westeuropas nicht? Und was ist mit uns Osteuropäern, die wir uns lieber als Mitteleuropäer bezeichnen?

Es ist mir sympathisch, wenn der wirtschaftlichen Integration in den Ländern des Gemeinsamen Markts die politische Integration folgt. Es ist gut, wenn sich mit der ersten Person Plural nicht nur eine nationale Gemeinschaft, sondern ein halber Kontinent verbindet. Der supranationale Zusammenschluß erhöht die Selbständigkeit der Agglomerationen und Regionen innerhalb des Nationalstaats. Als geschlossene Einheiten sind die europäischen Nationalstaaten ziemlich provinziell; Europäer zu sein ist wenigstens so vernünftig, wie Franzose oder Ungar zu sein. Die Union des kleinen Europa – ein Weg zur Union des großen Europa.

Ist Europa groß? Keineswegs. Es ist die feingliedrige und rege westliche Halbinsel Eurasiens. Das kleine Westeuropa irrt, wenn es sich mit Europa im allgemeinen identifiziert. Es irrt, wenn es sich, indem es dem Osten den Rücken zukehrt, innerhalb des Blocksystems Ruhe und Sicherheit erhofft. Selbst seine inneren Konflikte wird es erst dann lösen können, wenn es die Utopie von der Einheit Europas vorantreibt. Die Idee der europäischen Identität steht im Widerspruch zur dauerhaften Stabilität des Blocksystems.

Es bedarf keines großen Genies, um zu erkennen, daß die beiden Blöcke in den vergangenen dreißig Jahren, während der Zeit der geistigen Dumpfheit, während der Zeit, da sie die großen Aufgaben nicht in Angriff nahmen, während des ideologischen Ringens miteinander, ungeheuer viel menschliche Arbeitskraft verschwendet und die Rettung schrecklich vieler Hungernder unmöglich gemacht haben, daß allein schon die dreißig Jahre währende Aufrüstung indirekt einem einzigartigen furchtbaren Massenmord gleichkommt.

Gegenseitige Erniedrigung und in der Zwischenzeit das Abkommandieren der europäischen Verbündeten auf ihre untergeordneten Posten: das etwa wäre der menschliche Gehalt der grundlegenden Strategie der zwei Großen.

Keine der beiden Seiten will vor der scheinbaren Überlegenheit der anderen zurückweichen. Es handelt sich nicht um eine reale Überlegenheit, sondern um eine virtuelle, um den Kampf der Symbole, um die Schlacht der Erklärungen vor der Fernsehkamera. Die Kriegsgefahr bedroht uns heute mehr als vor einigen Jahren. Für diese Verschlechterung sind die Regierungen verantwortlich. Ihr diesbezügliches Leugnen in der Öffentlichkeit ist ein sicheres Symptom für ihre Verantwortungslosigkeit. Die Verantwortlichkeit ist mehr oder weniger symmetrisch; die Dinge ließen sich schwerlich in der Art darstellen, daß die eine Seite lauter Friedensinitiative und die andere die inkarnierte Aggression sei.

Der Anspruch auf Demokratie läßt sich vertrösten, nicht aber begraben, höchstens zusammen mit uns und unseren Nachkommen. Die Gewerkschaft Solidarität läßt sich verbieten, die Solidarität als solche jedoch nicht. Die Möglichkeit einer osteuropäischen Demokratie und die Möglichkeit eines dauerhaften europäischen Friedens sind miteinander verknüpft.
Die vorstellbaren Drehbücher der postkommunistischen, demokratisch-sozialistischen ost-mitteleuropäischen Gesellschaften beschäftigen unser Denken. Die Symptome der bürgerlichen Entwicklung und der Verstaatlichung in unseren Ländern vermischen sich bereits. Es erhebt sich die Frage, welche Tendenz bis zur Jahrtausendwende vorherrschend sein wird. Welche Bereitschaft wird es geben, eine ost-mitteleuropäische Konföderation zu schaffen? Dadurch allein könnten wir gegenüber den großrussischen und großdeutschen Dominanzversuchen unsere Selbständigkeit erreichen.
In einer konstitutionellen europäischen Friedensordnung würden die osteuropäischen Länder militärisch neutral sein und zur Sowjetunion gutnachbarliche Beziehungen unterhalten. Ebenso wie Finnland. Polen, Tschechen und Ungarn sehnen sich nach ihrer Finnlandisierung. Durch stufenweise geschlossene Verträge könnten wir zu dieser Station der Emanzipation gelangen. Nur so wäre eine Entwicklung zu ausgeglichenen, demokratisch-sozialistischen Gesellschaften vorstellbar, in denen ein eventueller Regierungswechsel nicht gleichbedeutend sein würde mit einem Systemwechsel.
Die Sowjetunion besitzt ein Recht auf unsere Freundschaft, nicht aber auf die Bestimmung unseres gesellschaftlich-politischen Systems. Wünschenswert für unsere Länder sind die militärische Neutralität, die wirtschaftlich-kulturelle Kooperation und im Inneren die Selbstbestimmung. Sozialistische und kapitalistische Elemente in Wirtschaft und Kultur sollten sich ganz nach den Bedürfnissen unserer Gesellschaft durchsetzen können.
Wenn die italienischen Kommunisten akzeptieren, daß sie nur in dem Maß auf der Kontrollgewalt des Staats über die Gesellschaft bestehen, wie die sich artikulierende Gesellschaft diese Kontrollgewalt billigt, für sinnvoll

hält und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens Anspruch darauf erhebt, ihrem Willen mittels formal-demokratisch-pluralistischer Methoden Geltung zu verschaffen, dann kann dieses Prinzip auch von den ungarischen, tschechischen, polnischen und ostdeutschen, von den rumänischen, bulgarischen, jugoslawischen und albanischen Kommunisten akzeptiert werden. Eine Form des Mehrparteiensystems, worin der kommunistischen Partei in der Regierung ein garantierter, jedoch nach dem Stimmenverhältnis garantierter Platz reserviert wäre, könnte ein langes vertragliches Übergangsstadium sein.

Der Abzug der sowjetischen Truppen und die Aufhebung des Einparteiensystems würden in Osteuropa eine Blüte von Formen der Selbstverwaltung mit sich bringen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden dem Boden unseres Raums interessante demokratisch-sozialistische Experimente entwachsen.

Gibt es irgendwo auf der Welt einen demokratischen Sozialismus? Wenn nicht, woher kennen wir ihn dann? Der real existierende Sozialismus ist so wenig demokratisch, wie die real existierende Demokratie dadurch sozialistisch wird, daß sie die kapitalistische Marktwirtschaft durch sozialpolitische Redistribution korrigiert. Sozialistische Politiker neigen dazu, ein Land, in dem sie aufgrund einer Listenwahl oder eines Einheitslistenreferendums die Regierungsgewalt übernommen haben, als sozialistisch zu bezeichnen. Ganze Länder wurden schon durch Volksrevolutionen, Okkupationen, Staatsstreiche, politische Erdrutsche oder aber durch Wahlen sozialistisch. Die Verstaatlichungen lassen sich schnell durchführen.

Können wir sagen, daß der Sozialismus identisch sei mit der permanenten Herrschaft der sich selbst sozialistisch nennenden politischen Klasse beziehungsweise Partei, die ihre Kontrollgewalt über den Nationalstaat unter Ausschaltung oder Beschränkung der Privateigentümer auch auf die Wirtschaft ausdehnt? In diesem Fall würde Kapitalismus die Herrschaft der Geschäftsleute, Sozialismus die Herrschaft der politischen Bürokratie bedeuten und die dazwischenliegenden Varianten die geteilte Herrschaft dieser politischen Eliten.

Ist ein Staat demokratisch, so kann er nur in begrenztem Umfang sozialistisch sein, in dem Umfang, wie er von der Bevölkerungsmehrheit gefordert wird, und nur so lange, wie darauf Anspruch erhoben wird. Ist der Sozialismus jedoch eine unabhängige Variable, ist ein Staat dauerhaft und unumkehrbar sozialistisch, so kann er nur in sehr beschränktem Maße demokratisch sein. Nur bis zu einem Punkt, den die politische Bürokratie zuläßt, weil sie ihn noch nicht für gefährlich hält.

In diesem begrifflichen Zusammenhang wären Sozialismus und Demokratie konträre Prinzipien, konträre Legitimationsprinzipien miteinander rivalisierender Herrschaftseliten. Natürlich berufen sich beide auf das Gemein-

wohl und auf das Interesse der Gesamtheit; die Demokratie auf die politische Gleichheit der Bürger, der Sozialismus auf die wirtschaftliche Gleichheit der Bürger, was ausgezeichnet damit zusammenpaßt, daß in der Demokratie auch die Verteilung der Macht ungleich ist und nicht nur die Einkommens- und Vermögensverteilung, daß im Sozialismus wiederum auch die Einkommens- und Vermögensverteilung ungleich ist und nicht nur die Machtverteilung.

In diesem Fall ist der Begriff des demokratischen Sozialismus oder der sozialistischen Demokratie eine contradictio in adjecto, ein Widerspruch in sich selbst; was den Begriff an sich noch nicht sinnentleert macht, vielmehr deutet sich dadurch die innere Paradoxie seines Inhalts und seine konfliktreiche Natur an. In einer nationalstaatlichen Gesellschaft sollten die verschiedenen Machteliten miteinander rivalisieren und die Einflußsphären in der Repräsentanz der gegensätzlichen Interessen und Legitimationsprinzipien beschränken.

In diesem Fall ist der demokratische Sozialismus ein Kompromiß, in dem der Sozialismus die Demokratie im Namen der Gerechtigkeit einschränkt, während die Demokratie den Sozialismus im Namen der Freiheit einschränkt, und dieses Gleichgewicht kann den Bürgern im Fall eines Konsenses relativ viel Freiheit und Gerechtigkeit garantieren, jenen Bürgern, die vorsichtig genug sind, der politischen Bürokratie im Interesse ihrer sozialpolitischen Sicherheit ausreichend Spielraum zu gewähren, sie jedoch gleichzeitig zwecks Verteilung der Freiheitsrechte in Zaum zu halten. In diesem Fall können wir beispielsweise Schweden als demokratischen Sozialismus bezeichnen.

Diese Begriffssphäre hat ihre Berechtigung, sie ist ziemlich verbreitet, intellektuell allerdings unfruchtbar. Sie ist organisch krank, denn sie schreibt dem Nationalstaat unverhältnismäßig große Bedeutung zu, unter mehr Sozialismus versteht sie mehr nationalstaatliche Intervention, und der Begriff, der ursprünglich eine vergesellschaftete Gesellschaft bezeichnete, wird mit der Idee der verstaatlichten Gesellschaft gleichgesetzt.

Was heißt Sozialismus? Verstaatlichung? Selbstverwaltung? Was wir unter Demokratie verstehen, ist klarer als das, was wir unter Sozialismus verstehen. Der Sozialismus ist eine Idee des neunzehnten Jahrhunderts, wonach die Gesellschaft idealiter eine nationale Gesellschaft ist, das heißt eine als Gesellschaft organisierte Bevölkerung, die unter nationalstaatlicher Hoheit lebt.

Wenn ein Staat so klein ist wie Albanien, dann ist der Sozialismus die albanische nationalstaatliche Gesellschaft; ist ein Staat so groß wie Rußland, dann ist der Sozialismus die sowjetrussische nationalstaatliche Gesellschaft der auf dem Territorium des russischen Staats lebenden Völker. Eine

Gesellschaft ist also nicht dadurch Gesellschaft, daß ihre Mitglieder viel miteinander zu tun haben und eine Kommunikationseinheit bilden, sondern dadurch, daß sie auf dem Territorium eines Staats leben. Unabhängig davon, ob dieser Staat groß oder klein ist.

Welchen Rahmen, welche Grenzen eine Gesellschaft hat, das war für die Soziologen des neunzehnten Jahrhunderts und somit auch für die sozialistischen Soziologen und für Marx kein besonders akutes Forschungsthema. Denn die nationale Grenze, der nationalstaatliche Rahmen war für die Gesellschaft ein selbstverständliches Gefäß. Das Gefäß war eben groß genug, um darin einen Schmelztiegel der verschiedenen ethnischen, regionalen und feudalen Partikularismen, der verschiedenen kleinen Märkte sehen zu können, einen Schmelztiegel, der aus dem vielen Kleinen etwas gemeinsames Großes bildet. Und außerdem, und das ist das Wichtigste: für die Geistesarbeiter, für die Intellektuellen, für das Bildungsbürgertum ist die nationalstaatliche Institution ein Hafen.

Der Sozialismus ist eine intellektuelle Idee. Eigentlich eine Tautologie. Sie bezeichnet eine gesellschaftliche Gesellschaft. Diese Doppelung heißt etwa, daß die Autoren darunter eine für sich seiende, sich selbst bewußt beherrschende, selbstgestaltende und lernende Gesellschaft verstanden, die nicht einfach so existiert wie die Natur, sondern die auch gemacht wird. Vor allem von denen, die an diesem Gesellschaftmachen am meisten interessiert sind: die Soziologen. Wir könnten also sagen, daß der Sozialismus idealtypisch die Gesellschaft der Soziologen sei. Sie würden ihrem Wissen über die Gesellschaft logischer- und berufenerweise gern ihre Macht über die Gesellschaft hinzugesellen, um die Gesellschaft in die Hand nehmen und zu einer Idealgestalt modellieren zu können, die Gesellschaft, die einfach nur so vor sich hinlebt, instinktiv, mit ihrer verworrenen Anarchie, mit ihrer Produktions-, Wirtschafts- und Kulturanarchie, und die nach Gleichschaltung schreit. Welcher bessere Status hätte den Ingenieuren der Gesellschaft hinsichtlich ihrer Rolle, Position und Bühne für ideelle Aktivitäten zwecks Instandhaltung einer gerechten, geordneten, in Einklang gebrachten, gleichgeschalteten und ausgeglichenen Gesellschaft einfallen können als das Staatsamt? Um der Einheit der Erziehung willen müssen die Legislative, die Exekutive und die Gerichtsbarkeit in einer charismatischen Hand vereint werden.

Das Staatsamt ist natürlich nationalstaatlich, wodurch sich auch für den Patriotismus entsprechende Möglichkeiten ergeben. Sozialismus ist Nationalstaats-Sozialismus. Und ein anderes Modell hätte es nicht gegeben? Als Seitentriebe gingen aus ihm die nationalistisch-sozialistischen Bewegungen hervor, wovon es in der Dritten Welt zahlreiche Varianten gibt und wovon der deutsche Nationalsozialismus lediglich ein extremer und spezieller Pol war. Er stimmte mit den anderen Varianten in der nationalistischen Dem-

agogie überein: im aggressiven Militarismus, in der Betonung des Prinzips der Volksgemeinschaft, im Prinzip ›ein Volk – ein Führer‹, in der kulturellen Gleichschaltung der Gesellschaft, in der Einführung der zentral gelenkten staatlichen Kriegswirtschaft, in seinem antiindividualistischen Kollektivismus und in seinem antikosmopolitischen Nationalismus. Die Judenausrottung war keine unerläßliche strukturelle Eigenart des Nationalsozialismus.

Es ist kein Zufall, daß die Nationalstaatsbürokratie im weniger verbürgerlichten und mit dem internationalen Kreislauf weniger verbundenen Ostteil Europas als Herrschaftselite hervorgegangen ist und daß sich der Nationalstaatssozialismus in mehr oder weniger diktatorischer Form (mit charismatischem Führerkult und viel Nationalismus) auch ohne sowjetrussische Assistenz am Leben erhalten kann.

Die militärische Präsenz und der Einfluß der Sowjets haben die Nationalstaaten in den Blockstaat integriert. Kriterium und Garantie dieser Integration sind die Verstaatlichung der Gesellschaft in einem Einparteiensystem. Realen Staatssozialismus gibt es also mit und ohne sowjetische Präsenz. Überall aber besitzt der Nationalstaat ein Übergewicht über die Gesellschaft.

Das heißt, die nationalstaatliche, politische Klasse verteidigt ihr Machtmonopol gegen die innerstaatlichen Teileinheiten, indem sie alle gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, alle Gebiets-, Berufs- und Kulturorganisationen gleichermaßen sich unterstellt, also die Staatsbürger in allen institutionellen Aufgaben, die über den Kreis des Familienlebens hinausgehen. Die Staatsbürger werden auch vor den gefährlichen Einflüssen aus dem Ausland bewahrt, vor der internationalen Kommunikation, was gleichbedeutend ist mit der strengen Unterwerfung des Geld- und Ideenverkehrs innerhalb der Staatsgrenzen unter die Regierungssouveränität.

Der Staat verteidigt seine Alleinherrschaft gegenüber allem, was offener oder beschränkter ist als er, und hat vor der Selbstverwaltungsautonomie der Wohnorte und Arbeitsplätze ebenso Angst wie vor der Autonomie der internationalen Organisationen. Gegenüber den Erscheinungen im Landesinneren, die ihm seine Alleinherrschaft streitig machen wollen, ist er strikt universalistisch und verteidigt immer die gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen; gegenüber den Erscheinungen außerhalb der Landesgrenzen ist er strikt partikularistisch und verteidigt immer die nationalstaatlichen, eventuell blockstaatlichen Interessen. In diesem Raum werden also sowohl das Mehrparteiensystem als auch die Selbstverwaltung als antisozialisitsch qualifiziert, sobald sie vom Parteistaat tatsächlich unabhängig sind, vom multinationalen Kapital gar nicht zu reden; gleiches gilt für die internationalen Organisationen und die internationalen Kommunikationskanäle der Intelligenz. Wo es zum Aufgabenbereich der

Zollbehörde gehört, an der Grenze Bücher und Manuskripte zu kontrollieren, dort ist die internationale Wirklichkeit feindlich, zumindest jedoch verdächtig. Hierin besteht die Schwäche des Sozialismus, sowohl des Nationalstaats- als auch des Blockstaatssozialismus. Er ist äußeren und inneren Erosionsprozessen unterworfen, weil die Wirklichkeit nicht nur nationalstaatlich beziehungsweise blockstaatlich ist. Die gesellschaftliche Realität ist teils kleiner und partikularer als die staatliche Realität, teils größer und umfassender. Der sich isolierende Nationalstaat wirkt zusehends anachronistisch. Seine Bürger versuchen immer häufiger, sich der Machtvollkommenheit des Nationalstaats zu entziehen, sei es als Angehörige eines Freundeskreises oder als Akteure internationaler Kontakte.
Die reale Gesellschaft besitzt unzählige formale und informale Organisationsebenen, planetarische und lokale, von denen die nationale Ebene vielfach durchkreuzt wird und die die Macht der nationalstaatlichen Bürokratie sukzessiv schwächen. Sollten diese Ebenen dazu jedoch nicht imstande sein, während die Bürokratie funktioniert, blüht und alles unter sich begräbt, dann wird die Gesellschaft wirtschaftlich zunehmend unproduktiv, und ihr passiver Widerstand muß immer mehr Krisenphänomene zeitigen.

In Osteuropa ringen die Gesellschaften bewußt oder unbewußt mit dem Staat, und da der Staat über seinen funktional vernünftigen und demokratisch legitimen Kompetenzbereich hinausgewachsen ist, versuchen sie, den Staat auf seinen Platz zurückzudrängen. In diesem Bemühen haben sie die etwa zweihundert Jahre alten, immer ins Stocken geratenen, jedoch immer einen erneuten Aufschwung nehmenden Traditionen der demokratischen Emanzipation hinter sich. Auch kommt ihnen die Tatsache zu Hilfe, daß die Welt größer ist als der Nationalstaat, ja sogar größer als der Blockstaat.
Die Verbürgerlichung im Innern und die internationalen Entwicklungsprozesse haben auch die südeuropäischen Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland aufgerieben. In Mitteleuropa würden die autoritären Staaten mit Einparteiensystem ohne die sowjetische Militärpräsenz gegenüber den erstarkenden Gesellschaften zu einer Serie von Zugeständnissen gezwungen werden, bis sich die ausgewogene Lage einer konstitutionellen Demokratie einstellt, mit unveräußerlichen Bürgerrechten der Individuen, einer pluralistischen politischen Struktur und dem Wechsel der Regierungsgewalt. Der größere Teil der mitteleuropäischen Intelligenz neigt zu der Erkenntnis, daß sie mit dem Pluralismus mehr zu gewinnen als zu verlieren hat.
Solange Europa geteilt ist, wird die Sowjetunion über die Mehrheit der osteuropäischen Staaten im Namen des Militärbündnisses und im Namen des militärischen Gleichgewichts die Kontrollgewalt ausüben. Innerhalb

der Jalta-Ordnung können wir also von einem demokratischen Sozialismus nicht reden. Er besitzt hier höchstens Inseln. Diese Inseln sind auch zeitlich begrenzt. So beispielsweise der ungarische, tschechische und polnische Emanzipationsversuch. Nach der militärischen Niederschlagung ziehen sie sich dann in den informellen Organismus der Gesellschaft zurück. Vielleicht gehen sie in den Untergrund wie jetzt Solidarność.

Die demokratischen Bewegungen und jene denkenden Menschen, die den Sozialismus nicht beseitigen, sondern einer demokratischen Kontrolle unterwerfen wollen, sind demokratische Inseln. Sie wollen also bei der regierenden politischen Klasse die Forderung durchsetzen, daß staatliche Interventionen nur im Rahmen des demokratischen Pluralismus ausgeübt werden dürfen.

Was bliebe vom Sozialismus, wenn die sowjetischen Truppen infolge eines internationalen Vertrags, infolge der wechselseitigen Auflösung der Blöcke aus den osteuropäischen Ländern abzögen, wenn die osteuropäischen Gesellschaften über die gutnachbarlichen Beziehungen hinaus nicht verpflichtet wären, auch in ihren Institutionen das sowjetische Muster zu übernehmen? Vieles. Die vergangenen vierzig Jahre als historische Vergangenheit und Gegebenheit. Ohne jeden Zweifel die sozialpolitische Redistribution, also das staatlich subventionierte Unterrichts- und Gesundheitswesen, der kulturelle Apparat, deren Institutionen zu reformieren wären, deren Egalitarismus und Allgemeinheit aber nicht auf die Kritik der Opposition stößt. Zweifellos würde manche Institution des Wohlfahrtsstaats erhalten bleiben. Die zentralisierte Lenkung und Subventionierung der Produktionsunternehmen würden infolge der bereits angekurbelten, jedoch erst im Anfangsstadium befindlichen Wirtschaftsreformen auf ein solches Niveau zurückgenommen werden, daß die Mehrheit der Unternehmen als selbständige und sich selbst finanzierende Akteure der Wirtschaftsentwicklung tätig sein könnte. Eine kapitalistische Bourgeoisie gibt es nicht, sie kann auch nicht importiert werden. Folglich würde sich in den im Staatseigentum befindlichen Wirtschaftseinheiten ein innerer Pluralismus herausbilden: die Herrschaftsteilung zwischen Selbstverwaltungsapparat (der die Eigentümerfunktion ausübt), technisch-wirtschaftlichem Management und Gewerkschaft (als Interessenvertretung der Arbeitnehmer). Es gibt zahlreiche Vorstellungen darüber, wie man das gesellschaftliche Eigentum auf volkswirtschaftlichem Niveau persönlich verfügbar machen könnte. Die Elemente der Markt- und der Planwirtschaft würden miteinander mannigfache Kombinationen eingehen.

Das Experimentieren wäre nicht das Monopol der nationalstaatlichen politischen Bürokratie. Prinzipiell könnte jedes Mitglied, jede Gruppe und autonome Organisation der Gesellschaft im Experiment der selbstverwalteten Gesellschaft einen gesetzlich gesicherten Platz erhalten. Im Wörterbuch

der Völker, die durch eine harte Lektion klug geworden sind, könnte der Sozialismus einen neuen Inhalt bekommen. Sozialismus würde nicht mehr staatliche Allmacht heißen, er käme näher an seine ursprüngliche utopische Bedeutung heran, an die Vorstellung von einer Gesellschaft, die zur schöpferischen Selbstreflexion und Selbstkorrektur fähig ist, deren absoluter Eckstein all jene demokratischen Freiheitsrechte des einzelnen sind, die von der westeuropäischen Tradition als Konsenswert entwickelt worden sind.
Mittel- und Osteuropa wären der erste Raum, wo der demokratische Sozialismus ein reger Versuch wäre. Jene Kultur und jener Schwung der zivilen gesellschaftlichen Selbstverteidigung, die imstande ist, für die Verteidigung der allgemeinen Freiheit auch persönliche Risiken zu tragen, so wie wir es heute in den osteuropäischen demokratischen Bewegungen erleben, wäre in der Welt eine Neuigkeit.
Der demokratische Sozialismus osteuropäischer Prägung wäre auch für den westeuropäischen Raum, wo die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien heute nicht nur durch die konservativen und liberalen Parteien, sondern auch durch das bedrückende Beispiel des osteuropäischen Staatssozialismus in ihrer Rolle als Erneuerer behindert werden, ein lehrreiches Versuchslabor. Es könnte sich eine Kultur entwickeln, die nicht nur innerhalb der Staatsgrenzen, sondern auch zwischen den Staaten demokratische und verfassungsmäßige Verhältnisse beanspruchen, also die Europäer zu Bürgern eines zivilen Europa machen würde.
Wenn sich der Sozialismus von der Zwangsvorstellung trennen könnte, daß der Nationalstaat sein einziges zuverlässiges Medium sei, könnte er als mehrdimensionale, pluralistische, komplexe Gesellschaft imponieren, deren vornehmstes und auf unveräußerlichen Rechten bestehendes Subjekt (im Sinne der europäischen Kulturtradition) der zivile Bürger wäre: wenigstens ebenso Bürger Europas wie des Nationalstaats.
Daraus folgt, daß der Sozialismus weder schwarz noch braun, weder rot noch grün, sondern scheckig wäre. Dieses Scheckigsein setzt eine Mentalität voraus, die eher der schöpferisch tätigen Intelligenz als der Beamtenintelligenz eignet. Es ist kein Zufall, daß das monolithische Gesellschaftsverständnis der Beamtenintelligenz von der schöpferisch tätigen Intelligenz am vehementesten in Frage gestellt wird.
Die Idee einer gerechten, als gut begriffenen utopischen Gesellschaft wird um die zweite Jahrtausendwende individualistisch und nicht kollektivistisch sein, komplex und nicht monolithisch, dezentralisiert und nicht zentralistisch, heterogen und nicht homogen, künstlerisch und nicht militärisch. Für die lernende Gesellschaft wäre Utopie kein Schimpfwort; Utopie hieße lediglich, daß wir uns nicht abgestumpft mit dem Bestehenden abfinden, daß wir aber auch nicht den gordischen Knoten mit dem Schwert zerschlagen wollen. Eines jedoch sollten wir nicht vergessen: Solange der Eiserne

Vorhang existiert, wird der demokratische Sozialismus im Europa der zwei Militärbündnisse leeres Gerede bleiben. Wirklichkeit kann der demokratische Sozialismus nur in einem blockunabhängigen Europa werden.

Gibt es noch einen Traum von Mitteleuropa?

Ja, es gibt noch einen Traum von Mitteleuropa. Er erfordert jedoch einige Bildung, historische Einsicht und philosophische Unvoreingenommenheit. Die Massenkulturen sind national. Der mitteleuropäische Traum ist kein massenkulturelles Phänomen, er ist romantisch und subversiv.
Der Begriff Mitteleuropa transzendiert die Blockgrenzen und läßt sie zweifelhaft erscheinen. Es gibt ein westliches und ein östliches Mitteleuropa; die Zusammengehörigkeit der beiden ist tiefverwurzelt, das Trennende ist ein oberflächliches historisches Phänomen. Mitteleuropa als Aufgabe bleibt auch weiterhin bestehen, tausend Jahre alte Aufgaben verschwinden nicht einfach spurlos.
Wie lernen die miteinander vermischten Völker das Zusammenleben? Gegeben ist die Vielfalt. Wenn wir einen Sinn für die Realität haben, dann müssen wir auch einen Sinn für unsere Verschiedenartigkeit entwickeln. Ein übergreifendes Sich-Einrichten in der mitteleuropäischen Kultur ist für uns eine natürliche Erweiterung. Je besser wir uns gegenseitig kennen, je besser wir unsere Nachbarn kennen, desto mehr sind wir Mitteleuropäer. Nicht unbedingt durch Geburt, eher durch einen Lernprozeß. Wer seine Nachbarn nicht kennenlernen will, wird kulturell schwach. Am stärksten ist, wer den innerlich weitestgehenden Zugang zum anderen hat. Ungarisches, tschechisches, polnisches, österreichisches, deutsches usw. Reich? Entweder Reiche der Dummheit oder Reiche des Verstehens.
Wir sind zumeist ins Ausland gegangen, um zu studieren. In unserem Interesse für alles Fremde übertrafen wir uns gegenseitig, denn wir glaubten tatsächlich, daß wir unterentwickelt seien. Wer so sei wie wir, meinten wir, könne nicht interessant sein. Ein besseres gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen setzt voraus, daß wir uns freimachen von unseren Minderwertigkeitskomplexen. Heute schämen wir uns noch ein bißchen für den anderen. Wie die armen Verwandten. Solange wir uns nicht gegenseitig entdecken, bleiben wir provinziell.

Wir sind Kinder kleiner und mittelgroßer Völker. Wir mögen ein bis zweihundert Millionen Mitteleuropäer sein. Es gibt schon viele, die sich so sehen. Ich halte es für wahrscheinlich, daß diese Qualifikation Mode werden wird. Wir brauchen diesen konzentrischen Kreis einer Erweiterung unseres persönlichen Selbstbewußtseins.

In unseren Kulturen existieren verschiedene Zeit- bzw. Entwicklungsschichten nebeneinander, unsere bäuerliche Tradition gehört noch nicht vollkommen der Vergangenheit an, etwas von der alten Vertrautheit und Qualität ist geblieben. Wir haben das grüne Europa noch nicht ganz beseitigt. In Ungarn läßt sich noch vieles retten, was im entwickelten Westen schon verloren und durch dessen Verlust das Leben trostloser geworden ist. Wir hatten kein Verlangen danach, unsere Geschichte so schnell loszuwerden.

Wer eine Vergangenheit hat, neigt mehr zur Sentimentalität als andere. Die technologische Avantgarde ist nicht sentimental. Zur nationalen Selbsteinschätzung kann weder das moderne Vernichtungspotential noch das Entwicklungsstadium der Computerisierung ein bestimmender Parameter sein. Mit meiner Vergangenheit bin ich in Wirklichkeit identischer als mit meinen zukunftsgerichteten Bestrebungen.

Wir sind keine eindimensionalen Gesellschaften. Wir haben noch keine rationale Übersichtlichkeit, wir sind nicht identisch mit unseren Institutionen. Wir sind nicht langweilig-problemlos identisch mit unserem Schein.

Kakaniens größte Energie verbarg sich in seinem Gemischtsein. Elf Völker kamen irgendwie miteinander aus. Sie schufen einen Gemeinsamen Mitteleuropäischen Markt. An den alten Kaiser hatten wir uns schon gewöhnt, wir hatten keine allzu große Angst vor ihm. Bürgerliche Entwicklung unter einer auseinanderfallenden Monarchie, das ist uns vertraut. Dann schaffte es der Hof doch, das auf dem Weg der Verbürgerlichung voranschreitende Reich in den Krieg zu führen. Das Volk ließ die Monarchie hochleben, denn die Werte des Adels, des Militärs, des Kriegerischen und des Patriotismus hatten ihre Blüte.

Das gedruckte Wort war um die Jahrhundertwende ziemlich bunt, auch kleine Provinzblätter konnten auf die Regierung schimpfen, kulturelle Unternehmungen hatten eine hohe Zeit. Die geistige Verbürgerlichung wurde von der staatlichen Zensur weniger behindert als später. Die nationalen Nachfolgestaaten sind nicht normaler als das buntgescheckte mitteleuropäische Reich. Auf jeden Fall sind sie kleinlicher, nicht nur kleiner.

Unser Nationalismus neigt dazu, sich fremden Einflüssen gegenüber ängstlich zu verschließen, woraus sich die Beschränktheit der nationalstaatlichen Bürokratie und der nationalstaatlichen Kultur herleitet. Die nationalstaatliche Lösung nach dem Ersten Weltkrieg war keine inhaltliche Lösung, sie war ein grober und einseitiger Ausdruck der ethnischen Verhältnisse. Daran ist der Frieden gescheitert. Daß der staatliche Rahmen und die ethnische Wirklichkeit sich nicht deckten, trug auch zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei.

Vielleicht ist es überhaupt nicht möglich, in diesem Teil des Kontinents eine politische Landkarte zu machen, die der ethnischen Landkarte entspricht.

Nehmen wir also die staatlichen Rahmen als gegeben an und erheben wir die ethnische zu einer kulturellen Wirklichkeit, die es im historischen Kontext des gesamten mitteleuropäischen Raums zu betrachten gilt.
Die Völker Mitteleuropas wechselten einander ab in dem Versuch, den Raum zu beherrschen und zu integrieren. Unter dem Druck der Bedrohung von außen gelang es den Dynastien und Fürsten, Mitteleuropa vorübergehend zusammenzuschmieden. Lauter Völker, deren nationale Selbständigkeit, Zugehörigkeit, Einheit, staatliche Selbstbestimmung fast in ihrer gesamten Geschichte fragwürdig war.
Zu Mitteleuropa gehört eigentlich auch das deutsche Volk, das mehrere Male vergebens versuchte, die umliegenden Völker zu unterwerfen, während die eigene Selbstbestimmung chronisch krank war. Dieser Größenwahnsinn des Deutschen Reichs führte dazu, daß es heute kein Mitteleuropa gibt und daß sich die Kontakte zwischen unseren Völkern vermutlich auf einer niedrigeren Stufe bewegen als vor hundert Jahren.
In unserer Gegend ist der homogene Nationalstaat die Ausnahme und als Norm nicht brauchbar. Zu unserer heterogenen Wirklichkeit passen keine homogenen Vorstellungen und Formen. Wir sind nicht einsprachig, verschiedene Wertsysteme und Denkweisen bestehen nebeneinander.
Die mitteleuropäische Idee bedeutet die blühende Vielfalt der Bestandteile, das Selbstbewußtsein der Diversität. In unseren politischen Gesprächen erwähnten wir oft die Schweiz als Paradigma für ein würdiges Zusammenleben der Völker. Und die gleiche Bedeutung kommt auch dem Transsilvanismus zu, der kleinen Ostschweiz des siebzehnten Jahrhunderts in Siebenbürgen, die ihre Unabhängigkeit bewahrte und deren Völker und Konfessionen versuchten, zu einem Konsens zu kommen.
Die politischen Denker in unserem Raum haben im vergangenen Jahr den klassischen hexagonalen französischen Nationalismus einfach übertragen, den Anspruch einer logischen Entsprechung von Nation und Nationalstaat. Das ingenieurhafte Ideal, wonach jede Nation in einem abgegrenzten Nationalstaat leben können muß, läßt sich auf unseren Raum nicht anwenden, weil die verschiedenen Volks- und Sprachfamilien sich territorial überlappen. Gleich, zu wem ein Gebiet gehört, es wird darin immer eine Minderheit geben, die ihre Rechte fordert. Nicht nur die persönlichen Bürgerrechte, sondern auch die Bürgerrechte, die der Gruppe zustehen.
Die Forderung nach Integration ist eine billige Forderung gegenüber der Minderheit, die Forderung nach Assimilation dagegen ist seitens der Mehrheit keine billige Forderung. Das läßt sich im Zusammenhang mit jeder Minderheit sagen. Anpassung oder Verschmelzung? Zusammenarbeiten mit dem in der Mehrheit befindlichen Volk bei Aufrechterhaltung der Autonomie – oder die historische Besonderheit aufgeben um der ängstlichen Angleichung an die Mehrheit willen?

Die nationale, ethnische, religiöse und kulturelle Minderheit ist in ihrer besonderen Individualität ein achtenswerter Selbstwert. Ist eine Politik vorstellbar, in der wir mehr Gewicht auf Qualität und Individualität legen, anstatt auf Quantität und Kollektiv? Es reift ein neuer Kollektivismus heran, für den taktvolle Toleranz und interessierte Kombination der Identitäten charakteristisch sind.
Können wir den Staatsgrenzen durch gegenseitiges Interesse geringere Bedeutung beimessen? Können wir über die Staatsgrenzen hinweg Freundschaft schließen? Können wir in unserem Leben das Übergewicht der militärischen Verhältnisse vermindern? Verlockend ist, wer gelehriger ist. Kampf oder Verlockung? Einer kleinen Nation angehören heißt, mehr lernen müssen als andere.
Können wir uns organisch über das Nationale hinweg ausdehnen? Bis zum nächstliegenden Kreisring, bis nach Mitteleuropa. Der Weg zu Europa und zur weiten Welt führt über Mitteleuropa. Mitteleuropa ist eine erwachende Wirklichkeit, ein Geheimtip, ein avantgardistisches Interesse, eine gemeinsame Vergangenheit, offen für die Zukunft, auch wenn die Gegenwart nicht glänzend ist.

Mitteleuropäer ist der, dessen staatliche Existenz und dessen staatlicher Kontext irgendwie künstlich ist und nicht ganz seinem Realitätsempfinden entspricht. Wenn sich die mitteleuropäischen Städte voneinander entfremden, so ist das ein künstlicher Zustand. Solange wir von Budapest aus nicht ohne Genehmigung für einen Opernbesuch nach Wien fahren dürfen, entspricht unsere Lage nicht der Friedenszeit.
Mitteleuropäer ist der, den die Teilung unseres Erdteils verletzt, berührt, behindert, beunruhigt und beengt. In den vergangenen Jahrhunderten haben wir unsere Aufgabe erfüllt. Wir haben den Osten und den Westen voneinander getrennt und ihn einander näher gebracht. Gäbe es ein selbstbewußtes Mitteleuropa, dann könnte von dort die Inspiration zu einer europäischen Friedensregelung kommen.
Mitteleuropäer ist, wer die Teilung Europas weder für natürlich noch für endgültig hält. Möglicherweise könnte die Europäisierung Europas durch die Mitteleuropäisierung Mitteleuropas erst richtig vorankommen. Aus unserer Lage ergibt sich eine Philosophie, die Philosophie der paradoxen Mitte, die eigentlich analog ist zu einer möglichen europäischen Ideologie.
Wir sind ein Projekt, ein kulturelles Bündnis, ein literarischer Ritterorden, wir sind Rekordler der Ambivalenzen, professionelle Problemmacher. Wir sind eher Dichter, als daß wir Anhänger von Bewegungen wären. Mitteleuropa, das ist eigentlich nicht mehr als ein Traum. Hier leben einige Völker, die schon bessere Tage gesehen haben und sich daran auch erinnern. Die

Dichter in diesem Raum haben sich oft auf den alten Ruhm berufen, der im nächtlichen Nebel auf sich warten läßt. Sie konnten sich mit dem Aufruhr des Individuums nicht abfinden, ihnen fielen die nationalen Aufgaben zu: eine Akademie zu gründen und ein Wörterbuch herauszugeben.
Als kleine Völker leben wir in der Mitte Europas dicht zusammengedrängt. Das müßten wir irgendwie zur Kenntnis nehmen, und wir müßten es auch in unserem Selbstbewußtsein, in unserer Kultur, in unseren Beziehungen und in unseren Institutionen artikulieren. Die mitteleuropäische Konföderation durch unsere kulturellen und persönlichen Beziehungen vorwegnehmen – ein kühner Versuch! Wir könnten auf der künstlerischen Landkarte unseres Erdteils ein Farbtupferl sein. Ein komischer Klub, zu dem zu gehören sich lohnt.
Es wäre nicht mehr als natürlich, könnten sich die Völker Mitteleuropas über den jeweils anderen amüsieren, ohne gleich beleidigt zu sein; es wäre nicht mehr als natürlich, könnten sie sich ohne Austausch von diplomatischen Noten gegenseitig foppen und sich gegenseitig mit den Stereotypien konfrontieren, ohne die ein nationales Selbstbildnis nicht möglich ist.
Es gibt keine politische mitteleuropäische Formation, doch politische mitteleuropäische Aktionen sind vorstellbar. Schritte in Richtung einer gemeinsamen Utopie, um die Militärblöcke in Völker und Individuen aufzulösen, damit sich die Völker und Individuen in zivilen Konfigurationen anordnen.
Zu diesem Projekt brauchen wir Staatsmänner, nicht nur Politiker; wir brauchen eine Vision und nicht nur Pragmatismus. Damit ein mitteleuropäischer Politiker auch ein Staatsmann sein kann, muß er sensibel sein und über Galgenhumor verfügen. Um sich herum muß er die universelle Halbherzigkeit wahrnehmen, die raffinierte Ästhetik der Verschiebung von Person und Rolle.
Wir kokettieren mit dem Begriff des Schicksals, wir sind daran gewöhnt, die Niederlage für verhängnisvoll zu halten und nicht für einen Fehler, der zu beheben ist. Wir neigen verdächtig zum Pathos, deshalb sind wir ironisch. Da wir uns gern in einer tragischen Rolle sehen, nehmen wir das Bestehende nicht mit östlicher Ergebung hin. Wir sind eine ziemlich phantastische und groteske Menge von starken und halsstarrigen Subjekten, die sich ihrer Umgebung nicht unterwerfen.
Mitteleuropäer sein, das ist etwas nicht ganz Normales. Ein solcher Mensch setzt sich etwas in den Kopf, wovon er nicht lassen kann, obwohl das nicht ratsam ist und obwohl es ihm einen zweifelhaften Erfolg verspricht. Die immer überfahrene und angezweifelte Autonomie eines Stehaufmännchens. Auf den Lebenswegen gibt es hier viele Verkehrsunfälle.
Im Vergleich zur geopolitischen Realität Osteuropas und Westeuropas existiert Mitteleuropa heute lediglich als eine kulturpolitische Antihypo-

these. Da es Mitteleuropa de facto nicht gibt, ist der mitteleuropäische Standpunkt ein blocktranszendenter. Mitteleuropäer zu sein ist eine Weltanschauung, keine Staatsangehörigkeit.
Mitteleuropäer zu sein ist eine Haltung, bedeutet Taktgefühl in der Behandlung der Kontroversen, eine ästhetische Sensibilität für das Komplizierte, für die Mehrsprachigkeit der Anschauungen. Seine Todfeinde zu verstehen, das ist die Strategie des Verstehens.
Nicht nur Toleranz, sondern auch Interesse, nicht nur Rücksicht, sondern auch Solidarität, nicht nur Sportgeist, sondern auch Leidenschaft. Würden wir diese mitteleuropäische Weltanschauung skizzieren, so könnten wir etwas sagen, das nicht nur uns interessierte, sondern auch diejenigen beschäftigte, die östlich oder westlich von uns leben.

Im Selbstbewußtsein der Ostmitteleuropäer sind die nationalen Fragen und die Gefühle füreinander ungeklärt. Unsere traditionellen Nationalismen waren ziemlich beschränkte husaren- und beamtenartige Nationalismen. Unsere Musterbürger waren Offiziere. In seinen Militärparaden vermochte sich der Nationalstaat am aufwendigsten zu lieben. Wenn ein Offizier und ein Zivilist gleichzeitig an einer Drehtür ankamen, dann hatte der Offizier Vortritt. Ein Offizier durfte einem Zivilisten ungestraft eine Ohrfeige geben. Die Wappenfiguren unserer Nationalismen waren die Helden, die professionellen Schlächter. Wenn der Säbel des Offiziers einen großen Wert besitzt, dann hat das menschliche Leben einen geringen Wert.
Letztlich haben wir Mitteleuropäer die ersten beiden Weltkriege angefangen. Der militärische Irrationalismus – geschmückt mit patriotischer Rhetorik – verursachte unsere Tragödien. Das Toben dieses Irrationalismus rottete die große Mehrheit des mitteleuropäischen Judentums aus.
Der militante Nationalismus stellt sich den Einheitsstaat und die Einheitsnation wie den Vorbeimarsch eines Paraderegiments vor. Alle unsere Diktatoren hatten und haben die Paraden schrecklich gern. Das ist jene Einheit, in die die Juden nicht hineinpaßten. Die Gesellschaften waren hingerissen vom Kult des »ein Volk, ein Staat, ein Führer«, und dadurch empfanden sie zugleich die Existenz der seit tausend Jahren hier lebenden Juden als unerträglich. Der ganze mitteleuropäische Raum meint krampfhaft, der nach Gleichartigkeit strebende militante Nationalismus habe die vier Millionen betragende jüdische Minderheit aus prinzipiellen Überlegungen mit technokratischer Umsicht ermordet.
Die Deutschen und in ihrer Nachfolge die kleineren Völker, die Übersetzer der Ideologien, die lokalen Gurus und Orakel wollten makellos und unbefleckt homogen sein. Eine Zeitlang glaubten sie an die Möglichkeit einer Rassenreinheit und daran, daß dies etwas Gutes, die Mischung dagegen etwas Schlechtes sei.

Die darauf spezialisierten Deutschen übertrugen das Ideal der Homogenität in die Sprache der Gaskammer. Die Idee wurde mit Sinn für das Praktische in die Tat umgesetzt. Sie hätten diese Abscheulichkeit nicht tun können, wären sie nicht durch die Lektüre verworrener Schriftsteller vom Glauben an das Göttliche des Nationalstaats beseelt gewesen.
In ganz Ostmitteleuropa sind wir Zeugen des Aufeinandertreffens von gewaltfeindlicher Autonomie und einem neuen Nationalismus. Mit dem Zauber der Uniform ist es jedenfalls vorbei. Im Unterrichtsfach Gewalt sind wir nicht besonders, wir sollten es aus dem Lehrplan streichen. Wir werden nicht schwächer, sondern stärker, wenn wir die philosophisch inspirierte Herausforderung des gewaltfeindlichen Spiritualismus ernstnehmen. Wenn alles gut geht, dann wird Mitteleuropa durch die langsame spirituelle Revolution von unabhängigen Personen und Freundeskreisen geschaffen werden. Erkennen sollten wir vor allem die entscheidende Rolle der Reflexion, der aktiven Subjektivität, der Ideologien.

Es ist gut, daß wir anfangen, unsere militante Periode geistig zu überwinden. Es ist gut, daß sich ein nationaler Konsens am ehesten um die Normen der zivilen akademischen Mittelschicht herausbilden kann. Es ist gut, daß die Intellektuellen gegen die bürgerliche Entwicklung nichts einzuwenden haben. Es ist gut, daß wir durch zivile Beziehungen miteinander verbunden sind und nicht durch die Kommandosprache des Reichs. Es ist gut, daß die Zivilcourage von der öffentlichen Meinung gebilligt wird.
Weniger gut ist, daß die spontanen Kontakte zwischen dem westlichen und dem östlichen Mitteleuropa durch die Existenz der Militärblöcke brutal auf einem Minimum gehalten werden. Der Verkehr von Büchern und Manuskripten innerhalb der östlichen Grenzen ist nicht unproblematisch. Die Kulturen Ostmitteleuropas sind gesperrte, künstlich abgegrenzte, übermäßig kontrollierte und in ihrer natürlichen Orientierung behinderte Kulturen.
Die Verbreitung der Mitteleuropa-Idee hängt mit dem Wunsch zusammen, daß wir im eigenen Schicksal Subjekte sein wollen und nicht Objekte. Als jeweilige Nation können wir weder souverän noch originell sein. Die Städte Mitteleuropas bleiben unrettbar provinziell, solange sie sich nicht zusammen mit den anderen als Städtesternhaufen betrachten.
Wir hätten einiges von der Welt zu sagen – von unserem Standpunkt aus –, was auch für die anderen interessant wäre. Doch wir bleiben provinzielle Snobs, wenn wir der Nachbarschaft aus dem Weg gehen. Separat werden wir in der Technologie drittrangig, in der Politik phantasiearm und moralisch haltlos sein. Ob wir uns nun gegenseitig gefallen oder nicht, wir gelten nur zusammen etwas.
Wesentlich für Mitteleuropa ist die Tatsache, daß es in der Mitte liegt und

die Randgebiete nicht genau abzustecken sind. Wir wissen nicht, wo es endet. Es ist irgendwo am Ostrand des Westens und am Westrand des Ostens. Genauer gesagt, es spukt dort als Nostalgie und Utopie umher.

»Mein Lieber, es wäre an der Zeit, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen«, sagte mir ein amerikanischer Freund. »Es gibt zwei Zivilisationen. Die eine besteht aus den Russen und deren Verbündeten. Der Raum, den wir der Einfachheit halber Westen nennen – Nordamerika, Westeuropa und zahlreiche Länder am Stillen Ozean von Japan bis Australien –, hat die liberale Demokratie akzeptiert, führt im technologischen Wettbewerb und hat den Weltmarkt gemacht, der im großen und ganzen ein kapitalistischer Weltmarkt ist. Daraus folgt, daß Westeuropa zu uns gehört und nicht zu euch. Schau dir die westeuropäische Jugend an, was für Filme sie sich ansieht, was für Musik sie hört, wofür sie spart und wofür sie ihr Geld ausgibt. Diese Jugend lebt nicht in einer europäischen, sondern in einer transatlantischen Kultur. Es gibt eine transatlantische Kultur, eine europäische Kultur dagegen nicht. Ihr Osteuropäer, die ihr euch gern als Mitteleuropäer bezeichnet, was die Leute bei uns absolut nicht verstehen, habt klare Formulierungen nicht gern. Eines müßt ihr zu Kenntnis nehmen: die Macht ist eine Macht, das Reich ist ein Reich, der Block ist ein Block, und das bleibt er auch. Der große Verkehr hat um euch einen Bogen gemacht, da ihr Bestandteil des anderen Blocks seid. Ihr seid für uns weder wirtschaftlich, noch kulturell, noch touristisch sonderlich interessant. Kontakte zu euch sind umständlich, die Logik eurer Ämter ist nicht die unsere, alles geht schrecklich langsam und ist unberechenbar. Ihr lebt in konservativen Kulturen, unter der Vormundschaft eurer eifersüchtigen Staaten, die meisten von euch verhalten sich loyal und trösten sich mit ein bißchen Andersdenken. Wer dort ist, der gehört eigentlich auch dorthin, an den Schwierigkeiten, die gewiß auch ihre intime Schönheit haben, findet er Genuß. Ihr habt euch irgendwie an euern Sozialismus gewöhnt, ihr beklagt euch darüber, könnt ihn aber nicht im Stich lassen. Loyale und Oppositionelle, ihr seid unter euch, ihr sprecht über ein und dasselbe. Von euch, von den Intellektuellen, hören wir oft, ihr würdet euch von euern Staaten unterscheiden. In unseren Augen ist diese Selbstunterscheidung allerdings nicht allzu überzeugend. Wer so vollkommen anders sein will, der kann ja von dort eigentlich auch weggehen. Ihr betrachtet alles in der Dimension des Erlaubt-Nichterlaubt, was ein bißchen anachronistisch zu sein scheint. Mit solchen Erlaubt-Nichterlaubt-Fragen könnt ihr hier kein großes Interesse erwecken. Eine interessantere Frage ist hier, womit man Interesse wecken kann. Selbstverständlich darf man tun, was nicht gegen das Gesetz verstößt.«
Er mag recht haben, vielleicht ist nicht nur Mitteleuropa, sondern ganz Europa heute bereits ein Gesprächsstoff für ältliche Romantiker. Doch

warum sollte es ältlich und romantisch sein, die Wachtürme an den zwischen uns liegenden Staatsgrenzen für provisorische Gebilde zu halten?
Warum wäre ich Realist, wenn ich die Berliner Mauer für realistisch, also für vernünftig hielte? Ich identifiziere mich nicht mit dem tragischen oder sarkastischen Pessimismus, der das Schicksal Mitteleuropas betrifft, weil ich den Abgrund mitten in Europa nicht für notwendig halte. Im Gegenteil, ich halte den geopolitischen Status quo des heutigen Europa für künstlich, provisorisch, zersetzend und erodierend. Nicht für eine gesellschaftliche, sondern für eine militärische Realität. Ich glaube, daß die gesellschaftliche Realität durch beharrliches Ringen fähig ist, sich aus der Umklammerung der militärischen Realität zu lösen.

Im östlichen Mitteleuropa schreitet die bürgerliche Entwicklung weiter voran. Die Gesellschaften – meist Agrargesellschaften – machten im Rahmen des Staatssozialismus mit der industriellen Modernisierung Bekanntschaft. Zwischen zwei Katastrophen fand im stillen eine Sammlung der Kräfte statt. Strukturell ist nicht auszuschließen, daß der Sozialismus auch ohne Blutvergießen sozialisiert beziehungsweise demokratisiert werden kann. Wo Menschen zusammenleben, reift der Ruf nach Demokratie in jeder Beziehung heran. Die Monarchie und der Hof können nicht umhin, der materiellen und geistigen bürgerlichen Entwicklung, die sich auf vegetative Weise Raum erobert und sich unfaßlich im gesamten öffentlichen Denken ausbreitet, stufenweise Terrain zu überlassen. Die Frage ist, wer am Ende wem ähnelt: der Staatsmensch dem zivilen Bürger oder umgekehrt?
Möglicherweise wird schon die heute junge Generation die auf ihr lastenden Institutionen in die eigenen Hände nehmen. Es ist kein Maschinengewehrfeuer notwendig, damit die Gesellschaft ihre Institutionen in Besitz nimmt. Trotz gegenteiligen Anscheins werden die Völker auf längere Sicht die Systeme assimilieren.
Mitteleuropa hat seine Souveränität seit tausend Jahren nicht aufgegeben. Warum sollte es sie gerade jetzt aufgeben? Mitteleuropäer zu sein ist heute für die herrschenden Klischeesysteme eine Herausforderung. Wir haben eine blocktranszendierende Interessen-, man könnte fast sagen Schicksalsgemeinschaft. Es ist einfach unmöglich, den anderen zu vergessen, wenn wir wechselseitig verschmutztes oder sauber gehaltenes Wasser trinken. Wie sollten wir voneinander unabhängig sein, wenn es in unserer Macht steht, uns gegenseitig zu vergiften?
Vielleicht ist Mitteleuropa tatsächlich eine konservative Idee, aber mich interessiert ein Roman mehr als die neueste Technologie, und ich sehe unsere Umgebung gerne romanhaft. Allein die Vorstellung und das Festhal-

ten daran, daß die östliche Hälfte und die westliche Hälfte zusammen Europa bilden, ist schon romanhaft.
Der Westen kann wegen des Ostens, der Osten kann wegen des Westens nicht allein sein, auch wenn die Menschen in den Militärblöcken in dem Glauben leben möchten, daß die andere Seite eigentlich gar nicht existiere und daß man sich nicht viel um sie kümmern müsse, sondern daß es genüge, gegen sie aufzurüsten. Der Westen und der Osten sind am ehesten an ihren Berührungsstellen gezwungen, sich gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen. Dort, wo zu befürchten ist, daß wir gemeinsam von der Erdoberfläche verschwinden könnten, wenn die Großen der Welt über uns hinwegfegen. Schaffen wir es nicht, Mitteleuropa zu weben, dann werden unsere Städte und auch wir noch grauer, als wir ohnehin schon sind.
Der Mensch wird dumm und häßlich, wenn er keine Utopie hat. Man kann die Idee Mitteleuropas für eine halsstarrige Träumerei halten, allerdings besteht die Besonderheit des Phänomens darin, daß viele Menschen in Mitteleuropa dieses Bewußtsein brauchen, das scheinbar weiter ist als das nationalstaatliche Selbstbewußtsein. Ohne Mitteleuropa bleiben alle unsere größeren Städte Endstationen, Grenzstädte, vielleicht sogar Frontstädte. Wenn wir keine Strategie haben, sind wir Statisten und Opfer.
Warum sollte uns die gedankliche Gleichgültigkeit von der Verantwortung befreien? Der Traum von Mitteleuropa ist eigentlich etwas Natürliches, worauf man nicht verzichten kann. Wenn wir denken, können wir ihm schwerlich ausweichen; wollen wir ihm jedoch ausweichen, so sollten wir uns besser vor dem Denken hüten.

Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke

Über Mittel- und Osteuropa informieren:

Osteuropa-Info

Herausgeber: Sozialistisches Osteuropakomitee Berlin
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis des Einzelheftes: DM 8.–
Jahresabonnement (vier Ausgaben): DM 30.–
Verlag: Junius Verlag GmbH
Anschrift: Von-Hutten-Str. 18, 2000 Hamburg 50

Osteuropa-info

Herausgeber: Osteuropa-Komitee Düsseldorf
Erscheinungsweise: zweimonatlich (Februar, April, Juni etc.)
Preis der Einzelnummer: DM 1.– (bei Versand plus Porto)
Kontaktadresse: Martina Lilla, Osteuropa-Komitee,
Anschrift: Remscheider Str. 16, 4000 Düsseldorf 1

osteuropa

Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens
Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Erscheinungsweise: monatlich
Preis des Einzelheftes: DM 8.50
Jahresabonnement (zwölf Ausgaben): DM 82.80 (incl. Porto)
Verlag: Deutsche Verlagsanstalt GmbH
Anschrift: Neckarstraße 121, 7000 Stuttgart 1

Gegenstimmen

Herausgeber: Sozialistisches Osteuropakomitee Wien
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Preis der Einzelnummer: DM 5.–
Jahresabonnement: DM 20.–
Anschrift: Gegenstimmen-Redaktion, Postfach 41, A–1033 Wien

Exkurse

Die seit Kursbuch *75 wieder eingeführte Rubrik »Exkurse« ist diesmal nur symbolisch vertreten; aller zur Verfügung stehende Raum wurde durch die Beiträge zum Thema gefüllt.*
Die folgende Straßenumfrage am Marxplatz und am Engelsplatz in Budapest wurde am 6. Mai von Radio Budapest gesendet.

Wer waren Marx und Engels?

Reporter: Wer war Karl Marx?
Passant: Ach, fragen Sie mich doch nicht so was.
Reporter: Nicht mal ein paar Worte?
Passant: Ich möchte lieber nicht, ja?
Reporter: Und warum nicht?
Passant: Nun, ich habe einfach nicht Zeit, um solche Dinge zu studieren.
Reporter: Sie müssen doch in der Schule etwas über ihn gehört haben?
Passant: Ich hab halt viel gefehlt.
Andere Stimme: Er war ein sowjetischer Philosoph. Engels war sein Freund. Was kann ich noch sagen? Er starb im hohen Alter.
Weibliche Stimme: Ja klar, ein Politiker. Und er hat – wie hieß es doch gleich – Lenin, ach ja, Lenin, also er hat Lenins Werke auf ungarisch übersetzt.
Ältere Frau: In der Schule war der obligatorisch, darum kennen wir den schon.
Reporter: Könnten Sie also ein paar Worte über ihn sagen?
Ältere Frau: Na hören Sie. Sie wollen doch nicht etwa ein Schulexamen machen mit mir. Er war ein Deutscher, er war ein Politiker und ... ich glaube, er wurde hingerichtet.
Reporter: Wissen Sie, nach wem der Engelsplatz benannt ist?
Passant: Nach Engels.
Reporter: Und wer war Engels?
Passant: Der war ein Engländer, der da so mit dem Kommunismus rumgefummelt hat.
Reporter: Wissen Sie, nach wem der Engelsplatz benannt ist?
Ältere Frauenstimme: Ich weiß nicht. Ich bin nicht von Budapest. Ich weiß es nicht.
Männliche Stimme: Nun laß mal sehen. Engels? Das war ein Revolutionär.
Reporter: Und erinnern Sie sich an seinen Vornamen?
Männliche Stimme: Engels, Engels ... Marx Engels. Marx, nicht wahr?
Andere Stimme: Ja, so stimmt's.
Weitere Stimme: Ja, so stimmt's.
Reporter: Wo hat Engels gelebt?
Weibliche Stimme: Wo hat er gelebt? Nun, er hat in Leningrad gelebt. Das heißt: in Moskau.
Reporter: Können Sie mir auch sagen, nach wem der Marxplatz benannt ist?
Weibliche Stimme: Nach Karl Marx.
Reporter: Wo hat er gelebt?
Weibliche Stimme: Der ist doch tot.
Reporter: Aber wo hat er gelebt?
Weibliche Stimme: Nun, soviel ich weiß, zum Teil in der Sowjetunion. Dort hat er eine Zeitlang studiert, und dann war er, glaub ich, auch eine Zeitlang in Ungarn. Ich weiß das nicht so genau.
Reporter: Wissen Sie, nach wem der Marxplatz benannt ist?
Verschiedene Stimmen durcheinander: Nein, wir kommen von Szeged. Wir sind von Szeged, wir wissen das nicht.

György Dalos, geb. 1943; lebt als Autor und Übersetzer in Budapest. Zuletzt erschien von ihm *Kurzer Lehrgang – Langer Marsch. Eine Dokumontage* (Rotbuch Verlag Berlin, 1985). Dalos hat den vorliegenden Text deutsch geschrieben. Er bedankt sich bei der Berliner Historikerin Mariana Hausleitner für wichtige Hinweise.
István Eörsi, geb. 1931; lebt in Budapest; schreibt Gedichte, Theaterstücke, Essays. In Deutsch erschien zuletzt von ihm *Das Verhör. Jolán und die Männer. Zwei Theaterstücke* (Verlag der Autoren Frankfurt, 1984).
Miklós Haraszti, geb. 1945; längere Aufenthalte in Westeuropa: seit 1980 freier Schriftsteller in Budapest. Zuletzt erschien von ihm *Der Staatskünstler* (Rotbuch Verlag, 1984).
Václav Havel: Der hier abgedruckte Essay des tschechischen Autors ist die gekürzte Fassung seines Beitrags zum 1985er Friedenskongreß in Amsterdam und zugleich für den Sammelband über europäische Identität, der vom Suhrkamp Verlag vorbereitet wird. Die größte bei uns ausgelassene Passage ist eine sehr interessante theoretische und politische Auseinandersetzung mit der westlichen Friedensbewegung. © Václav Havel, Rowohlt Verlag, 1985.
Kazimierz Brandys, geb. 1916 in Lodz; Schriftsteller; zahlreiche Übersetzungen ins Deutsche; 1984 erschien sein *Warschauer Tagebuch 1978–1981* (Suhrkamp Verlag, Polnische Bibliothek). Unser Text ist ein Auszug aus der Fortsetzung dieses Tagebuchs, die Ende 1983 unter dem Titel »Monate« in der polnischen Exilzeitschrift *Żeszyty Literackie* in Paris erschien (Kürzungen durch den Übersetzer).
Timothy Garton Ash, geb. 1955; freier Publizist; lebt in Oxford. Sein Bericht über Polen wurde zuerst in der *New York Review* of Books publiziert. © 1985, Nyrev. Inc.
Martin Pollack, geb. 1944, studierte Slawistik in Warschau und Wien; von 1977 bis 1983 Redakteur des *Wiener Tagebuchs*; lebt als freier Autor in Wien.
Die »Aufzeichnungen aus einer Schlange« sind in der Warschauer Wirtschaftszeitung *Życie Gospodarcze* erschienen, für die sie Halina Sterczynska bearbeitet hat.
Richard Swartz, geb. 1945; schwedischer Journalist; lebt als Korrespondent des *Svenska Dagbladet* für Osteuropa in Wien.
Richard Wagner, geb. 1952; deutschsprachiger Schriftsteller; lebt im rumänischen Banat. Zuletzt erschien von ihm *Das Auge des Feuilletons. Geschichten und Notizen* (Dacia Verlag Klausenburg, 1984).
Kazimierz Wóycicki, geb. 1949; freier Publizist in Warschau; arbeitet für polnische Literaturmagazine und unabhängige Zeitschriften. Zur Zeit Stipendiat in der Bundesrepublik.
Michal Reiman, geb. 1930; bis 1970 Hochschullehrer in Prag; aktiv beteiligt am Prager Frühling; lebt seit 1970 in der Bundesrepublik. Heute ist er Professor für die Politik und Zeitgeschichte der Sowjetunion und Mittel- und Südeuropas an der FU Berlin.
János Kis, geb. 1943; Philosoph; lebt in Budapest; seit 1973 Berufsverbot; zur Zeit arbeitet er als Redakteur der inoffiziellen Zeitschrift *Beszelö* (Der Sprecher).
Hans Mommsen, geb. 1930; Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum; Veröffentlichungen auf dem Gebiet der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, der Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Nationalismusforschung.
György Konrád, geb. 1933; Romancier und Essayist; lebt in Budapest; zahlreiche Übersetzungen ins Deutsche. Zuletzt erschien von ihm *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen* (Suhrkamp Verlag Frankfurt, 1985).

Eine Vorschau auf die Themen der nächsten Kursbücher enthält der Beihefter in diesem Heft zwischen Seite 16 und 17.

Herwig Büchele /
Lieselotte Wohlgenannt

Grundeinkommen ohne Arbeit

Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft

Europaverlag

180 Seiten, Paperback
DM 14.—

Stefan Heym

„Stefan Heym ist jemand, der nicht politisch schimpfkanoniert, sondern an den Nerv gehend formuliert, kein Pamphlet verfaßt, sondern in seinen geistig-politischen Auseinandersetzungen immer Literat von hohem Rang bleibt."

Im Goldmann - Taschenbuch sind erschienen:

Der bittere Lorbeer
7101 / DM 16,80

Goldsborough
7102 / DM 14,80

Lenz oder die Freiheit
7103 / DM 16,80

Lassalle
7104 / DM 14,80

Die Augen der Vernunft
7105 / DM 16,80

Der Fall Glasenapp
7106 / DM 14,80

5 Tage im Juni
7107 / DM 14,80

Der König David Bericht
7108 / DM 19,80

Märchen für kluge Kinder
7109 / DM 9,80

Collin
7110 / DM 14,80

Gesammelte Erzählungen
7111 / DM 16,80

GOLDMANN VERLAG

Goldmann Verlag München

Italienische Reise

Manganelli furioso
Handbuch für unnütze Leidenschaften
Übersetzt von Marianne Schneider
Broschur, 160 Seiten, DM 19.80

Carlo Emilio Gadda
Die Wunder Italiens
Übersetzt von Toni Kienlechner
Broschur, 144 Seiten, DM 19.80

Peter Burke
Die Renaissance in Italien
Sozialgeschichte einer Kultur zwischen Tradition und Erfindung
Aus dem Englischen von Reinhard Kaiser
Englische Broschur, Großformat, 320 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 48.–

Carlo Ginzburg
Erkundungen über Piero
Piero della Francesca: ein Maler der frühen Renaissance
Übersetzt von Karl F. Hauber
Englische Broschur, 192 Seiten, DM 38.–

Salvatore Settis
Giorgiones ›Gewitter‹
Auftraggeber und verborgenes Sujet eines Bildes in der Renaissance
Übersetzt von Maja Pflug
Englische Broschur, 208 Seiten, DM 38.–

Italienische Reise
Ein literarischer Führer durch das heutige Italien
Zusammengestellt von Alice Vollenweider
Quartheft 137. 224 Seiten, DM 19.80

Luigi Malerba
Die nachdenklichen Hühner
131 kurze Geschichten mit Zeichnungen von Matthias Koeppel
Übersetzt von Elke Wehr
Quartheft 132. 80 Seiten, DM 14.80

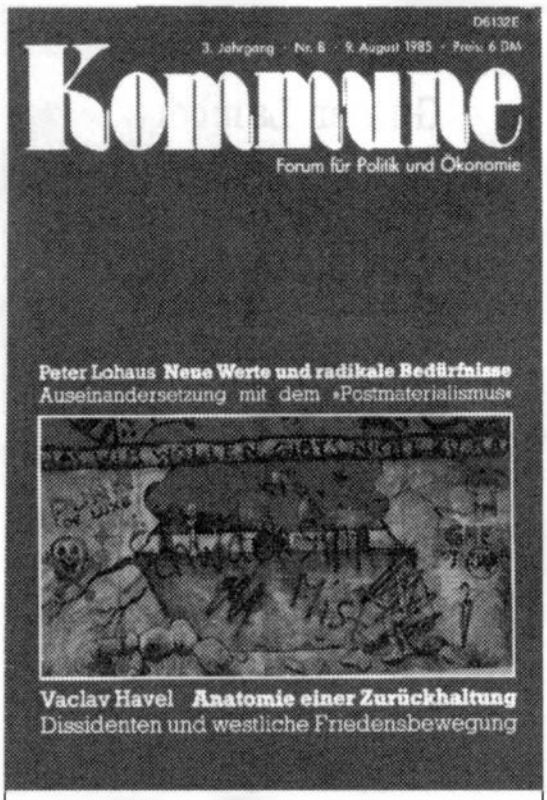
Pier Paolo Pasolini
Amado mio
Zwei Romane über die Freundschaft
Übersetzt von Maja Pflug
Quartheft 130. 192 Seiten, DM 19.80

Carmelo Samonà
Der Aufseher
Roman. Übersetzt von Marianne Schneider
Quartheft 128. 144 Seiten, DM 16.80

Nicolò Ferjancic
Polonia
Ein nomadischer, nicht zufälliger Roman
Übersetzt von Marianne Schneider
Quartheft 122. 224 Seiten, DM 19.80

Wenn Sie mehr über unsere Bücher aus oder über Italien wissen möchten, schreiben Sie uns, wir senden Ihnen dann – auf Lebenszeit – unseren Westentaschenalmanach »Zwiebel«

Verlag Klaus Wagenbach Berlin



Politisch-Kulturelles Magazin · Theoretisches Diskussionsforum · Zeitschrift für die Links-Grün-Alternative Bewegung

Ostpolitik und Osteuropa

Heft 8/85 *Vaclav Havel* **Anatomie einer Zurückhaltung. Dissidenten und westliche Friedensbewegung** *Adolf Müller* **Anatomie mit Fragezeichen. Widersprüche zu Vaclav Havels Analyse**

Heft 7/85 *Jan Pauer* **Wie friedliebend ist die UdSSR? Die Grünen und Osteuropa** *Agnes Heller/Ferenc Fehér* **Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo** *Dieter Esche/Christian Semler* **„Anlaß zur Unruhe". Anmerkungen zu A. Heller und F. Fehér**

Heft 5/85 *Christian Semler* **Der Macht gegenüber politisch verhalten. Die Bedeutung des „Prager Aufrufs" der Charta 77**

Heft 7/84 *Milan Kundera* **Un Occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas**

Heft 5/84 *Klaus-Peter Martin* **Offensive gegen Offensive. Militärstrategien der USA und der UdSSR**

Heft 2/84 *Elisabeth Weber* **Warum über die deutsche Frage diskutieren** *Gerd Koenen* **Im Zentrum des Weltkonflikts, wir Wunderkinder**

Erscheint monatlich mit 80 Seiten für 6 DM. Jahresabo 66 DM. Probehefte unter dem Stichwort „Kurs" bei:

Buchvertrieb Hager
Postfach 11 11 62 · 6000 Frankfurt/Main 1

KULTURA polnische Zeitschrift im Exil. Ausgabe ' 85 *in deutscher Sprache.* 168 S. DM 12,80

KONTINENT - Begegnung zwischen Ost und West im Trommelfeuer weltpolitischer Propaganda. Heft 3, 1985. *Schwerpunkt Menschenrechte* in Hinblick auf den 1.August, an dem sich die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zum zehnten Male jährt. DM 12,00

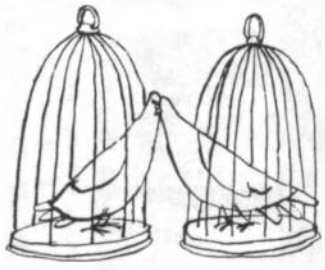
zu beziehen über:

STODIECK 'S BUCHHANDLUNG
Richard-Wagner-Str.39 1000 Berlin 10
FÜHREND AUF DEM GEBIET POLEN LITERATUR AUS UND ÜBER POLEN. IN DEUTSCHER UND POLNISCHER SPRACHE. KATALOGE KOSTENLOS.

Der Frieden ist unteilbar

für ein Europa jenseits der Blöcke

Beiträge aus Ost und West
Herausgegeben von der
Initiative Ost-West-Dialog Berlin
und dem Schweizerischen Friedensrat
Oberbaum Verlag



Frieden im geteilten Europa – 40 Jahre nach Jalta

Dokumentation eines Diskussions-Forums
in Berlin 1985
Mit Beiträgen aus Ost und West

Zu bestellen über:
Initiative Ost-West-Dialog,
M. Lindemann, Derfflinger Straße 17,
1000 Berlin 30

THEMA:

Rückgabe spätestens am

1. 12. 86

Michael R–
ÜBER DE

Andreas Seltzer
RENZ DER SCHWI

Frank Lucht
KAMPFKÖRPER

Carola Hilfrich-Kunjappu
AIDS-SPURENLESE

Willi Winkler
DER KÖRPER DER HEILIGEN

Patrick Frey
ÜBER SCHUHE UND FÜSSE

Hans W. Mende
STRANDBADPHOTOS

INGEBORG DAS AKTMODELL

etc. etc.

NEU IN DER REDAKTION: MICHAEL RUTSCHKY

DER ALLTAG

Sensationsblatt des Gewöhnlichen

Bestellen Sie die „Körper"-Nr. für DM 10.- bei:
VERLAG DER ALLTAG, Postfach 331, CH-8031 Zürich!

nbertz

e oder
haft?

Sind die Bürger
nur Statisten?

la fleur

Günter Lambertz,
Demokratie oder Eliteherrschaft?
Sind die Bürger nur Statisten?,
168 Seiten, DM 17.80

Prominente Politiker wie Graf Lambsdorff und Rainer Barzel mußten im Verlauf der Flick-Parteispendenaffäre bereits ihren Hut nehmen. Die Frage, ob die Macht eines Herrn Flick vielleicht größer sei als die unserer Politiker, geistert momentan durch viele Köpfe. Wer herrscht eigentlich in unserer Demokratie? Ist es wirklich das Volk, oder ist es die politische Elite dieses Landes? Sind es solche Figuren wie Friedrich Karl Flick, oder ist es — anonym und undurchschaubar — das Kapital? Ist die Existenz von Eliten mit dem Anspruch auf Herrschaft des Volkes überhaupt vereinbar? Ausgehend von einer Darstellung der klassischen Demokratie- und Elitetheorien werden diese Fragen von Günter Lambertz zunächst theoretisch und dann anhand der aktuellen politischen Situation erörtert. Für den Bürger, der informiert sein möchte, ist „Demokratie oder Eliteherrschaft?" somit ein aktuelles Buch zu einem aktuellen Thema.

la fleur- Verlag
Tiergartenstr. 4 · 4150 Krefeld

Rotbuch Verlag · Berlin 30 · Potsdamer Str. 98

Miklós Haraszti · Der Staatskünstler

Rotbuch 288 · Deutsch von M. Sauer · DM 18

»Am spannendsten lesen sich jene brillant formulierten Passagen, die offen lassen, ob es sich um eine enthüllende Satire auf den staatssozialistischen Kulturdirigismus handelt — oder um ein perfekt ausstaffiertes Pamphlet der Kulturbürokraten selbst. Je nachdem könnte man Haraszti für einen opponierenden Satiriker halten, der dem Staat die eigenen kunstvollen Rechtfertigungsstrategien in tollkühnen Formulierungen um die Ohren haut, oder aber für eben den skizzierten Typus des Staatskünstlers, der die Ästhetik der Zensur bereits verinnerlicht hat und deshalb nur noch ein Lehrstück derselben schreiben kann.« (Süddeutsche Zeitung)

Yvan Goll · Sodom Berlin

Roman · Aus dem Französischen von Hans Thill
aus der Reihe · geb. DM 25

Sodom Berlin erschien 1929 in französischer Sprache und ist bisher nie ins Deutsche übersetzt worden. Der Roman ist eine sehr französische Sicht auf deutsche Kultur und zeitgenössische Ereignisse: hellsichtig, voller Klischees, Romantizismen und Anspielungen. Das turbulente Leben Odemar Müllers ist weit mehr als ein Schlüsselroman über Deutschland vor dem Faschismus, in Golls Berlin brodeln sämtliche Sinnversprechen der Moderne.

Friedrich Christian Delius · Einige Argumente zur Verteidigung der Gemüseesser

Eine Denkschrift · Rotbuch 306 · DM 11

Ein pensionierter EG-Beamter aus Wunsiedel greift zur Feder. Er überfliegt Probleme unserer Zeit und kommt auf einen tiefgreifenden innergesellschaftlichen Konflikt, der bislang noch nicht in seiner ganzen Schärfe wahrgenommen worden ist.

Anna Jonas · Das Frettchen

Eine Biographie · Rotbuch 309 · DM 12

Diese autobiographische Arbeit mit phantastischen Mitteln hält sich an die individuelle Biographie nur insoweit, als sie die einzelnen Etappen eines jeden Reifeprozesses berührt: Kindheit, Pubertät, Ablösung von der Familie, die Fremde, Illusion und Desillusionierung der Liebe ... Über dieses Gerüst montiert Anna Jonas einen Text großer Dichte, Härte und Absurdität.

Kurt Bartsch · Weihnacht ist und Wotan reitet

Märchenhafte Gedichte · Mit Zeichnungen von Burkhard Fritsche · Rotbuch 311 · DM 12

Adam Michnik · Polnischer Frieden

Aufsätze zur Konzeption des Widerstands
Herausgegeben von Helga Hirsch · Rotbuch 305
DM 20

Adam Michnik hat wie wohl kaum einer unter den polnischen Intellektuellen in den letzten 10 Jahren Politik gemacht und sie gleichzeitig kritisch betrachtet — mit dem Mut zur Unpopularität bei gleichzeitigem Bemühen um breiten Konsens, mit Scharfsinn und Engagement, mit Prinzipienfestigkeit und Kompromißbereitschaft. Die Aufsätze in dem vorliegenden Band reflektieren die Entwicklung seiner Konzeption von Widerstand ebenso wie die aktuellen Perspektiven eines Polnischen Friedens.

György Dalos · Kurzer Lehrgang — Langer Marsch

Eine Dokumontage · Rotbuch 302 · DM 18

Der ungarische Autor erzählt, wie er erwachsen wurde und wie man in Budapest in den sechziger Jahren (ganz wie bei uns) den realen Sozialismus links überholen wollte. Die dokumentarische Montage aus persönlichem, gerichtsamtlichem und fiktivem Material beschreibt eine Reise in das All realsozialistischer Intelligenzia, von der dünnen Luft maoistischer Lehrsätze in die Bohnerwachsdünste Budapester Gerichtsflure.

Herta Müller · Niederungen

Prosa · Rotbuch 285 · DM 13

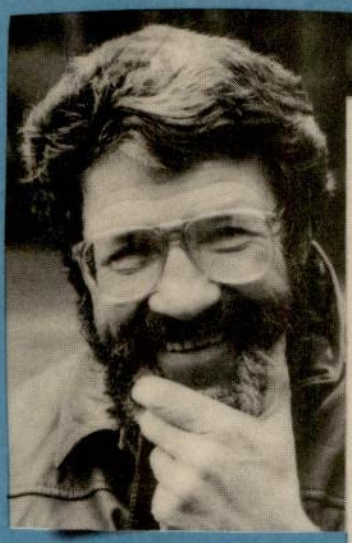
»Was Herta Müller aus der rumänien-deutschen Literatur heraushebt und in die Reihe der besten deutschsprachigen Autorinnen versetzt, ist nicht allein ihre Fähigkeit, das grauenvolle Landleben der Banatschwaben zu erfassen. Es ist nicht allein ihre erstaunliche Sprachkraft — dichtes, jargonfreies, »reines« Deutsch kommt uns da entgegen, das in ihrer Autorengeneration fast einmalig ist.« (Der Spiegel)

Christian Skrzyposzek · Freie Tribüne

Roman · Aus dem Polnischen von Olaf Kühl
aus der Reihe · DM 36

»Es ist ein gespenstisches, bedrückendes Szenario, das Christian Skrzyposzek in seinem Roman mit leichter Hand über seine Heimat entfaltet. Projiziert in die Zukunft skizziert er in ebenso ironischen wie brillanten Szenen die Wirklichkeit des realen Sozialismus in einem Land, das von inneren Widersprüchen, angeordneter oberflächlicher Harmonie, organisatorischen Schwierigkeiten und brodelnder Gewalttätigkeit zerrissen wird. Ohne Häme gänzlich unprätentiös entfaltet er einen Schelmenroman ohne Schelmen, das Epos einer Gesellschaft, die in Auflösung begriffen ist, sich jedoch nicht aufzulösen vermag.« (Fürther Nachrichten)

«Wir verstehen nur die Hälfte der Welt, wenn wir sie nur sehend begreifen wollen.»



544 Seiten.
Gebunden **DM 38,–**
Ab Oktober 1985 in jeder Buchhandlung

«Dieses Buch ist ein Trip: die Reise eines hörenden Menschen in andere Zonen der Wahrnehmung. Das Vehikel, das uns transportiert, ist das Ohr.
Wir vergleichen Auge und Ohr. Aber wir tun dies nicht im Sinne einer Alternative. Wir tun es im Sinne des Ausgleichs gegen die jahrhundertelange Sehbevorzugung in der abendländischen Tradition. Wir lieben a l l e unsere Sinne. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr und intensiver erfahren und leben und lieben.»

Joachim-Ernst Berendt

Rowohlt